

# WuG

Wirtschaft und Gesellschaft

## EDITORIAL

**Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Thomas Zotter**

Bankenabgabe: ein Beitrag der  
Rekordgewinner zur Budgetsanierung

## ARTIKEL

**Marian Fink, Silvia Rocha-Akis**

Armutgefährdung und Einkommenswachstum:  
paradoxe Zusammenhänge im Prognosekontext

**Andreas Maschke, Engelbert Stockhammer,  
Quirin Dammerer**

Zwischen Wissenschaftsbetrieb und Wirtschaftspolitik:  
der Auf- und Abstieg postkeynesianischer Theorie in  
Österreich

**Cara Dabrowski, Sonia Kuhls**

A Kaleckian approach to financialization and  
distribution: Austria and Finland in comparison

Die in „Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeiterkammer wieder.

- Redaktion** „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird redaktionell von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut: Sarah Beran, Judith Derndorfer, Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann, Patrick Mokre, Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Jana Schultheiß, Eva Six, Daniel Witzani-Haim, Thomas Zotter, Josef Zuckerstätter
- Redaktionelle Leitung** Matthias Schnetzer
- Geschäftsführende Redaktion** Sarah Beran, Judith Derndorfer, Patrick Mokre, Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Daniel Witzani-Haim, Josef Zuckerstätter
- Redaktionssekretariat** Susanne Fürst, (Tel. 01/501 65-12283), E-Mail: susanne.fuerst@akwien.at
- Wissenschaftlicher Beirat** Joachim Becker (WU Wien), René Böheim (Univ. Linz), Jörg Flecker (Univ. Wien), Eckhard Hein (HWR Berlin), Arne Heise (Univ. Hamburg), Jakob Kapeller (Univ. Duisburg-Essen), Max Kasy (Oxford University), John King (LaTrobe Univ., Melbourne), Bernhard Kittel (Univ. Wien), Heinz Kurz (Univ. Graz), Fabian Lindner (HTW Berlin), Özlem Onaran (Univ. Greenwich, London), Susanne Pernicka (Univ. Linz), Miriam Rehm (Univ. Duisburg-Essen), Waltraud Schelkle (London School of Economics), Engelbert Stockhammer (King's College, London), Richard Sturn (Univ. Graz), Achim Truger (Univ. Duisburg-Essen, Sachverständigenrat), Till van Treeck (Univ. Duisburg-Essen), Rudolf Winter-Ebmer (Univ. Linz)
- Medieninhaber** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Tel. 01/501 65-12283
- Verlag** LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH & Co KG, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140  
E-Mail: verlag@lexisnexus.at
- Lektorat** Florian Praxmarer, Maria Slater
- Satz** Alexander Franz | www.fann.at
- Hersteller** Druckerei Janetschek GmbH, A-3860 Heidenreichstein, Brunfeldstraße 2, Tel: 02862/522 78 411, E-Mail: office@janetschek.at
- Preise** Einzelnummer € 12,50; Jahresabonnement € 39;  
ermäßigtes Studierenden-Jahresabonnement € 19,50 (alle Preise inkl. MwSt).

Einreichungen von Beiträgen zur Begutachtung und Veröffentlichung erfolgen über das Online-Portal des Journals.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ im Internet: [journals.akwien.at/wug](http://journals.akwien.at/wug)  
Auf EconPapers unter: [econpapers.repec.org/article/clrwugarc](http://econpapers.repec.org/article/clrwugarc)  
Das Archiv seit 1987 unter: [wug.akwien.at](http://wug.akwien.at)



51. Jahrgang (2025), Heft 1

# INHALT

## EDITORIAL

*Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Thomas Zotter*

Bankenabgabe: ein Beitrag der Rekordgewinner zur Budgetsanierung ..... 5

## ARTIKEL

*Marian Fink, Silvia Rocha-Akis*

Armutgefährdung und Einkommenswachstum:  
paradoxe Zusammenhänge im Prognosekontext ..... 17

*Andreas Maschke, Engelbert Stockhammer, Quirin Dammerer*

Zwischen Wissenschaftsbetrieb und Wirtschaftspolitik:  
der Auf- und Abstieg postkeynesianischer Theorie in Österreich ..... 43

*Cara Dabrowski, Sonia Kuhls*

A Kaleckian approach to financialization and distribution:  
Austria and Finland in comparison ..... 79

## BUCHBESPRECHUNGEN

*Friedrichs, Julia (2024)*

Crazy Rich. Die geheime Welt der Superreichen.  
Rezensiert von Nicolas Prinz ..... 113

<i>Kuiper, Edith (2022)</i> A Herstory of Economics. Rezensiert von Judith Derndorfer .....	121
<i>Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023)</i> Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Rezensiert von Julia Hofmann .....	129
<i>Mazzucato, Mariana/Collington, Rosie H. (2023)</i> Die große Consulting-Show. Wie die Beratungsbranche unsere Unternehmen schwächt, den Staat unterwandert und die Wirtschaft vereinnahmt. Rezensiert von Sebastian Reiss .....	135
<i>Schneider, Etienne (2023)</i> Neue deutsche Europapolitik. Währungsunion und Industriepolitik zwischen Eurokrise und geopolitischer Wende. Rezensiert von Bastian Henriquez Blauth .....	145
<i>Specht, Heike (2024)</i> Die Ersten ihrer Art. Frauen verändern die Welt. Rezensiert von Tamara Premrov .....	151



# Bankenabgabe: ein Beitrag der Rekordgewinner zur Budgetsanierung

*Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Thomas Zotter\**

## ZUSAMMENFASSUNG

Der österreichische Bankensektor verzeichnet infolge der EZB-Zinswende seit Jahren Rekordgewinne, die zum Teil aus Arbitragegeschäften resultieren. Während die europäischen Banken generell von steigenden Zinserträgen profitierten, erzielten österreichische Banken durch den hohen Anteil an variabel verzinsten Krediten besonders hohe Nettozinserträge. Die Profite wurden vor allem durch gut verzinsten, risikolose Einlagen bei der EZB sowie unterschiedliche Anpassungen der Zinssätze für Spareinlagen und Kredite erzielt. Angesichts der Rekordgewinne und des bestehenden wirtschaftlichen und budgetären Drucks will die österreichische Regierung die Bankenabgabe erhöhen. 12 von 27 EU-Staaten haben zuletzt neue Übergewinnsteuern für Banken eingeführt oder bestehende Steuern erhöht. Österreich rechnet für 2025 und 2026 mit Steuereinnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr durch die neue Abgabe.

## SCHLÜSSELBEGRIFFE

Bankenabgabe, EZB, Zinswende, Budget

DOI

10.59288/wug511.295

Österreich droht 2025 laut Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) das dritte Rezessionsjahr in Folge. Hinzu kommt eine angespannte Budgetsituation mit einem Defizit jenseits der EU-Richtwerte. Die heikle Finanzlage ist ein Erbe der vergangenen Regierungen, die ab 2018 Steuern und Abgaben weitgehend ohne Gegenfinanzierung

---

\* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt. Wir danken Florentin Döller, Vanessa Mühlböck, Sebastian Reiss und Max Wehsely für wertvolle Anmerkungen.

senkten sowie auf Pandemie und Teuerungskrise mit kostspieligen, wenig zielgerichteten Förderungen reagierten. Die schwache Wirtschaftsprognose lässt keine Budgeterholung durch die automatischen Stabilisatoren der Fiskalpolitik erwarten, und umgekehrt hemmen die engen budgetären Spielräume dringend erforderliche Impulse zur Konjunkturbelebung (Marterbauer/Prenner 2024). Die Grundvoraussetzung für einen Defizitabbau wäre ein neuer Aufschwung, der Beschäftigung und damit höhere Einnahmen aus Steuern und Abgaben schafft. Während die Höhe des Konsolidierungsbedarfs umstritten ist und auch vom strategischen Geschick der politisch Verantwortlichen gegenüber den EU-Behörden abhängt, besteht ein breiter Konsens, die öffentlichen Haushalte nachhaltig und langfristig stabil zu gestalten.

Vor dieser äußerst schwierigen Aufgabe steht nun der neue Finanzminister Markus Marterbauer, der zuvor 14 Jahre lang die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer geleitet hat.<sup>1</sup> Marterbauer ist erfahrener Budgetexperte, war Vizepräsident des Fiskalrates und kennt somit die aktuellen Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte wie kaum ein anderer. Wiederholt hat er sich in der Vergangenheit für eine Budgetsanierung mit Augenmaß und unter besonderer Berücksichtigung verteilungs- und beschäftigungspolitischer Implikationen ausgesprochen. Der neue Finanzminister ist sich der negativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen einer restriktiven Budgetpolitik (Feigl/Premrov 2024) bewusst und plant laut ersten Äußerungen eine ausgewogene Mischung aus Ausgabenreduktion und Steuererhöhungen.

In der wirtschaftspolitischen Debatte werden wiederkehrend einige potenzielle Quellen für Mehreinnahmen genannt, die – gemessen an ihrer Wirtschaftskraft – bislang keine oder nur geringe Steuerbeiträge einbrachten. Zu diesen zählen unter anderem hohe Erbschaften, große Vermögen, Stiftungen, aber auch Branchen mit exorbitanten Zufallsgewinnen („windfall profits“), also Gewinnen, die durch unerwartete Änderungen der Marktlage anstatt durch Leistungsverbesserungen entstehen, wie zuletzt etwa bei Energiekonzernen und im Bankensektor. Letzterer steht aktuell besonders im Fokus, da er unbeeindruckt vom Konjunkturabschwung jährlich neue Rekordgewinne verzeichnet, die noch dazu zulasten von Kund:innen und Notenbanken lukriert werden. Die neue Regierung – und allen voran Finanzminister Marterbauer – möchte deshalb die bestehende Bankenabgabe in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Dies ist ein Gebot der Stunde, denn die österreichischen Banken haben zuletzt im europäischen Vergleich besonders hohe Profite erzielt.

---

1 Unserem hochgeschätzten langjährigen Abteilungsleiter, der auch der Redaktion von „Wirtschaft und Gesellschaft“ vorstand und kurz vor Redaktionsschluss zum Finanzminister ernannt wurde, widmen wir in einem der kommenden Hefte natürlich noch eine ausführlichere Würdigung.



## **EZB-Zinswende ermöglicht Arbitragegeschäft**

Nach mehreren Jahren der Nullzinspolitik erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) im Juli 2022 erstmals seit 2011 den Leitzinssatz. Hintergrund für die Zinsanhebung waren die steigenden Teuerungsraten ab 2021 und das Bestreben der EZB, ihr selbst gestecktes Inflationsziel mit ihrem geldpolitischen Instrumentarium zu erreichen. So wurde der medial oft als Leitzins bezeichnete Hauptrefinanzierungssatz, zu dem sich Geschäftsbanken bei der Zentralbank für eine bestimmte Laufzeit Liquidität besorgen können, bis September 2023 in beispiellos raschen Schritten von 0 % auf 4,5 % erhöht. Während eine restriktive Zinspolitik in Zeiten nachfragegetriebener Inflation als wirksamer Hebel gilt, entpuppte sie sich angesichts der vorrangig durch galoppierende Energiepreise verursachten Teuerung (WUG-Redaktion 2022) und einer Gewinninflation (Dullien et al. 2023) als wenig erfolgreich: Trotz steigender Zinsen kletterte die Inflationsrate in der Eurozone noch monatelang ihrem Höchststand entgegen. Mehr noch, die restriktive Geldpolitik entfaltete durch eine Verteuerung kreditfinanzierter Investitionen und Konsum eine konjunkturdämpfende Wirkung und verschärfte damit die Rezession spürbar (Scheiblecker 2024).

Neben dem Hauptrefinanzierungssatz legt der EZB-Rat allerdings noch zwei weitere Leitzinssätze fest, von denen vor allem der erhöhte Einlagezinssatz für die Entwicklungen im europäischen Bankensektor ausschlaggebend werden sollte. Die Einlagefazilität ermöglicht es Banken, überschüssige Liquidität kurzfristig bei der EZB risikolos zu einem festgelegten Zinssatz anzulegen. Dieser Satz erreichte im September 2023 einen Höchstwert von 4 %. Da die Geschäftsbanken die Einlagezinsen für ihre Sparer:innen aber deutlich weniger stark anhoben, haben sie von einem lukrativen Arbitragegeschäft profitiert (Adalid et al. 2024): Niedrig verzinsten Einlagen von Kund:innen konnten risikolos zu einem höheren Zinssatz bei der EZB veranlagt werden und bescherten dem Bankensektor ein Milliardengeschäft. Diese Arbitragegeschäfte gingen auch zulasten der Notenbanken und in weiterer Folge zulasten der öffentlichen Haushalte, da die Notenbanken aufgrund der hohen Zinszahlungen Verluste schrieben und somit keine Dividenden in die nationalen Budgets flossen – so verzeichnete etwa die OeNB im Jahr 2023 ein Minus von rund 2,1 Milliarden Euro.

## **Banken profitieren europaweit**

In den vergangenen Jahren verzeichnete der europäische Bankensektor eine bemerkenswerte Gewinnentwicklung: Im Jahr 2023 erreichten die zehn größten europäischen Banken einen kumulativen Nettogewinn von fast 100 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 29 % gegenüber dem Vorjahr entsprach und den höchsten Wert der letzten Dekade darstellte (EY 2024). Die durchschnittliche Eigenkapitalrendite

(Return on Equity, ROE) dieser Institute stieg auf 10,9 % und lag damit erstmals auf Augenhöhe mit dem US-Bankensektor. Ein wesentlicher Treiber dieses Wachstums waren die gestiegenen Zinserträge, die 2023 um beeindruckende 82 % zunahmen. Gleichzeitig gibt es große Unterschiede in der Profitabilität europäischer Banken. Der Bankensektor in den beiden größten europäischen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich entwickelte sich unterdurchschnittlich, während jener von Österreich die höchste Profitabilität aller westeuropäischen Staaten aufwies (Maneely/Ratnovski 2024).

An den exorbitanten Gewinnen, die zu einem großen Teil auf Arbitragegeschäften mit Kund:inneneinlagen beruhten, ließen die europäischen Banken ihre Aktionär:innen teilhaben (AK Wien 2024). Laut Berechnungen der Schweizer UBS wurden für 2024 Dividenden in Höhe von 74,4 Milliarden Euro ausgeschüttet (Financial Times 2025). Die durchschnittliche Dividendenrendite der 50 größten Banken lag bei beachtlichen 7,3 %. Da sich nach ersten Daten für 2024 ein nicht minder erfolgreiches Geschäftsjahr für den europäischen Bankensektor abzeichnet, ist von einer Fortführung der großzügigen Dividendenpolitik auszugehen. Die Zinswende der EZB hat somit eine Umverteilung von Sparer:innen zu Aktionär:innen ausgelöst. Angesichts der hohen Windfall-Profiten des Bankensektors haben zahlreiche europäische Staaten eine Bankenabgabe eingeführt (siehe Abschnitt weiter unten).

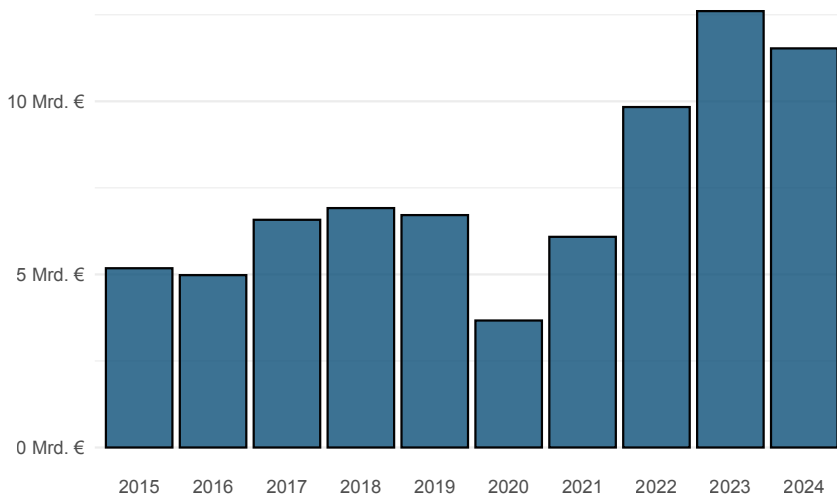
## Österreichs Banken erzielen seit Jahren Rekordgewinne

Der österreichische Bankensektor hat im europäischen Vergleich besonders hohe Profite erzielt. Laut EZB-Daten liegt die Eigenkapitalrendite (ROE) in Österreich im 3. Quartal 2024 mit rund 13,3 % deutlich über dem Schnitt der EU-Länder mit einheitlicher Bankenaufsicht von 10,2 %. Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen kletterte in den letzten Jahren von einem Hoch zum nächsten. Schon 2022 meldeten die Banken einen historischen Rekordgewinn von 9,8 Milliarden Euro, der 2023 mit einem Überschuss von 12,6 Milliarden Euro und 2024 mit 11,5 Milliarden Euro noch übertroffen wurde. In den Jahren davor lag das Periodenergebnis immer unter 7 Milliarden Euro. Abbildung 1 zeigt das konsolidierte Nettoergebnis des österreichischen Bankensektors. Zwar lag das aggregierte Periodenergebnis 2024 um 1,1 Milliarden Euro (bzw. 8,5 %) unter dem Vorjahreswert, allerdings sind die Profite immer noch deutlich über den Werten vor der EZB-Zinswende im Jahr 2022.

Diese exorbitanten Profite wurden unter anderem durch das oben beschriebene Geschäftsmodell der risikolosen Ausnutzung der Zinsdifferenz erzielt. Abbildung 2 zeigt die drastische Schere zwischen der EZB-Einlagefazilität und den Sparzinsen

für Österreich. Seit der Zinswende 2022 hat sich die Inanspruchnahme der EZB-Einlagefazilität durch österreichische Kreditinstitute um das 38fache erhöht. Diese intensive Nutzung führte dazu, dass 2023 in Summe rund 7 Milliarden Euro an Zinszahlungen der EZB an österreichische Banken flossen. Im gleichen Zeitraum und für dasselbe Volumen zahlten die Banken nur etwa 1,6 Milliarden Euro an Zinsen an Kund:innen. Dadurch konnten die Banken zwischen Juli 2022 und Dezember 2024 rund 5,4 Milliarden Euro risikolos über die Einlagefazilität lukrieren, davon allein 2023 etwa 2,7 Milliarden Euro (Prenner/Zotter 2023).

**Abbildung 1:** Österreichs Banken verzeichnen seit 2022 deutlich höhere Gewinne

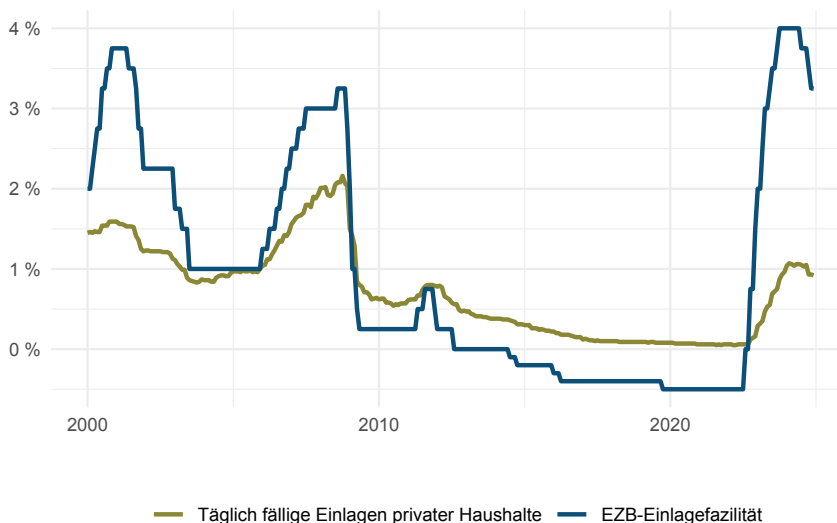


Anm.: kumuliertes Periodenergebnis österreichischer Banken nach Steuern und Minderheitenanteilen in Milliarden Euro.

Quelle: OeNB.

Neben dem Geschäft mit den Einlagen der Kund:innen spielt auch der hohe Anteil an variabel verzinsten Krediten in Österreich (Zotter 2023) eine Rolle für die hohen Gewinne der Banken. Laut Oesterreichischer Nationalbank (OeNB) waren zuletzt – trotz stark rückläufiger Entwicklung – noch rund 47 % der Kredite privater Haushalte variabel verzinst, im Schnitt der Eurozone sind es 23 %, in Deutschland gar nur 10 % (Pöchel 2024). Dass die Zinsen im Kreditgeschäft deutlich schneller an die steigenden Leitzinsen angepasst wurden als die Sparzinsen, hat den österreichischen Banken eine deutliche Steigerung der Nettozinserträge eingebracht. In der Niedrigzinsphase zwischen 2015 und 2021 bewegte sich der unkonsolidierte Nettozinsertrag für den Bankensektor immer zwischen 8 und 9 Milliarden Euro jährlich, 2022 lag er bei 10,6 Milliarden Euro, 2023 gar bei 16,1 Milliarden Euro (Reiss 2025).

**Abbildung 2:** Schere zwischen EZB-Einlagefazilität und Sparzinsen in Österreich öffnet sich seit 2023



Quelle: EZB; OeNB.

Zusätzlich dürften Kosteneinsparungen bei den Kreditinstituten ihre längerfristige Wirkung entfalten, denn das Filialnetz wurde in den letzten 15 Jahren kräftig ausgedünnt, und Bankdienstleistungen wurden durch Selbstbedienung und Internetbanking ersetzt. OeNB-Daten zufolge gibt es österreichweit heute fast 1.000 Bankfilialen weniger als 2010. Außerdem konnte der Bankensektor die Risikokosten sogar während der COVID-19-Pandemie noch deutlich reduzieren, als die öffentliche Hand mit breit ausgerollten Stützungsmaßnahmen die Unternehmen stabilisierte und eine große Insolvenzwelle mit gravierenden Folgen für die Geschäftsbanken vermied. Die Cost-Income-Ratio, die im 3. Quartal 2015 noch etwa 62 % betrug, lag im 3. Quartal 2024 bei nur noch rund 49 % und damit auch deutlich unter dem Schnitt der EU-Staaten mit einheitlicher Bankenaufsicht von gut 54 %.

## Bankenabgabe als angemessene Intervention

Angesichts der Rekordergebnisse des heimischen Bankensektors ist der Ruf nach einer Bankenabgabe in der wirtschaftspolitischen Debatte zuletzt lauter geworden und wurde von der neuen Regierung schlussendlich auch umgesetzt. Die Idee einer Besteuerung einzelner Wirtschaftssektoren mit Zufallsgewinnen ist nicht neu und wurde in der Vergangenheit in mehreren Ländern angewendet, etwa für Öl und Gas fördernde Unternehmen oder Lebensmittelexporteure (Hebous et al. 2022). Auch in Österreich gibt es Beispiele für branchenspezifische Gewinnsteuern: Infolge der

Finanz- und Wirtschaftskrise wurde 2011 eine Bankenabgabe als Kompensation für die Bankenrettung eingeführt, und in der rezenten Teuerungskrise hat Österreich – einer EU-Verordnung folgend – eine Übergewinnsteuer auf Energie erzeugende Unternehmen, den sogenannten Energiekrisenbeitrag, implementiert.

In der Literatur werden die ökonomischen Effekte einer Bankenabgabe insgesamt sehr unterschiedlich bewertet. Einerseits besteht die Möglichkeit, dass die Abgabe auf die Kund:innen überwältigt wird und sich somit auf Zinssätze oder Serviceentgelte auswirkt. Analysen zur deutschen Bankenabgabe, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise eingeführt wurde, zeigen, dass betroffene Banken die gestiegenen Kosten durch eine Anpassung ihrer Kreditzinsen kompensierten und dadurch die Kreditvergabe einschränkten. Gleichzeitig stiegen jedoch auch die Einlagezinssätze (Buch et al. 2016; Kogler 2019). Auf der anderen Seite konnte eine Untersuchung der zur gleichen Zeit eingeführten Stabilitätsabgabe für Banken in Österreich keine signifikanten Wettbewerbsnachteile oder erheblichen Kostenüberwälzungen feststellen (Fortin et al. 2012). Auch bezüglich der Frage, ob eine Steuer auf Banken das Risikoverhalten bei der Kreditvergabe beeinflusst, bleibt die Literatur uneindeutig. Eine Untersuchung, die sich mit jenen Bankensteuern befasst, die wie die österreichische Abgabe auf die Bilanzsumme abzielen, kommt zu dem Schluss, dass die Risikobereitschaft der Banken abnimmt (Bellucci et al. 2023). Im Gegensatz dazu findet eine Studie für Polen Hinweise darauf, dass solche Steuern zu einer Zunahme der eingegangenen Risiken bei der Kreditvergabe führen können (Borsuk et al. 2023).

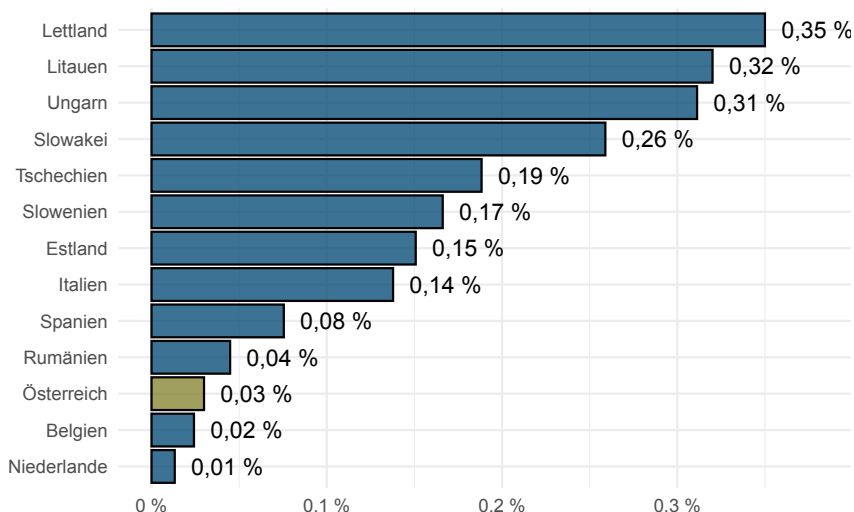
Diese gemischten Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Auswirkungen einer Bankenabgabe stark von der spezifischen Ausgestaltung und dem jeweiligen Umfeld abhängen. Auf Basis der Ergebnisse von Fortin et al. (2012), die sich auf den österreichischen Kontext beziehen, kann davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung der seit 2011 bestehenden Stabilitätsabgabe keine nennenswerten negativen Effekte auf Kreditvergaben und damit auf Konjunktur und Beschäftigung haben dürfte. Da das vorrangige Ziel der Bankenabgabe darin besteht, höhere Staatseinnahmen zu generieren, muss darauf geachtet werden, dass die Parameter der Steuer, also Steuersatz, Bemessungsgrundlage und Schwellenwerte für die Steuerbefreiung, sinnvoll gesetzt werden. Nachträgliche Anpassungen wie aktuell beim Energiekrisenbeitrag sollen damit verhindert werden, und es soll so eine bessere Planungssicherheit erreicht werden.

## Bankenabgaben in der EU und in Österreich

Seit 2023 haben 12 von 27 EU-Staaten neue Übergewinnsteuern für Banken eingeführt oder bestehende Steuern erhöht. Diese Bankenabgaben unterscheiden sich hinsichtlich der Bemessungsgrundlage, des Steuersatzes und der Laufzeit. Abbildung 3 zeigt das Aufkommen der neuen Bankenabgaben gemessen am BIP für das

Jahr 2024. Das höchste Steueraufkommen wird in Lettland generiert, wo die auf ein Jahr befristete Abgabe 0,35 % des BIP betragen soll. In Litauen und Ungarn, wo die Sondersteuer ebenfalls auf wenige Jahre befristet ist, fällt das Aufkommen ähnlich hoch aus. In Rumänien, Belgien und den Niederlanden soll die Bankenabgabe dauerhaft bestehen bleiben, wobei die Steuerlast verhältnismäßig gering ausfällt und zwischen 0,01 % und 0,04 % des BIP beträgt. Im Vergleich zu den EU-Ländern, die in den vergangenen Jahren eine Bankenabgabe eingeführt haben, liegt Österreich mit seiner bestehenden Stabilitätsabgabe mit 0,03 % des BIP im unteren Drittel.

**Abbildung 3:** Steueraufkommen der (neuen) Bankenabgaben gemessen am BIP im EU-Vergleich, 2024



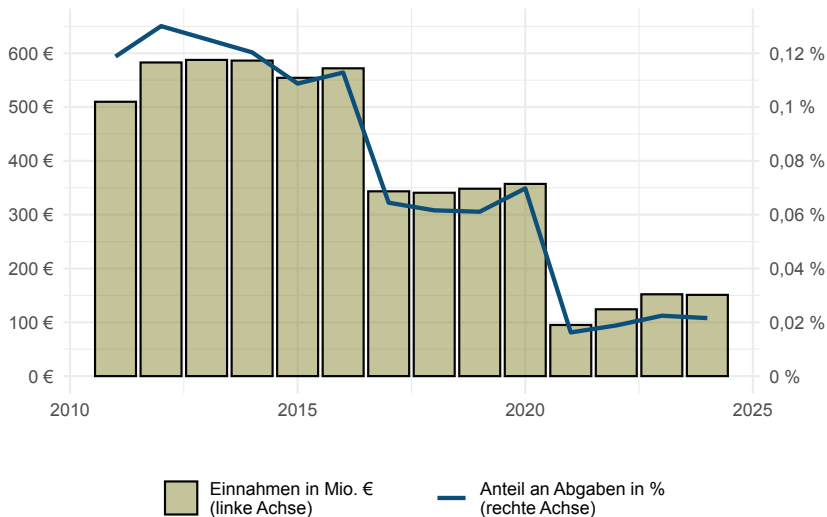
Quelle: Maneely/Ratnovski (2024); Statistik Austria; AMECO; eigene Berechnung.

Unter jenen Ländern, in denen die Profitabilität der Banken am stärksten gestiegen ist, haben besonders viele eine solche Sondersteuer für den Bankensektor eingeführt (Maneely/Ratnovski 2024). Österreich hat trotz der beschriebenen Rekordgewinne in den letzten Jahren von einer Erhöhung der Stabilitätsabgabe auf Banken abgesehen. Die Einnahmen aus dieser Stabilitätsabgabe haben in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen, wie Abbildung 4 zeigt: Betragen sie in den ersten Jahren nach der Einführung noch mehr als 500 Millionen Euro, sind es im Jahr 2024 laut vorläufigem Abgabenerfolg des Finanzministeriums nur noch 150 Millionen Euro. Im Jahr 2017 wurde die Stabilitätsabgabe im Gegenzug für eine Einmalzahlung der Banken von 1 Milliarde Euro angepasst und der Steuersatz auf etwa ein Viertel gesenkt. Das zweite Absinken der Einnahmen ab 2021 ist dem Auslaufen eben dieser befristeten Sonderabgabe geschuldet. Die Bedeutung der Stabilitätsabgabe gemessen an den Gesamtabgaben war immer gering, ist durch die Anpassungen im Zeitverlauf aber

weiter gesunken: Machte die Bankenabgabe bei ihrer Einführung 2011 noch 0,12 % aller Abgaben aus, waren es 2024 nur noch 0,02 %.

Arbeiterkammer und Gewerkschaft haben deshalb einen Vorschlag erarbeitet, wie die Anhebung der Bankenabgabe in Österreich ausgestaltet werden könnte. Zunächst sollten die Steuersätze für eine Bemessungsgrundlage bis zu 20 Milliarden Euro von aktuell 0,024 % auf 0,05 % und auf Beträge über 20 Milliarden von 0,029 % auf 0,1 % angehoben werden. Zudem wurde ein auf fünf Jahre befristeter Sonderbeitrag gefordert, der das Aufkommen der erhöhten Bankenabgabe noch einmal verdoppeln sollte. Damit könnte im Finanzrahmen 2025–2029 ein jährliches Aufkommen von etwa einer Milliarde Euro erzielt werden (AK Wien 2025). Die neue Bundesregierung hat die Stabilitätsabgabe im März 2025 angehoben, allerdings in geringerem Umfang, als von den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer:innen gefordert wurde. Die Steuersätze werden dauerhaft von 0,024 % auf 0,033 % und von 0,029 % auf 0,041 % angehoben. Zudem wurde die Deckelung erhöht. Die Abgabe darf nunmehr maximal 35 % statt nur 20 % des Jahresüberschusses und 65 % statt bisher 50 % des arithmetischen Mittels der vergangenen drei Jahresergebnisse betragen. Zudem wurde eine auf die Jahre 2025 und 2026 beschränkte Sonderzahlung eingeführt. Diese ist zusätzlich zur regulären Bankenabgabe zu entrichten. Die Steuersätze beziehen sich auf dieselbe Bemessungsgrundlage und betragen 0,050 % bzw. 0,061 % (Nationalrat 2025). Inklusiv Sonderzahlung soll die neue Abgabe in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 500 Millionen Euro und in den Folgejahren etwa 200 Millionen Euro pro Jahr einbringen.

**Abbildung 4:** Einnahmen der Stabilitätsabgabe der Banken im Zeitverlauf gesunken



Quelle: Statistik Austria; BMF.

Die österreichische Bankenabgabe zieht primär die durchschnittliche konsolidierte Bilanzsumme als Bemessungsgrundlage heran. Sie ähnelt in ihrer Ausgestaltung damit den neuen Abgaben in Belgien und den Niederlanden, wo die Passiva der Banken besteuert werden, sowie in Slowenien, wo die Aktiva besteuert werden. Die restlichen Staaten besteuern die Nettozinserträge bzw. die Gewinne. Die Bilanzsumme als Bemessungsgrundlage birgt den Vorteil, dass dadurch konstante Steuereinnahmen erzielt werden und eine bessere budgetäre Planbarkeit durch das Finanzministerium ermöglicht wird. Darüber hinaus kann sie in der mittleren Frist anders als eine Steuer auf Gewinne nicht so leicht umgangen werden (Maneely/Ratnovski 2024).

## Fazit: Die Bankenabgabe ist ein wichtiger Bestandteil des Konsolidierungspakets

Der Bankensektor wurde in Krisen der Vergangenheit wiederholt durch Geldpolitik und Rettungspakete gestützt und hat zuletzt auch von den Stabilisierungsmaßnahmen in der Coronakrise profitiert, da die (Ausfalls-)Risiken durch die öffentliche Hand gering gehalten wurden. Im Zuge der historisch stärksten Straffung der Geldpolitik haben die Kreditinstitute in den letzten Jahren durch Zinsarbitrage „Windfall-Profit“ lukriert, die durch unterschiedliche Anpassungen der Zinssätze auf der Soll- und Habenseite zulasten von Zentralbanken und Kund:innen gingen. Indem die Banken das aktuelle Zinsumfeld zu ihrem Vorteil genutzt haben, haben sie massive Übergewinne erzielt, ohne dass ihre Dienstleistungen an Qualität gewonnen haben oder ein besonderes unternehmerisches Risiko eingegangen werden musste. Daher ist eine Anhebung der Bankenabgabe als Beitrag für die aufgrund europäischer Richtlinien notwendige Budgetkonsolidierung gut begründet.

### LITERATUR

**Adalid, Ramón/Lampe, Max/Scopel, Silvia (2024).** Monetary dynamics during the tightening cycle. ECB Economic Bulletin 8.

**AK Wien (2024).** Branchenreport Kreditsektor 2024. Online verfügbar unter [https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/WirtschaftundPolitik/branchenanalysen/Banken\\_2024.pdf](https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/WirtschaftundPolitik/branchenanalysen/Banken_2024.pdf) (abgerufen am 22.03.2025).

**AK Wien (2025).** Das bringt eine Bankenabgabe. Online verfügbar unter <https://wien.arbeiterkammer.at/bankenabgabe> (abgerufen am 22.03.2025).

**Bellucci, Andrea/Fatica, Serena/Heynderickx, Wouter/Kvedaras, Virmantas/Pagano, Andrea (2023).** Liability taxes, risk, and the cost of banking crises. *Journal of Corporate Finance* 79, 102387. <https://doi.org/10.1016/j.jcorpfin.2023.102387>.

**Borsuk, Marcin/Kowalewski, Oskar/Qi, Jianping (2023).** The dark side of bank taxes. *Journal of Banking & Finance* 157, 107041. <https://doi.org/10.1016/j.jbankfin.2023.107041>.



**Buch, Claudia M./Hilberg, Björn/Tonzer, Lena (2016).** Taxing banks: An evaluation of the German bank levy. *Journal of Banking & Finance* 72, 52–66. <https://doi.org/10.1016/j.jbankfin.2016.07.010>.

**Dullien, Sebastian/Herzog-Stein, Alexander/Stein, Ulrike (2023).** Gewinninflation: Realität oder Fata Morgana? – Die Rolle der Gewinnentwicklung für die aktuelle deutsche Inflation. *IMK Report* Nr. 185. Online verfügbar unter [https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008702](https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008702) (abgerufen am 22.03.2025).

**EY (2024).** Gewinn europäischer Großbanken steigt auf 10-Jahres-Hoch von knapp 100 Mrd. Euro. Online verfügbar unter [https://www.ey.com/de\\_at/newsroom/2024/04/ey-analyse-performance-top-banken-2023](https://www.ey.com/de_at/newsroom/2024/04/ey-analyse-performance-top-banken-2023) (abgerufen am 22.03.2025).

**Feigl, Georg/Premrov, Tamara (2024).** Negative Folgen ausgabenseitiger Konsolidierung. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Negative-Folgen-ausgabenseitiger-Konsolidierung-Ende-2024.pdf> (abgerufen am 22.03.2025).

**Financial Times (2025).** European banks to reward investors with bumper €123bn in payouts. Online verfügbar unter <https://www.ft.com/content/cfe4c113-03b5-4cd5-b61f-1c5d7e98e281> (abgerufen am 22.03.2025).

**Fortin, Ines/Hlouskova, Jaroslava/Keuschnigg, Christian/Schuster, Philip/Weyerstraß, Klaus (2012).** Analyse der Stabilitätsabgabe. Vorläufiger Endbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Wien, Institut für Höhere Studien (IHS). Online verfügbar unter <https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:8f328572-e62e-488f-afd9-614274c4471a/Stabilitaetsabgabe.180920122884.pdf> (abgerufen am 22.03.2025).

**Hebous, Shafik/Prihardini, Dinar/Vernon, Nate (2022).** Excess Profit Taxes: Historical Perspective and Contemporary Relevance. *IMF Working Papers* Washington, D.C., International Monetary Fund. ISBN 9798400221729. <https://doi.org/10.5089/9798400221729.001>.

**Kogler, Michael (2019).** On the incidence of bank levies: theory and evidence. *International Tax and Public Finance* 26 (4), 677–718. <https://doi.org/10.1007/s10797-018-9526-z>.

**Maneely, Morgan/Ratnovski, Lev (2024).** Bank Profits and Bank Taxes in the EU. *IMF Working Paper* 143. <http://doi.org/10.5089/9798400281198.001>.

**Marterbauer, Markus/Prenner, Christoph (2024).** Wege aus der Rezession. *Wirtschaft und Gesellschaft* 50 (3), 5–18. <https://doi.org/10.59288/wug503.270>.

**Nationalrat (2025).** Beschluss des Nationalrates. 34 der Beilagen XXVIII. GP. Online verfügbar unter [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/BNR/14/fname\\_1671984.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/BNR/14/fname_1671984.pdf) (abgerufen am 22.03.2025).

**Pöchel, Thomas (2024).** Anteil variabel verzinsten Kredite im aushaftenden Bestand stark rückläufig. OeNB. Online verfügbar unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:e560da56-7cf4-4c4c-94c5-b4baace30ddb/03\\_statistiken-h2-2024\\_anteil-variabel-verzinsten.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:e560da56-7cf4-4c4c-94c5-b4baace30ddb/03_statistiken-h2-2024_anteil-variabel-verzinsten.pdf) (abgerufen am 22.03.2025).

**Prenner, Christoph/Zotter, Thomas (2023).** Wie kommen Österreichs Banken zu ihren Rekordgewinnen? A&W-Blog v. 23.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Verteilung/wie-kommen-oesterreichs-banken-zu-ihren-rekordgewinnen> (abgerufen am 22.03.2025).

**Reiss, Sebastian (2025).** Analyse: Die österreichischen Banken auf der Gewinnwelle. A&W-Blog v. 12.03.2025. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichische-Banken-Gewinnwelle> (abgerufen am 22.03.2025).

**Scheiblecker, Marcus (2024).** Hohe Zinsen belasten die Konjunktur. *WIFO Monatsberichte* 3. Online verfügbar unter [https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-4593/mb\\_2024\\_03\\_01\\_konjunkturbericht.pdf](https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-4593/mb_2024_03_01_konjunkturbericht.pdf) (abgerufen am 22.03.2025).

**WUG-Redaktion (2022).** Inflation steigt, Konjunktur fällt. *Wirtschaft und Gesellschaft* 48 (2), 163–178. <https://doi.org/10.59288/wug482.147>.

**Zotter, Thomas (2023).** Zinswende und Finanzmarktstabilität. A&W-Blog v. 03.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Verteilung/zinswende-und-finanzmarktstabilitaet> (abgerufen am 22.03.2025).



# Armutsgefährdung und Einkommenswachstum: paradoxe Zusammenhänge im Prognosekontext

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis\*

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Armutsgefährdungsquote, ein zentraler Indikator zur Analyse der Einkommensverteilung, gewinnt im Kontext wirtschaftlicher Prognosen zunehmend an Bedeutung. Die jüngsten Krisen, darunter die COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg, sowie staatliche Hilfsmaßnahmen haben die Einkommensdynamik der Haushalte erheblich beeinflusst. Paradoxe Weise kann die Armutsgefährdungsquote in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen steigen und in Abschwüngen sinken. Simulationen für Österreich zeigen, dass gleichmäßige, proportionale Lohnsteigerungen unter sonst gleichen Bedingungen die Armutsgefährdungsquote tendenziell erhöhen, während proportionale Pensionserhöhungen diese leicht senken. Diese Effekte werden wesentlich durch die Zusammensetzung der Haushaltseinkommen entlang der Einkommensverteilung beeinflusst, die wiederum stark von demografischen Haushaltsmerkmalen und der Erwerbsbeteiligung abhängen.

## SCHLÜSSELBEGRIFFE

Armutsmessung, Einkommensverteilung, Konjunkturprognose, Mikrosimulation, Nowcasting

## JEL-CODES

D31, E17, I32

## DOI

10.59288/wug511.277

---

\* **Marian Fink:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kontakt: marian.fink@wifo.ac.at

**Silvia Rocha-Akis:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kontakt: silvia.rocha-akis@wifo.ac.at

# 1. Einleitung

Seit 2024 prognostiziert das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Rahmen seiner vierteljährlichen Konjunkturprognose zwei Indikatoren der Einkommensverteilung: die Armutsgefährdungsquote und das Einkommensquintilverhältnis S80/S20 (Ederer et al. 2024). Die multiplen Krisen seit 2020, darunter die COVID-19-Pandemie und das Kriegsgeschehen in der Ukraine, haben die Nachfrage nach einer differenzierten Analyse der Einkommensverteilung deutlich erhöht (Levy 2023). Gleichzeitig erschwerten sie die Erstellung von Prognosen, da diese Krisen mit einer hohen Dynamik auf den Arbeitsmärkten, einer schwankenden Wirtschaftsleistung und einer stark steigenden Inflation einhergingen. Die Reaktion der Politik in Österreich auf diese Entwicklungen war durch ein beispielloses Ausmaß an Unterstützungsmaßnahmen geprägt, darunter etwa direkte Unternehmenshilfen, Kurzarbeit, Einmalzahlungen an private Haushalte und Energiekostenzuschüsse. Ergänzend wurden auch strukturelle Maßnahmen umgesetzt, wie die teilweise Abschaffung der kalten Progression und die Valorisierung einer Reihe von Sozialleistungen, darunter die Familienbeihilfe. Diese Interventionen hatten erhebliche Auswirkungen auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen der Privathaushalte (Baumgartner et al. 2020; Budgetdienst 2022a, 2022b, 2023; Fink/Rocha-Akis 2024; Mayrhuber et al. 2020) und damit auch auf wesentliche Ungleichheits- und Armutsindikatoren.

Eine zentrale international anerkannte und vergleichbare Armuts- bzw. Verteilungskennzahl, die von Organisationen wie Eurostat und der OECD verwendet wird, ist die „Armutsgefährdungsquote“ (AROP<sup>1</sup>), die Personen als armutsgefährdet definiert, wenn sie in einem Haushalt leben, dessen äquivalisiertes verfügbares Einkommen weniger als 60 % des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens beträgt.<sup>2</sup> Wie Jenkins (2020) zeigt, blieben die Armutsgefährdungsquoten in den meisten EU-Ländern, darunter auch Österreich, in den 20 Jahren vor 2015 – sowohl vor als auch nach der Finanzkrise 2008/2009 – weitgehend stabil oder stiegen leicht an. Auch nach 2015 zeigte die Armutsgefährdung in Österreich lange Zeit eine stabile Entwicklung.

Bei der Prognose der Armutsgefährdungsquote, etwa im Rahmen von Konjunkturprognosen, spielen makroökonomische Entwicklungen eine zentrale Rolle (Navicke et al. 2014; Sologon et al. 2023). In der Rezeption von Prognoseergebnissen und Ex-ante-Analysen zu Maßnahmen im Bereich des Steuer- und Transfersystems zeigt sich häufig die Erwartung, dass mit einer positiven Wirtschafts- und Einkommensentwicklung automatisch eine sinkende Armutsgefährdung einhergeht. Tatsächlich

---

1 AROP ist die Abkürzung für den englischen Begriff „At Risk of Poverty“.

2 Das Äquivalenzeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das den Lebensstandard eines Haushaltsmitglieds abbildet, als wäre es alleinlebend.

sind Veränderungen der Armutsgefährdung mitunter komplexer und nicht immer intuitiv. Entscheidend ist, ob und in welchem Ausmaß Personen durch die wirtschaftlichen Entwicklungen Einkommenszuwächse oder -einbußen erfahren und wo sie entlang der Einkommensverteilung positioniert sind.

Die prognostizierte Armutsgefährdungsquote wird dabei maßgeblich durch das Zusammenspiel makroökonomischer Faktoren wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Inflation, Lohnentwicklung und staatlicher Umverteilung beeinflusst. Diese Faktoren prägen die Verteilung der verfügbaren Einkommen und deren Dynamik. Je nach Art, Ausmaß und Verteilung der Veränderungen fällt der Effekt unterschiedlich aus. Darüber hinaus spielen auch die Haushaltgröße und die Zusammensetzung der Einkommen innerhalb der Haushalte eine wesentliche Rolle.

Da die Armutsgefährdungsquote nicht nur von der Einkommensentwicklung der einkommensschwächsten Haushalte, sondern auch maßgeblich von der Entwicklung des Medianeinkommens beeinflusst wird, kann sie in wirtschaftlichen Abschwungphasen paradoxerweise sinken – insbesondere, wenn Menschen entlang eines weiten Spektrums der Einkommensverteilung betroffen sind. Umgekehrt können Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs oder Steuerreformen, die die Abgabenlast senken, zu einem Anstieg der Armutsgefährdungsquote führen (Fink/Rocha-Akis 2020; Jenkins 2018; Jenkins et al. 2012; Rocha-Akis 2015).

Anhand hypothetischer Lohn- und Pensionserhöhungen zeigen wir, wie Unterschiede in den Wachstumsraten einzelner Einkommenskomponenten die Armutsgefährdungsquote beeinflussen. Die Analyse stützt sich auf Simulationen mit dem Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodell EUROMOD und untersucht die Auswirkungen isolierter proportionaler Einkommenssteigerungen auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen in Österreich. Die Ergebnisse zeigen, dass Lohnerhöhungen die Armutsgefährdungsquote tendenziell erhöhen, während Pensionserhöhungen die Armutsgefährdungsquote leicht senken.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Abschnitt 2 führt in das Konzept der Armutsgefährdungsquote ein und diskutiert zentrale Kritikpunkte. Das Niveau und die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote in Österreich werden in Abschnitt 3 näher betrachtet. Abschnitt 4 beleuchtet die Prognoseergebnisse zur Armutsgefährdungsquote und deren Entwicklung im Zusammenhang mit den beiden quantitativ bedeutendsten Komponenten des verfügbaren Einkommens – den Löhnen und Gehältern sowie den Pensionen. Abschnitt 5 beschreibt die verwendeten Daten und die Methode, bevor Abschnitt 6 die Simulationsergebnisse präsentiert. Abschließend fasst Abschnitt 7 die wesentlichen Ergebnisse zusammen.

## 2. Was misst die Armutsgefährdungsquote?

Armut und Armutsgefährdung hängen stark von den Ressourcen ab, die einem Haushalt effektiv zur Verfügung stehen, um grundlegende Bedürfnisse zu decken. Das verfügbare Einkommen ist ein wesentlicher Indikator für den Lebensstandard, da es das tatsächliche Einkommen widerspiegelt, das Haushalten nach Berücksichtigung der Markteinkommen (Erwerbs- und Kapitaleinkommen) sowie privater Transfers und nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen sowie nach Einbeziehung von Sozialleistungen bleibt.

Die Armutsgefährdungsquote zählt zur Foster-Greer-Thorbecke (FGT)-Klasse von Armutsmaßen (Foster et al. 1984, 2010). Die FGT-Klasse ist eine analytische Familie von Indikatoren, die häufig auf Basis von verfügbarem Einkommen berechnet werden und Armut in unterschiedlichen Dimensionen (Inzidenz, Tiefe und Intensität) messen. Die FGT-Maße werden allgemein durch folgende Formel dargestellt:

$$FGT_{\alpha} = \frac{1}{N} \sum_{i=1}^q \left( \frac{z - y_i}{z} \right)^{\alpha}$$

Dabei steht  $N$  für die Anzahl der Personen in der Bevölkerung,  $q$  für die Anzahl der Personen unterhalb der Armutsschwelle ( $z$ ) und  $y_i$  für das Einkommen der  $i$ -ten betroffenen Person. Der Sensitivitätsparameter  $\alpha$  bestimmt, wie sensitiv das Maß gegenüber der Einkommensverteilung unterhalb der Schwelle ist. Niedrige Werte fokussieren auf die Anzahl armer Personen (Armutsinzidenz), höhere Werte betonen stärker die Armutslücke und die Intensität der Armut. Für  $\alpha = 0$  ergibt sich aus der FGT-Formel die Armutsquote, also wie viele Personen bei gegebener Armutsschwelle  $z$  als arm gelten in Relation zur Bevölkerung. Für  $\alpha = 1$  ergibt sich die Armutslücke („poverty gap index“) und für  $\alpha = 2$  die Armutsintensität („poverty severity“) bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Die Armutsgefährdungslücke, wie sie etwa die Statistik Austria berichtet (Eurostat 2024b), weicht vom  $FGT_1$ -Index insofern ab, als sie die Lücke als Median der individuellen relativen Abweichungen der Äquivalenzeinkommen der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle angibt. Die Summe der absoluten Abweichungen der Äquivalenzeinkommen armutsgefährdeter Personen von der Armutsgefährdungsschwelle entspricht dem (äquivalisierten) Mindestbetrag, der erforderlich wäre, um Armutsgefährdung vollständig zu beseitigen. Die Armutsintensität bzw. der  $FGT_2$ -Index berücksichtigt zusätzlich die Ungleichheit innerhalb der armutsgefährdeten Bevölkerung. Je höher die Armutslücke einer Person, desto höher ist ihr Gewicht bei der Bestimmung des  $FGT_2$ -Index.

Die Armutsgefährdungsquote ist eine  $FGT_0$ -Kennzahl, wobei sie mit äquivalisierten Einkommen operiert und gemäß der Eurostat-Definition eine Armutsgefährdungsschwelle von 60 % des Medianäquivalenzeinkommens verwendet. Das Medianeinkommen, als zentraler Punkt der Einkommensverteilung, spiegelt die Mitte

der Gesellschaft wider und dient als Bezugspunkt, da es robuster gegenüber extremen Werten wie sehr hohen Einkommen ist als das Durchschnittseinkommen. Diese relative Definition der Schwelle ermöglicht es, Armut in Bezug auf den allgemeinen Lebensstandard und die Einkommensverteilung innerhalb einer Gesellschaft zu betrachten. Die Verwendung von äquivalisiertem Einkommen berücksichtigt Unterschiede in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung. Hierbei wird das Haushaltseinkommen mit einer Äquivalenzskala – oft mit der modifizierten OECD-Skala bzw. EU-Skala<sup>3</sup> – gewichtet. Die Äquivalisierung ist erforderlich, da Haushalte mit unterschiedlicher Mitgliederzahl und Altersstruktur unterschiedliche Einkommensniveaus benötigen, um denselben Lebensstandard zu erzielen. Diese Anpassung ermöglicht eine vergleichbare Betrachtung von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur und verdeutlicht, welche Bevölkerungsgruppen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Die 60%-Marke wird häufig als Referenzwert herangezogen, um zu zeigen, wer im Vergleich zum mittleren Einkommen deutlich schlechter gestellt ist. Sie wird als Schwelle betrachtet, unterhalb derer es herausfordernd wird, einen angemessenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, da Betroffene möglicherweise erhebliche Probleme haben, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu erfüllen (European Commission 2004).

Im Zuge der jüngsten Krisen ist die Diskussion über die begrenzte Aussagekraft der Armutsgefährdungsquote hinsichtlich tatsächlicher Armutsbetroffenheit in den Fokus gerückt (Badelt/Heitzmann 2023; Fink et al. 2022). Die Kritik an der Armutsgefährdungsquote ist in der akademischen Diskussion nicht neu und wird auch von statistischen Ämtern seit Langem geführt (Atkinson 2019; Banerjee/Duflo 2011; Lamei/Till-Tentschert 2005; Sen 1976; World Bank Group 2016). Ein zentraler Kritikpunkt ist die unidimensionale Messung, bei der Armut ausschließlich über die relative Einkommensposition definiert wird. Dabei bleiben wesentliche Aspekte unbeachtet, wie beispielsweise Unterschiede in den Lebenshaltungskosten, die dazu führen können, dass Menschen mit ähnlichem Einkommen unterschiedlich stark von finanzieller Prekarisierung betroffen sind (Menyhert 2022). Auch Vermögen wird in der Berechnung nicht berücksichtigt, obwohl es dazu beitragen kann, Einkommensverluste abzufedern und den Lebensstandard zu stabilisieren (Kuyper/Marx 2018). Zudem basiert die offizielle Armutsgefährdungsquote auf Querschnittsdaten und zeigt, wie viele Personen in einem bestimmten Jahr betroffen sind. Eine wichtige ergänzende Frage ist, wie lange diese Personen in Armut bleiben und ob sie es schaffen, diesen Zustand zu überwinden. Kurzfristige Armut hat geringere Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, da Ersparnisse, Vermögen oder finanzielle Unterstützung vorübergehende wirtschaftliche Schwierigkeiten

---

3 Diese Skalen schreiben dem ersten erwachsenen Haushaltsmitglied ein Gewicht von 1, jedem weiteren eines von 0,5 und jedem Kind (bis 13 Jahre) eines von 0,3 zu.

abfedern können. Dauert oder wiederholt sich Armut jedoch, schwinden die Ersparnisse, und die Auswirkungen auf Lebensqualität, Gesundheit und soziale Teilhabe werden gravierender (Corcoran 1995; Franzen/Bahr 2024; Holmes/Kiernan 2013; Whelan et al. 2003).

Ungeachtet der Kritik an der unidimensionalen Messung der Armutsgefährdungsquote und ihrer beschränkten Aussagekraft zur Armutsbetroffenheit im Sinne von Deprivation bleibt sie ein zentraler Indikator für die Einkommensverteilung, da sie wichtige Aspekte ökonomischer Ungleichheit sichtbar macht. Ihre Stärke liegt darin, dass sie die relative Einkommenssituation der Bevölkerung im Vergleich zur gesellschaftlichen Mitte berücksichtigt. Dies macht sie zu einem unverzichtbaren Instrument, um das Ausmaß und die Tiefe der Armutsgefährdung sowie deren Veränderungen zu bewerten und internationale Vergleiche zu ermöglichen.

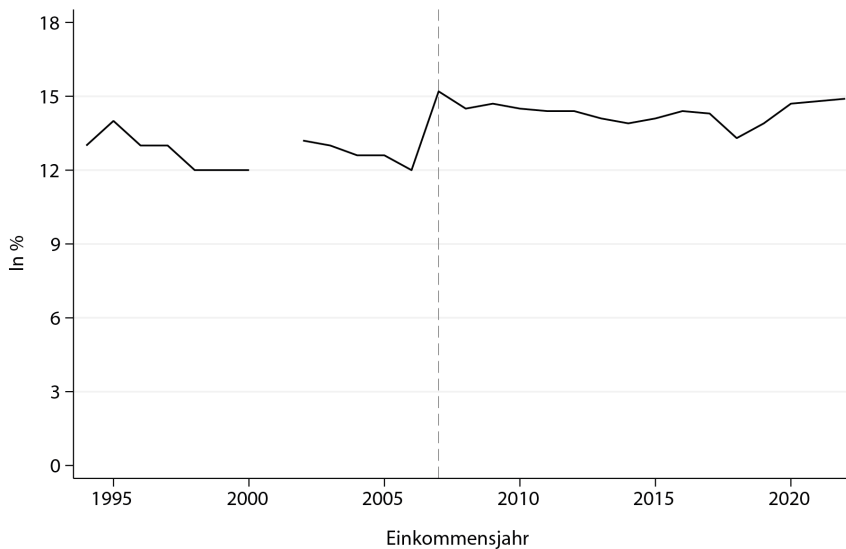
Für die Prognose der Armutsgefährdungsquote sind vor allem die makroökonomischen Variablen entscheidend, die Einfluss auf die verfügbaren Einkommen der Haushalte nehmen, wie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Studien zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und relativer Armutsgefährdung in europäischen Ländern zeigen gemischte Ergebnisse. Einige Studien (Bosco 2019; Franzen/Bahr 2024) berichten, dass Einkommenswachstum die Armutsgefährdung verringert, während andere (Caminada et al. 2012; Duiella/Turrini 2014) keinen Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und relativer Armut feststellen können. Auch das Beschäftigungswachstum hat nicht immer klare Auswirkungen auf die Armutsgefährdungsquote, insbesondere wenn es vorwiegend im Niedriglohnbereich stattfindet. Cantillon (2011) findet in einer Analyse von 27 Ländern keinen Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum und relativer Armut. Marx et al. (2012) zeigen in einer Simulation, dass ein Anstieg der Beschäftigungsquote zwar in einigen Szenarien die Armutsgefährdung senken kann, dieser Effekt jedoch ausbleibt, wenn das Wachstum primär den Niedriglohnbereich betrifft. Weitere Studien belegen, dass nach der Finanzkrise Beschäftigungszuwächse im Niedriglohnbereich in vielen Ländern keine Verringerung der Armutsgefährdung zur Folge hatten (Brülle et al. 2019; Gábos et al. 2019). Im Gegensatz dazu zeigen Untersuchungen zu Sozialausgaben, dass eine Erhöhung dieser Ausgaben in der Regel mit einer Reduktion der relativen Armutsgefährdungsquote einhergeht (Bosco/Poggi 2020; Caminada et al. 2012; Cammeraat 2020; Franzen/Bahr 2024; Jenkins 2000). Insgesamt hängt die Auswirkung von Wirtschaftswachstum auf die Armutsgefährdungsquote davon ab, ob es einkommensschwächere Gruppen erreicht und in Sektoren mit hohem Beschäftigungspotenzial stattfindet. Zudem spielen die Bevölkerungsstruktur, die Arbeitsmarktintegration und die Gestaltung sozialer Sicherungssysteme eine entscheidende Rolle dabei, wie stark sich Wachstum auf die Armutsgefährdungsquote auswirkt (Jenkins 2020).



### 3. Armutsgefährdung in Österreich

In Österreich galten gemäß den aktuellen EU-SILC-Daten<sup>4</sup> (2023) im Jahr 2022 rund 1,3 Mio. Personen als armutsgefährdet (Statistik Austria 2024). Die Armutsgefährdungsquote lag bei 14,9 %. Im internationalen Vergleich zählt Österreich damit zu den Ländern mit unterdurchschnittlicher Armutsgefährdung. Innerhalb der EU liegt Österreich unterhalb des Unionsschnitts von 16,2 % (2022). Estland und Litauen verzeichneten mit 22,5 % die höchste Armutsgefährdungsquote, während Tschechien mit 9,8 % die niedrigste aufwies.<sup>5</sup> Mit Ausnahme der rezentesten Jahre, die durch multiple Krisen geprägt waren, war die Armutsgefährdung in Österreich lange Zeit stabil bis rückläufig (Abbildung 1).

**Abbildung 1:** Armutsgefährdungsquote 1994–2022



Quelle: Eurostat (2024a), eigene Darstellung. – Vor 2001 Daten des EHCP, ab 2002 Daten der EU-SILC. Datenbruch 2007 (vertikale Linie) durch Einbeziehung administrativer Einkommensdaten (Angel et al. 2018 u. 2019; Statistik Austria 2014).

- 
- 4 EU-SILC (European Community Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa und bildet die Grundlage für die Europäische Sozialstatistik (siehe Abschnitt 5).
- 5 Die von Eurostat und Statistik Austria veröffentlichten Armutsgefährdungsquoten auf Basis von EU-SILC beziehen sich stets auf das vorherige Kalenderjahr (Einkommensreferenzjahr). Die auf Basis von EU-SILC 2023 ermittelte Armutsgefährdung beschreibt also die Armutsgefährdungslage des Jahres 2022. Im Gegensatz dazu beziehen sich die in diesem Artikel dargestellten Armutsgefährdungsquoten direkt auf das Jahr, für das die Einkommensvariablen im EU-SILC erhoben wurden. Es handelt sich daher um die Armutsgefährdungsquote und die Einkommen des jeweiligen Einkommensreferenzjahres.

Die Betroffenheit von Armutsgefährdung und materieller Deprivation ist dabei nicht zufällig. Es zeigen sich persistente Armuts(gefährdungs)lagen für einige Bevölkerungsgruppen, darunter Sozialhilfebeziehende, Arbeitslose, Personen in Ein-Eltern-Haushalten oder in Haushalten mit drei und mehr Kindern sowie Nicht-EU- oder -EFTA-Staatsbürger:innen (Heitzmann/Pennerstorfer 2025; Mayrhuber et al. 2023; Statistik Austria 2024).

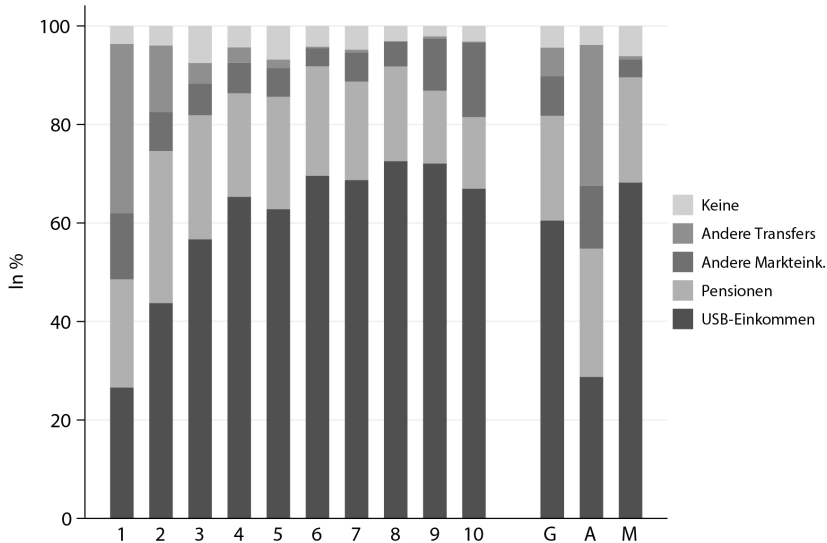
Aufgrund ihrer konzeptionellen Ausgestaltung wird die Armutsgefährdungsquote und deren Entwicklung maßgeblich durch die Dynamik des medianen Einkommens und der Armutsgefährdungsschwelle bestimmt. Dabei ist nicht nur von Bedeutung, wessen Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt, sondern auch, in welchem Ausmaß die Einkommen derjenigen, die knapp unter- und oberhalb der Schwelle liegen, von dieser entfernt sind. Je mehr Personen sich in unmittelbarer Nähe zur Schwelle befinden – sowohl darunter als auch darüber – desto stärker kann sich die Armutsgefährdung in ihrer Dynamik zeigen. Bereits geringe Veränderungen des Medianeinkommens können dann ausreichen, um Personen entweder über die Schwelle zu heben oder sie unter diese zu drücken. Die Verteilung der Einkommensarten entlang der Dezile verdeutlicht dabei, wie unterschiedlich Haushalte auf verschiedene Einkommensarten angewiesen sind. Es zeigt sich mit zunehmendem verfügbarem Einkommen eine Zunahme der Abhängigkeit von unselbstständigen Erwerbseinkommen und ein leichter Rückgang der Abhängigkeit von öffentlichen Pensionen. Personen, deren Haushaltseinkommen hauptsächlich von sonstigen Transferleistungen abhängt, sind stark in den unteren beiden Dezilen konzentriert (Abbildung 2).

Im direkten Vergleich der armutsgefährdeten Bevölkerung (Gruppe A in Abbildung 2) mit den 10 % der Bevölkerung, die sich je zur Hälfte unter bzw. über dem Median der verfügbaren Äquivalenzeinkommen befinden (Gruppe M in Abbildung 2), werden die deutlichen Unterschiede in der Bedeutung der Einkommensarten sichtbar. Während die „Mitte der Gesellschaft“ stark von unselbstständigen Einkommen abhängt – für 68 % der Personen ist dies die Haupthaushaltseinkommensart<sup>6</sup> –, sind für Armutsgefährdete Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung und öffentliche Geldleistungen mit jeweils rund 29 % gleichermaßen bedeutend. Pensionseinkommen spielen für Armutsgefährdete mit rund 26 % eine größere Rolle als für die Mediengruppe (21 %). Gleichzeitig liegt die durchschnittliche äquivalisierte Bruttopension innerhalb der Gruppe der Armutsgefährdeten bei etwa 60 % und der durchschnittliche äquivalisierte Bruttolohn bei rund 46 % des Wertes der Mediengruppe.

---

6 Eine Einkommensart (unselbstständiges Einkommen, andere Markteinkommen, öffentliche Pensionen, andere öffentliche Geldleistungen) gilt als Haupteinkommensart, wenn sie mehr als 50 % des gesamten Haushaltseinkommens vor Abgaben ausmacht. Liegt der Anteil aller Einkommensarten jeweils unter 50 % des Bruttogesamteinkommens eines Haushalts, wird keine Haupteinkommensart definiert.

**Abbildung 2:** Zusammensetzung der Einkommensdezile nach Haupteinkommensarten der Haushalte



Quelle: EUROMOD, eigene Berechnungen. – Eine Einkommensart (unselbstständiges Einkommen [USB-Einkommen], andere Markteinkommen, öffentliche Pensionen, andere öffentliche Geldleistungen [andere Transfers]) gilt als Haupteinkommensart, wenn sie mehr als 50 % des gesamten Haushaltseinkommens vor Abgaben ausmacht. Liegt der Anteil aller Einkommensarten jeweils unter 50 % des Bruttogesamteinkommens eines Haushalts, wird keine Haupteinkommensart definiert. – Gruppe 1 bis 10: jeweiliges Einkommensdezil der verfügbaren Äquivalenzeinkommen; Gruppe G: Gesamtbevölkerung; Gruppe A: Armutsgefährdete; Gruppe M: 10 % der Bevölkerung, die sich zu je 5 % unter- bzw. oberhalb des Medians der verfügbaren Äquivalenzeinkommen befinden.

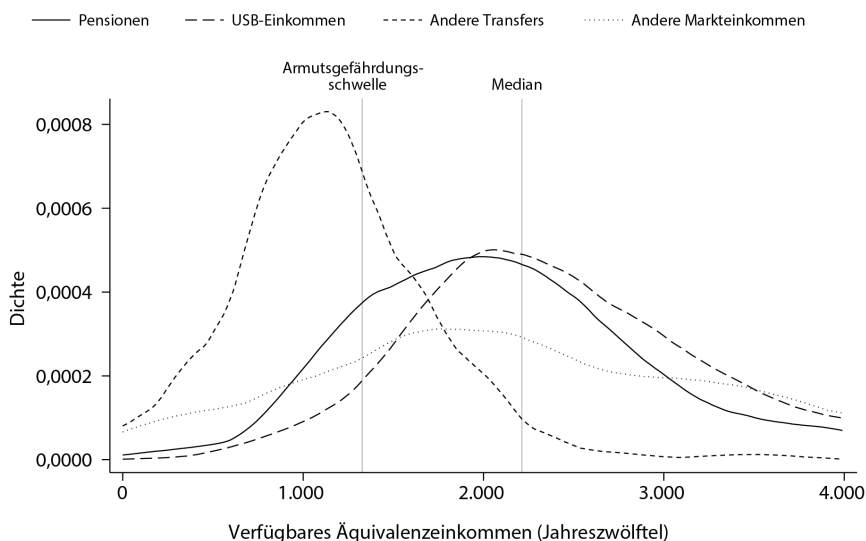
Im ersten Dezil leben 34,3 % der Personen in Haushalten, deren Haupteinkommensart Transferleistungen sind. 26,6 % leben in Haushalten, in denen unselbstständiges Einkommen dominiert, und 21,9 % in Haushalten, deren Haupteinkommen aus Pensionen stammt. Im zweiten Dezil, in dem die Armutsgefährdungsschwelle (15.931 Euro) liegt, steigt der Anteil der Personen, die in Haushalten mit unselbstständigem Einkommen als Haupteinkommensart leben, auf 43,7 %, während der Anteil derjenigen, deren Haushaltseinkommen überwiegend aus Transferleistungen stammt, auf 13,5 % sinkt. Pensionen bleiben mit einem Anteil von 30,9 % weiterhin eine bedeutende Haupteinkommensart. Dies verdeutlicht, dass Haushalte knapp oberhalb oder unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle bereits in einem hohen Grad von Erwerbseinkommen und Pensionen abhängen. Änderungen der Armutsgefährdungsschwelle – etwa infolge von Änderungen des medianen verfügbaren Einkommens – können diese Haushalte besonders stark betreffen, da sie empfindlich auf kleine Verschiebungen der Armutsgefährdungsgrenze relativ zu ihrem eigenen Einkommen reagieren.

In den mittleren Dezilen (3–6) bleibt der Anteil der Personen in Haushalten, die überwiegend von Pensionen leben, mit 21–25 % stabil, während der Einfluss der

Sozialleistungen weiter abnimmt. Ab dem dritten Dezil stellen unselbstständige Einkommen die dominierende Einkommensart dar: Zwischen 57 % (drittes Dezil) und 73 % (achtes Dezil) der Personen leben in Haushalten, deren Haupteinkommen aus unselbstständiger Arbeit stammt.

Anhand der geschätzten Dichtefunktion des verfügbaren Äquivalenzeinkommens lässt sich erkennen, dass eine Verschiebung der Armutsgefährdungsschwelle je nach Einkommensverteilung der einzelnen Gruppen sehr unterschiedliche Auswirkungen haben kann (Abbildung 3). Veränderungen in den Löhnen, Pensionen sowie in den Abgaben wie Sozialbeiträgen und Lohnsteuern können das mediane verfügbare Einkommen erheblich beeinflussen und somit Auswirkungen auf die Armutsgefährdungsschwelle haben. Besonders betroffen sind jedoch Haushalte, deren Haupteinkommen aus Transfers ohne Pensionen stammt. Diese Haushalte sind zwar nicht direkt von Veränderungen ihres Einkommens betroffen, da sich ihr Einkommen nur wenig oder gar nicht verändert. Sie sind jedoch (indirekt) stärker betroffen, indem sie aufgrund einer Verschiebung der Armutsgefährdungsschwelle in einem stärkeren Ausmaß unter oder über die Schwelle rutschen, wenn sich das Medianeinkommen verändert.

**Abbildung 3:** Geschätzte Dichtefunktion des verfügbaren Äquivalenzeinkommens nach Haupteinkommensart im Basisszenario



Quelle: EUROMOD, eigene Berechnungen. – Eine Einkommensart (unselbstständiges Einkommen [USB-Einkommen], andere Markteinkommen, öffentliche Pensionen, andere öffentliche Geldleistungen [andere Transfers]) gilt als Haupteinkommensart, wenn sie mehr als 50 % des gesamten Haushaltseinkommens vor Abgaben ausmacht. Liegt der Anteil aller Einkommensarten jeweils unter 50 % des Bruttogesamteinkommens eines Haushalts, wird keine Haupteinkommensart definiert. – Geschätzte Dichte für Werte des verfügbaren Äquivalenzeinkommens ab 4.000 Euro nicht dargestellt.

Während eine Verringerung des Medianeinkommens in der Regel Haushalte mit überwiegend Transfereinkommen über die Armutsgefährdungsschwelle hebt, können signifikante Erhöhungen des Medianeinkommens dazu führen, dass Haushalte mit Erwerbs- oder Pensionseinkommen als Haupteinkommensart vermehrt unter die Armutsgefährdungsschwelle rutschen. Dies liegt daran, dass bei steigenden Einkommen diese Haushalte zahlenmäßig (im Vergleich zu Haushalten mit Transfereinkommen) zunehmen. Die Auswirkungen hängen jedoch davon ab, wie stark das verfügbare Einkommen der einzelnen Gruppen tatsächlich steigt. In jedem Fall nimmt mit dem Ausmaß der Erhöhung des Medianeinkommens die Wahrscheinlichkeit zu, dass auch Haushalte mit überwiegend Erwerbs- oder Pensionseinkommen unter die Armutsgefährdungsschwelle fallen.

#### 4. Prognose der Armutsgefährdungsquote

Im Dezember 2024 veröffentlichte das WIFO die vierte Konjunkturprognose, die auch Schätzungen zur Armutsgefährdungsquote und zum Einkommensquintilverhältnis beinhaltet. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen bei der Verfügbarkeit von Einkommensdaten wurden beide Indikatoren im Rahmen eines „Nowcastings“ auch für das Jahr 2023 prognostiziert (Ederer et al. 2024).<sup>7</sup> Demnach wird ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote von 14,9 % im Jahr 2022 auf 15,4 % im Jahr 2023 erwartet (Tabelle 1). Für 2024 wird eine Stagnation der Quote prognostiziert, bevor sie im Jahr 2025 auf 15,8 % steigt und 2026 auf 15,2 % sinkt.

Das kräftige nominale Lohnwachstum der Jahre 2022 und 2023, das maßgeblich durch die hohe Inflation getrieben wurde (Schiman-Vukan 2023), führte zu einer zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen divergierenden Einkommensentwicklung. Insbesondere Personen, deren Lebensunterhalt überwiegend aus unselbstständigen Erwerbseinkommen bestritten wird, profitierten in diesen beiden Jahren stärker als Pensionist:innen oder Personen, deren verfügbares Einkommen in hohem Ausmaß von (teilweise valorisierten) Transferleistungen abhängen. So wuchsen die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigungsverhältnis im Jahr 2022 und 2023 um insgesamt 4,4 Prozentpunkte stärker als der Pensionsanpassungsfaktor<sup>8</sup>. Ab dem Jahr 2024 nimmt diese Lücke wieder ab. Grund hierfür sind u. a. unterschiedliche

7 Alternative Methoden des Nowcastings von Verteilungsänderungen in Kombination mit Mikrosimulation werden u. a. in Navicke et al. (2014), Eurostat (2020) und Sologon et al. (2023) beschrieben.

8 In Österreich werden Renten und Pensionen sowie die leistungsbezogenen festen Beträge in der Sozialversicherung jährlich an die Inflationsentwicklung angepasst. Der Anpassungsfaktor basiert auf der durchschnittlichen Teuerung von August bis Juli des Jahres, das dem Anpassungsjahr vorangeht, kann jedoch durch einfachgesetzliche Eingriffe abweichend gestaltet werden. Die Festlegung erfolgt per Verordnung gemäß § 108 Abs. 5 in Verbindung mit § 108f ASVG. Seit 2023 wird dieser Mechanismus auch für bestimmte nicht sozialversicherungsrechtliche Leistungen, etwa die Familienbeihilfe, angewendet.

Referenzzeiträume, nach denen Löhne und Pensionen angepasst werden. Lohnverhandlungen und -abschlüsse finden über das Jahr verteilt statt, wobei die meisten Kollektivvertragsabschlüsse zu Jahresbeginn sowie verstärkt im Frühjahr und Herbst erfolgen. Diese orientieren sich u. a. jeweils an der rollierenden Inflation der letzten zwölf Monate, wobei die Verhandlungen der Metallindustrie im Herbst besonderen Einfluss nehmen, da ihr Abschluss als Signal für nachfolgende Verhandlungen dient (Bittschi 2023). Im Gegensatz dazu werden Pensionen jährlich zu Beginn des Jahres mit dem gesetzlichen Anpassungsfaktor angepasst. Oftmals wurden in der Vergangenheit jedoch geringe Pensionen über- und hohe Pensionen unterproportional angehoben. Somit reagieren die Anpassungen mit unterschiedlichem Verzögerungseffekt sowohl auf die Preisentwicklung als auch auf andere wirtschaftliche Entwicklungen.

**Tabelle 1:** Armutsgefährdungsquote, Bruttolohn- und -gehaltswachstum und Pensionsanpassungsfaktor

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Armutsgefährdungsquote (%)	13,9	14,7	14,8	14,9	<b>15,4</b>	<b>15,4</b>	<b>15,8</b>	<b>15,3</b>
Löhne und Gehälter ( $\Delta\%$ )	+2,9	+2,2	+2,7	+4,9	+6,9	<b>+7,8</b>	<b>+3,4</b>	<b>+2,5</b>
Anpassungsfaktor (§ 108f ASVG)	1,020	1,018	1,015	1,018	1,058	1,097	<b>1,046</b>	<b>1,022</b>

Quelle: Eurostat (2024a), WIFO-Prognose Dezember 2024. – Fett gedruckte Werte stellen prognostizierte Werte dar. –  $\Delta\%$ : Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Diese unterschiedliche Dynamik der zentralen Einkommensarten könnte zur Veränderung der Armutsgefährdungsquote beigetragen haben. Wenn durch das stärkere Wachstum der Löhne und Gehälter jene Personen, deren Einkommen stärker von Transferleistungen oder nicht indexierten Einkommenskomponenten abhängt, nicht mit dem Lohnwachstum Schritt halten können, kommt es für diese Personen zu einer relativen Verschlechterung – was sich unter anderem in einem Anstieg der Armutsgefährdungsquote widerspiegeln kann. Grundsätzlich ergibt sich jedoch die Veränderung aus dem Zusammenspiel vieler Faktoren. Diese Faktoren sind nicht nur auf ökonomische Größen beschränkt. Auch demografische Verschiebungen innerhalb der Bevölkerung, beispielsweise durch Alterung, verändern die Einkommensverteilung und so potenziell die Armutsgefährdungsquote. Langfristige Trends in Österreich weisen auf eine steigende Armutsgefährdung in Haushalten jüngerer Hauptverdienender mit Kindern hin, während die Armutsgefährdungsquote in älteren Haushalten rückläufig ist (Rocha-Akis et al. 2023).

Die Sensitivität der Armutsgefährdungsquote gegenüber Veränderungen des Erwerbseinkommens unterscheidet sich jedoch zwischen den Ländern erheblich. Neben den demografischen Strukturen variieren auch Steuer- und Sozialsysteme in

ihrer Fähigkeit, wirtschaftliche Veränderungen abzufedern und die Bevölkerung vor negativen Effekten zu schützen. Immervoll et al. (2006) zeigen in einer Simulation für das Jahr 1998, dass ein angenommenes Wachstum der realen Einkünfte aus unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit um 10 % in Österreich ceteris paribus zu einem Anstieg der Armutsgefährdungsquote um 0,7 Prozentpunkte führt. Die Effekte variieren jedoch stark zwischen den Ländern: Während Luxemburg eine nahezu neutrale Wirkung (-0,1 Prozentpunkte) aufweist, steigt die Armutsgefährdungsquote in Irland um 3,1 Prozentpunkte. Besonders in Ländern mit einem hohen Anteil armutsgefährdeter Erwerbstätiger zeigt sich in dieser Simulation, dass die Armutsgefährdungsquote weniger empfindlich auf Veränderungen der Armutsgefährdungsschwelle reagiert.

Navicke et al. (2014) zeigen im Rahmen eines Nowcastings der aktuellen Armutsgefährdungsquoten in der EU, dass in Ländern mit steigenden medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommen (z. B. Estland, Lettland) das Armutsrisiko für ältere Menschen zunimmt, da Pensionen langsamer wachsen als die allgemeinen Einkommen. Dies verdeutlicht, dass nicht nur die Entwicklung der Markteinkommen, sondern auch die Indexierung und Anpassung von Sozialleistungen eine wesentliche Rolle für die Armutsdynamik spielen.

Rezente Studien zu automatischen Stabilisatoren befassen sich zunehmend mit der Fähigkeit von Steuer- und Transfersystemen, Einkommensverluste in Krisenzeiten abzufedern und soziale Resilienz zu stärken. Eine Analyse der Systeme in mehreren EU-Ländern zeigt, dass Arbeitslosenunterstützung und soziale Transfers erheblich zur Einkommenssicherung beitragen und das Armutsrisiko senken können. Dabei spielen Leistungshöhe, Anspruchskriterien und Inanspruchnahme eine zentrale Rolle (Van Havere et al. 2024).

## 5. Daten und Methode

Da Löhne und Pensionen nicht parallel, sondern mit Verzögerung und nach unterschiedlichen Mechanismen an die Inflation angepasst werden, ergeben sich Phasen divergierender Einkommensentwicklungen. Dies kann zu temporären Verschiebungen in der Einkommensverteilung und damit auch in der Armutsgefährdungsquote führen.

Um die potenziellen Wirkungen dieser Phasen divergierender und konvergierender Einkommenssteigerungen in den beiden quantitativ bedeutendsten Komponenten des verfügbaren Einkommens – Löhne und Pensionen<sup>9</sup> – zu demonstrieren,

---

9 Zu den Pensionen zählen in dieser Simulation die Alterspension aufgrund eigener Erwerbstätigkeit, die vorzeitige Alterspension wegen langer Versicherungsdauer, der Ruhegenuss von Beamtinnen

führen wir mithilfe von EUROMOD kontrafaktische Simulationen durch. Dabei modellieren wir hypothetische Einkommenssteigerungen der Löhne und Pensionen und analysieren deren Auswirkungen auf die Armutsgefährdungsquote in Österreich. Es handelt sich also nicht um eine Prognose der tatsächlichen Einkommensentwicklung, sondern um eine modellbasierte Untersuchung, die den reinen Effekt solcher Anpassungen auf die Einkommensverteilung und Armutsgefährdungsquote aufzeigt.

EUROMOD ist ein Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodell, das für alle 27 EU-Mitgliedstaaten entwickelt wurde.<sup>10</sup> Es ermöglicht die Analyse der Auswirkungen von Steuern und Transfers auf Einkommen, Armut und Ungleichheit, indem es detaillierte Haushaltsdaten mit länderspezifischen Steuer- und Sozialversicherungssystemen verknüpft (Sutherland/Figari 2013). Das Modell nutzt Informationen über Markteinkommen und die Zusammensetzung der Haushaltsmitglieder, um Abgaben und Sozialleistungen und letztlich das verfügbare Haushaltseinkommen zu simulieren. Für Österreich basiert EUROMOD auf Daten der EU-SILC und bildet das österreichische Steuer- und Sozialtransfersystem detailliert ab (Fuchs et al. 2024).

EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist eine europaweit harmonisierte Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen privater Haushalte. Sie bildet eine zentrale Grundlage der europäischen Sozialstatistik und liefert umfassende Informationen zu Themen wie Einkommen, Beschäftigung, Wohnsituation sowie subjektive Einschätzungen zur Gesundheit und finanziellen Lage. Dabei berücksichtigt die Erhebung auch die Haushaltszusammensetzung, wie etwa die Zahl der Haushaltsmitglieder, deren Altersstruktur und die jeweilige Erwerbssituation (Statistik Austria 2024). Die Datenerhebung erfolgt jährlich durch die Statistik Austria und basiert auf einer repräsentativen Stichprobe der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung. Dabei werden Selbstauskünfte aus Befragungen mit Verwaltungsdaten zu zahlreichen Einkommenskomponenten, darunter Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung und Pensionen, kombiniert. Einkommensbezugsjahr ist in EU-SILC das der Erhebung vorangegangene Jahr.

Wir verwenden die EU-SILC-Welle 2020, also das Einkommensjahr 2019. Zwar wäre mit der Welle 2022 (Einkommensjahr 2021) ein rezenteres Jahr der für den EUROMOD-Einsatz aufbereiteten Daten verfügbar, die Verwendung eines Nicht-Krisenjahrs

---

und Beamten, die Hinterbliebenenleistungen sowie die Ausgleichszulage.

10 Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf EUROMOD Version J0.1+. Ursprünglich wurde EUROMOD vom Institute for Social and Economic Research (ISER) entwickelt, gepflegt und verwaltet. Seit 2021 wird EUROMOD vom Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit Eurostat und nationalen Teams der EU-Mitgliedstaaten weiterentwickelt und betreut. Unser Dank gilt den zahlreichen Personen, die zur Entwicklung von EUROMOD beigetragen haben. Die Verantwortung für die Ergebnisse und deren Interpretation liegt bei den Autor:innen.



vermeidet aber Verzerrungen durch außergewöhnliche wirtschaftliche Schwankungen, die sich in der Lohnstruktur, Beschäftigungssituation und Einkommensverteilung niederschlagen.<sup>11</sup>

Die verfügbaren Einkommen des Jahres 2019 werden mit EUROMOD unter Anwendung des Steuer- und Transfersystems dieses Jahres<sup>12</sup> simuliert. Wir analysieren drei kontrafaktische Szenarien: (1) eine Erhöhung aller Bruttolöhne und -gehälter um 5 %<sup>13</sup>, (2) eine Erhöhung aller Bruttopensionen um 5 %, und (3) eine gleichzeitige Erhöhung beider Einkommensarten um 5 %. Der Effekt der Erhöhung einer Einkommenskomponente ergibt sich in der Differenz zum Basisszenario (keine Einkommensänderung).<sup>14</sup>

In der Realität steigen Löhne und Pensionen nicht einheitlich, sondern variieren je nach Person und Einkommenssituation. Diese Heterogenität ist besonders relevant für Verteilungs- und Armutsmaße, da eine durchschnittliche Erhöhung um 5 % je nach Einkommensgruppe zu unterschiedlichen Auswirkungen auf Ungleichheit und Armutsgefährdung führen kann.<sup>15</sup> Für diese Analyse wird jedoch bewusst vereinfacht angenommen, dass alle Löhne und Pensionen im Jahr 2019 gleichmäßig um die gleiche Rate steigen.

- 
- 11 So nahmen beispielsweise zu Beginn des Jahres 2021 mehr als 400.000 Personen Kurzarbeit in Anspruch. Im Mai 2021 konnten Gastronomie, Sport-, Freizeit- und Kulturbetriebe, Hotels sowie Bäder unter speziellen Sicherheitsmaßnahmen nach mehr als sechs Monaten Schließung in ganz Österreich wieder ihren Betrieb aufnehmen. Damit wurden erstmals seit November 2020 österreichweit die wesentlichen pandemiebedingten Einschränkungen für die Beschäftigung aufgehoben, wodurch die Beschäftigungszahlen erstmals das Vorkrisenniveau übertrafen. Die erweiterte Arbeitslosigkeit zu diesem Zeitpunkt übertraf den Wert von Mai 2019 weiterhin deutlich (Bock-Schappelwein et al. 2021).
- 12 Leistungen aus der Sozialhilfe werden nicht simuliert, sondern direkt aus den Daten entnommen.
- 13 Im Zeitraum 2021–2023 sind die Pensionen insgesamt um 9,32 % und die Löhne um 15,17 % gewachsen (Tabelle 1). Das kumulierte Wachstumsdifferential betrug in diesem Zeitraum 5,8 Prozentpunkte. Für den Zeitraum 2022–2023 ergibt sich ein Wachstumsdifferential von 4,4 Prozentpunkte. Eine hypothetische Steigerung der Löhne oder Pensionen um 5 % unter sonst gleichen Bedingungen, erzeugt ein Wachstumsdifferential von 5 Prozentpunkten. Das entspricht in etwa dem Durchschnitt der beiden Zeiträume und spiegelt in komprimierter und stark vereinfachter Form eine Entwicklung wider, wie sie im Umfeld der hohen Inflationsdynamik beobachtbar war.
- 14 Die so berechneten Effekte sind Erstrundeneffekte („day after effects“), also Effekte, die unmittelbar nach z. B. einer Reform oder Maßnahme auftreten. Anpassungsreaktionen von Individuen oder Haushalten wie beispielsweise Anpassungen des Arbeitsangebots (Zweitrundeneffekte) bleiben unberücksichtigt. Darüber hinaus ist EUROMOD ein partielles Gleichgewichtsmodell, d. h., nur direkte Auswirkungen auf die betrachteten Haushalte oder Individuen werden berücksichtigt, ohne Rückkopplungseffekte über Märkte oder das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht (Änderungen von Löhnen, Preisen oder der Nachfrage nach Arbeit [Drittrundeneffekte]) einzubeziehen.
- 15 Eine Erhöhung der Pensionen oder Löhne um 5 % wirkt sich vor allem aufgrund der unterschiedlichen Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge, selbst bei gleicher Höhe des Bruttoeinkommens, nicht gleichermaßen auf das Nettoeinkommen aus.

## 6. Effekte von Lohn- und Pensionserhöhungen

### 6.1 Wirkungen auf die verfügbaren Einkommen

Die Simulationen zeigen deutliche Unterschiede in der Wirkung von Einkommenssteigerungen, je nachdem, ob diese durch höhere Löhne, höhere Pensionen oder eine gleichzeitige Erhöhung beider Einkommensarten erfolgen.

**Tabelle 2:** Effekte von Einkommenserhöhungen auf das verfügbare Äquivalenzeinkommen

	Basis in €	Löhne	Szenario	
			Pensionen	Löhne & Pensionen
			relativ zu Basisszenario, in %	
<b>Gesamt</b>				
Arithmetisches Mittel	2.425	+2,4	+0,8	+3,2
Median	2.213	+2,7	+1,1	+3,3
<b>Dezile</b>				
1. Dezil	831	+0,8	+1,1	+1,9
2. Dezil	1.382	+1,5	+1,2	+2,7
3. Dezil	1.683	+1,9	+1,1	+3,0
4. Dezil	1.909	+2,2	+0,8	+3,0
5. Dezil	2.117	+2,2	+1,0	+3,2
6. Dezil	2.322	+2,4	+1,0	+3,4
7. Dezil	2.587	+2,5	+0,8	+3,3
8. Dezil	2.905	+2,7	+0,8	+3,5
9. Dezil	3.399	+2,8	+0,7	+3,5
10. Dezil	5.118	+2,8	+0,6	+3,4
<b>Haupteinkommensart</b>				
Unselbstständigeneinkommen	2.588	+3,5	+0,1	+3,6
Anderes Markteinkommen	2.764	+0,6	+0,2	+0,8
Öffentliche Pensionen	2.211	+0,2	+3,5	+3,7
Andere Transferleistungen	1.165	+0,0	+0,1	+0,1
Keine	2.267	+1,4	+1,1	+2,5

Quelle: EUROMOD, eigene Berechnungen. – Szenario Löhne: Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter um 5 %; Szenario Pensionen: Erhöhung der Bruttopensionen um 5 %; Szenario Löhne & Pensionen: Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter sowie der Bruttopensionen um 5 %. – Dezile der verfügbaren Äquivalenzeinkommen im Basisszenario. – Eine Einkommensart (Unselbstständigeneinkommen, andere Markteinkommen, öffentliche Pensionen, andere Transferleistungen) gilt als Haupteinkommensart, wenn sie mehr als 50 % des gesamten Haushaltseinkommens vor Abgaben ausmacht. Liegt der Anteil aller Einkommensarten jeweils unter 50 % des Bruttogesamteinkommens eines Haushalts, wird keine Haupteinkommensart definiert.

Eine Lohnsteigerung um 5 % führt für knapp 76 % der Bevölkerung zu höheren verfügbaren Äquivalenzeinkommen. Es profitieren vor allem Haushalte in den oberen drei Dezilen der Einkommensverteilung, wo das verfügbare Haushaltseinkommen um 2,7 % bis 2,8 % steigt. In den unteren Dezilen fällt der Effekt hingegen deutlich schwächer aus: Im ersten Dezil beträgt der Anstieg 0,8 %, im zweiten Dezil 1,5 %.

Diese Unterschiede lassen sich auf die geringere Arbeitsmarktpartizipation und die niedrigere Bedeutung des unselbstständigen Einkommens im Haushaltseinkommen in den unteren Dezilen zurückführen. So profitieren im untersten Dezil nur etwa die Hälfte der Personen direkt – das heißt durch eine Erhöhung ihres eigenen Lohns – und indirekt, etwa durch das gestiegene Einkommen von Partner:innen oder Eltern im gemeinsamen Haushalt. In der oberen Hälfte der Verteilung hingegen profitieren 80 % bis 90 % der Personen entweder direkt oder indirekt von den Lohnsteigerungen. Das durchschnittliche Einkommen steigt um 2,4 % und der Median um 2,7 % (Tabelle 2).

Im Vergleich dazu hat eine Erhöhung der Pensionen um 5 % eine deutlich schwächere Wirkung: Die verfügbaren Einkommen steigen im Durchschnitt nur um 0,8 % und im Median um 1,1 %. Dies liegt daran, dass weniger Menschen von Pensionsals von Lohnsteigerungen profitieren. Etwa ein Drittel der Bevölkerung erfährt durch die Pensionserhöhung eine Veränderung ihres verfügbaren Einkommens. In den unteren Einkommensdezilen fällt der Anstieg mit 1,1 % bis 1,2 % überdurchschnittlich aus, was die größere Bedeutung von Pensionseinkommen in diesen Einkommensgruppen widerspiegelt. Der Effekt der Pensionserhöhung zeigt sich insgesamt gleichmäßiger verteilt als bei einer Lohnsteigerung. Mit Ausnahme des untersten Dezils, in dem rund 12 % der Personen von der Pensionserhöhung profitieren, liegen die Anteile der Betroffenen in den übrigen Dezilen zwischen 29 % und 38 % (Tabelle 2).

Eine gleichzeitige Erhöhung von Löhnen und Pensionen führt zu einer kumulativen Wirkung, bei der sich die jeweiligen Einzeleffekte überlagern. Im Durchschnitt steigen die verfügbaren Äquivalenzeinkommen um 3,2 %, wobei 95 % der Bevölkerung betroffen sind. Während die oberen Dezile weiterhin überproportional von der Lohnsteigerung profitieren, wirken sich die Pensionserhöhungen vor allem auf die unteren Dezile positiv aus, was den Gesamteffekt auf die Einkommensverteilung etwas ausgewogener gestaltet. Dennoch bleiben deutliche Unterschiede bestehen: In den oberen fünf Dezilen erhöhen sich die verfügbaren Äquivalenzeinkommen um 3,3 % bis 3,5 %, während im unteren Bereich die Zuwächse wesentlich geringer ausfallen – im ersten Dezil liegt der Anstieg beispielsweise bei nur 1,9 %. Dieser schwächere Effekt in den unteren Dezilen ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Personen, die von den Einkommenssteigerungen betroffen sind, dort deutlich geringer ausfällt. Während in den oberen sechs Dezilen nahezu alle Haushalte von den Lohn- und Pensionserhöhungen

profitieren, liegt der Anteil im untersten Dezil bei lediglich 73 %. Das bedeutet, dass rund ein Viertel der Personen keine Einkommensverbesserung erfährt. Im zweiten Dezil beträgt der Anteil der Betroffenen 91 %, sodass rund 10 % der Haushalte dort ebenfalls unberührt bleiben.

## 6.2 Wirkung auf die Armutsgefährdungsquote

Im Jahr 2019 liegt die Armutsgefährdungsschwelle im Basisszenario bei 15.931 Euro jährlich, wobei 13,4 % der Bevölkerung ein verfügbares Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Schwelle haben.<sup>16</sup> Eine 5%ige Lohnsteigerung für alle unselbstständig Beschäftigten führt zu einem Anstieg des medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens und somit zu einer Erhöhung der Armutsgefährdungsschwelle um 2,7 %. Dadurch steigt die Armutsgefährdungsquote um 0,5 Prozentpunkte auf 13,9 %, da ein größerer Anteil der Bevölkerung die gestiegene Schwelle nicht erreicht. Besonders davon betroffen sind Haushalte, deren Bruttogesamteinkommen mehr als zur Hälfte aus Transfers ohne Pensionen besteht, da sich diese in besonderem Ausmaß um die Armutsgefährdungsschwelle konzentrieren. Haushalte, die überwiegend von Pensionseinkommen leben, rangieren an zweiter Stelle, wenn auch deutlich weniger konzentriert (Abbildung 3).<sup>17</sup> In den unteren Dezilen ist der Anteil des Erwerbseinkommens am Gesamteinkommen somit vergleichsweise gering, weshalb der Einkommenszuwachs in diesen Gruppen schwächer ausfällt. Mit steigendem Einkommen nimmt der Einkommensanstieg jedoch zu. Dies führt dazu, dass der Anstieg des Medians und damit der Armutsgefährdungsschwelle stärker ausfällt, als es die Einkommenszuwächse in den unteren Dezilen kompensieren könnten. Dies veranschaulicht, warum die Armutsgefährdungsquote in diesen Gruppen besonders stark ansteigt: Unter Personen, deren Haupteinkommen aus Transfers ohne Pensionen besteht, erhöht sich die Armutsgefährdungsquote von 65,5 % auf 69,6 %. Bei Personen mit überwiegendem Pensionseinkommen steigt sie von 16,4 % auf 17,4 %. Im Gegensatz dazu verzeichnet die Gruppe der Haushalte mit überwiegend unselbstständigem Einkommen einen leichten Rückgang der Armutsgefährdungsquote von 6,4 % auf 6,3 %. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Einkommenssteigerung in den Haushalten im unteren Einkommensbereich in Summe ausreichend hoch ist,

---

16 Die berechneten Armutsindikatoren weichen geringfügig von den von der Statistik Austria veröffentlichten Werten ab, wonach die Armutsgefährdungsschwelle im Jahr 2019 bei 15.933 Euro und die Armutsgefährdungsquote bei 13,9 % lag. Der Hauptunterschied ergibt sich aus der eingesetzten Methode. Während die offizielle Quote auf den selbstberichteten oder administrativen Daten in EU-SILC basieren, werden im vorliegenden Beitrag Abgaben und teilweise Transfers mit EUROMOD simuliert.

17 Würden die Transfereinkommen ohne Pensionen erhöht, würde die Armutsgefährdungsquote deutlicher sinken. Da Haushalte, deren Haupteinkommensart Transferleistungen sind, unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle konzentriert sind, hätte eine Erhöhung ihrer Einkommen eine geringere Wirkung auf den Median und somit auf die Verschiebung der Armutsgefährdungsschwelle. Es ist also insgesamt eine geringere Steigerung des Einkommens notwendig, um die neue Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden.

um den Anstieg der Armutsgefährdungsschwelle zu übertreffen und die Armutsgefährdungsquote zu senken.

**Tabelle 3:** Effekte von Einkommenserhöhungen auf die Armutsgefährdungsquote

	Szenario			
	Basis	Löhne	Pensionen	Löhne & Pensionen
	in %			
<b>Gesamt</b>				
Quote	13,4	13,9	13,2	13,6
Verankerte Quote	13,4	12,9	13,0	12,6
<b>Haupteinkommensart</b>				
Unselbstständigeneinkommen	6,4	6,3	6,5	6,4
Andere Markteinkommen	21,3	22,1	21,4	22,1
Öffentliche Pensionen	16,4	17,4	15,0	16,0
Andere Transferleistungen	65,5	69,6	67,3	68,3
Keine	11,7	11,7	10,5	11,7

Quelle: EUROMOD, eigene Berechnungen. – Szenario Löhne: Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter um 5 %; Szenario Pensionen: Erhöhung der Bruttopensionen um 5 %; Szenario Löhne & Pensionen: Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter sowie der Bruttopensionen um 5 %. Eine Einkommensart (Unselbstständigeneinkommen, andere Markteinkommen, öffentliche Pensionen, andere Transferleistungen) gilt als Haupteinkommensart, wenn sie mehr als 50 % des gesamten Haushaltseinkommens vor Abgaben ausmacht. Liegt der Anteil aller Einkommensarten jeweils unter 50 % des Bruttogesamteinkommens eines Haushalts, wird keine Haupteinkommensart definiert.

Im Gegensatz zur Lohnerhöhung um 5 % führt eine Erhöhung der Pensionen um 5 % zu einem leichten Rückgang der relativen Armutsgefährdungsquote von 13,4 % auf 13,2 %. Dieser Effekt zeigt sich besonders in Haushalten, deren Einkommen überwiegend aus Pensionen besteht: Hier sinkt die Armutsgefährdungsquote von 16,4 % auf 15,0 %. Gleichzeitig steigt die Armutsgefährdungsquote jedoch in anderen Haushaltstypen, insbesondere in jenen, die stark von öffentlichen Transfers (ohne Pensionen) abhängig sind – ihre Quote erhöht sich von 65,5 % auf 67,3 %. Der Anstieg des medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens und damit der Armutsgefährdungsschwelle fällt mit 1,1 % deutlich schwächer aus als bei der 5%igen Lohnerhöhung, da Pensionseinkommen im verfügbaren Äquivalenzeinkommen nur einen vergleichsweise geringen Anteil ausmachen. Die Einkommen steigen in den unteren Dezilen allerdings stärker als bei der Lohnerhöhung – im ersten und zweiten Dezil im Durchschnitt um 1,1 % und 1,2 % bzw. für Haushalte mit überwiegend Pensionseinkommen um 4,4 % und 3,7 %. Dadurch gelingt es einer größeren Anzahl von Personen in den unteren Dezilen, die Armutsgefährdungsschwelle zu überschreiten, während eine geringere Anzahl von Personen unter diese rutscht.

Werden sowohl Löhne als auch Pensionen um 5 % erhöht, steigt die Armutsgefährdungsquote leicht von 13,4 % auf 13,6 %, was einen schwächeren Anstieg darstellt als bei einer ausschließlichen Lohnerhöhung. Nur jene Haushalte, in denen Pensionen als Einkommensart dominieren, erfahren eine (leicht) rückläufige Armutsgefährdungsquote.

Wird die Armutsgefährdungsschwelle hingegen auf dem Niveau des Basisjahres fixiert, zeigt sich sowohl bei der Lohn- als auch bei der Pensionserhöhung ein Rückgang der Armutsgefährdungsquote. Im ersteren Fall sinkt sie um 0,4 Prozentpunkte auf 13 % und im letzteren um 0,5 Prozentpunkte auf 12,9 %. Die Verwendung einer fixierten bzw. verankerten Armutsgefährdungsschwelle verdeutlicht somit den erwarteten negativen Zusammenhang zwischen Einkommenswachstum und Armutsgefährdungsquote.

## 7. Zusammenfassung

Wirtschaftliche Schwankungen wie Rezessionen, Wachstumsphasen oder Inflation können spürbare Auswirkungen auf die Armutsgefährdung und die soziale Lage, insbesondere im unteren Einkommensbereich, haben. Die Prognose der Armutsgefährdungsquote liefert eine zentrale Kennzahl, um diese Veränderungen messbar zu machen und die Entwicklung der Einkommensverteilung zu analysieren. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit oder Umstrukturierungen unterstützen solche Prognosen dabei, soziale Belastungen frühzeitig zu erkennen und die Betroffenheit einzelner Bevölkerungsgruppen zu beurteilen.

Allerdings ist die Interpretation von Veränderungen der Armutsgefährdungsquote in Prognosen komplex, da sie von verschiedenen, miteinander verknüpften Faktoren beeinflusst wird. Zum einen setzt sich das verfügbare Einkommen aus unterschiedlichen Komponenten wie Erwerbseinkommen, Pensionen, andere öffentliche Transferleistungen zusammen, die unterschiedlich stark durch Abgaben belastet sind und auf wirtschaftliche und politische Veränderungen verschieden reagieren. Die Höhe und Verteilung der verfügbaren Einkommen hängen u. a. von den demografischen Merkmalen der Haushalte ab. Darüber hinaus spielt die Veränderung des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens eine entscheidende Rolle, da dieses als Referenz für die Armutsgefährdungsschwelle dient. Ebenso beeinflusst die Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens – insbesondere in der Nähe der Schwelle –, welche Haushalte als armutsgefährdet gelten. Diese Dynamiken bestimmen, wie sich Anpassungen der Schwelle und Veränderungen im eigenen Einkommen auf die Armutsgefährdung einzelner Haushalte auswirken.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Inflationsentwicklung seit 2022, die durch zeitlich versetzte Anpassungen von Löhnen und Pensionen zu einem ausgeprägten Wachstumsdifferenzial zwischen diesen beiden Einkommensarten geführt hat,

analysieren wir die Auswirkungen von Wachstumsunterschieden in den Löhnen und Pensionen auf die Armutsgefährdungsquote. Die Simulationen hypothetischer Lohn- und Pensionserhöhungen zeigen dabei unterschiedliche Auswirkungen auf die Armutsgefährdungsquote und die verfügbaren Äquivalenzeinkommen, je nachdem, welche Einkommensart erhöht wird.

Eine Lohnerhöhung um 5 % führt zu einem durchschnittlichen Anstieg des verfügbaren Einkommens um 2,4 %, wobei vor allem Haushalte in den oberen Einkommensdezilen profitieren. In den unteren Dezilen fällt der Effekt deutlich geringer aus. Eine Pensionserhöhung um 5 % hingegen steigert das Einkommen im Durchschnitt um 0,8 %, wobei vor allem Haushalte in den unteren Dezilen profitieren, da Pensionen dort eine größere Rolle spielen.

Die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung steigt im Zuge der Lohnerhöhung um 0,5 Prozentpunkte auf 13,9 %, betroffen sind insbesondere Haushalte, deren Einkommen hauptsächlich aus öffentlichen Transfers stammt. Im Gegensatz dazu bewirkt eine Erhöhung der Pensionen einen moderaten Rückgang der Armutsgefährdungsquote auf 13,2 %. Werden Löhne und Pensionen gleichzeitig angehoben, steigt die Armutsgefährdungsquote geringfügig auf 13,6 %. Bleibt die Armutsgefährdungsschwelle im Basisszenario fixiert (verankert), führt dies erwartungsgemäß in beiden Szenarien zu einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote.

Der stärkere Anstieg der Löhne im Vergleich zu den Pensionen in den Jahren 2022 und 2023 könnte demnach eine Erklärung für den prognostizierten Anstieg der Armutsgefährdungsquote sein. Es zeigt sich jedoch auch, dass eine Verringerung dieses Wachstumsdifferenzials – etwa durch ein stärkeres Aufholen der Pensionen – die Armutsgefährdungsquote wieder senken könnte.

Zur Armutsgefährdungsquote, die insbesondere den unteren Einkommensbereich erfasst, stellt das Einkommensquintilverhältnis S80/S20, das ebenfalls im Rahmen der Konjunkturprognose prognostiziert wird, eine wertvolle Ergänzung dar. Die beiden Indikatoren, die die unteren Einkommensbereiche in Relation zur Mitte bzw. in Relation zum oberen Einkommensbereich setzen, ermöglichen die Darstellung der Einkommensentwicklung und die Auswirkungen von Maßnahmen, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit variierenden sozioökonomischen Merkmalen betreffen. Dazu gehören beispielsweise die Änderungen im Steuer- und Transfersystem, die Abgeltung der kalten Progression oder die Indexierung von Sozialleistungen und Familienleistungen.

Besonders in Phasen der fiskalischen Konsolidierung kommt der Frage nach der sozialen Verträglichkeit von wirtschaftlichen Anpassungen eine zentrale Rolle zu. Eine Prognose der Armutsgefährdungsquote liefert Hinweise darauf, wie politische und wirtschaftliche Veränderungen die soziale Lage der Haushalte beeinflussen

könnten. Ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote kann etwa auf wachsende Ungleichheit und ein erhöhtes Risiko sozialer Ausgrenzung hindeuten. Letztere kann wiederum durch schlechteren Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung langfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schwächen.

#### DANKSAGUNG

Wir bedanken uns bei zwei anonymen Gutachter:innen für hilfreiche Kommentare und wertvolle Anregungen zur Überarbeitung dieses Artikels.

#### LITERATUR

**Angel, Stefan/Disslbacher, Franziska/Humer, Stefan/Schnitzer, Matthias (2019).** What did you really earn last year?: explaining measurement error in survey income data. *Journal of the Royal Statistical Society Series A: Statistics in Society* 182 (4), 1411–1437. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1111/rssa.12463>.

**Angel, Stefan/Heuberger, Richard/Lamei, Nadja (2018).** Differences Between Household Income from Surveys and Registers and How These Affect the Poverty Headcount: Evidence from the Austrian SILC. *Social Indicators Research* 138 (2), 575–603. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s11205-017-1672-7>.

**Atkinson, Anthony B. (2019).** *Measuring Poverty Around the World*. Princeton, NJ, Princeton University Press. ISBN 978-0-691-19122-5.

**Badelt, Christoph/Heitzmann, Karin (2023).** Armutsmessung in Zeiten von Vielfachkrisen. Eignen sich die klassischen Armutsmasse zur Erfassung und Adressierung der Armutsbetroffenen? *Wirtschaft und Gesellschaft* 49 (3), 17–48. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.59288/wug493.200>.

**Banerjee, Abhijit V./Duflo, Esther (2011).** *Poor Economics: A Radical Rethinking of the Way to Fight Global Poverty*. New York, Public Affairs. ISBN 978-1-58648-798-0.

**Baumgartner, Josef/Fink, Marian/Moreau, Caroline/Rocha-Akis, Silvia/Lappöhn, Sarah/Plank, Kerstin/Schnabl, Alexander/Weyerstrass, Klaus (2020).** Wirkung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise. Mikro- und makroökonomische Analysen zur konjunkturellen, fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkung. Wien, WIFO – Institut für Höhere Studien (IHS).

**Bittschi, Benjamin (2023).** Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner? *Wirtschaft und Gesellschaft* 49 (2), 79–101. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.59288/wug492.187>.

**Bock-Schappelwein, Julia/Huemer, Ulrike/Hyll, Walter (2021).** Beschäftigung liegt im Mai erstmals wieder über dem Vorkrisenniveau. *WIFO Research Briefs* (8).

**Bosco, Bruno (2019).** One size does not fit all: Quantile regression estimates of cross-country risk of poverty in Europe. *Economic Analysis and Policy* 62, 280–299. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1016/j.eap.2019.04.003>.

**Bosco, Bruno/Poggi, Ambra (2020).** Middle Class, Government Effectiveness and Poverty in the EU: A Dynamic Multilevel Analysis. *Review of Income and Wealth* 66 (1), 94–125. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1111/roiw.12403>.

**Brülle, Jan/Gangl, Markus/Levanon, Asaf/Saburov, Evgeny (2019).** Changing labour market risks in the service economy: Low wages, part-time employment and the trend in working poverty risks in Germany. *Journal of European Social Policy* 29 (1), 115–129. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1177/0958928718779482>.



- Budgetdienst (2022a).** Einmalzahlungen während der COVID-19- und der Teuerungskrise. Wien, Parlamentsdirektion der Republik Österreich.
- Budgetdienst (2022b).** Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich. Wien, Parlamentsdirektion der Republik Österreich.
- Budgetdienst (2023).** Einkommensentwicklung seit Beginn der COVID-19-Krise. Wien, Parlamentsdirektion der Republik Österreich.
- Caminada, Koen/Goudswaard, Kees/Koster, Ferry (2012).** Social income transfers and poverty: A cross-country analysis for OECD countries. *International Journal of Social Welfare* 21 (2), 115–126. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1111/j.1468-2397.2011.00815.x>.
- Cammeraat, Emile (2020).** The relationship between different social expenditure schemes and poverty, inequality and economic growth. *International Social Security Review* 73 (2), 101–123. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1111/issr.12236>.
- Canillon, Bea (2011).** The paradox of the social investment state: growth, employment and poverty in the Lisbon era. *Journal of European Social Policy* 21 (5), 432–449. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1177/0958928711418856>.
- Corcoran, M. (1995).** Rags to Rags: Poverty and Mobility in the United States. *Annual Review of Sociology* 21, 237–267. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1146/annurev.so.21.080195.001321>.
- Duiella, Matteo/Turrini, Alessandro (2014).** Poverty developments in the EU after the crisis: a look at main drivers. *ECFIN Economic Brief* (31). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.2765/72447>.
- Ederer, Stefan/Fink, Marian/Rocha-Akis, Silvia/Lechinger, Vanessa (2024).** Prognose von „Beyond GDP“-Indikatoren zur Einkommensverteilung. *WIFO Research Briefs* (5).
- European Commission (2004).** Joint Report on Social Inclusion 2004. Luxembourg, Publications Office of the European Union. ISBN 92-894-7989-2.
- Eurostat (2020).** Flash estimates of income inequalities and poverty indicators for 2019 (FE 2019). Methodological note. Online verfügbar unter <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/7894008/8256843/Methodological-note-2019.pdf> (abgerufen am 11.03.2025).
- Eurostat (2024a).** At-risk-of-poverty rate by poverty threshold, age and sex – EU-SILC and ECHP Surveys. Online verfügbar unter [https://doi.org/10.2908/ILC\\_LI02](https://doi.org/10.2908/ILC_LI02).
- Eurostat (2024b).** Relative at risk of poverty gap by poverty threshold. Online verfügbar unter [https://doi.org/10.2908/ILC\\_LI11](https://doi.org/10.2908/ILC_LI11).
- Fink, Marian/Mayrhuber, Christine/Rocha-Akis, Silvia (2022).** Steigende Lebenshaltungskosten und Armut. *WIFO Research Briefs* (10).
- Fink, Marian/Rocha-Akis, Silvia (2020).** Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. *WIFO-Monatsberichte* 93 (5), 393–402.
- Fink, Marian/Rocha-Akis, Silvia (2024).** Verteilungswirkungen des Ausgleichs der kalten Progression für das Jahr 2025. Zusatzbericht zum Progressionsbericht 2024. Wien, WIFO.
- Foster, James/Greer, Joel/Thorbecke, Erik (1984).** A Class of Decomposable Poverty Measures. *Econometrica* 52 (3), 761. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.2307/1913475>.
- Foster, James/Greer, Joel/Thorbecke, Erik (2010).** The Foster–Greer–Thorbecke (FGT) poverty measures: 25 years later. *The Journal of Economic Inequality* 8 (4), 491–524. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s10888-010-9136-1>.
- Franzen, Axel/Bahr, Sebastian (2024).** Poverty in Europe: How long-term poverty developed following the financial crisis and what drives it. *International Journal of Social Welfare* 33 (2), 482–494. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1111/ijsw.12614>.
- Fuchs, Michael/Geyer, Leonard/Wohlgemuth, Felix (2024).** EUROMOD Country Report – Austria. 2020–2023. Luxembourg, Publications Office of the European Union. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.2760/890868>.

**Gábos, András/Branyiczki, Réka/Binder, Barbara/Tóth, István György (2019).** Employment and Poverty Dynamics Before, During, and After the Crisis. In: Bea Cantillon/Tim Goedemé/John Hills (Hg.). Decent Incomes for All. Improving Policies in Europe. New York, Oxford University Press, 34–55. ISBN 978-0-19-084972-6.

**Heitzmann, Karin/Pennerstorfer, Astrid (2025).** Large families and poverty in Austria: What explains their disproportionate risk of experiencing income poverty? *International Journal of Social Welfare* 34 (1), e12667. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1111/ijsw.12667>.

**Holmes, John/Kiernan, Kathleen (2013).** Persistent poverty and children's development in the early years of childhood. *Policy & Politics* 41 (1), 19–42. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1332/030557312X645810>.

**Immervoll, Herwig/Levy, Horacio/Lietz, Christine/Mantovani, Daniela/Sutherland, Holly (2006).** The sensitivity of poverty rates to macro-level changes in the European Union. *Cambridge Journal of Economics* 30 (2), 181–199. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1093/cje/bei054>.

**Jenkins, Stephen P. (2000).** Modelling household income dynamics. *Journal of Population Economics* 13 (4), 529–567. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s001480050151>.

**Jenkins, Stephen P. (2018).** Perspectives on Poverty in Europe. IZA Discussion Paper (12014).

**Jenkins, Stephen P. (2020).** Perspectives on Poverty in Europe. Following in Tony Atkinson's Footsteps. *Italian Economic Journal* 6, 129–155. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s40797-019-00112-0>.

**Jenkins, Steven P./Micklewright, John/Brandolini, Andrea/Nolan, Brian (2012).** The Great Recession and the Distribution of Household Income. Oxford, Oxford University Press. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199671021.001.0001>.

**Kuypers, Sarah/Marx, Ive (2018).** Estimation of Joint Income-Wealth Poverty: A Sensitivity Analysis. *Social Indicators Research* 136, 117–137. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s11205-016-1529-5>.

**Lamei, Nadja/Till-Tentschert, Ursula (2005).** Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. *Statistische Nachrichten* (4), 349–359.

**Levy, Horacio (2023).** Nowcasting and provisional estimates of income inequality using microsimulation techniques. *OECD Papers on Well-being and Inequalities* (12). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1787/c0b88e7f-en>.

**Marx, Ive/Vandenbroucke, Pieter/Verbist, Gerlinde (2012).** Can higher employment levels bring down relative income poverty in the EU? Regression-based simulations of the Europe 2020 target. *Journal of European Social Policy* 22 (5), 472–486. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1177/0958928712456577>.

**Mayrhuber, Christine/Angel, Stefan/Fink, Marian/Rocha-Akis, Silvia (2023).** Armut und Sozialhilfe in Österreich. *WIFO-Monatsberichte* 96 (11), 779–791.

**Mayrhuber, Christine/Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Fink, Marian/Huemer, Ulrike/Hyll, Walter/Mahringer, Helmut/Moreau, Caroline/Pitlik, Hans/Rocha-Akis, Silvia (2020).** Analysen zur sozialen Lage in Österreich. Bestandsaufnahme und Ausblick in der COVID-19-Pandemie. Wien, WIFO.

**Menyhert, Balint (2022).** The effect of rising energy and consumer prices on household finances, poverty and social exclusion in the EU. Luxembourg, Publications Office of the European Union. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.2760/418422, JRC130650>.

**Navicke, Jekaterina/Rastrigina, Olga/Sutherland, Holly (2014).** Nowcasting Indicators of Poverty Risk in the European Union: A Microsimulation Approach. *Social Indicators Research* 119 (1), 101–119. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s11205-013-0491-8>.

**Rocha-Akis, Silvia (2015).** Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16. *WIFO-Monatsberichte* 88 (5), 387–398.

**Rocha-Akis, Silvia/Bierbaumer-Polly, Jürgen/Bittschi, Benjamin/Bock-Schappelwein, Julia/Einsiedl, Martina/Fink, Marian/Klien, Michael/Loretz, Simon/Mayrhuber, Christine (2023).** Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019. Wien, WIFO.

**Schiman-Vukan, Stefan (2023).** Sind die Löhne die (neuen) Preistreiber? WIFO Research Briefs (13).

**Sen, Amartya (1976).** Poverty: An Ordinal Approach to Measurement. *Econometrica* 44 (2), 219–31.

**Sologon, Denisa M./Doorley, Karina/O'Donoghue, Cathal (2023).** Drivers of Income Inequality: What Can We Learn Using Microsimulation? In: Klaus F. Zimmermann (Hg.). *Handbook of Labor, Human Resources and Population Economics*. Cham, Springer International Publishing, 1–37. ISBN 978-3-319-57365-6.

**Statistik Austria (2014).** Methodenbericht zur Rückrechnung von EU-SILC 2008–2011 auf Basis von Verwaltungsdaten. Wien, Statistik Austria.

**Statistik Austria (2024).** Tabellenband EU-SILC 2023 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2021 bis 2023. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien, Statistik Austria.

**Sutherland, Holly/Figari, Francesco (2013).** EUROMOD: The European Union tax-benefit microsimulation model. *International Journal of Microsimulation* 6 (1), 4–26. Online verfügbar unter <https://microsimulation.pub/articles/00075> (abgerufen am 13.03.2025).

**Van Havere, Toon/Nieuwenhuis, Rense/Thaning, Max/Van Lancker, Wim/Bartova, Alzbeta (2024).** Eligibility and benefit adequacy for families in the tax-benefit system: Microsimulations using EUROMOD. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31219/osf.io/n48jw>.

**Whelan, Christopher T./Layte, Richard/Maitre, Bertrand (2003).** Persistent Income Poverty and Deprivation in the European Union: An Analysis of the First Three Waves of the European Community Household Panel. *Journal of Social Policy* 32 (1), 1–18. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1017/S0047279402006864>.

**World Bank Group (2016).** *Monitoring Global Poverty: Report of the Commission on Global Poverty*. Washington, DC, World Bank. ISBN 978-1-4648-0962-0.



# Zwischen Wissenschaftsbetrieb und Wirtschaftspolitik: der Auf- und Abstieg postkeynesianischer Theorie in Österreich

*Andreas Maschke, Engelbert Stockhammer, Quirin Dammerer\**

## ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Beitrag zeichnet die historische Entwicklung des Postkeynesianismus in Österreich nach. Der Keynesianismus verbreitete sich in Österreich anfangs vor allem über wirtschaftspolitische Debatten in sozialdemokratischen Kreisen, die zur Entstehung des Austrokeynesianismus in den 1970er-Jahren beitrugen. An die Hochschulen gelangte der Postkeynesianismus in den 1960er-Jahren über die Johannes Kepler Universität Linz. Über die 1980er- und 1990er-Jahre gewann die Wirtschaftsuniversität Wien immer mehr an Bedeutung für die postkeynesianische Szene. Anfang der 2000er-Jahre kam es an dieser auch zu einer kurzen Blütezeit heterodoxer Ökonomie. Seit ungefähr 2010 dominiert jedoch der ökonomische Mainstream wieder Österreichs Universitäten. Viele der aktiven postkeynesianischen Forscher:innen sind im Ausland, an anderen Instituten oder in der Wirtschaftsforschung tätig. Die Forschungsschwerpunkte des österreichischen Postkeynesianismus liegen auf der Einkommens- und Vermögensverteilung, der Finanzialisierung und der ökologischen Ökonomie.

## SCHLÜSSELBEGRIFFE

Keynesianismus, postkeynesianische Ökonomie, Austrokeynesianismus, Österreich, Wirtschaftspolitik

## JEL-CODES

B2, B24, B51

## DOI

10.59288/wug511.280

---

\* **Andreas Maschke:** Ökonom.  
Kontakt: andreasf.maschke@gmail.com  
**Engelbert Stockhammer:** King's College London.  
Kontakt: engelbert.stockhammer@kcl.ac.uk  
**Quirin Dammerer:** Wirtschaftsuniversität Wien.  
Kontakt: quirin.dammerer@s.wu.ac.at

## 1. Einleitung

Der vorliegende Artikel zeichnet den Auf- und Abstieg des Postkeynesianismus in Österreich nach. Es werden insbesondere die politischen und institutionellen Kontexte beleuchtet, die seine Entwicklung gefördert oder behindert haben. Hierfür hervorzuheben sind vor allem außeruniversitäre Institutionen, wie Institute für angewandte Wirtschaftsforschung, und die Institutionen der Arbeiter:innenbewegung. Neben den beiden bekannten Ökonomen Kurt Rothschild und Josef Steindl werden hier ebenfalls Postkeynesianer:innen nachfolgender Dekaden diskutiert. Der Artikel beruht auf einer extensiven Literaturrecherche, persönlichen Erfahrungen, informellen Konversationen und zehn semistrukturierten Interviews mit österreichischen Ökonom:innen (Appendix 1) verschiedener Alterskohorten und mit unterschiedlichen Naheverhältnissen zum Postkeynesianismus.

Anders als in der angelsächsischen Welt konnte der Keynesianismus in Österreich in den Nachkriegsjahren an den Universitäten nicht Fuß fassen. Die heimischen Hochschulen waren zu dieser Zeit noch von einem starken Konservatismus geprägt und verwehrten sich großteils neuen Ideen sowie den rückkehrenden Vertriebenen. Keynesianische Ideen gelangten stattdessen über sozialistische Rückkehrer:innen – vor allem aus Großbritannien – in die Arbeiterkammer (AK), wo diese eine sozialdemokratische Interpretation erhielten und in den 1970er-Jahren wesentlich zur Entwicklung des Austrokeynesianismus, der dem Postkeynesianismus in vielen Aspekten nahesteht, beitrugen. Auch am Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO), an dem Kurt Rothschild und Josef Steindl in den 1950er- und 1960er-Jahren arbeiteten, etablierte sich der Keynesianismus in den Nachkriegsjahren schnell. An die österreichischen Universitäten gelangte der Keynesianismus erst in den 1970er- und 1980er-Jahren, anfangs vor allem über die neu gegründete Johannes Kepler Universität (JKU) Linz und später über die Universität Graz und die Wirtschaftsuniversität (WU) Wien. Am WIFO publizierte eine zweite Generation von Postkeynesianern (Alois Guger, Markus Marterbauer, Stephan Schulmeister und Ewald Walterskirchen) vorwiegend auf Deutsch und mit einem Fokus auf wirtschaftspolitische anstatt akademischer Debatten.

Während der Postkeynesianismus im Laufe der 1990er- und 2000er-Jahre an den meisten österreichischen Universitäten an Präsenz einbüßte, entwickelte sich die WU während dieser Zeit zu einem Zentrum für heterodoxe Ökonomie in Österreich. Mit Özlem Onaran und Engelbert Stockhammer waren in dieser Zeit auch zwei heute international bekannte Postkeynesianer:innen dort tätig. Durch Hochschulreformen (Universitätsgesetz 2002), die zunehmende Bedeutung von Journal-Rankings sowie die Pensionierung einiger Schlüsselpersonen kam es jedoch bis 2010 zu einer merklichen Reduktion der heterodoxen Szene und zu einem deutlichen Wiedererstarken des Mainstreams. Der Postkeynesianismus ist seither aus den volkswirtschaftlichen Instituten in Österreich so gut wie verschwunden. Nichtsdestotrotz

besteht der österreichische Postkeynesianismus weiterhin fort. Einige Postkeynesianer:innen der dritten Generation (Özlem Onaran, Engelbert Stockhammer, Annina Kaltenbrunner, Jakob Kapeller, Miriam Rehm) arbeiten derzeit an ausländischen Universitäten, vor allem in Deutschland und im Vereinigten Königreich. Innerhalb Österreichs wiederum haben sich Postkeynesianer:innen (Stefan Ederer, Philipp Heimberger, Oliver Picek, Armon Rezai, Elisabeth Springler) Nischen in Fachhochschulen und Instituten abseits der Volkswirtschaftslehre aufgebaut. Während die Nachfrage nach postkeynesianischen Ideen am WIFO nachgelassen hat, hat sie in der AK wieder stark zugenommen, wovon vor allem auch Jungforscher:innen profitiert haben. In der Arbeit des Momentum Instituts, eines neuen, progressiven Thinktanks, spiegeln sich ebenfalls postkeynesianische Ansätze und Ideen wider.

Die Entwicklung des Postkeynesianismus in Österreich ist maßgeblich von seiner Nähe zur Politik, vor allem zum linken Flügel der österreichischen Sozialdemokratie und ihren Institutionen, geprägt. Der Austrokeynesianismus der 1970er-Jahre – mit seiner produktivitätsorientierten Einkommenspolitik, seiner keynesianischen Stabilisierungspolitik, einer Hartwährungspolitik, der Sozialpartnerschaft und einem beachtlichen Anteil staatlicher Industrie – kommt einer postkeynesianischen Wirtschaftspolitik (für eine kleine offene Volkswirtschaft) sehr nahe. Obwohl der Austrokeynesianismus als gelebte Politik Mitte der 1980er-Jahre auslief, prägen seine wirtschaftspolitischen Grundsätze Teile der Sozialdemokratie bis heute. Der Postkeynesianismus in Österreich hat sich daher immer schon stark mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinandergesetzt. Seine theoretischen Abgrenzungen fallen daher auch weniger scharf aus als in anderen Ländern.

Über die letzten Jahre haben sich drei Forschungsschwerpunkte des Postkeynesianismus in Österreich herauskristallisiert. Ein Schwerpunkt liegt auf Fragen zur Einkommensverteilung, etwa in Arbeiten zu lohn- und profitgetriebenen Nachfragerregimen (z. B. Stockhammer et al. 2009; Dammerer et al. 2025), aber auch in Arbeiten zur Vermögensverteilung (z. B. Ederer/Rehm 2021; Fessler et al. 2012) und zur persönlichen Einkommensverteilung (Stockhammer/Wildauer 2016; Carvalho/Rezai 2016). Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Fragen zur Finanzialisierung (Schulmeister 2009; Springler 2014) und ein letzter auf ökologischer Ökonomie (Naqvi 2015; Rezai/Stagl 2016).

Dieser Artikel bildet die Geschichte des Postkeynesianismus in Österreich ab und füllt somit eine Lücke in der Literatur. Bestehende Werke, sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch, decken diese Geschichte ungleichmäßig ab. Es gibt viele Arbeiten zu Rothschild und Steindl, jedoch kaum welche zum Postkeynesianismus in Österreich als solchen. King (2019) behandelt heterodoxe Traditionen in Österreich im Allgemeinen und fokussiert vor allem auf das Erbe des Austromarxismus. King bespricht Rothschild und Steindl ausführlich, jedoch werden spätere Entwicklungen in einem Kapitel abgehandelt, wobei eine systematische Analyse des Postkeynesianismus in

Österreich fehlt. Die Beiträge in Mesch (2016), insbesondere Feichtinger (2016), analysieren vor allem die unmittelbare Nachkriegszeit bis zu den 1970er-Jahren. Der Fokus dieser Arbeiten liegt auf dem Keynesianismus anstatt des Postkeynesianismus, und die Entwicklungen an den Hochschulen werden ausgeklammert. Sowohl Feichtinger (2016) als auch King (2019) sind wertvolle Komplemente zum vorliegenden Beitrag.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Abschnitt zwei definiert, wie „österreichisch“ und „postkeynesianisch“ in diesem Beitrag aufgefasst werden. Die Abschnitte drei bis sechs sind chronologisch aufgebaut: Der dritte Abschnitt behandelt die Ankunft des Keynesianismus in Österreich und die Wurzeln des Austrokeynesianismus, Abschnitt vier befasst sich mit der Etablierung des Postkeynesianismus in Österreich in den 1970er- und 1980er-Jahren mit einem Fokus auf die Entwicklungen an der JKU, Abschnitt fünf deckt die Zeit zwischen 1990 und 2010 an der WU ab, und Abschnitt sechs gibt einen Überblick über die Entwicklungen seit 2010. Die Charakteristika und Forschungsschwerpunkte des Postkeynesianismus in Österreich werden in Abschnitt sieben diskutiert. Eine Zusammenfassung findet sich in Abschnitt acht.

## **2. Wer gilt als Postkeynesianer:in, wer als Österreicher:in?**

In Österreich ist die Abgrenzung, wer oder was als postkeynesianisch gelten kann, nicht trivial. Typischerweise wird der Postkeynesianismus im Gegensatz zum Neuklassizismus und der neoklassisch-keynesianischen Synthese definiert. In diesem Beitrag werden folgende Prämissen zu den Kernmerkmalen des Postkeynesianismus gezählt: ein Verständnis von Makroökonomie, das ohne rationale Mikrofundierung auskommt; effektive Nachfrage als bestimmender Faktor des gesamtwirtschaftlichen Outputs nicht nur in der kurzen Frist, sondern auch darüber hinaus; die Allgegenwärtigkeit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, die nicht auf inflexible Arbeitsmärkte zurückzuführen ist; nachfrageinduzierter technologischer Fortschritt; die Möglichkeit lohngetriebenen Wachstums; fundamentale Unsicherheit und somit kein strikt rationales Verhalten; die Endogenität von Geld sowie von finanzieller Instabilität. Anhand dieser Prämissen können Personen dem Postkeynesianismus zugeschrieben werden. King (2002, 5) folgend kann diese Zuschreibung auch auf Basis der Selbstdeklarierung von Personen vorgenommen werden. Im Weiteren werden Personen dieser letzteren Gruppe als explizite Postkeynesianer:innen bezeichnet. Beide Herangehensweisen führen in Österreich jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen. Der keynesianische Mainstream hielt erst vergleichsweise spät Einzug in Österreich (in den 1970ern), und die theoretischen Debatten innerhalb des Postkeynesianismus (zum Beispiel die Auseinandersetzungen zwischen Sraffianer:innen und monetären Postkeynesianer:innen) beeinflusste die heimische Szene kaum. Neben der Gruppe der expliziten Postkeynesianer:innen existiert daher noch eine



um einiges größere Gruppe, zu der Personen zählen, die hier als implizite Postkeynesianer:innen bezeichnet werden. Darunter fallen jene, die einem guten Teil der oben genannten Prämissen zustimmen können. Viele Postkeynesianer:innen arbeiten eng mit anderen heterodoxen Ökonom:innen zusammen (an Universitäten, in Policy-Netzwerken und auch in internationalen akademischen Netzwerken), und der Fokus der Arbeit liegt oft mehr auf der Wirtschaftspolitik als auf der Wissenschaft.

Generell ist festzuhalten, dass die Selbstidentifizierung mit dem Postkeynesianismus in der keynesianischen Szene in Österreich nicht von großer Bedeutung ist. Ein Grund dafür ist, dass viele Keynesianer:innen nicht an Universitäten, sondern beispielsweise an Wirtschaftsforschungsinstituten oder in Ministerien tätig sind, wo theoretische Grundsatzfragen und die Abgrenzung zwischen Neu- und Postkeynesianer:innen eher zweitrangig sind. Allerdings findet man das auch im wissenschaftlichen Bereich: Einige der für dieses Papier Interviewten (Jakob Kapeller, Heinz D. Kurz, Stephan Schulmeister), bezeichneten sich selbst nicht als Postkeynesianer, obwohl sie mit den meisten der oben genannten Prämissen übereinstimmen. Sie fallen somit in die Kategorie der impliziten Postkeynesianer:innen. Im vorliegenden Beitrag schließt der Begriff des Postkeynesianismus sowohl explizite als auch implizite Postkeynesianer:innen mit ein, da sich dadurch die postkeynesianische Szene in Österreich am besten abbilden lässt. Des Weiteren werden hier auch einige „postkeynesianismusfreundliche“ Wissenschaftler:innen genannt – etwa Kurt Rothschild, Ewald Nowotny oder Sigrid Stagl –, die zu verschiedenen Zeitpunkten entscheidend dazu beigetragen haben, postkeynesianische Forschung in Österreich zu ermöglichen, auch wenn sie selbst keine Postkeynesianer:innen sind.

Die Abgrenzung, wer als „Österreicher:in“ gilt, ist ebenfalls nicht offensichtlich: Zählt hierfür die Staatsbürgerschaft oder das Land, in dem man wohnt oder in dem man arbeitet? Migration ist ein wiederkehrendes Thema im österreichischen Postkeynesianismus. Kurt Rothschild und Josef Steindl zum Beispiel verbrachten wesentliche Teile ihres Lebens als Flüchtlinge des Naziregimes im Ausland. Andere wiederum, wie etwa Heinz D. Kurz und Kazimierz Laski, arbeiten in Österreich, sind jedoch keine gebürtigen Österreicher:innen. Vor allem nach 2010 finden sich vermehrt österreichische Postkeynesianer:innen (Engelbert Stockhammer, Özlem Onaran, Jakob Kapeller, Miriam Rehm, Armon Rezai, Annina Kaltenbrunner, Rafael Wildauer), die PhD-Programme im Ausland absolvieren und/oder im Ausland arbeiten. In dieser Arbeit werden daher jene Forscher:innen als österreichisch bezeichnet, die über etablierte Verbindungen zu österreichischen postkeynesianischen Netzwerken oder Wissenschaftler:innen verfügen.<sup>1</sup> Die hier vorgeschlagene Definition eines

---

1 Ein Grenzfall ist Robert Guttman. Guttman wuchs in Österreich auf und studierte zunächst an der Uni Wien. Er absolvierte sein Doktorat an der University of Greenwich und ist nun Professor an der Hofstra University (USA). Seine Arbeit verbindet Postkeynesianismus und französische Regulationstheorie (Guttman 1994, 2016 u. 2022).

österreichischen Postkeynesianismus ist somit sowohl soziologisch als auch theoretisch und reflektiert damit die real existierenden Netzwerke der österreichischen (post)keynesianischen Szene.

### 3. Die Nachkriegsjahre: ein Protopostkeynesianismus?

Im starken Kontrast zu dem sprühenden intellektuellen Leben des Wiens der Jahrhundertwende (siehe z. B. Cockett 2023) war nach dem Zweiten Weltkrieg ein konservatives, teils antisemitisches Klima an Österreichs Universitäten vorherrschend (King 2019, 136; Interview Altzinger). Politische Flüchtlinge des Naziregimes und des Austrofaschismus, die nach Österreich zurückkehrten, fanden kaum Anstellungen an den Hochschulen. Anders als in der angelsächsischen Welt kam die neoklassisch-keynesianische Synthese erst mit den 1970er-Jahren an Österreichs Universitäten. Anfangs fand der Keynesianismus seinen Weg daher vor allem über wirtschaftspolitische Debatten und Wirtschaftsforschungsinstitute nach Österreich. Eine zentrale Rolle nahmen hier linksgerichtete Rückkehrer:innen aus dem Vereinigten Königreich ein, die maßgeblich an der Verbreitung keynesianischer Ideen in der AK und am WIFO beteiligt waren (Chaloupek 2016).

Die wirtschaftspolitischen Debatten der Nachkriegszeit spielten sich im linken politischen Lager vor dem Hintergrund einer starken austromarxistischen Tradition sowie der Erkenntnis ab, dass die marxistische Theorie keine wirksamen Rezepte für die wirtschaftlichen Verwerfungen in den 1930er-Jahren vorlegen hatte können. Adolf Sturmthal war wohl einer der ersten österreichischen Sozialist:innen, die sich für eine Integration keynesianischer Elemente in der Sozialdemokratie einsetzten. Sturmthal, der in den Zwischenkriegsjahren im Sekretariat der Sozialistischen Internationalen arbeitete, beschäftigte sich in seinem 1944 erschienenen Buch „The Tragedy of European Labor“ (Sturmthal 1944) mit dem Versagen sozialistischer Bewegungen, eine passende wirtschaftspolitische Antwort auf die Krisen der 1920er- und 1930er-Jahre zu entwickeln. Sturmthal argumentiert, dass die Arbeiter:innenbewegung in wirtschaftlichen Abschwungphasen nachfragestützende Maßnahmen vom Staat einfordern müsse, und fordert somit die Aufnahme eines keynesianischen Nachfragemanagements in das Repertoire der Arbeiter:innenbewegung. Sturmthal emigrierte 1938 in die Vereinigten Staaten, und sein Buch wurde nie ins Deutsche übersetzt. Da Sturmthal vor dem Krieg sehr aktiv in der sozialistischen Szene war, ist es jedoch nicht verwegen, anzunehmen, dass einige der anderen emigrierten Sozialist:innen mit seinen Argumenten vertraut waren.

Eine zentrale Rolle in der Verbreitung keynesianischer Ideen in Österreich spielte Stefan Wirlander. Dieser kehrte bereits im Mai 1945 aus seinem Exil im Vereinigten Königreich nach Österreich zurück und half bei der Etablierung des Keynesianismus nicht nur in der AK, sondern war auch entscheidend daran beteiligt, die

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) sowie die Gewerkschaften von dessen Meriten zu überzeugen. Wirlander war ein starker Proponent der Westorientierung Österreichs. Eine Planwirtschaft lehnte er ab, da er in seiner Keynes-Interpretation Vollbeschäftigung als kompatibel mit einer Marktwirtschaft sah. Wirlander war ein wichtiger wirtschaftspolitischer Akteur. Er verhandelte die fünf Lohn- und Preisabkommen, die zwischen 1947 und 1951 abgeschlossen wurden und einen Grundstein für die österreichische Sozialpartnerschaft legten, und war von 1960 bis 1969 Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank (Feichtinger 2016, 85–89).

Nach seiner Rückkehr nach Österreich nahm Wirlander seine Arbeit in der AK Wien wieder auf, die er 1934 auf Druck der Austrofaschist:innen verloren hatte. 1957 gründete er in dieser die volkswirtschaftliche Abteilung, die in weitere Folge die Wirtschaftspolitik des Landes entscheidend beeinflussen sollte und ebenfalls maßgeblich für die Verbreitung keynesianischer Ideen war (Feichtinger 2016, 97–103; Chaloupek 2017, 604). Die Abteilung bot nicht nur vielen der keynesianischen Rückkehrer:innen eine berufliche Heimat, sondern auch jenen, die dem Marxismus näherstanden, wie etwa Eduard März oder Theodor Prager. März verbrachte den Großteil seines Exils in den Vereinigten Staaten, wo er unter anderem ein Doktoratsstudium an der Harvard University unter der Betreuung von Joseph Schumpeter abschloss (Chaloupek 1999a). Er kehrte 1953 nach Österreich zurück und wurde zum ersten Abteilungsleiter der volkswirtschaftlichen Abteilung, eine Position, die er bis zu seiner Pensionierung 1973 innehatte. März publizierte Bücher zur marxistischen Ökonomie (März 1958 u. 1976) sowie zu Joseph Schumpeter (März 1983). Prager floh 1935 ins Vereinigte Königreich. Er kehrte 1945 nach Wien zurück, wo er zunächst für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) arbeitete, bevor er 1963 eine Stelle in der AK antrat (Chaloupek 1999b). Zu seinen bekanntesten Werken zählen „Wirtschaftswunder oder keines?“ (Prager 1963) sowie „Konkurrenz und Konvergenz“ (Prager 1972), die sich beide mit der Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer marxistischen und postkeynesianischen Sicht auseinandersetzen (Chaloupek 1999b; WUG-Redaktion 2018). Prager trat 1969 aufgrund der Moskautreue der Partei aus der KPÖ aus.

Auch das WIFO sollte in den Nachkriegsjahren eine wichtige Rolle bei der Verbreitung keynesianischer Ideen spielen. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wurde das Institut doch 1927, damals als Institut für Konjunkturforschung, von Ludwig von Mises gegründet und hatte in Friedrich Hayek seinen ersten Direktor. Vor dem Krieg war die Ausrichtung des Instituts daher auch klar liberal. Der Wandel nach dem Weltkrieg hing stark mit den Ansprüchen des Wiederaufbaus zusammen. So kam dem WIFO eine wichtige Rolle in der Datenerhebung und -analyse zu. Unter anderem stellte es die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Österreich auf die Beine und unterstützte auch die Umsetzung des Marshallplans.

Wie in der AK spielten auch am WIFO Rückkehrer:innen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der mehr postkeynesianisch ausgerichteten Keynes-Rezeption. So arbeitete Kurt Rothschild nach seiner Rückkehr aus Glasgow 1947 bis zum Antritt seiner Professur in Linz 1966 am Institut. Auch Kazimierz Laski arbeitete vor seinem Wechsel nach Linz von 1968 bis 1971 am WIFO (Guger 2016, 59–66). Josef Steindl, der bereits vor dem Krieg am Institut arbeitete, nahm seine Arbeit dort mit seiner Rückkehr aus Oxford 1950 wieder auf und verblieb dort auch für den Rest seiner Karriere. Steindl setzte sich schon früh mit dem Keynesianismus auseinander. Sein Denken wurde dann jedoch vor allem von Michał Kalecki stark beeinflusst, mit dem er am Oxford Institute of Statistics zusammenarbeitete (King 2018). Obwohl international bekannt, wurden seine Arbeiten von der österreichischen Professorenschaft nicht ernst genommen. So wurde seine an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien eingereichte Habilitationsschrift ein Jahr lang ignoriert, bevor man sie ablehnte, weil sie in Englisch verfasst war. Steindls bekanntestes Werk ist wohl „Maturity and Stagnation of American Capitalism“, in dem er eine Stagnationstheorie entwickelt, die auf einer zunehmenden Oligopolisierung der Wirtschaft basiert (Steindl 1952). 1956 legte er eine einflussreiche Diskussion des keynesianischen Multiplikators vor (Steindl 1956). Er forschte weiters zu Innovationspolitik sowie zur Interaktion zwischen Entwicklungen auf Unternehmensebene und makroökonomischen Dynamiken (Steindl 1990). In seinem Ruhestand engagierte sich Steindl in der Triester Sommerschule, ein in den 1980er-Jahren wichtiger Treffpunkt der internationalen postkeynesianischen Szene (Interview Kurz; Roncaglia 2012).

Bevor der Begriff des Postkeynesianismus in den 1970er-Jahren etabliert wurde (King 2002), entwickelte sich also an Österreichs progressiven Wirtschaftsforschungsinstituten in den Nachkriegsjahren eine Art „Protopostkeynesianismus“, also ein Keynesianismus postkeynesianischer Prägung, bevor der Begriff Postkeynesianismus überhaupt gebräuchlich war. Es wird im Weiteren argumentiert werden, dass dies die wirtschaftspolitische Ausrichtung der SPÖ in den 1970er-Jahren sowie die Entwicklung des Postkeynesianismus in Österreich in den folgenden Dekaden beeinflusste.

#### **4. 1970er- und 1980er-Jahre: Linz und die Anfänge des Postkeynesianismus in Österreich**

An Österreichs Universitäten begann der Postkeynesianismus in den 1970er-Jahren Fuß zu fassen und hier vor allem an der 1966 gegründeten JKU. Drei der vier Professuren am Institut für Volkswirtschaftslehre wurden für den Großteil dieser Dekade von Personen besetzt, die dem Postkeynesianismus zumindest wohlwollend gegenüberstanden: Kurt Rothschild trat seine Professur 1966 an und blieb bis zu seinem Ruhestand 1984 in Linz; Ewald Nowotny hatte vor seinem Wechsel an die WU eine Professur von 1973 bis 1981 inne; und Kazimierz Laski kam 1971 an das Institut, wo

er ebenfalls bis zu seiner Pensionierung 1991 verblieb. Hajo Riese, der einen starken Einfluss auf die Entwicklung der keynesianischen Szene in Deutschland haben sollte, arbeitete von 1967 bis 1970 in Linz (Fritsche 2022). Egon Matzner, später Professor an der TU und ein einflussreicher Ökonom innerhalb der SPÖ in den 1970er- und 1980er-Jahren, war zu dieser Zeit ebenfalls an der JKU tätig (Huber 2011). Eine solch starke (post)keynesianische Präsenz war zu diesem Zeitpunkt einzigartig unter Österreichs Universitäten.

Österreichs Hochschullandschaft war auch noch Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges von Konservatismus und Antisemitismus geprägt. Es war somit kein Zufall, dass sich der Keynesianismus vor allem zuerst an der neu gegründeten JKU etablieren konnte. Die Volkswirtschaftslehre an der WU war in der Nachkriegszeit beispielsweise stark von Walter Heinrich und Richard Kerschlagl geprägt. Beide vertraten antisemitische Ansichten und waren in unterschiedlichem Maße mit dem Austrofaschismus in Berührung gekommen (Klausinger 2015). Ebenfalls an der WU erhielt 1955 der (ehemalige) Nazi Taras Borodajkewycz eine Professur für Wirtschaftsgeschichte, die er bis 1966 innehatte, als er zum frühzeitigen Ruhestand (bei vollen Bezügen) gezwungen wurde. Solch ein Umfeld stellte für Personen wie Rothschild, ein progressiver Jude und Emigrant, oder Steindl, der sein Exil in England verbracht hatte, große Hürden für eine akademische Laufbahn dar.

Kurt Rothschild selbst verweigerte zeit seines Lebens die Zuordnung zu einer bestimmten ökonomischen Denkschule und bevorzugte vielmehr einen paradigmatischen Pluralismus. Seine Arbeiten spiegeln wider, dass für ihn der (Post-)Keynesianismus eine von mehreren interessanten Ansätzen in der Ökonomie darstellt, auch wenn er vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen keynesianischen Ansätzen einiges abgewinnen konnte (Rothschild 1999). Sein Buch über Arbeitslosigkeit (Rothschild 1994) beinhaltet beispielsweise ein Kapitel zu keynesianischen und postkeynesianischen Perspektiven, behandelt aber die Mainstream-Debatten wesentlich detaillierter. Auch in seinem Buch zu Ungleichgewichtstheorien (Rothschild 1981) wird den Ungleichgewichts-Keynesianern (Robert Barro, Herschel Grossman, Robert Clower und Edmond Malinvaud) mehr Raum geboten als dem Postkeynesianismus. Als einflussreich behaupteten sich sein noch im britischen Exil verfasster Aufsatz über die Preisbildung unter oligopolistischem Wettbewerb (Rothschild 1947) sowie sein 1971 herausgegebenes Buch über Macht in der Ökonomie (Rothschild 1971).

Kazimierz Laski indessen kann klar dem Postkeynesianismus zugeordnet werden. Vor seiner Flucht aus Polen 1968 aufgrund des wieder erstarkenden Antisemitismus der dortigen Regierung (Laski 2015) arbeitete er eng mit Michal Kalecki zusammen, dessen Denken und Theorien sein Schaffen tiefgehend prägen sollten. Tatsächlich bildete die Verbreitung von Kaleckis Ideen einen Eckpfeiler von Laskis wissenschaftlicher Tätigkeit (Riese 2016; Laski 2019). So gab Laski beispielsweise eine deutsche Übersetzung von Kaleckis Hauptwerken heraus (Kalecki 1987). Kaleckis Einfluss

spiegelt sich auch klar in seinen wirtschaftspolitischen Debattenbeiträgen wider, zum Beispiel in seiner Kritik an der in Polen nach dem Fall des Eisernen Vorhanges durchgeführten Schock-Therapie (Laski 1990) oder in seinen Auseinandersetzungen mit den Antworten der Europäischen Union auf die Finanzkrise von 2008 (Laski/Podkaminer 2012 u. 2013). Nach seiner Emeritierung in Linz 1991 war Laski noch bis 1996 als wissenschaftlicher Direktor am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) tätig (Landesmann et al. 2015). Ewald Nowotny kam 1967 an die JKU und erhielt dort 1973 eine Professur. 1982 folgte der Wechsel an die WU. Sein Schaffen wird im nächsten Abschnitt diskutiert.

Die starke keynesianische Präsenz an der JKU begann über die 1980er-Jahre abzunehmen. Nowotny wechselte 1982 an die WU und Rothschild emeritierte 1984. Mit Michael Landesmann erfolgte 1993 die letzte heterodoxe Berufung in Linz (Interview Kapeller). Das heutige Institut orientiert sich am gängigen Mainstream mit einem Forschungsschwerpunkt auf angewandter Mikroökonomie. Der schrittweise Rückgang des Keynesianismus in Linz folgte dem Paradigmenwechsel, der zu dieser Zeit in der Ökonomie stattfand. Gleichzeitig war aber auch Rothschilds großzügig ausgelegter Pluralismus, der sich auch in Personalentscheidungen widerspiegelte, nicht hilfreich in der Erhaltung einer starken keynesianischen Präsenz in Linz (Interviews Kapeller und Kurz).

1975 gründete die AK die Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ (WUG). Damit besaß Österreich nun auch ein wissenschaftliches Forum zur Diskussion postkeynesianischer und anderer heterodoxer Theorien. Neben regelmäßigen Beiträgen von Steindl (Marterbauer/Schnitzer 2024, 9–10) finden sich auch Artikel von Nicholas Kaldor (1982) und Joan Robinson (1982) in den Archiven. Aktuellere Publikationen, in denen marxistische (WUG-Redaktion 2018), schumpeterianische (Kurz et al. 2018), feministische (Derndorfer et al. 2023) und postkeynesianische (Tamesberger/Theurl 2019) Ansätze Anwendung finden, zeigen, dass der heterodoxe Charakter der WUG bis heute Bestand hat.

Während der Keynesianismus in den 1970er-Jahren erst langsam an Österreichs Hochschulen ankam, erlebte er in der Wirtschaftspolitik in der Form des Austrokeynesianismus bereits seinen Höhepunkt. Die Dauer des Austrokeynesianismus wird typischerweise mit der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys (1970–1983) abgegrenzt. Der Begriff selbst stammt von Hans Seidel, einem seiner Architekten und Leiter des WIFOs für einen Großteil dieser Periode (Seidel 1982). Hauptziele des Austrokeynesianismus waren Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum. Um diese zu erreichen, setzte der Austrokeynesianismus auf eine aktive Nachfragesteuerung durch den Staat, eine produktivitätsorientierte Einkommenspolitik – umgesetzt durch die Sozialpartner – und ein Hartwährungsregime (Unger 1999; Mesch 2018). Vor allem die beiden letztgenannten Politikansätze zeichnen für das Präfix „Austro-“ verantwortlich (Seidel 1982). Verstaatlichte Industrien spielten ebenfalls eine wichtige

Rolle. Dieser Policy-Mix entsprach nicht der zu dieser Zeit üblichen Wirtschaftspolitik (Butschek 1979). Gerade in den 1970er-Jahren galt dieser dennoch als erfolgreich, verzeichnete Österreich während dieser Zeit doch spürbare Verbesserungen in den realen Pro-Kopf-Einkommen bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung und vergleichsweise niedrigen Inflationsraten (Unger 1999; Mesch 2018).

Obwohl Seidel selbst der Keynes-Interpretation nach Robinson und Kalecki eher kritisch gegenüberstand und im Austrokeynesianismus eine pragmatische Anwendung eines Nachkriegskeynesianismus à la Samuelson sah (Walterskirchen 2016), können in der Wirtschaftspolitik der 1970er-Jahre auch durchaus postkeynesianische Elemente ausgemacht werden (Interview Marterbauer). Neben der aktiven staatlichen Nachfragesteuerung trifft dies vor allem auf die durch die Sozialpartner durchgeführte Einkommenspolitik zu. Diese war nicht nur ein Mittel zur Preiskontrolle, sondern diente auch dem Erwartungs- und Verteilungsmanagement zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen. Guger (2016, 61–62) argumentiert überdies, dass Robinsons Gedanken zur Inflationsbarriere und Kaleckis Überlegungen über die institutionellen Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigung die österreichische Sozialpartnerschaft beeinflusst haben. Eine Hartwährungspolitik gehört eher nicht zu einem postkeynesianischen Policy-Mix und spiegelt im österreichischen Fall vor allem die starke Integration mit der deutschen Wirtschaft wider und den Wunsch, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dieser aufrechtzuerhalten. In Weber (2018) findet sich ein kritischer Blick auf den Austrokeynesianismus, der diesen als Teil des Abschieds der Sozialdemokratie von ihren sozialistischen Wurzeln sieht.

Der Austrokeynesianismus endete Mitte der 1980er-Jahre, als die Sozialdemokratie ihre absolute Mehrheit verlor und politisch weiter in die Mitte rückte. Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitischer Kompass wich orthodoxeren Zielen, und staatliche Betriebe wurden privatisiert. Ideell bestand der Austrokeynesianismus im politisch linken Lager jedoch fort und bildete dort einen fruchtbaren Boden für den Postkeynesianismus.

## 5. 1990 bis 2010: späte Blütezeit und Abstieg

Um 1990 war der Postkeynesianismus in Österreich (im internationalen Vergleich) recht gut positioniert: Er war an den meisten Universitäten in Forschung und Lehre repräsentiert, hatte aber auch – über die Arbeiten am WIFO – Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. In Linz, Graz, Wien und an der WU wurden Lehrveranstaltungen mit postkeynesianischen Inhalten angeboten. In Linz war Rothschild 1984 emeritiert, und Laski war noch Professor. Graz hatte mit Heinz D. Kurz seit 1988 einen herausragenden Vertreter der sraffianischen Tradition des Postkeynesianismus. Kurz, ein gebürtiger Deutscher mit ausgezeichneten internationalen Kontakten, ist auch eine Autorität im Bereich der Theoriegeschichte (Kurz 2013). Er ist Managing Editor der

Zeitschrift „Metroeconomica“ und war Mitbegründer und Herausgeber des „European Journal of the History of Economic Thought“. Sein Hauptwerk ist die „Theory of Production. A Long period Analysis“ (Kurz/Salvadori 1995). Er ist auch Herausgeber der nicht publizierten Manuskripte von Piero Sraffa und Gründer des Grazer Schumpeter Centre.<sup>2</sup> Wichtige Beiträge zum Postkeynesianismus sind von Kurz im Bereich der Analyse der Unterauslastung des Kapitalstocks, zum Effekt von Kapazitätsauslastung auf die Kapitalproduktivität und zur Rolle der Innovation verfasst worden (Kurz 1990, 2008 u. 2022). Kurz' internationale Prominenz war allerdings nicht mit einer vergleichbaren Sichtbarkeit oder Einfluss in Österreich verbunden. Der Schwerpunkt der postkeynesianischen Aktivität und Forschung verlagerte sich zunehmend nach Wien, speziell an die WU, wo es eine breite Repräsentanz heterodoxer Ökonomie gab. Gleichzeitig gab es am WIFO einige Forscher:innen, die vom Postkeynesianismus inspiriert waren, und – im internationalen Vergleich bemerkenswert – auch in der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Dies ist auch die Zeit, in der der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) sehr aktiv und mittels Broschüren und Veranstaltungen öffentlich präsent war. Diese beeindruckende Dynamik des Postkeynesianismus schwächte sich über die Jahre ab, während die Mainstream-Ökonomie stärker wurde. Dieser Abschnitt beschreibt diese Entwicklungen von circa 1990 bis 2010.

Der Schwerpunkt der universitären Forschung verlagerte sich in den 1980er- und 1990er-Jahren zunehmend von Linz nach Wien, speziell an die WU. Ewald Nowotny wurde dort 1982 Professor und blieb bis 2008. Nowotny war ein wirtschaftspolitisch orientierter Keynesianer und Sozialdemokrat. Seine eigene Forschung fokussierte auf den öffentlichen Sektor, speziell auf Fragen der Budgetpolitik und deren institutionelles Design. Sein ursprünglich 1987 publiziertes Lehrbuch „Der öffentliche Sektor“ ist nun in der 6. Auflage verfügbar (Nowotny 1987; Nowotny/Zagler 2022). Nowotny war von 1978 bis 1999 Nationalratsabgeordneter der SPÖ und unter anderem von 1985 bis 1999 Vorsitzender des Finanzausschusses des Parlaments.<sup>3</sup> Von 2008 bis 2019 war er Gouverneur der OeNB. Politische Überlegungen spielten in seinem Denken immer eine große Rolle (Interview Altzinger). Auch wenn er selbst kein Postkeynesianer war, so war er doch einer seiner Unterstützer. Etliche Postkeynesianer:innen, wie Markus Marterbauer, Elisabeth Springler und Engelbert Stockhammer, arbeiteten an seinem Institut,<sup>4</sup> und Arne Heise, Claus Thomasberger und Eckhard Hein (deutsche Postkeynesianer) hatten dort Gast- oder Vertretungsprofessuren inne. In den 1990er- und frühen 2000er-Jahren gab es eine lebhafte und diverse heterodoxe Szene an der WU, die neben dem Postkeynesianismus auch marxistische, feministische, evolutionäre und ökologische Ökonomie umfasste.<sup>5</sup> Publiziert wurde in diesen

---

2 Siehe <https://schumpeter-centre.uni-graz.at/de/>.

3 Siehe <https://www.parlament.gv.at/person/1061>.

4 Es wird hier der Begriff „Institut“ verwendet; genau genommen war es eine Abteilung am Institut für Volkswirtschaftslehre.

5 Es herrschte ein guter, solidarischer Umgang unter den Ökonom:innen der verschiedenen



Bereichen zunächst vor allem auf Deutsch, im Zuge der 1990er-Jahre wurde die Orientierung jedoch zunehmend internationaler, und englische Publikationen nahmen zu. Dies gilt insbesondere auch für den österreichischen Postkeynesianismus.

Forscher:innen der WU engagierten sich auch stark im BEIGEWUM. Dieser unhandliche Name ist eine Anspielung auf die zahlreichen Beiräte, die die österreichische Sozialpartnerschaft geschaffen hatte. Diese paritätischen Kommissionen waren ein wichtiger institutioneller Teil des österreichischen Nachkriegsmodells, wurden aber in den 1980er- und 1990er-Jahren zunehmend kritisch betrachtet, speziell da sie die Zivilgesellschaft jenseits von Arbeitnehmer:innen, Unternehmen und Bauerntum nicht inkludierten. Der BEIGEWUM ist ein breites Netzwerk von kritischen Sozialwissenschaftler:innen und Ökonom:innen. Politisch umfasst er ein Spektrum vom linken Flügel der Sozialdemokratie zur radikalen Linken sowie von Umwelt- und feministischen Bewegungen in späteren Jahren. Der BEIGEWUM organisierte wissenschaftliche Konferenzen (z. B. BEIGEWUM 1992), veröffentlichte in den 1980er- und 1990er-Jahren aber auch eine Reihe von Broschüren zu Themen wie Arbeitslosigkeit (z. B. BEIGEWUM 1985). Später gab er Sammelbände mit deutschen Verlagen heraus, die eine breite Leser:innenschaft adressierten und in denen eine kritische Auseinandersetzung mit orthodoxer Fiskalpolitik und den Ursachen der Finanzkrise stattfanden (BEIGEWUM 2000, 2010 u. 2013). Diese Bücher haben oft einen klar postkeynesianischen Einschlag, speziell was die Fiskalpolitik, die Analyse der Arbeitslosigkeit und der Finanzmarktinstabilität angeht.<sup>6</sup> Der BEIGEWUM war also eine frühe Form eines informellen Thinktanks. Seit 1986 publiziert er auch den „Kurswechsel“, der regelmäßig thematische Analysen beinhaltet, die von heterodoxer Ökonomie und kritischer Sozialwissenschaft inspiriert sind, und in dem auch zahlreiche postkeynesianische Arbeiten publiziert wurden.

Keynesianische Argumente waren auch in der offiziellen Wirtschaftsberatung einflussreich. In den 1990er-Jahren gab es eine starke Präsenz von Keynesianer:innen am WIFO, und etliche davon können als postkeynesianisch charakterisiert werden, namentlich Alois Guger, Ewald Walterskirchen, Stephan Schulmeister und Markus Marterbauer. Ihre Arbeiten sind vor allem im Bereich der angewandten Wirtschaftsforschung und Politikberatung angesiedelt. Diese Arbeiten erschienen vorwiegend auf Deutsch, waren wichtig für politische Diskussionen, wurden aber international kaum wahrgenommen. Guger<sup>7</sup> hat zu Lohnpolitik, Einkommensverteilung und

---

Theorieschulen (Interview Becker).

- 6 Die vom BEIGEWUM herausgegebenen Bücher führen meist den BEIGEWUM als Autor, ohne die Autor:innen der einzelnen Kapitel zu identifizieren, da etliche dieser Autor:innen in Institutionen arbeiten, wo namentliche Publikationen eine institutionelle Bestätigung erfordern würden.
- 7 Guger hatte bei Rothschild and Laski studiert und hatte auch Kontakte mit Kaldor und Robinson (Marterbauer/Mayrhuber 2009). Er publizierte zum Werk Steindls (z. B. Guger 2012) und betreut den Nachlass Steindls. Dieser ist ebenso wie Rothschilds Nachlass (betreut von Altzinger) an der Bibliothek der WU und umfasst 1.700 Dokumente (<https://www.wu.ac.at/bibliothek/recherche/sondersammlungen/sondersammlungen-rothschild-steindl>).

Sozialpolitik gearbeitet (z. B. zur Pensionsreform; siehe etwa Guger 1998a). Er publizierte auch etliche Arbeiten zur österreichischen und sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik im internationalen Vergleich auf Englisch (z. B. Guger 1998b u. 2001). Walterskirchen<sup>8</sup> arbeitete zu Makroökonomie, Konjunktur und internationaler Wirtschaftspolitik. Sowohl Guger als auch Walterskirchen hatten mit Josef Steindl gearbeitet und auch über ihn geschrieben (Guger et al. 2006; Guger/Walterskirchen 2012). Marterbauer arbeitete bis 1994 an der WU und danach bis 2009 am WIFO, wo er zu makroökonomischen Fragen, Konjunkturanalysen, Arbeitsmarkt und Einkommensverteilung forschte. Unter den Postkeynesianer:innen am WIFO hatte Schulmeister das stärkste internationale Profil. Er arbeitete zum Finanz- und Bankwesen, speziell zu Finanzmarktinstabilität und Finanzialisierung (Schulmeister 1988, 2000 u. 2009).

Der Postkeynesianismus war in Österreich auch in der Zentralbank vertreten. Die OeNB war Teil der sozialpartnerschaftlichen Strukturen und hatte daher eine gewisse (partei)politische Balance in der Personalpolitik. Dies hatte direkte Rückwirkungen auf das Lehrangebot an der WU, da diverse keynesianische OeNB-Mitarbeiter:innen, wie beispielsweise Peter Mooslechner<sup>9</sup> oder Helene Schuberth<sup>10</sup>, über das Nowotny-Institut dort Lehraufträge wahrnahmen. Beide sind wohl als implizite Postkeynesianer:innen zu klassifizieren, auch wenn ihr Arbeitszusammenhang eine theoretische Verortung nicht gerade ermutigte. Viele postkeynesianisch interessierte Studierende wurden daher früh mit aktuellen Debatten der Geldtheorie und -politik vertraut.

Um 2000 hatte sich die Situation an Österreichs Universitäten für den Postkeynesianismus stark gewandelt. Mit Ausnahme der WU war der Postkeynesianismus nun marginalisiert. In Linz war Kazimierz Laski emeritiert. Mit Michael Landesmann gab es einen Professor, der dem Postkeynesianismus mit einer gewissen Sympathie gegenüberstand, aber als Direktor des WIIW war sein Einfluss am Linzer Institut begrenzt. Heinz D. Kurz war weiterhin in Graz, aber am Institut isoliert und hatte nur mäßige Sichtbarkeit in Österreich. In den frühen 2000er-Jahren kam es zu einer späten Blütezeit der heterodoxen Ökonomie an der WU. Diese verdankte sich vor allem einer jüngeren Kohorte von Wissenschaftler:innen, die die Unterstützung einiger Professor:innen hatte und einen Lehrgang (Vertiefungsfach) in heterodoxer Ökonomie kreierte, in dessen Rahmen Lehrveranstaltungen in marxistischer, postkeynesianischer, evolutionärer, feministischer und ökologischer Ökonomie angeboten wurden (Becker et al. 2009). Dieses Vertiefungsfach war sehr beliebt unter

---

8 Walterskirchen wurde von Rothschild, Steindl and Seidel beeinflusst und hatte – wie Guger – eine enge Freundschaft mit Steindl. Er publizierte zu Steindls Werk (Marterbauer/Mayrhuber 2009).

9 Peter Mooslechner erhielt sein Doktorat in Linz (1981), arbeitete am WIFO (1981–1996) und in der OeNB (1996–2019), zuletzt als Direktor.

10 Helen Schuberth erhielt ihr Doktorat an der WU (2000), arbeitete in der OeNB (1993–2013) sowie als Beraterin von Kanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und ist seit 2022 Chefökonomin des ÖGB.

Studierenden, die eine Petition gegen seine Schließung organisierten. Allerdings wurde das Programm im Rahmen einer Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses (Umstellung des Magisterstudiums auf Bachelor- und Master-Studium) beendet.

Zu dieser Zeit gab es an der WU mehrere Mitarbeiter:innen, die zum Postkeynesianismus forschten und unterrichteten (Dieter Gstach, Özlem Onaran, Elisabeth Springler, Engelbert Stockhammer, Herbert Walther). Mit Onaran und Stockhammer waren darunter auch zwei dynamische Postkeynesianismus-Forscher:innen, die Projekte leiteten und darin etliche Studierende einbanden (Stefan Ederer, Paul Ramskogler, Lucas Grafl, Klara Zwickl, Simon Sturn).<sup>11</sup> In dieser Phase gewann der österreichische Postkeynesianismus wieder internationale Sichtbarkeit: Die angehende Generation postkeynesianischer Forscher:innen hatte eine starke internationale Orientierung in ihren Publikationen, und eine wachsende Anzahl von ihnen absolvierte auch ihr Doktorat im Ausland.<sup>12</sup> Das heterodoxe Milieu an der WU war solidarisch, und die Postkeynesianer:innen dort hatten enge Kontakte zu regulatorischen, institutionalistischen and ökologischen Forscher:innen (Joachim Becker, Andrea Grisold, Reinhard Pirker, Werner Raza, Sigrid Stagl).

Diese späte Blütezeit der heterodoxen Ökonomie an der WU kam allerdings zu einem bitteren Ende: Erstens kam es zu einer Änderung im Personalrecht (mit dem Universitätsgesetz 2002), wodurch die kontinuierliche Laufbahn an Österreichs Universitäten beendet und durch befristete Verträge ersetzt wurde. Dies traf die heterodoxe Ökonomie besonders hart, da eine ganze Alterskohorte innerhalb weniger Jahre die WU verlassen musste. Zweitens verließen mit Leonhard Bauer und Ewald Nowotny zwei Professoren die WU, die die heterodoxe Ökonomie unterstützt hatten. Beide Professuren wurden mit Mainstream-Ökonomen nachbesetzt, was die Balance innerhalb des Instituts nachhaltig veränderte. Drittens wurden um diese Zeit Journal-Rankings (wie die „Handelsblatt“-Liste) zunehmend für Anstellungs- und Promotionsentscheidungen herangezogen. Viele der heterodoxen Ökonom:innen verließen daher die WU in kurzer Zeit (Onaran, Raza, Springler, Stagl und Stockhammer).

Ähnliche Entwicklungen wie an den Universitäten fanden auch am WIFO statt. Dies lag zum Teil an Veränderungen in der politischen Landschaft (Interview Springler). Ein Teil der SPÖ (vor allem um die AK) ist weiterhin offen für postkeynesianische Ideen, aber der Einfluss der SPÖ schwand deutlich. Mit der Jahrtausendwende kam eine ÖVP-FPÖ-Regierung an die Macht, die den Keynesianismus am WIFO zurückdrängen wollte (Interview Schnetzer). Die Direktoren des WIFO waren im Zeitverlauf weniger keynesianisch orientiert. Diese Entwicklungen wurden dadurch

11 Onaran et al. (2011); Onaran et al. (2012); Onaran et al. (2013); Onaran/Boesch (2014); Stockhammer/Ederer (2008); Stockhammer/Ramskogler (2008 u. 2009); Stockhammer et al. (2009); Stockhammer et al. (2011); Stockhammer/Grafl (2010); Stockhammer/Sturn (2012).

12 Etliche Österreicher:innen absolvierten ihren PhD an der UMass Amherst oder der New School (Engelbert Stockhammer, Klara Zwickl, Simon Sturn, Miriam Rehm, Armon Rezai, Oliver Picek).

verstärkt, dass etliche der führenden Keynesianer:innen am WIFO in Pension gingen (Guger im Jahr 2009 und Walterskirchen 2010). Markus Marterbauer verließ das WIFO, um Chefökonom der AK Wien zu werden, bevor er 2025 SPÖ-Finanzminister in einer von der ÖVP geführten Dreierkoalition wurde.<sup>13</sup> Damit ist am WIFO nur mehr Stefan Ederer mit einer klaren postkeynesianischen Orientierung übrig. Ederer forscht zu Makroökonomie, Einkommensverteilung und zum Arbeitsmarkt (Ederer/Rehm 2020a, 2020b u. 2021; Ederer/Rezai 2022) sowie zur österreichischen Wirtschaftspolitik, insbesondere zu Themen wie Effekte von Mindestlöhnen oder Arbeitszeitverkürzung. Auch am WIFO, wie an vielen ähnlichen Instituten für angewandte Forschung, ist die Verwendung von Journal-Rankings zur Forschungsevaluierung nun Standard.

## 6. Seit 2010: im akademischen Exil

Seit 2010 gibt es an den volkswirtschaftlichen Instituten österreichischer Universitäten praktisch keine Postkeynesianer:innen mehr. Dasselbe trifft auf das WIFO zu, mit Ausnahme von Stefan Ederer. Der Mainstream hat sich nicht nur durchgesetzt, sondern auch aufgeräumt. Dies bedeutet aber nicht das Ende des Postkeynesianismus. In den Jahren nach 2010 erwies er sich, wenn auch in der Defensive, als robust. Dieser Abschnitt dokumentiert drei unterschiedliche Schritte des österreichischen Postkeynesianismus: eine Abwanderung ins Ausland, eine Abwanderung in andere akademische Bereiche und eine Abwanderung in die Wirtschaftspolitik.

Seit 2010 ist eine beträchtliche Anzahl von österreichischen Postkeynesianer:innen im Ausland beschäftigt und hat dort oft eine höhere Sichtbarkeit in den internationalen Diskussionen erlangt. Ein wichtiges Zielland ist das Vereinigte Königreich. Özlem Onaran ist seit 2012 an der University of Greenwich. Sie hat wichtige Arbeiten zu lohngetriebenem Wachstum und – in den letzten Jahren – zu feministischer Makroökonomie und Care-Ökonomie verfasst (Onaran/Galanis 2014; Onaran et al. 2021 u. 2022). Engelbert Stockhammer war ab 2010 an der Kingston University London und hat zu lohngetriebenem Wachstum, Arbeitslosigkeit, Finanzialisierung und Finanzzyklen gearbeitet (Stockhammer 2004 u. 2008; Stockhammer et al. 2019; Nikolaidi/Stockhammer 2017). Er ist nun am King's College London am Department für European and International Studies und arbeitet zurzeit zu internationaler and komparativer politischer Ökonomie (Kohler/Stockhammer 2022; Stockhammer 2022). Greenwich und (bis 2018) Kingston haben sich zu Zentren des Postkeynesianismus im Vereinigten Königreich entwickelt, und etliche Österreicher:innen, von denen

---

13 Marterbauers Bestellung fiel mit der Fertigstellung des vorliegenden Artikels zusammen. Inwiefern sich postkeynesianische Elemente in Österreichs Wirtschaftspolitik widerspiegeln werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt somit noch nicht beurteilen.

viele zurückgekehrt sind, haben dort studiert.<sup>14</sup> Rafael Wildauer, nach einem PhD an der Kingston University, ist nun Associate Professor an der University of Greenwich. Er hat zu Vermögensverteilung und -besteuerung (Stockhammer/Wildauer 2016; Kapeller et al. 2023), Haushaltsverschuldung (Stockhammer/Wildauer 2018) und makroökonomischer Modellierung (Wildauer et al. 2023) gearbeitet. Annina Kaltenbrunner ist Professorin an der University of Leeds und hat wesentliche Beiträge zur Theorie internationaler Währungshierarchien verfasst (Kaltenbrunner 2018; Kaltenbrunner et al. 2023). Sie alle haben mit österreichischen Koautor:innen gearbeitet und sind im britischen postkeynesianischen Netzwerk, der Post-Keynesian Economics Society (PKES), involviert.

Andere Postkeynesianer:innen gingen nach Deutschland: Jakob Kapeller und Miriam Rehm arbeiten an der Universität Duisburg-Essen am Institut für Sozioökonomie.<sup>15</sup> Kapeller hat zu Wissenschaftssoziologie und Zitationsnetzwerken in den Wirtschaftswissenschaften gearbeitet (Kapeller 2010a u. 2010b; Dobusch/Kapeller 2012a; Aistleitner et al. 2019) sowie zu Strategien für heterodoxe Ökonomie (Dobusch/Kapeller 2012b), zu postkeynesianischen Makromodellen (Kapeller/Schütz 2013, 2014 u. 2015) und zur österreichischen Vermögensverteilung (Eckersdorfer et al. 2016; Ferschli et al. 2018; Heck et al. 2020). Rehm arbeitet zu Vermögenskonzentration und ihren Folgen (Rehm/Schnitzer 2015 u. 2016; Ederer/Rehm 2020a u. 2020b), zu Einkommens- und Vermögensverteilung – oft mit einem geschlechtsspezifischen Fokus – (Mokre/Rehm 2020; Muckenhuber et al. 2022; Rehm et al. 2022; Hanzl/Rehm 2023), zu Verteilung und Nachfrage (Ederer/Rehm 2021; Dammerer et al. 2025) sowie zu ökologischer Makroökonomie (Huwe/Rehm 2022).

An der WU spielt das Department für Sozioökonomie eine zentrale Rolle für den Postkeynesianismus und die heterodoxe Ökonomie. Dies stellt bis zu einem gewissen Grad eine Kontinuität der heterodoxen Tradition an der WU dar – allerdings außerhalb des Departments für Volkswirtschaftslehre. Am Institute for Ecological Economics, welches durch erfolgreiche Drittmittelakquise rasch gewachsen ist und nun ein international führendes Zentrum für ökologische Makroökonomie ist, sind mehrere Postkeynesianer:innen beschäftigt (Armon Rezai, Professor seit 2018, Asjad Naqvi, Simon Sturn, Klara Zwickl), die an ökologischen postkeynesianischen Makromodellen gearbeitet haben (z. B. Naqvi 2015; Rezai/Stagl 2016; Naqvi/Stockhammer 2018; Dunz et al. 2021). Mit der Etablierung des (drittmittelfinanzierten) Research Institute Economics of Inequality (INEQ) ist der Forschungsbereich Einkommens- und Vermögensverteilung, der Kernfragen des Postkeynesianismus betrifft, nun wieder stärker an der WU verankert. Einige Postkeynesianer:innen (z. B. Elisabeth Springler) arbeiten an Fachhochschulen. In Linz ist das größtenteils drittmittelfinanzierte Institut

---

14 Die Autoren dieses Papiers lernten sich erstmals im Rahmen des MA-Studiengangs Politische Ökonomie an der Kingston University kennen.

15 Kapeller ist auch Leiter des Institutes für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der JKU.

für die Gesamtanalyse der Wirtschaft unter der Leitung von Jakob Kapeller im Bereich der heterodoxen Ökonomie und der politischen Ökonomie aktiv. Es ist ebenfalls außerhalb des Instituts für Volkswirtschaftslehre angesiedelt.

Am WIIW lässt sich eine Kontinuität des Postkeynesianismus feststellen: Es hatte durchgehend postkeynesianismusfreundliche Leiter (Kazimierz Laski, Michael Landesmann, Mario Holzner) und beschäftigt nun mehrere Postkeynesianer (Philipp Heimberger, Bernhard Schütz). Dies ist aber nicht das einzige Institut für angewandte Forschung. Unter der Leitung von Markus Marterbauer hat die volkswirtschaftliche Abteilung der AK Wien die Unterstützung für den Postkeynesianismus verstärkt. Helene Schubert ist seit Kurzem Chefökonomin des ÖGB. Das Karl-Renner-Institut hat den Kurt-Rothschild-Preis ins Leben gerufen. 2019 wurde das Momentum Institut, ein progressiver Thinktank, gegründet, teils in Reaktion auf eine sich ändernde politische Landschaft, in der neoliberale Thinktanks (Eco Austria, Agenda Austria) eine zunehmend prominente Rolle spielen. Postkeynesianische Konzepte wie die Relevanz der effektiven Nachfrage, die zentrale Rolle des Staates und eine Jobgarantie spielen dort eine wichtige Rolle (Interview Picek).<sup>16</sup>

In den Jahren nach der Finanzkrise bildeten sich neue studentische Netzwerke wie die Wirtschaftspolitische Akademie oder die Gesellschaft für Plurale Ökonomik (als Teil des deutschen Netzwerks Plurale Ökonomik). Sowohl an der Universität Wien als auch an der WU etablierten Studierende selbstorganisierte Lehrveranstaltungen, die nach wie vor stattfinden und Ökonomiestudierenden einen Einblick in den Postkeynesianismus bieten. Postkeynesianische Inhalte werden auch in einem neuen Masterprogramm an der Fachhochschule des BFI Wien vermittelt. Mit dem Momentum Kongress (gegründet 2008) und der Young Economist Conference (gegründet 2011) verfügt Österreich nun auch über zwei jährlich stattfindende Konferenzen, die dem Postkeynesianismus offen und freundlich gegenüberstehen.

Internationale Netzwerke haben für österreichische Postkeynesianer:innen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Zentral ist hier vor allem die jährlich stattfindende Konferenz „Forum for Macroeconomics and Macroeconomic Policies“ (FMM) des Instituts für Makroökonomie (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (Interviews Marterbauer und Springler). Österreichische Postkeynesianer:innen präsentieren regelmäßig auf dieser Konferenz, und Özlem Onaran, Miriam Rehm und Engelbert Stockhammer gehören dem Koordinationskomitee der FMM an. Zwischen IMK und AK findet außerdem ein reger Austausch statt (Interview Marterbauer). Mehrere Österreicher waren im Vorstand von PKES und der European Association for Evolutionary Political Economy (EAPE). Jakob Kapeller ist seit 2013 Herausgeber des „Heterodox Economics Newsletter“.

---

<sup>16</sup> Picek, ein expliziter Postkeynesianer, ist Chefökonom des Momentum Instituts.

Mit Stand 2024 fällt die Bilanz für den Postkeynesianismus somit etwas gemischt aus. Einerseits existiert er nicht mehr an den volkswirtschaftlichen Instituten der Universitäten. Andererseits konnten Nischen für den Postkeynesianismus an anderen universitären Instituten, in der angewandten Wirtschaftsforschung und in Think-tanks geschaffen werden. Die Relevanz des Postkeynesianismus in der AK wurde über die letzten Jahre sicherlich gestärkt. Gleichzeitig hat sich die österreichische postkeynesianische Szene internationalisiert. Die Entwicklungen seit 2010 stellen also eine Art Dreifachmigration dar: in die angewandte Wirtschaftsforschung, in andere Länder und in andere Disziplinen.

## 7. Merkmale und Forschungsschwerpunkte des österreichischen Postkeynesianismus

Die vorhergehenden Abschnitte zeichneten die historische Entwicklung des Postkeynesianismus in Österreich nach. In diesem Abschnitt wird nun auf die Merkmale und Forschungsschwerpunkte des österreichischen Postkeynesianismus eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf der zweiten und dritten Generation von Wissenschaftler:innen. Es werden vier Merkmale und drei Forschungsschwerpunkte diskutiert.

Ein erstes wichtiges Merkmal des Postkeynesianismus in Österreich ist seine enge Verbindung zum progressiven politischen Spektrum. Wie oben ausgeführt, kam der Keynesianismus vor allem über sozialistische Rückkehrer:innen aus Großbritannien nach Österreich, die nach ihrer Rückkehr nicht an Universitäten, sondern in der AK und am WIFO arbeiteten. Sie beeinflussten den Austrokeynesianismus, die Wirtschaftspolitik der Kreisky-Ära. Und obwohl der Austrokeynesianismus mit Mitte der 1980er-Jahre zu Ende ging, blieb er als strategische Orientierung für Teile der Arbeiter:innenbewegung, insbesondere in der AK, erhalten und bot einen fruchtbaren Boden für die Entwicklung des Postkeynesianismus in Österreich.

Ein zweites Merkmal des Postkeynesianismus in Österreich ist, dass er sich nicht so leicht von anderen Spielarten des Keynesianismus, insbesondere eines linken Keynesianismus, abgrenzen lässt, was sich teilweise durch seine starke wirtschaftspolitische Orientierung erklären lässt. Die theoretischen Kontroversen innerhalb des Postkeynesianismus, beispielweise zwischen Sraffianer:innen und Monetär-Keynesianer:innen oder zwischen Post- und Neukeynesianer:innen, waren in Österreich von geringerer Bedeutung. Es gibt in Österreich auch eine lange Tradition der Kooperation zwischen Postkeynesianer:innen und anderen heterodoxen Theorien. Diese Ambiguität zwischen Postkeynesianismus, Keynesianismus und linkem Keynesianismus spiegelte sich auch in den Interviews wider. So gab es beispielsweise widersprüchliche Aussagen darüber, wie stark der Postkeynesianismus im BEIGE-WUM vertreten ist. Während ein:e Interviewpartner:in den postkeynesianischen

Einfluss als sehr stark einschätzte, sah ein:e andere:r ihn als nur einen Einfluss unter vielen (beide Interviewten, Joachim Becker und Elisabeth Springler, waren sehr aktiv im BEIGEWUM). Diese Unstimmigkeit scheint davon abzuhängen, wie Postkeynesianismus definiert wird. Eine großzügig ausgelegte Definition, die in diesem Kontext mit einem linken Keynesianismus synonym wäre, gesteht dem Postkeynesianismus einen großen Einfluss zu; eine enge akademische Definition sieht den Einfluss gering. Einige der Interviewten (Heinz D. Kurz, Stephan Schulmeister) bezeichneten sich selbst nicht als Postkeynesianer (sondern als Sraffianer beziehungsweise Keynesianer), stimmten auf Nachfrage jedoch zu, dass sie auch als Postkeynesianer bezeichnet werden könnten. Es war jedoch klar, dass dies nicht wichtig für ihre jeweilige Identität als Wissenschaftler ist.

Ein drittes bestimmendes Merkmal des österreichischen Postkeynesianismus ist die Migration und – als Konsequenz – die sich wandelnde Bedeutung des Begriffs „österreichisch“. Zu Beginn spielten Emigration und Rückkehr eine wichtige Rolle (Kurt Rothschild, Josef Steindl und – in einem anderen Sinn – Kazimierz Laski). Danach kam eine Generation von (Post-)Keynesianer:innen, die in Österreich studierten und arbeiteten und vor allem auf Deutsch publizierten. Mit Mitte der 1990er-Jahre beginnt sich die Disziplin zu internationalisieren: Mehr und mehr Österreicher:innen absolvieren ihr Doktorat im Ausland (an der New School oder an der UMass Amherst) und verbringen aufgrund des immer stärker werdenden Einflusses des Mainstreams an den volkswirtschaftlichen Instituten zumindest Teile ihrer beruflichen Karriere ebenfalls außerhalb Österreichs. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, spiegelt sich diese Internationalisierung auch klar in der Anzahl an Publikationen mit österreichischer Affiliation im „Cambridge Journal of Economics“, im „Journal of Post Keynesian Economics“ und im „Review of Political Economy“ wider. Die Tabelle gibt die Anzahl an Publikationen in diesen drei führenden internationalen postkeynesianischen Zeitschriften mit österreichischer Affiliation wieder. Nicht berücksichtigt werden Publikationen von Österreicher:innen an ausländischen Universitäten. Für die letzte Periode werden auch Publikationen der österreichischen postkeynesianischen Expats gezählt (Annina Kaltenbrunner, Jakob Kapeller, Özlem Onaran, Miriam Rehm und Engelbert Stockhammer), was ungefähr zu einer Verdoppelung der Publikationen führt.

Das letzte Merkmal betrifft die Unausgeglichenheit zwischen nationalem Einfluss und internationaler Sichtbarkeit österreichischer Wissenschaftler:innen. Während die erste Generation österreichischer Postkeynesianer:innen (Kurt Rothschild und Josef Steindl) international bekannt waren, war die zweite Generation, vor allem die angewandt forschenden Postkeynesianer:innen am WIFO, vor allem in Österreich ein Begriff. Alois Guger, Markus Marterbauer, Stephan Schulmeister und Ewald Walterskirchen waren dank ihrer Medienpräsenz und einflussreicher wirtschaftspolitischer Studien weit bekannt. Schulmeister verfügt auch über eine bedeutende Anzahl internationaler Publikationen. Durch zunehmende Emigration gehen



internationale Sichtbarkeit und nationaler Einfluss in der dritten Generation wieder auseinander. Gemessen an Zitationen (laut Scopus, abgerufen am 29.04.2024) haben Stockhammer (3.915), Kurz (1.724), Onaran (1.684), Rezai (1.025), Kapeller (797) und Kaltenbrunner (658) die höchste internationale Sichtbarkeit. Von diesen hat lediglich Rezai eine Vollzeitstelle an einer österreichischen Universität inne. Während einige dieser Personen weiterhin einen gewissen Einfluss in Österreich haben, sind jene, die die österreichischen postkeynesianischen Netzwerke aufrechterhalten, international oft nur wenig sichtbar.

**Tabelle 1:** Publikationen nach Autor:innen mit österreichischer Affiliation und österreichischen postkeynesianischen Expats in führenden internationalen postkeynesianischen Journals, nach Dekaden

	CJE		JPKE		ROPE	
	Affiliation	inkl. Expats	Affiliation	inkl. Expats	Affiliation	inkl. Expats
1975–1990	5		0		1	
1991–2000	3		2		4	
2001–2010	11		3		9	
2011–2023	19	36	5	11	10	17

Anmerkung: Spalte „Affiliation“: Publikationen von Autor:innen mit einer österreichischen Affiliation; Spalte „inkl. Expats“: Publikationen von Autor:innen mit einer österreichischen Affiliation plus Expats (Kaltenbrunner, Kapeller, Onaran, Rehm, Stockhammer). CJE = Cambridge Journal of Economics; JPKE = Journal of Post Keynesian Economics; ROPE = Review of Political Economy (Quelle: Scopus, 17.05.2024).

Verteilungsfragen bilden in zwei Ausprägungen einen großen Forschungsschwerpunkt der österreichischen postkeynesianischen Szene: Auf der makroökonomischen Ebene beschäftigt sich die erste Ausprägung mit Fragen über die Determinanten der Lohnquote (Marterbauer/Walterskirchen 2003; Stockhammer 2017) und die Nachfrageeffekte von Änderungen in der funktionalen Einkommensverteilung. Onaran, Stockhammer, Ederer und Rehm haben bedeutende empirische Studien zu Nachfrageregimen vorgelegt, die auf Bhaduri-Marglin-Modellen beruhen (z. B. Stockhammer et al. 2009; Onaran et al. 2011; Dammerer et al. 2025). Österreichische Postkeynesianer:innen haben auch zur Synthese und Erweiterung der Debatte über lohn- und profitgetriebene Regime beigetragen, indem sie diese auf das Feld der Vergleichenden Politischen Ökonomie angewandt haben (Lavoie/Stockhammer 2013; Stockhammer 2022). Die zweite Ausprägung beschäftigt sich, wenn auch stellenweise mit einer weniger expliziten Bezugnahme auf den Postkeynesianismus, mit der Forschung zur personellen Einkommens- und Vermögensverteilung. Alois Guger hat am WIFO regelmäßige empirische Studien zur funktionellen und personellen Einkommensverteilung vorgelegt, zu den Umverteilungswirkungen der Staatstätigkeit geforscht (Guger 1996; Guger/Marterbauer 2009; Guger/Rocha-Akis 2016) und zusammen mit Markus Marterbauer die langfristigen Entwicklungstendenzen der Einkommensverteilung untersucht (Guger/Marterbauer 2005).

Dem Postkeynesianismus nahestehende Wissenschaftler:innen wie Peter Mooslechner oder Martin Schürz haben wegweisende empirische Arbeiten über die gemeinsame Verteilung von Vermögen, Einkommen und Ausgaben im Rahmen des European Household Finance and Consumption Survey durchgeführt (z. B. Fessler et al. 2012). Diese Daten ermöglichen es, Schätzungen über die Verteilung des privaten Nettovermögens in Österreich anzustellen, und erlauben damit auch die Durchführung von Aufkommensschätzungen von Vermögenssteuern und deren Potenzial zur Verringerung der Vermögensungleichheit (z. B. Eckerstorfer et al. 2016; Ferschli et al. 2018; Heck et al. 2020). Diese Daten werden auch benutzt, um Machtfragen zu diskutieren, wobei sich hier die Autor:innen ebenfalls auf den Postkeynesianismus beziehen (Rehm/Schnitzer 2015 u. 2016). Österreichische Postkeynesianer:innen haben auch die Dynamik der Vermögenskonzentration und die Auswirkungen der Vermögensungleichheit innerhalb der lohn- und profitgetriebenen Debatte untersucht (z. B. Ederer/Rehm 2020a, 2020b u. 2021; Muckenhuber et al. 2022) und die Vermögensungleichheit als eine der Ursachen der globalen Finanzkrise diskutiert (Stockhammer 2015; Goda et al. 2016). Stockhammer/Wildauer (2016) beispielsweise integrieren die Einkommensverteilung in die Debatte über lohn- und profitgetriebene Regime und analysieren deren Rolle sowohl theoretisch als auch empirisch. Carvalho/Rezai (2016) schätzen die Effekte steigender Einkommensungleichheit in den USA.

Fragen zu Finanzmärkten und Finanzialisierung bilden einen zweiten Forschungsschwerpunkt in der österreichischen postkeynesianischen Szene. Dies mag etwas überraschend sein, da Österreich über keine übermäßig finanzialisierte Wirtschaft verfügt. Teil der Erklärung könnte in der Verbindung zur OeNB zu finden sein. Stephan Schulmeister begann früh, sich detailliert mit dem Funktionieren von Finanzmärkten auseinanderzusetzen, und führte auch Interviews mit Tradern durch (Schulmeister 1988, 2008 u. 2009). Darauf aufbauend entwickelte er eine Analyse des internationalen Finanzsystems (Schulmeister 2000) sowie eine politische Ökonomie kapitalistischer Entwicklung mit sich ändernden Koalitionen zwischen Arbeit, Industrie- und Finanzkapital (Schulmeister 2018). Er hat sich auch eingehend mit Vorschlägen für eine Finanztransaktionssteuer auseinandergesetzt (Schulmeister et al. 2008). Elisabeth Springler (2006, 2014 u. 2018) hat Arbeiten zu den sozialen und makroökonomischen Effekten verschiedener Wohnungsmärkte vorgelegt und hier vor allem die Rolle eines schrumpfenden gemeinnützigen Wohnungsmarktes analysiert. Zusammen mit Philip Arestis hat Peter Mooslechner zwei Bände über Wohnungsmärkte in Europa und in den USA herausgegeben (Arestis et al. 2009). Stockhammer (2004) ist eine wegweisende Arbeit über die Auswirkungen der Shareholder-Value-Orientierung auf Unternehmensinvestitionen (siehe Četković/Stockhammer 2010 für eine ähnliche Analyse für österreichische börsennotierte Unternehmen). In Stockhammer (2008) wird das Konzept eines finanzdominierten Akkumulationsregimes entwickelt. Nikolaidi/Stockhammer (2017) geben einen Überblick über eine Reihe von Minsky-Modellen, und Stockhammer et al. (2019) testen Minsky-Zyklen empirisch. Beat Weber hat die politische Ökonomie von Finanzmärkten untersucht. So

werden in Weber/Schmitz (2011) verschiedene Interventionen während der globalen Finanzkrise und in Weber (2015) die Auswirkungen des Aufstiegs von Bitcoin auf die Legitimität von Geld analysiert.

Ein dritter Forschungsschwerpunkt, der sich in den letzten Jahren herauskristallisiert hat, besteht darin, Erkenntnisse aus der ökologischen Ökonomie in postkeynesianische Makromodelle zu integrieren. Die Synthese dieser beiden Disziplinen wird auch als (heterodoxe) ökologische Makroökonomie bezeichnet (Huwe/Rehm 2022; Rezai/Stagl 2016; Strunk et al. 2022). Ein Strang in dieser Forschung beschäftigt sich vor allem mit der Integration der Umwelt in multisektorale postkeynesianische Stock-Flow-Consistent(SFC)-Modelle. Naqvi (2015) kalibriert ein solches für die EU und analysiert die Effekte von fünf wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf makroökonomische und ökologische Indikatoren. Dunz/Naqvi (2016) analysieren die Auswirkungen temporärer und permanenter Subventionen für Investitionen in nachhaltige Technologien in einem Nord-Süd-SFC-Modell. Naqvi/Stockhammer (2018) entwickeln ein SFC-Modell, das gerichteten technologischen Wandel berücksichtigt, und diskutieren die Auswirkungen von zwei Politikexperimenten. Das SFC-Modell von Dunz et al. (2021) beinhaltet eine adaptive Vorhersagefunktion der Klimateinschätzungen von Banken und untersucht die Effekte von Fiskalpolitik und Finanzregulierung auf die Wirtschaft. Weitere ökologische postkeynesianische Modelle, die von Österreicher:innen mitentwickelt wurden, lassen sich in Rezai et al. (2013) und Taylor et al. (2016) finden.

## 8. Konklusion

Dieser Beitrag zeichnete die Entwicklung des Postkeynesianismus in Österreich nach. In der Nachkriegszeit waren keynesianische Ideen vor allem in progressiven wirtschaftspolitischen Zirkeln zu finden. In den 1970er-Jahren entfalteten diese in Form des Austrokeynesianismus ihre größte wirtschaftspolitische Wirkung. Diese von Anfang an starke Ausrichtung des Keynesianismus in Österreich auf die Wirtschaftspolitik sollte die Entwicklung des hiesigen Postkeynesianismus maßgeblich beeinflussen. Auch heute noch verfügt dieser über enge Kontakte zu wirtschaftspolitischen Netzwerken. An die heimischen Universitäten gelangte der (Post-)Keynesianismus vergleichsweise spät, nämlich erst um 1970 herum: zuerst an die neu gegründete JKU in Linz mit Laski und Rothschild und dann Anfang der 1980er-Jahre mit Kurz nach Graz. Mit Guger, Marterbauer, Schulmeister, Steindl und Walterskirchen war der Postkeynesianismus am WIFO stark vertreten. An der WU gab es Anfang der 2000er-Jahre eine kurzlebige Blütezeit heterodoxer Ökonomie, in der auch eine Wiederbelebung und Internationalisierung des Postkeynesianismus stattfand. Bis 2010 hatte sich der ökonomische Mainstream allerdings auch an der WU durchgesetzt. Infolgedessen haben Postkeynesianer:innen das Land verlassen, sind an andere Institute gewechselt oder in die angewandte Wirtschaftsforschung gegangen,

wo sie vor allem zu Verteilungsfragen, Finanzialisierung und ökologischer Ökonomie forschen.

Die Geschichte des Postkeynesianismus in Österreich wirft auch Fragen für die vergleichende und historische Forschung über den Postkeynesianismus auf. Der Postkeynesianismus wird oftmals in Abgrenzung zur neoklassisch-keynesianischen Synthese oder zum Neukeynesianismus definiert. Das lässt sich darauf zurückführen, dass sich der Postkeynesianismus in der angelsächsischen Welt vor allem als Antwort auf die verschiedenen Formen des Mainstream-Keynesianismus entwickelt hat. Wie der österreichische Fall zeigt, ist das keine universelle Erfahrung: Hier haben sich postkeynesianische Ideen in einem Umfeld entwickelt, in dem kein starker Mainstream-Keynesianismus existierte. Der österreichische Fall wirft außerdem die Frage nach der Abgrenzung des Postkeynesianismus im Bereich der Wirtschaftspolitik auf. Gängige Definitionen des Postkeynesianismus bieten wenige Anhaltspunkte, wann eine wirtschaftspolitische Maßnahme als postkeynesianisch gelten kann und wie eine solche von einem linken Keynesianismus abgegrenzt werden kann (falls denn dies überhaupt sinnvoll erscheint). Daraus ergeben sich Fragen wie: Ab wann gelten progressive wirtschaftspolitische Maßnahmen als postkeynesianisch? Ist eine postkeynesianische Wirtschaftspolitik immer auch progressiv? Abschließend sei noch festzuhalten, dass die meisten historischen Studien zum Postkeynesianismus ihren Fokus auf den universitären Bereich legen (z. B. King 2002). Mit Hall (1989) gibt es eine Essaysammlung zur Rezeption des Keynesianismus in verschiedenen Ländern, deren Fokus auf der Wirtschaftspolitik liegt. Ein ähnliches Werk fehlt für den Postkeynesianismus. Wie dieser Beitrag zeigt, muss die Entwicklung des Postkeynesianismus in ihrem institutionellen und politischen Kontext gesehen werden. Was die österreichische Erfahrung zeigt, ist, dass sich die Resilienz postkeynesianischer Netzwerke durch eine starke Beziehung zur progressiven Wirtschaftspolitik erhöhen kann.

#### DANKSAGUNG

Dieser Artikel basiert auf Stockhammer et al. (2025). Für hilfreiche Kommentare und Kritik zu einer früheren Version möchten wir uns bei Wilfried Altzinger, Joachim Becker, Stefan Ederer, Alois Guger, Hansjörg Klausinger, Heinz D. Kurz, Markus Marterbauer, Peter Mooslechner, Miriam Rehm und Matthias Schnetzer bedanken.

#### LITERATUR

**Aistleitner, Matthias/Kapeller, Jakob/Steinerberger, Stefan (2019).** Citation patterns in economics and beyond. *Science in Context* 32 (4), 361–380.

**Arestis, Philip/Mooslechner, Peter/Wagner, Karin (Hg.) (2009).** *Housing Market Challenges in Europe and the United States.* Basingstoke, Palgrave Macmillan.

**Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Mikl-Horke, Gertraude/Pirker, Reinhard/Rauchenschwandtner, Hermann/Schwank, Oliver/Springler, Elisabeth/Stockhammer, Engelbert (Hg.) (2009).** *Heterodoxe Ökonomie.* Marburg, Metropolis.

- BEIGEWUM (1985).** Wege aus der Arbeitslosigkeit. Wien, BEIGEWUM.
- BEIGEWUM (1992).** Vom obsoleten zum adäquaten marktwirtschaftlichen Denken. Marburg, Metropolis.
- BEIGEWUM (2000).** Mythos Nulldefizit: Alternativen zum Sparkurs. Wien, Mandelbaum.
- BEIGEWUM (2010).** Mythen der Krise. Hamburg, VSA.
- BEIGEWUM (2013).** Mythen des Sparens. Hamburg, VSA.
- Butschek, Felix (1979).** Ein Austro-Keynesianismus? *Wirtschaftsdienst* 59 (4), 206–208.
- Carvalho, Laura/Rezai, Amon (2016).** Personal income inequality and aggregate demand. *Cambridge Journal of Economics* 40 (2), 491–505.
- Četković, Pedrag/Stockhammer, Engelbert (2010).** Finanzialisierung und Investitionsverhalten von Industrie-Aktiengesellschaften in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft* 36 (4), 453–479.
- Chaloupek, Günther (1999a).** März, Eduard. In: Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn (Hg.). *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. München, K. G. Sauer, 486–469.
- Chaloupek, Günther (1999b).** Prager, Theodor. In: Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn (Hg.). *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. München, K. G. Sauer, 541–543.
- Chaloupek, Günther (2016).** Die Emigration von Ökonomen aus Österreich in die USA und nach Großbritannien und der Einfluss der Rückwanderer auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdenken. In: Michael Mesch (Hg.). *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?* Wien, ÖGB-Verlag, 13–44.
- Chaloupek, Günther (2017).** Ein think tank für die Arbeiterbewegung: Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien in ihren ersten zwei Jahrzehnten. *Wirtschaft und Gesellschaft* 43 (4), 587–620.
- Cockett, Richard (2023).** Vienna: How the city of ideas created the modern world. New Haven/London, Yale University Press.
- Dammerer, Quirin/List, Ludwig/Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2025).** Macroeconomic effects of a declining wage share: A meta-analysis of the functional income distribution and aggregate demand. *Journal of Economic Surveys* 39 (1), 280–325.
- Derndorfer, Judith/Premrov, Tamara/Schultheiß, Jana/Witzani-Haim, Daniel (2023).** Feministische Ökonomie in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft* 49 (3), 5–15.
- Dobusch, Leonhard/Kapeller, Jakob (2012a).** Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a framework for interested pluralism in economics. *Journal of Economic Issues* 46 (4), 1035–1058.
- Dobusch, Leonhard/Kapeller, Jakob (2012b).** A guide to paradigmatic self-marginalization: Lessons for post-Keynesian economists. In: Frederic Lee/Marc Lavoie (Hg.). *In defense of post-Keynesian and heterodox economics: Responses to their critics*. Abingdon and New York, Routledge, 62–86.
- Dunz, Nepomuk/Naqvi, Asjad (2016).** Environmental and Labor Policies in a North-South SFC Model. Artikel präsentiert auf der 20. FMM Konferenz, Berlin, 6. Oktober 2016, 20–22.
- Dunz, Nepomuk/Naqvi, Asjad/Monasterolo, Irene (2021).** Climate sentiments, transition risk, and financial stability in a stock-flow consistent model. *Journal of Financial Stability* 54, 100872. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1016/j.jfs.2021.100872>.
- Eckerstorfer, Paul/Halak, Johannes/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Springholz, Florian/Wildauer, Rafael (2016).** Correcting for the missing rich: an application to wealth survey data. *Review of Income and Wealth* 62, 605–627.
- Ederer, Stefan/Rehm, Miriam (2020a).** Will wealth become more concentrated in Europe? Evidence from a calibrated post-Keynesian model. *Cambridge Journal of Economics* 44 (1), 55–72.

**Ederer, Stefan/Rehm, Miriam (2020b).** Making sense of Piketty's "fundamental laws" in a post-Keynesian framework: the transitional dynamics of wealth inequality. *Review of Keynesian Economics* 8 (2), 195–219.

**Ederer, Stefan/Rehm, Miriam (2021).** Wealth inequality and aggregate demand. *Metroeconomica* 72 (2), 405–424.

**Ederer, Stefan/Rezai, Amon (2022).** Labour markets in a Post-Keynesian growth model: the effects of endogenous productivity growth and working-time reduction. *Review of Keynesian Economics* 10 (3), 355–381.

**Feichtinger, Johannes (2016).** Keynes-Rezeption vor dem „Austro-Keynesianismus“ der Ära Kreisky: Die Arbeiterkammer als wirtschaftspolitischer Think-Tank der Nachkriegszeit. In: Michael Mesch (Hg.). *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?* Wien, ÖGB-Verlag, 73–110.

**Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2018).** Wieviel bringt eine Vermögenssteuer? Neue Aufkommensschätzungen für Österreich. *WISO* 41 (1), 145–162.

**Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012).** Schwerpunkt: Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Erste Ergebnisse für Österreich. *Geldpolitik & Wirtschaft* Q3 (12), 25–67.

**Fritsche, Ulrich (2022).** Editorial: "We enriched him, but he also enriched us" – on Hajo Riese's legacy for socially relevant research. *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 19 (2), 224–226.

**Goda, Thomas/Onaran, Özlem/Stockhammer, Engelbert (2016).** Income inequality and wealth concentration in the recent crisis. *Development and Change* 48 (1), 3–27.

**Guger, Alois (1996).** Umverteilung durch den Staat in Österreich. *WIFO-Monatsberichte* 69 (10), 635–652.

**Guger, Alois (1998a).** Austria's old-age pension system in an international perspective. *Austrian Economic Quarterly* 6 (1), 31–42.

**Guger, Alois (1998b).** Economic policy and social democracy: The Austrian experience. *Oxford Review of Economic Policy* 14 (1), 40–58.

**Guger, Alois (2001).** The Austrian Experience. In: Andrew Glyn (Hg.). *Social democracy in neoliberal times: The Left and economic policy since 1980.* Oxford, Oxford University Press, 53–79.

**Guger, Alois (2012).** Wirtschaftsforschung mit internationaler Reputation: Josef Steindl 1912–1993. *WIFO Monatsberichte* 85 (6), 481–484.

**Guger, Alois (2016).** Frühe Keynes-Rezeption am Institut für Konjunkturforschung bzw. WIFO. In: Michael Mesch, Michael (Hg.). *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?* Wien, ÖGB-Verlag, 45–72.

**Guger, Alois/Marterbauer, Markus (2005).** Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich. *WIFO-Monatsberichte* 79 (9), 615–628.

**Guger, Alois/Marterbauer, Markus (2009).** Umverteilung durch den Staat. *WIFO-Monatsberichte* 83 (11), 859–977.

**Guger, Alois/Marterbauer, Markus/Walterskirchen, Ewald (2006).** Growth policy in the spirit of Steindl and Kalecki. *Metroeconomica* 57 (3), 428–442.

**Guger, Alois/Rocha-Akis, Silvia (2016).** Umverteilung durch den Staat in Österreich. *WIFO-Monatsberichte* 89 (5), 329–345.

**Guger, Alois/Walterskirchen, Ewald (2012).** Josef Steindl's life and work in Austria. *PSL Quarterly Review* 65 (261), 135–149.

**Guttman, Robert (1994).** How credit-money shapes the economy: The United States in a global system. Abingdon und New York, Routledge.

- Guttman, Robert (2016).** Finance-led capitalism: Shadow banking, re-regulation, and the future of global markets. Basingstoke und New York, Palgrave Macmillan.
- Guttman, Robert (2022).** Multi-polar capitalism: The end of the dollar standard. Basingstoke und New York, Palgrave Macmillan.
- Hall, Peter (Hg.) (1989).** The political power of economic ideas: Keynesianism across nations. Princeton, Princeton University Press.
- Hanzl, Lisa/Rehm, Miriam (2023).** Less Work, More Labor: School Closures and Work Hours During the COVID-19 Pandemic in Austria. *Feminist Economics* 29 (4), 252–284.
- Heck, Ines/Kapeller, Jakob/Wildauer, Rafael (2020).** Vermögenskonzentration in Österreich: Ein Update auf Basis des HFCS 2017. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 206.
- Huber, Peter (2011).** Egon Matzner: Kreiskys vergessener Ökonom. Die Presse v. 18.02.2011. Online verfügbar unter <https://www.diepresse.com/625238/egon-matzner-kreiskys-vergessener-oekonom> (abgerufen am 14.01.2025).
- Huwe, Vera/Rehm, Miriam (2022).** The ecological crisis and post-Keynesian economics – bridging the gap? *European Journal of Economics and Economic Policies* 19 (3), 397–414.
- Jackson, Tim/Victor, Peter/Naqvi, Asjad (2016).** Towards a stock-flow consistent ecological macroeconomics. WWWforEurope Working Paper 114.
- Kaldor, Nicolas (1982).** Inflation – an endemic problem of modern capitalism. *Wirtschaft und Gesellschaft* 8 (2), 289–298.
- Kalecki, Michal (1987).** Krise und Prosperität im Kapitalismus: Ausgewählte Essays 1933–1971. Marburg, Metropolis.
- Kaltenbrunner, Annina/Alami, Ilias/Alves, Carolina/Bonizzi, Bruno/Koddenbrock, Kai/Kvangraven, Ingrid/Powell, Jeff (2023).** International financial subordination: a critical research agenda. *Review of International Political Economy* 30 (4), 1360–1386.
- Kaltenbrunner, Annina (2018).** Financialised internationalisation and structural hierarchies: a mixed-method study of exchange rate determination in emerging economies. *Cambridge Journal of Economics* 42 (5), 1315–1341.
- Kapeller, Jakob (2010a).** Citation metrics: serious drawbacks, perverse incentives, and strategic options for heterodox economics. *The American Journal of Economics and Sociology* 69 (5), 1376–1408.
- Kapeller, Jakob (2010b).** Some critical notes on citation metrics and heterodox economics. *Review of Radical Political Economics* 42 (3), 330–337.
- Kapeller, Jakob/Leitch, Stuart/Wildauer, Rafael (2023).** Can a European wealth tax close the green investment gap? *Ecological Economics* 209, 107849. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2023.107849>.
- Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2013).** Exploring pluralist economics: the case of the Minsky-Veblen cycles. *Journal of Economic Issues* 47 (2), 515–524.
- Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2014).** Debt, boom, bust: a theory of Minsky-Veblen cycles. *Journal of Post Keynesian Economics* 36 (4), 781–814.
- Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2015).** Conspicuous consumption, inequality and debt: the nature of consumption-driven profit-led regimes. *Metroeconomica* 66 (1), 51–70.
- King, John (2002).** A history of post Keynesian economics since 1936. Cheltenham, Edward Elgar.
- King, John (2018).** Josef Steindl and capitalist stagnation. *Wirtschaft und Gesellschaft* 44 (4), 525–543.
- King, John (2019).** The alternative Austrian economics. Cheltenham (UK) und Northampton (US), Edward Elgar.
- Klausinger, Hansjörg (2015).** Die Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel 1918–1973. Department of Economics Working Paper 202. Wirtschaftsuniversität Wien.

**Kohler, Karsten/Stockhammer, Engelbert (2022).** Growing differently? Financial cycles, austerity and competitiveness since the global financial crisis. *Review of International Political Economy* 29 (4), 1314–1341.

**Kurz, Heinz (1990).** Effective demand, employment and capital utilisation in the short run. *Cambridge Journal of Economics* 14 (2), 205–218.

**Kurz, Heinz (2008).** Innovations and profits: Schumpeter and the Classical Heritage. *Journal of Economic Behavior & Organization* 67 (1), 263–278.

**Kurz, Heinz (2013).** *Geschichte des ökonomischen Denkens*. München, C. H. Beck.

**Kurz, Heinz (2022).** On machine ages: Causes, forms and effects of technological change. In: Heinz Kurz/Marlies Schütz/Rita Strohmaier/Stella Zilian (Hg.). *The Routledge Handbook on Smart Technologies*. New York, Routledge, 56–76.

**Kurz, Heinz/Salvadori, Neri (1995).** *Theory of production: a long period analysis*. Cambridge, Cambridge University Press.

**Kurz, Heinz/Schütz, Marlies/Strohmaier, Rita/Zilian, Stella (2018).** Riding a new wave of innovations: a long-term view at the current process of creative destruction. *Wirtschaft und Gesellschaft* 44 (4), 545–583.

**Landesmann, Michael/Riese, Martin/Walther, Herbert (2015).** Kazimierz Laski, 1921–2015. *wiiw monthly report* 2015/11, 1–2.

**Laski, Kazimierz (1990).** The stabilization plan for Poland. *Wirtschaftspolitische Blätter* 37 (5), 444–458.

**Laski, Kazimierz (2015 [2006]).** Kalecki's place in my career as an economist. *wiiw Monthly Report* 2015/11, 6–11.

**Laski, Kazimierz (2019).** *Lectures in Macroeconomics*. Herausgegeben von Jerzy Osiatyński und Jan Toporowski. Oxford und New York, Oxford University Press.

**Laski, Kazimierz/Podkaminer, Leon (2012).** The basic paradigms of EU economic policymaking need to be changed. *Cambridge Journal of Economics* 36 (1), 253–270.

**Laski, Kazimierz/Podkaminer, Leon (2013).** Net private savings in relation to the government's financial balance: some basic principles of macroeconomics disregarded by the European Union's economic policy makers. In: Óscar Dejuán/Eladio Febrero Paños/Jorge Uxo Gonzalez. *Post-Keynesian views of the crisis and its remedies*. Abingdon und New York, Routledge, 227–234.

**Lavoie, Marc/Stockhammer, Engelbert (2013).** Wage-led growth: concept, theories and policies. In: Marc Lavoie/Engelbert Stockhammer. *Wage-led growth: an equitable strategy for economic recovery*. London, Palgrave Macmillan, 13–39.

**Marterbauer, Markus/Mayrhuber, Christine (Hg.) (2009).** *Entwürfe für die Zukunft von Wirtschafts- und Sozialpolitik: Alois Guger und Ewald Walterskirchen zum 65. Geburtstag*. Reihe Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien 14. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien.

**Marterbauer, Markus/Schnetzer, Matthias (2024).** Editorial: 50. Jahrgang *Wirtschaft und Gesellschaft*: ein Spiegelbild österreichischer Wirtschaftsgeschichte. *Wirtschaft und Gesellschaft* 50 (1), 5–19.

**Marterbauer, Markus/Walterskirchen, Ewald (2003).** Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten. *WIFO Monatsberichte* 76 (2), 151–159.

**März, Eduard (1958).** *Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen*. Wien, Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes.

**März, Eduard (1976).** *Einführung in die Marxsche Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Wien, Europa Verlag.

**März, Eduard (1983).** *Joseph Alois Schumpeter – Forscher, Lehrer und Politiker*. München, Oldenbourg Verlag.



- Mesch, Michael (Hg.) (2016).** Wie kam der Keynesianismus nach Österreich? Wien, Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes.
- Mesch, Michael (2018).** Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära: erfolgreiche keynesianische Globalsteuerung. A&W-Blog v. 23.07.2018. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Wirtschaft/wirtschaftspolitik-in-der-kreisky-aura> (abgerufen am 14.01.2025).
- Mokre, Patrick/Rehm, Miriam (2020).** Inter-industry wage inequality: persistent differences and turbulent equalisation. *Cambridge Journal of Economics* 44 (4), 919–942.
- Muckenhuber, Mattias/Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2022).** A Tale of Integration? The Migrant Wealth Gap in Austria. *European Journal of Population* 38 (2), 163–190.
- Naqvi, Asjad (2015).** Modeling growth, distribution, and the environment in a stock-flow consistent framework. *WWWforEurope Policy Paper* 18.
- Naqvi, Asjad/Stockhammer, Engelbert (2018).** Directed technological change in a post-Keynesian ecological macromodel. *Ecological Economics* 154, 168–88.
- Nikolaïdi, Maria/Stockhammer, Engelbert (2017).** Minsky models: A structured review. *Journal of Economic Surveys* 31 (5), 1304–1331.
- Nowotny, Ewald (1987).** Der öffentliche Sektor: Einführung in die Finanzwissenschaft. Berlin und Heidelberg, Springer.
- Nowotny, Ewald/Zagler, Martin (2022).** Der öffentliche Sektor: Einführung in die Finanzwissenschaft. 6. Aufl. Wiesbaden, Springer Fachmedien.
- Onaran, Özlem/Boesch, Valerie (2014).** The effect of globalization on the distribution of taxes and social expenditures: do welfare state regimes matter? *Environment and Planning A: Economy and Space* 46 (2), 373–397.
- Onaran, Özlem/Boesch, Valerie/Leibrecht, Markus (2012).** How does globalization affect the implicit tax rates on labor income, capital income, and consumption in the European Union? *Economic Inquiry* 50 (4), 880–904.
- Onaran, Özlem/Galanis, Giorgos (2014).** Income distribution and growth: a global model. *Environment and Planning A: Economy and Space* 46 (10), 2489–2513.
- Onaran, Özlem/Oyvatt, Cem/Fotopoulou, Eurydice (2021).** A macroeconomic analysis of the effects of gender inequality, wages, and public social infrastructure: the case of the UK. *Feminist Economics* 28 (2), 152–88.
- Onaran, Özlem/Oyvatt, Cem/Fotopoulou, Eurydice (2022).** Gendering macroeconomic analysis and development policy: a theoretical model. *Feminist Economics* 28 (3), 23–55.
- Onaran, Özlem/Stockhammer, Engelbert/Grafl, Lucas (2011).** The finance-dominated growth regime, distribution, and aggregate demand in the US. *Cambridge Journal of Economics* 35 (4), 637–661.
- Onaran, Özlem/Stockhammer, Engelbert/Zwickl, Klara (2013).** FDI and domestic investments in Germany: crowding in or out? *International Review of Applied Economics* 27 (4), 429–448.
- Prager, Theodor (1963).** Wirtschaftswunder oder keines? Zur politischen Ökonomie Westeuropas. Wien, Europa Verlag.
- Prager, Theodor (1972).** Konkurrenz und Konvergenz. *Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft*. Wien, Europa Verlag.
- Rehm, Miriam/Schneebaum, Alyssa/Schuster, Barbara (2022).** Intra-couple wealth inequality: What's socio-demographics got to do with it? *European Journal of Population* 38 (4), 681–720.
- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2015).** Property and power: lessons from Piketty and new insights from the HFCS. *European Journal of Economics and Economic Policies* 12 (2), 204–219.

- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2016).** Wealth inequality and power imbalances: shedding some heterodox light on a neglected topic. *Der öffentliche Sektor – The Public Sector* 42 (2), 53–58.
- Rezai, Armon/Stagl, Sigrid (2016).** Ecological macroeconomics: introduction and review. *Ecological Economics* 121, 181–185.
- Rezai, Armon/Taylor, Lance/Mechler, Reinhard (2013).** Ecological macroeconomics: an application to climate change. *Ecological Economics* 85, 69–76.
- Riese, Martin (2016).** Obituary: Kazimierz Laski (1921–2015). *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 13 (3), 265–274.
- Robinson, Joan (1982).** Spring Cleaning. *Wirtschaft und Gesellschaft* 8 (2), 175–181.
- Roncaglia, Alessandro (2012).** Josef Steindl, the Trieste School and the BNL Quarterly Review. *PSL Quarterly Review* 65 (261), 113–116.
- Rothschild, Kurt (1947).** Oligopoly and price theory. *Economic Journal* 57 (September), 299–320.
- Rothschild, Kurt (1971).** *Power in Economics*. Harmondsworth, Penguin.
- Rothschild, Kurt (1981).** *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*. Berlin, Springer Verlag.
- Rothschild, Kurt (1994).** *Theorien der Arbeitslosigkeit*. 2. Aufl. München, Oldenbourg Verlag.
- Rothschild, Kurt (1999).** To push and to be pushed. *The American Economist* 43 (1), 1–8.
- Schulmeister, Stephan (1988).** Currency speculation and dollar fluctuations. *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 41 (167), 343–365.
- Schulmeister, Stephan (2000).** Globalization without global money: the double role of the dollar as national currency and world currency. *Journal of Post Keynesian Economics* 22 (3), 365–395.
- Schulmeister, Stephan (2008).** Components of the profitability of technical currency trading. *Applied Financial Economics* 18 (11), 917–930.
- Schulmeister, Stephan (2009).** Profitability of technical stock trading: has it moved from daily to intraday data? *Review of Financial Economics* 18 (4), 190–201.
- Schulmeister, Stephan (2018).** *Der Weg zur Prosperität*. Salzburg und München, Ecowin.
- Schulmeister, Stephan/Schratzenstaller-Altzinger, Margit/Picek, Oliver (2008).** A general financial transaction tax: motives, revenues, feasibility and effects. Wien, WIFO.
- Seidel, Hans (1982).** Austro-Keynesianismus. *Wirtschaftspolitische Blätter* 29 (3), 11–15.
- Springler, Elisabeth (2006).** Wohnen im Alter: Vermögensakkumulation als Notwendigkeit für selbstbestimmtes Wohnen? *Kurswechsel* 3/2006, 59–67.
- Springler, Elisabeth (2014).** Lehren aus der Immobilienkrise – Einbettung des Wohnungsmarktes in eine theoretische postkeynesianische Analyse. *Kurswechsel* 3/2014, 40–47.
- Springler, Elisabeth (2018).** Die Rückkehr der Wohnungsfrage: Soziale Bruchlinien in Österreich nach der Krise. *Kurswechsel* 4/2018, 47–56.
- Steindl, Josef (1952).** *Maturity and Stagnation in American Capitalism*. Oxford, Blackwell.
- Steindl, Josef (1956).** Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling? *WIFO Monatsberichte* 29, Sonderheft 9.
- Steindl, Josef (1990).** *Economic Papers 1941–88*. New York, Palgrave Macmillan.
- Stockhammer, Engelbert (2004).** Financialization and the slowdown of accumulation. *Cambridge Journal of Economics* 28 (5), 719–741.
- Stockhammer, Engelbert (2008).** Stylized facts on the finance-dominated accumulation regime. *Competition and Change* 12 (2), 189–207.

- Stockhammer, Engelbert (2015).** Rising inequality as a root cause of the present crisis. *Cambridge Journal of Economics* 39 (3), 935–958.
- Stockhammer, Engelbert (2017).** Determinants of the wage share: a panel analysis of advanced and developing economies. *British Journal of Industrial Relations* 55 (1), 3–33.
- Stockhammer, Engelbert (2022).** Post-Keynesian macroeconomic foundations for Comparative Political Economy. *Politics and Society* 50 (1), 156–187.
- Stockhammer, Engelbert/Calvert Jump, Robert/Kohler, Karsten/Cavallero, Julian (2019).** Short and medium term financial-real cycles: an empirical assessment. *Journal of International Money and Finance* 94, 81–96.
- Stockhammer, Engelbert/Dammerer, Quirin/Maschke, Andreas (2025).** Between academia and economic policy: The rise and decline of post-Keynesian economics in Austria. *Review of Political Economy*. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1080/09538259.2025.2458128>.
- Stockhammer, Engelbert/Ederer, Stefan (2008).** Demand effects of the falling wage share in Austria. *Empirica* 35 (5), 481–502.
- Stockhammer, Engelbert/Hein, Eckhard/Grafl, Lucas (2011).** Globalization and the effects of changes in functional income distribution on aggregate demand in Germany. *International Review of Applied Economics* 25 (1), 1–23.
- Stockhammer, Engelbert/Grafl, Lucas (2010).** Financial uncertainty and business investment. *Review of Political Economy* 22 (4), 551–568.
- Stockhammer, Engelbert/Onaran, Özlem/Ederer, Stefan (2009).** Functional income distribution and aggregate demand in the euro area. *Cambridge Journal of Economics* 33 (1), 139–159.
- Stockhammer, Engelbert/Ramskogler, Paul (2008).** Uncertainty and exploitation in history. *Journal of Economic Issues* 42 (1), 175–194.
- Stockhammer, Engelbert/Ramskogler, Paul (2009).** Post Keynesian economics – how to move forward. *European Journal of Economics and Economic Policies* 6 (2), 227–246.
- Stockhammer, Engelbert/Sturn, Simon (2012).** The impact of monetary policy on unemployment hysteresis. *Applied Economics* 44 (21), 2743–2756.
- Stockhammer, Engelbert/Wildauer, Rafael (2016).** Debt-driven growth? Wealth, distribution and demand in OECD countries. *Cambridge Journal of Economics* 40 (6), 1609–1634.
- Stockhammer, Engelbert/Wildauer, Rafael (2018).** Expenditure Cascades, Low Interest Rates or Property Booms? Determinants of Household Debt in OECD Countries. *Review of Behavioral Economics* 5 (2), 85–121.
- Strunk, Birte/Ederer, Stefan/Rezai, Armon (2022).** The role of labor in a socio-ecological transition: combining post-Keynesian and ecological economics perspectives. *European Journal of Economics and Economic Policies* 19 (1), 103–118.
- Sturmthal, Adolf (1944).** *The Tragedy of European Labour 1918–1939*. London, Gollancz.
- Tamesberger, Dennis/Theurl, Simon (2019).** Vorschlag für eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft* 45 (4), 471–495.
- Taylor, Lance/Rezai, Armon/Foley, Duncan (2016).** An integrated approach to climate change, income distribution, employment, and economic growth. *Ecological Economics* 121, 196–205.
- Unger, Brigitte (1999).** Österreichs Wirtschaftspolitik: Vom Austro-Keynesianismus zum Austro-Neoliberalismus? In: Ferdinand Karlhofer (Hg.). *Zukunft Sozialpartnerschaft: Veränderungsdynamik und Reformbedarf*. Wien, Signum-Verlag, 165–190.
- Walterskirchen, Ewald (2016).** Hans Seidel: Architekt der Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära. *Wirtschaft und Gesellschaft* 42 (1), 109–117.
- Weber, Beat (2015).** Bitcoin and the legitimacy crisis of money. *Cambridge Journal of Economics* 40 (1), 17–41.

**Weber, Beat/Schmitz, Stefan (2011).** Varieties of helping capitalism: politico-economic determinants of bank rescue packages in the EU during the recent crisis. *Socio-Economic Review* 9 (4), 639–669.

**Weber, Fritz (2018).** Die Sozialdemokratie auf dem Weg von oder zu sich selbst. *Österreichische Zeitschrift für Geschichte* 29 (1), 135–147.

**Wildauer, Rafael/Kohler, Karsten/Aboobaker, Adam/Guschanski, Alexander (2023).** Energy price shocks, conflict inflation, and income distribution in a three-sector model. *Energy Economics* 127 (Part B), 106982. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1016/j.eneeco.2023.106982>.

**WUG-Redaktion (2018).** Die Bedeutung von Karl Marx' Ökonomik für die wirtschaftswissenschaftlich fundierte Interessenpolitik des 21. Jahrhunderts. *Wirtschaft und Gesellschaft* 2018 (4), 459–470.

# Appendix 1

## Liste der Interviewten

Wilfried Altzinger	März 2024
Joachim Becker	Jänner 2024
Annina Kaltenbrunner	Februar 2024
Jakob Kapeller	Dezember 2023
Heinz D. Kurz	Jänner 2024
Markus Marterbauer	November 2023
Oliver Picek	November 2023
Matthias Schnetzer	Dezember 2023
Stephan Schulmeister	Februar 2024
Elisabeth Springler	Dezember 2023 & Jänner 2024

## Appendix 2

### Anzahl der Zitationen österreichischer Postkeynesianer:innen nach Scopus und Google Scholar (29.04.2024)

	Scopus	Google Scholar
Kurt Rothschild	304	
Josef Steindl	142	
Kazimierz Laski	142	
Heinz D. Kurz	1.724	
Alois Guger	26	
Ewald Walterskirchen		750
Markus Marterbauer	16	507
Stephan Schulmeister	169	2.301
Christian Gehrke	307	
Engelbert Stockhammer	3.915	14.233
Özlem Onaran	1.684	6.462
Armon Rezai	1.025	2.887
Annina Kaltenbrunner	658	2.550
Elisabeth Springler	51	459
Jakob Kapeller	797	3.042
Stefan Ederer	367	1.280
Bernhard Schütz	320	
Miriam Rehm	189	681
Philipp Heimberger	436	1.457
Rafael Wildauer	130	650

Anmerkungen: Scopus-Zahlen für ältere Publikationen sehr unvollständig. Google-Zahlen nur für Personen, die ein registriertes Konto mit Google Scholar haben. Bei nicht registrierten Personen (z. B. Kurz, Rothschild) bestehen Probleme mit Namensähnlichkeit.

# Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen  
[www.kurswechsel.at](http://www.kurswechsel.at)

## HEFT 1

### Was wurde eigentlich aus ... der Zukunft?

Thesen, Themen und Zukunftsprognosen aus  
40 Jahren Kurswechsel im Aktualitätstest.

## HEFT 2

### (Gesellschafts-)kritische Ökonomie in Österreich

Kritisch denken und forschen über Wirtschaft und  
Gesellschaft – was bisher geschah und was dem  
neoliberalen Umbau der Wissenschaft standhält.

## HEFT 3

### Kriegs- und Friedenswirtschaft (und -politik)

Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete und Auf-  
und Ausbau der Rüstungsindustrie sind heute  
gleichzeitig Thema der Europäischen Politik. Welt-  
weit wird so viel für das Militär ausgegeben wie nie  
zuvor. Stehen wir vor einer neuen Verteidigungs-  
bzw. Kriegswirtschaft oder gibt es Alternativen?

## HEFT 4

### Boden zwischen Markt und Politik

Wohnen, Anbauen, Baden, Produzieren, Wildleben,  
Spekulieren – wer darf wieviel Grund und Boden  
wofür nutzen, und gegen welche Gegenleistung?  
Bodenpolitik rückt zusehends ins Rampenlicht  
und wirft weitreichende Planungsfragen auf.

2025

*Kritik im Abo*

Einzelheft: € 12,—  
Normalabonnement: € 34,—  
StudentInnenabonnement: € 18,—  
Auslandsabonnement: € 42,—  
Bestellung an: Sonderzahl Verlag  
Tel.: (+43-1) 586 80 70  
E-Mail: [verlag@sonderzahl.at](mailto:verlag@sonderzahl.at)  
[www.sonderzahl.at](http://www.sonderzahl.at)





# A Kaleckian approach to financialization and distribution: Austria and Finland in comparison

*Cara Dabrowski, Sonia Kuhls\**

## ABSTRACT

In this paper, we examine if and to what extent the Kaleckian theory of markup pricing can explain changes in functional income distribution in an environment of financialization. Following this approach, we expect financialization to influence the aggregate wage share through three channels: (1) sectoral recomposition, (2) financial overhead costs and rentiers' profit claims, and (3) bargaining power of trade unions and workers. We empirically analyse the long-term trends for each of the channels before and after the Global Financial Crisis and the Great Recession for Austria and Finland. Overall, we find evidence for all three redistribution channels contributing to the changes in functional income distribution. However, the explanatory power of the individual channels differs strongly due to the heterogeneity of the countries.

## KEYWORDS

Finance-dominated capitalism, financialization, distribution, financial and economic crisis, Kaleckian theory of distribution

## JEL CODES

D31, D33, D43

## DOI

10.59288/wug511.273

---

\* **Cara Dabrowski:** Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw).  
Kontakt: dabrowski@wiiw.ac.at  
**Sonia Kuhls:** Georg-August-Universität Göttingen.  
Kontakt: sonia.kuhls@uni-goettingen.de

## 1. Introduction

Ample empirical evidence captures a decline in wage shares across OECD countries since the 1980s, implying a more unequal functional income distribution in favour of profits (e.g. Stockhammer 2017; Hein et al. 2018; Kohler et al. 2019; Guschanski/Onaran 2024). To explain the increasingly unequal functional income distribution, defined as the shares of total income that accrue to different social classes such as workers, managers, rentiers, and capitalists, post-Keynesian and Marxist scholars alike point to neoliberal economic policies which have been implemented since the late 1970s. Financial liberalization and deregulation in particular gave rise to an era of finance-dominated capitalism (Lapavitsas 2009; Kohler et al. 2019; Akçay et al. 2022).<sup>1</sup> Therefore, a growing body of heterodox scholarship interrogates the relationship between income distribution and financialization, which describes “the increasing role of financial motives, financial markets, financial actors and financial institutions in the operation of the domestic and international economies” (Epstein 2005, 3).

A Kaleckian approach allows us to distinguish between three channels through which financialization impacts income shares (Hein 2015). First, the rising predominance of the financial sector compared to the non-financial sector and/or a decline in government involvement shift the sectoral composition of the economy, which decreases the economy-wide wage share. Second, enlarged management salaries and shareholder profit claims contribute to higher overhead costs and thus a lower wage share of direct labour. Third, labour market deregulation and a shift in corporate strategies towards shareholder value orientation and short-termism compromise the bargaining power of trade unions, limiting their leeway to bid up real wages. This approach has been utilized by multiple authors conducting comparative country studies as well as panel regression analyses (Hein/Detzer 2015; Dünhaupt 2017; Hein et al. 2017, 2018; Dünhaupt/Hein 2019; Barradas 2019). We build on these papers and seek to contribute to the scholarship on financialization and income inequality by examining countries that have not received in-depth coverage from these previous studies. Furthermore, we extend the analysis by placing greater emphasis on how the effects of financialization are mediated by the countries’ distinct welfare states.

The relationship between the growing dominance of financial markets and functional income distribution is not uniform across all OECD countries, with notable differences for instance regarding how they responded to the Global Financial Crisis (GFC) of 2007–09 (Hein et al. 2017, 2018). These divergent patterns arise due to different

---

1 As such, neoliberalism and financialization are intertwined phenomena, with some even considering financialization a historically specific form of neoliberalism, termed financial neoliberalism (Palley 2013). We will adopt this broad understanding but intentionally avoid an in-depth theoretical discussion. Where necessary, we will clarify whether we are referring to neoliberalism in its general form as a political and economic philosophy or to its specific manifestation as finance-dominated capitalism.

domestic policy regimes that respond to and mediate the effects of financialization and globalization. We selected the two countries for our analysis in accordance with the welfare state regimes by Hay/Wincott (2012), who refine the traditional classification of Esping-Andersen (1990) and compare a Continental European/corporative welfare regime (Austria) with a Scandinavian one (Finland). The comparison between Austria and Finland promises to be particularly enlightening because, despite their different welfare models, both exhibited export-led mercantilist growth regimes before the GFC. Hein et al. (2021) argue that both types of countries countered globalization with the so-called compensation thesis, in which social expenditure was reduced to a lesser extent than in other regimes to compensate domestic losers of globalization. Interestingly, the countries shifted to different growth regimes after the GFC: Austria became weakly export-led while Finland became a domestic demand-led growth regime (Hein et al 2021).

The comparative case study is guided by the overarching research question: *How does the relationship between financialization and functional income distribution differ between Austria and Finland in the period 1995–2019?* We draw on post-Keynesian theory to hypothesize that each of the three Kaleckian channels holds explanatory value for these countries' financialization-distribution nexuses. Nevertheless, in line with previous empirical investigations, we expect the relative importance of these channels to differ between the countries, particularly before and after the GFC. Our study will investigate the research question using descriptive empirical methods and data from various sources, leaving causal inference to future research.

The remainder of the paper is structured as follows. In section 2, we delineate Kaleckian markup pricing theory and derive three channels that relate financialization to functional income distribution. After discussing the empirical findings of previous studies as well as the institutional and political-economic context of Austria and Finland in section 3, section 4 presents our data and methodology and contrasts the development of the three Kaleckian channels for the two countries in a comparative case study. Section 5 comprises a discussion of these results in light of existing theoretical and empirical work and answers the research question. Finally, section 6 concludes the paper.

## **2. Theoretical concepts on financialization and income distribution**

Post-Keynesian scholars have established theoretical links between financialization and functional income distribution between workers and capitalists through Kaleckian markup pricing theory. According to this approach, which was first developed by Kalecki (1954, chapters 1 & 2, 1971, chapters 5 & 6), income shares are determined by

the active markup pricing of firms with a certain degree of price-setting power under conditions of oligopolistic or monopolistic competition.<sup>2</sup> Specifically, the markup is applied to marginal costs, which are assumed to be constant until full-capacity output. In other words, firms mark up constant average variable costs, where unit variable costs are constituted by direct labour costs and material costs. The markup serves two purposes: first, to settle overhead costs, including salaries of overhead labour (e.g. management) and depreciation of fixed capital; and second, to cover firms' gross profits, including interest and dividend payments as well as retained profits (Hein 2015, 920–921).

According to Hein (2015, 922–923), functional income distribution is determined by this price-setting behaviour in the following way. The pricing equation of a vertically integrated domestic industrial or service sector  $j$ , which imports raw materials and semi-finished goods and employs capital and labour, can be formulated as:

$$p_j = (1 + m_j)(wa_j + p_f e \mu_j), \quad m > 0 \quad (1)$$

where  $p_j$  is the output price in sector  $j$ ,  $m_j$  denominates its markup,  $w$  the nominal wage rate,  $a_j$  the labour-output ratio,  $p_f$  denotes the unit price of imported raw materials or semi-finished products in foreign currency,  $e$  is the exchange rate, and  $\mu_j$  the ratio between imports and output. With the relationship between unit material costs and unit labour costs,  $z_j$  derived as

$$z_j = \frac{p_f e \mu_j}{wa_j}, \quad (2)$$

we can rewrite the pricing equation as:

$$p_j = (1 + m_j)[wa_j(1 + z_j)] \quad (3)$$

Rearranging equation (3) results in the gross profit share  $h_j$  of sector  $j$  in relation to its gross value added:

$$h_j = \frac{(1 + z_j)m_j}{(1 + z_j)m_j + 1} \quad (4)$$

Finally, the economy-wide gross profit share  $h$  amounts to the weighted average of the sectoral profit shares:

$$h = \frac{(1 + z)m}{(1 + z)m + 1} \quad (5)$$

---

2 Prices are cost-determined only in the industrial and service sectors, where fluctuations in demand can be met by adjusting output and hence the rate of capital utilization. In the primary and agricultural sectors, which will be neglected in the following analysis, Kalecki (1954, 11) assumes demand-determination of prices because firms must react to demand fluctuations via price-setting behaviour.

and the related wage share of direct labour ( $1 - h$ ) can be derived as

$$(1 - h) = \frac{1}{(1 + z)m + 1} \quad (6)$$

Therefore, the distribution of income between profits and wages is determined by the markup, the ratio of unit material costs to unit labour costs, and the economy's sectoral composition. Assuming constant technology, i.e.  $\bar{\alpha}$  and  $\bar{\mu}$ , an increasing gross profit share can hence be the result of five macroeconomic changes: a lower nominal wage rate; rising import prices of raw materials or intermediate products denominated in foreign currency; depreciation of the domestic currency; or a shift in sectoral composition towards high-profit-share sectors, resulting in a larger economy-wide profit share by altering the sectors' respective weights. Finally, a redistribution towards profits can be caused by firms applying larger markups.

Kalecki (1954, 17) identifies four factors that influence the “degree of monopoly” and hence the size of the markup. The first two – a positive association with the degree of concentration within the industry or sector and a negative one with the relative importance of price competition – can be condensed into the category “degree of price competition among firms in the goods market” Hein (2015, 923). Third, the markup is negatively related to the power of trade unions, and fourth, it is positively affected by the volume of overhead costs, which tend to squeeze gross profits and prompt firms to increase the markup to meet their gross profit target. The upper part of table 2.1 summarizes the five determinants of the profit share which are relevant in the context of financialization.

Financialization is a multifaceted phenomenon that describes a radical shift towards a finance-dominated accumulation regime starting in the late 1970s (Stockhammer 2008). A vast body of research has identified an array of ensuing structural changes along various dimensions of social and economic life (for an overview, see Epstein 2015; Van Der Zwan 2014); those that are relevant for the price-setting behaviour of firms according to Kaleckian theory are summarized as stylized facts 1 to 7 in the first column of table 1. As mentioned in the introduction, finance-dominated capitalism is a product of neoliberal economic policies, two of whose most prominent dimensions are also explicitly included in the table as stylized facts 8 and 9. The potential effects of these nine characteristics of finance-dominated capitalism and neoliberalism on the gross profit share are indicated by plus and minus signs.

As Hein (2015, 925) points out, two of the five channels establish ambiguous links between the stylized facts of financialization and the profit share. On the one hand, the *degree of price competition in the goods market* declines as a result of mergers and acquisitions leading to higher industrial concentration; on the other hand, it may increase due to the liberalization and globalization of international finance and trade. Similarly, the change in the *prices of imported raw materials and intermediate products*

in relation to wage costs is undetermined: while prices of labour-intensive intermediate products tend to fall as firms relocate to low-wage regions, those of raw materials tend to rise because of increased global demand. Since the expected effects of these two channels are not clear a priori, we will focus on the remaining channels with an unambiguous relation to the profit share.

**Table 1:** Financialization, neoliberalism, and the gross profit share in Kaleckian theory

Stylized facts of financialization (1-7) and neoliberalism (8-9)	Determinants of the gross profit share (including management salaries)				
	Markup				
	1. Degree of price competition in the goods market	2. Bargaining power and activity of trade unions	3. Overhead costs and gross profit targets	4. Price of imported raw materials and semi-finished products	5. Sectoral composition of the domestic economy
1. Increasing shareholder value orientation and short-termism of management		+	+		
2. Rising dividend payments			+		
3. Increasing interest rates or interest payments			+		
4. Increasing top management salaries			+		
5. Increasing relevance of financial to non-financial sector (investment)		+			+
6. Mergers and acquisitions	+				
7. Liberalization and globalization of international finance and trade	-	+		+/-	+/-
8. Deregulation of the labour market		+			
9. Downsizing of government		+			+

Notes: + positive effect on the gross profit share, - negative effect on the gross profit share  
 Source: Hein (2015, 921)

Kaleckian markup pricing theory hence allows us to identify three channels that capture potential medium to long-run effects of financialization on income redistribution towards capitalists. First, firms are able to enlarge their markups because the *bargaining power and activity of trade unions* have been adversely affected by four

developments: a corporate governance strategy of non-financial corporations (NFCs) centred on the maximization of shareholder value and a fixation on short-term profits (Lazonick/O’Sullivan 2002); the rising importance of financial vis-à-vis productive investment favouring the financial sector (Krippner 2005), where unionization is traditionally significantly lower; liberalization and globalization leading to intensified competition with low-wage regions and threats of outsourcing and relocation; and the dominant policy paradigm since the late 1970s – neoliberalism – deregulating labour markets and restricting government intervention, which significantly increased unemployment and eroded the bargaining power of trade unions (Stockhammer 2004, chapter 4; Whalen 2021).

Second, overhead costs and gross profit targets have increased through financialization and therefore exerted a positive influence on markups and the gross profit share. Most importantly, the corporate management strategy to “downsize and distribute” (Lazonick/O’Sullivan 2002) to enhance short-term financial profits requires a larger share of firms’ revenues going towards dividend and interest payments (Dallery 2009). Moreover, scholars have observed a disproportionate rise in (top) management salaries accompanying financialization (Hein 2015), suggesting that firms will charge larger markups to cover these increased overhead costs.

The third channel refers to changes in the *sectoral composition of the economy* reflected in an expanded share of the financial sector in total value added relative to the NFC sector as well as diminished government activity. These two effects impact an economy’s overall profit share positively if the sectoral profit share is assumed to be higher in the financial than in the NFC sector, given that it is by definition zero in the government sector (Dünhaupt 2012).

### 3. Literature review

The post-Keynesian approach presented in the previous section allows us to distinguish between three transmission channels from financialization and neoliberalism towards functional income distribution. Yet, financialization is not a uniform phenomenon – rather, the distinct historical, institutional, and social characteristics of each country decisively shape its financialization trajectory (Becker et al. 2010) and potentially its relationship to income distribution. Therefore, it is of paramount importance to consider country-level specificities. To that end, this section provides the foundation for a comparative country study by, first, reviewing key findings from previous empirical research and, second, delineating the institutional characteristics and political-economic structures of Austria and Finland.

### 3.1 Empirical literature on the postulated nexus

Numerous empirical studies have recorded a general trend of functional income redistribution at the expense of labour and in favour of capital in most advanced capitalist countries since the 1980s, and hence concurrent with neoliberalism and finance-dominated capitalism (e.g. Stockhammer 2017; Hein et al. 2018; Kohler et al. 2019).<sup>3</sup> In this section, we thus survey the empirical literature to determine the driving forces behind this trend. Taking the Kaleckian theory of pricing and functional income distribution as our vantage point, we first compile evidence for the three channels identified by Hein (2015) and then give an overview of the in-depth studies of countries that have employed this approach to date.

Dünhaupt (2012) was the first to present evidence for the channel capturing changes in the sectoral composition of the domestic economy. Specifically, she demonstrated that an increasing share of financial corporations in value added raised the economy-wide gross profit share in the US (1970–2008). The decreased labour share of income in Germany (1980–2008), meanwhile, is largely due to the falling wage share in NFCs themselves, while a small shift towards the financial sector took place only in the 2000s. The relevance of this channel was further confirmed by numerous country-specific studies to which we will return later.

Regarding the second channel, increasing overhead costs and gross profit targets have been researched in much more detail. The first wave of studies by Epstein/Power (2003), Epstein/Jayadev (2005), Dumenil/Levy (2005), and Lin/Tomaskovic-Devey (2013) generally detect a negative relationship between rentiers' financial earnings/firms' financial payments and the wage share. Overall, "these results strongly suggest that neoliberalism and financialisation pay for those owning financial assets" (Epstein/Jayadev 2005, 67). However, Dünhaupt (2012) contends that these studies neglect the dividend payments of NFCs to private households. She therefore splits the profit share into retained earnings and net property income and finds that in Germany, the continuous increase in the rentiers' share since the 1990s primarily results from an increasing share of dividend income. In the US, the rentiers' income share increased in the 1980s – mainly due to net interest income – and remained constant thereafter, while the share of net dividend income became more pronounced. In an econometric study of Germany and the US (1960–2007), Hein/Schoder (2011) examine the role of interest payments specifically. They find a significant and strong effect of net interest payments of NFCs on the profit share, lending evidence to a markup that is elastic to interest payments which influences

---

3 Furthermore, authors have attested to rising personal income distribution inequality due to deepening financialisation in most OECD countries (Dünhaupt 2014; Huber et al. 2022). The data also reveal rising inequality regarding disposable income, i. e. market income net of taxes and social policies, in most of these countries – except for Belgium, France, Greece, Ireland, and Spain (Hein 2015).



the distribution between capital and labour. Hein (2015) surveys the evidence regarding rising top management salaries and concludes that while this development was most striking for top incomes in the US, it has also been observable in some European countries, most importantly Spain and the Netherlands, and to a small degree in Germany and Italy. Similarly, Kohler et al. (2019) reveal robust negative effects of NFCs' financial payments on the wage share. Finally, Guschanski/Onaran (2024) analyse the effect of corporate financialization – proxied by increased dividend and interest payments as well as financial profits – on the labour share using firm-level data for 14 European countries in 1995–2016 and find a negative relation. In another recent study on 15 EU countries from 1999 onwards, Gouzoulis et al. (2024) argue that higher shareholder value orientation (SVO) and increasing non-financial corporate indebtedness, which were both part of the EU integration process, contributed to a diminishment in union bargaining power. Financialized NFCs are constrained by debt repayments and pressures to maximize returns. By undermining workers' representation, costs may be shifted from firms to workers, leading to lower wage shares.

Thus, concerning the third channel, the declining bargaining power and activity of trade unions appear to be an important driver of recent redistributive trends. To begin, international institutions such as the International Monetary Fund (2007) and the European Commission (2007) emphasize skill-biased technological change in determining the wage share, concluding that trade union bargaining power does not significantly affect functional income distribution. Yet, Stockhammer (2009) detects grave econometric problems in these studies and instead finds significant positive effects of union density on the labour income share in non-Ghent countries, while the globalization of trade and financial globalization affect the wage share negatively. Using a panel regression including 43 developing and 28 advanced economies (1970–2007), Stockhammer (2017) hence assessed the role of financialization, welfare state retrenchment, globalization, and technological change for income redistribution. He uncovered that financial globalization, indicated by foreign assets and liabilities as a ratio of GDP, is the primary contributor to the falling wage share, while declines in government consumption and trade openness also have negative effects. The role of technological change is relatively small. Furthermore, Kristal (2010) also suggests that the declining bargaining power of the working class is the most important explanatory factor for falling labour income shares. Since Lin/Tomaskovic-Devey's (2013) proxy for financialization – the ratio of financial receipts (interest, dividends, and capital gains) to business receipts, capturing increasing SVO and short-termism of management – is inversely related to workers' bargaining power, their US study can be interpreted as lending further support to the third Kaleckian channel. Alvarez (2015) extends their approach to France and infers that the rising involvement of NFCs in financial markets is negatively related to the wage share because of increased SVO.

In a similar fashion, Pariboni/Tridico (2019) argue that financialization was part of a strategy by the dominant classes in advanced economies to regain political power and higher national income shares in the 1980s. They estimate a panel regression for 28 OECD countries (1975–2016) and find that the fall in the labour share was indeed triggered by financialization, deepened by structural change and mediated by the corresponding welfare states in the observed countries. Wood (2017) points to a negative relation of household mortgage credit and wage share by conducting a panel regression for the US, the UK, Sweden and Denmark (1979–2012). While the relation is always negative, he notes that the effects are stronger in the two liberal markets, which underlines the importance of institutional setting. In a long-term study (1891–2000) for France and Sweden, Gouzoulis (2021) confirms that higher household mortgage debt decreases the wage share and that bargaining institutions might mediate the extent of the effect. More recently, Cauvel/Pacitti (2022) utilize a bounds-testing approach to estimate the relation between bargaining power and labour shares in the US and attest that the decline in the labour share is driven by workers' declining bargaining power. Furthermore, their analysis points to increasing inequality in the US due to lower bargaining power, structural change, and weak economic performance.

Scholars have applied the Kaleckian framework developed by Hein (2015) to investigate the association between financialization and functional income distribution in specific countries. Methodologically, these comparative studies visualize and qualitatively interpret the development of indicators corresponding to each of the three Kaleckian channels during the period of finance-dominated capitalism. Hein/Detzer (2015) were the first to apply this approach to Germany in 1980–2013, finding that all three channels had played a role in functional income redistribution since the mid-1990s. Hein et al. (2017) compare the financialization-distribution nexus in the US, the UK, and Sweden (1990–2015) before and after the GFC. Broadly speaking, this study demonstrates that the relevance of the three Kaleckian channels varies considerably between countries: the redistributive trends before the crisis were very similar but driven by different channels. As these differences continued in the post-crisis period, functional income distribution has developed differently in the studied countries since then. Hein et al. (2018) apply the approach to the major Eurozone economies of France, Germany, and Spain in the period 1990–2015, arriving at a similar conclusion to the previous publication: before the financial and economic crisis, the wage share decreased in all three countries, with important differences regarding the main drivers. After the crisis, the countries saw distinct developments in their wage shares, which further decreased in Spain, stayed constant in Germany, and increased in France. The most recent study by Dühaupt/Hein (2019) compares three Baltic states, namely Denmark, Estonia, and Latvia (1995–2016), concluding that the financialization-distribution nexus differs between the countries both before and after the financial crisis. Following this tradition of research, we will juxtapose our results with those of previous studies to outline similarities and differences.

Finally, Dünhaupt (2017) applies regression analysis to jointly examine the effects of the Kaleckian channels for a sample of 13 OECD countries (1986–2007). She clusters the indicators into three categories – trade and financial globalization, financialization, and workers’ bargaining power – and the results of the panel error correction model lend support to the existence of all three Kaleckian channels in the sampled countries. Furthermore, Barradas (2019) applies the Kaleckian channels to a panel regression to estimate the effect of financialization and neoliberalism on the labour share for 27 EU countries (1995–2013). The results suggest that the main drivers of falling labour shares for the observed period were falling general government activity and rising SVO.

### **3.2 Literature on the institutional and political economic conditions in Austria and Finland**

Austria’s political-economic and institutional landscape is characterized by a distinctive system of social partnership, a corporatist tradition, and a highly coordinated market economy. Austria has been described as corporatist, conservative, Continental, or male-breadwinner welfare state model, with a strong focus on employment relations and the family nexus (Österle/Heizmann 2019). At the core of Austria’s economic governance is its collective bargaining system, which ensures high wage coordination and broad coverage through legally binding agreements between social partners, particularly unions and employer associations. The Austrian framework avoids decentralization of wage-setting while maintaining some flexibility for firm-level negotiations. This system of industrial relations is rooted in historical developments, where representatives of labour and capital sought to avoid the class conflicts that had characterized earlier political turmoil following World War II. This led to the institutionalization of economic decision-making through a cooperative model involving the Austrian Economic Chambers (WKO) and the Chamber of Labour (AK), ensuring that wage negotiations and industrial policies are closely coordinated (Zuckerstätter 2025). These dynamics have contributed to economic stability by synchronizing wage policies and balancing supply- and demand-side considerations, rather than purely increasing labour costs or unemployment (Traxler/Brandl 2011).

Financialization trends have also influenced Austria’s institutional framework, with state asset management shifting towards greater reliance on financial markets. While Austria has historically maintained strong public-sector involvement in economic affairs, recent decades have seen a transition whereby state-owned enterprises generate increasing revenue from financial activities, aligning more closely with private investment strategies. Similarly, public debt management has been increasingly subjected to financialization pressures, leading to a stronger emphasis on market-oriented debt strategies (Schwan et al. 2021). Since the late 1990s and entry into the European Union, Austria’s welfare state and institutional setting has

been subject to incremental as well as substantial change, such as the pension reform in the early 2000s, labour market deregulation policies, and expansive family policies (Österle/Heizmann 2019).

Despite these shifts, Austria's economic model retains significant institutional continuity, particularly in its approach to collective bargaining and industrial democracy. This framework for industrial relations ensures that employer and employee representatives still play a substantial role in shaping labour policies and wage negotiations (Zuckerstätter 2025). Furthermore, despite shifts in the welfare state system during recent decades, Austria did not break with the social partnership tradition regarding employment relations (Österle/Heizmann 2019).

Finland's political-economic development has been shaped by its late industrialization and gradual integration into the Nordic welfare model. Unlike the other Scandinavian countries, Finland remained predominantly rural until the 1960s and only fully developed its welfare state in the 1970s and 1980s (Jungerstam/Wentjärvi 2019; Kuhnle/Alestalo 2018). Despite this delayed trajectory, Finland eventually became a mature industrial economy and adopted the hallmarks of the Nordic model, including universal public services and social benefits, an emphasis on full employment and gender equality, and high taxation to support welfare provisions. However, some argue that in recent decades, it has moved towards a more liberal Continental welfare state (Jungerstam/Wentjärvi 2019), as privatization trends in pensions, healthcare, and social care have introduced elements of mixed welfare provision.

A defining feature of Finland's political-economic system is its tradition of corporatism and consensual governance, where policy decisions are informed by tripartite negotiations between government, trade unions, and employer organizations. The foundation for this system was laid after the Winter War (1939–40) when Finland's first major agreement between labour and employers was reached (Kuhnle/Alestalo 2018). The corporatist model has historically ensured strong labour market coordination, contributing to economic stability and social cohesion.

However, as a small open economy, Finland is highly exposed to developments in the global economy and has experienced significant fluctuations in economic growth (Kuhnle/Alestalo 2018). The country's most severe economic and financial crisis occurred in the early 1990s, triggered by financial deregulation, excessive credit expansion, and the collapse of the Soviet Union, its key trading partner (Honkapohja/Koskela 1999; Honkapohja 2009). The crisis had long-lasting effects on both Finland's financial sector and its labour market, which saw significant transformations, particularly in labour market coordination and welfare policies. In its aftermath, Finnish policy objectives shifted from generating and providing welfare to fostering international competitiveness and productivity (Ahlqvist/Moisio 2014; Wuokko 2021). Amongst other things, this shift was reflected in considerable cuts to social services,

schooling, and healthcare (Marjanen et al. 2018). Since the mid-1990s, Finland has thus experienced declining collective bargaining coverage, a decentralization of wage-setting mechanisms, and an erosion of trade union influence (Traxler/Brandl 2011; Christiansen 2018). Labour market reforms have increasingly emphasized activation policies aimed at reducing unemployment through stricter benefit conditions and greater incentives for labour force participation, shifting away from passive income support (Kuhnle/Alestalo 2018). Despite these challenges, Finnish unions remain among the most organized in the world and continue to exert influence on policymaking (Binderkrantz et al. 2015; Christiansen 2018).

Financialization does not impact all economies uniformly. Its negative consequences may be mediated by state intervention, regulation, and welfare expenditure, depending on a country's welfare state regime (Hay/Wincott 2012). Analysing globalization processes, Pariboni/Tridico (2019) identify two contrasting ways in which governments can respond to such overarching developments. The efficiency thesis argues that, due to pressures from globalization, welfare states should be scaled back to maintain high levels of employment and encourage private sector investment. In contrast, the compensation thesis postulates that welfare states should rather be expanded to compensate those who have experienced economic losses and a decline in welfare due to globalization. Indeed, the same distinction can be made with regard to financialization: Hein et al. (2021) contend that export-led economies that are at the same time Continental European/corporative or Scandinavian welfare states have faced financialization through the latter strategy. Thus, one can assume that in Austria and Finland, which correspond to these characteristics, the decline in the wage share that is commonly associated with finance-dominated capitalism was more mediated than in other countries, as these institutional structures shape both the extent to which financialization pressures translate into wage repression and the degree to which social policies can cushion its impact.

## 4. Comparative case study of Austria and Finland

Following a description of our data and methodology, this section is dedicated to a comparative analysis of the redistributive effects observed in two selected OECD countries during financialization, exploring the relevance of each of the three Kaleckian channels.

### 4.1 Data and methodology

Our analysis addresses the Kaleckian theory of distribution as outlined in section 2. Specifically, we assess each of the three channels that moderate the effects of financialization and neoliberalism on functional income distribution. While we hypothesize

that each of the three channels holds explanatory power for understanding trajectories of financialization and distribution, previous empirical investigations suggest that the relative importance of these channels differs markedly between countries. Therefore, we have selected two OECD countries based on their distinctive welfare state regimes (Hay/Wincott 2012): Austria, a Continental European/corporative welfare state, and Finland, a Scandinavian one. Moreover, our analysis examines the redistributive trends before and after the GFC and the Great Recession of 2007–09, which can be considered a crisis of financialization and may hence have presented a potential disruption to the financialization-distribution nexus (Hein 2012, chapter 8). Correspondingly, we have chosen to compare Austria and Finland because, while they follow different welfare models, both exhibited export-led mercantilist growth regimes before the GFC, implying that they countered financialization and globalization by sustaining social expenditure to compensate the domestic losers of these processes (Hein et al. 2021). Interestingly, the countries shifted to different growth regimes after the GFC: Austria became weakly export-led while Finland became a domestic demand-led growth regime. Ultimately, we seek to answer the question: *How does the relationship between financialization and functional income distribution differ between Austria and Finland in the period 1995–2019?*

This paper combines data from the OECD Annual National Accounts, Table 14A; the World Inequality Database (WID); the Eurostat and AMECO databases provided by the European Commission; and the OECD/AIAS database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts (ICTWSS). The analysis covers the years from 1995 to 2019 due to limited data availability in earlier decades. We thus chose to harmonize the time frame for both countries to ensure comparability. Additionally, we excluded data from 2020 onwards because the economic fluctuations caused by the Covid-19 pandemic and the Russian invasion of Ukraine render the identification of medium- to long-term trends impossible. At the time of writing, no new stable macroeconomic regime has emerged from these multiple crises that would justify adding a third time period.

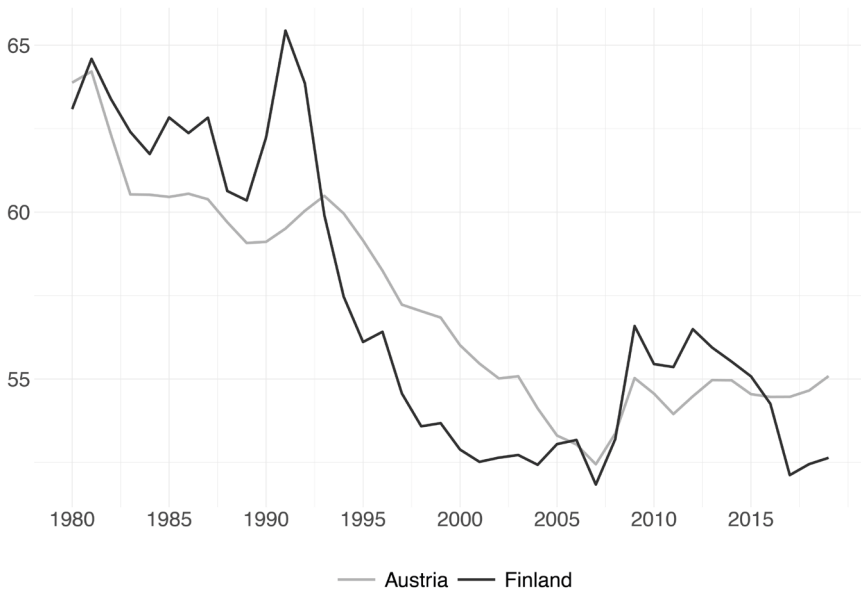
Our choice of indicators is based on the studies surveyed in section 3. For the *sectoral composition* channel, we use sectoral shares in gross value added, which proxy the relative size of the non-financial, financial, and government sectors, and sectoral gross operating surplus as a share of gross value added, which indicates the respective sectors' profit shares. Regarding *financial overhead costs/rentiers' profits claims*, we include income shares in net national income, plotting the compensation of employees against net property income (rentiers' income) and retained earnings, and decompose the components of rentiers' income as a share in net national income. To analyse *trade unions' and workers' bargaining power*, we consider five indicators: unemployment as a percentage of the active population; trade union density; bargaining or union coverage; the household debt to GDP ratio, indicating workers' financial vulnerability; and trade openness, capturing how trade globalization exerts

pressure on workers' income claims. For these indicators, we split the time frame into five-year periods and calculate respective averages. Since our research interest is related to medium- and long-term trends of income distribution, the descriptive comparative analysis abstracts from cyclical variations in the data.

## 4.2 Redistributive trends in 1995–2019

Before investigating the redistributive effects of the Kaleckian channels in the two country studies, we must inspect the redistributive trends before and after the GFC. According to the literature, the period from the late 1970s/early 1980s until the crisis was marked by a redistribution from labour to capital (Hein et al. 2018). This process is illustrated in figure 1, which displays the development of the adjusted wage share for both countries in 1960–2019.

**Figure 1:** Adjusted wage share in Austria and Finland, 1980–2019 (% of GDP)



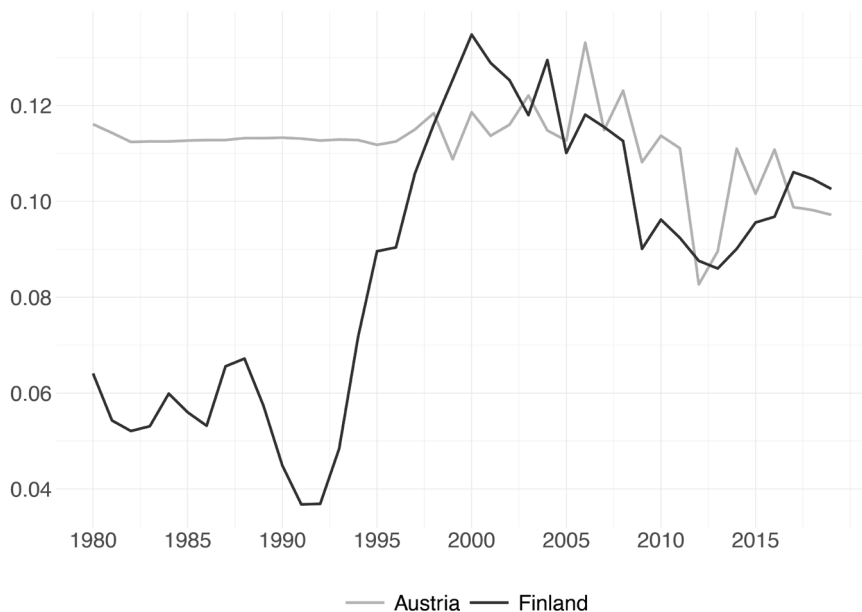
Note: The adjusted wage share is defined as compensation per employee as a share of GDP at factor costs per person employed (Hein et al. 2018, 3)

Source: European Commission (2023a), authors' calculations

Except for some cyclical fluctuations, both countries experienced a falling adjusted wage share in the given period. The decrease was especially pronounced between the early 1980s and the GFC. During the more limited period specified in the research question, 1995–2019, Austria's adjusted wage share followed a U-shape: it declined steadily between 1995 and the GFC, but partially rebounded during the crisis. This

countercyclical pattern of the wage share is a well-documented phenomenon that arises because profits tend to decline more sharply than wages during economic downturns, given that the latter are relatively rigid due to contractual agreements and institutional factors (Hein 2014). After the crisis, the wage share remained roughly constant at 55%, such that we can cautiously speak of a partial reversal of the previous decline. A comparable downward trend from 1995 until the crisis can be observed for Finland. However, after a similar recovery during the GFC, which temporarily re-established its 1995 level, the Finnish adjusted wage share fell back to its pre-crisis level of roughly 53%. Therefore, with regard to the medium- to long-term trend, the Finnish wage share corresponds to the shape of a negative logarithmic function. In contrast to the situation in Austria, the crisis-induced gains could not be sustained.

**Figure 2:** Top 1% of income share in Austria and Finland, 1980–2019 (share of pre-tax income)



Note: Top income shares relate to the tax units  
Source: WID (2025), authors' calculations

As explained in section 2, post-Keynesian theory stipulates that overhead labour costs (i.e. management salaries) are covered by markups and should thus be considered part of the profit share. However, national accounts record management salaries as part of employee compensation, such that they are incorporated into the calculation of the wage share. As a result, researchers have pointed out that the share of direct labour – excluding top management salaries – has declined even more dramatically than can be observed through conventional measures such as the adjusted wage share (e.g. Hein/Detzer 2015).



To remedy this, figure 2 visualizes the income share of the top 1% of income earners, which proxies managerial salaries, in both economies. Except for a slight decline during the years of the GFC, top earners' income share appears to be relatively stable in Austria; if anything, it has decreased over the observed period. In Finland, the share of top 1% of income earners increased sharply during its 1990s crisis, peaked in 2000 and subsequently started to decline. From then on, the share followed a U-shape that reached its trough at the end of the GFC. Looking at the specified time frame, the share has now approximately returned to its 1995 level. This development confirms that the adjusted wage share should be interpreted as an upper bound on the actual level of the wage share: corrected for these managerial salaries, the Finnish wage share would have decreased even further in the periods 1995–2000 and 2013–2017. The share of direct labour in Austria, too, is lower than indicated by the adjusted wage share; but the latter's development is not strongly influenced by changing management salaries. Overall, it is important to bear in mind that the data we use structurally overestimate the wage share.

### 4.3 Austria

In the following, we discuss the influence of financialization operating through the three channels according to Kaleckian theory in Austria. We first consider the pre-2008/09 dynamics and then address the developments after the crisis.

#### **Austria before the crisis**

As outlined above, Austria experienced a fall in the adjusted wage share before the GFC, indicating a more unequal functional income distribution. However, we do not find evidence that the sectoral composition changed in favour of the financial sector or at the detriment of the government sector, as both shares in value added remained roughly constant (figure 3). Instead, the share of the non-financial sector exhibits an increasing trend while the share of the household sector declined in the years before the crisis. Contrary to what is assumed in the literature, the financial sector's profit share – proxied by its share of gross operating surplus in gross value added – was *lower* than that of the non-financial sector (figure 4). The non-financial sector's profit share can be described as an inverted U-shape over the entire time period, with its peak at the start of the GFC. Therefore, NFCs' profit share increased steadily in the years before the crisis while that of financial corporations did not follow a clear trend. Considering these developments together, *ceteris paribus*, the change in sector composition decreased the aggregated wage share and increased the aggregated profit share, if – following Hein et al. (2018) – we assume that the adjusted wage share was higher in the household sector than in the corporate sector. However, neither the financial nor the government sector was part of this redistribution.

With regard to the second channel, the financial overhead costs/rentiers' profit claims channel, we consider two indicators. Starting with the income shares in net national income, we observe a slight decrease in the compensation of employees and an increase in both the net property income share and the share of retained earnings in the years before the crisis (figure 5). Thus, the decreasing wage share occurred partly in favour of rentiers' profit claims. When decomposing the rentiers' income share, it becomes clear that the increase was exclusively driven by the rise in dividend income: while the share of net interest and property income was roughly constant in the years before the crisis, the share of dividends increased steeply during the early 2000s (figure 6). This indicates a rise in the power of finance and shareholders in Austria during this period, providing evidence for the second channel.

We find some evidence for the third channel, the depression of trade unions' and workers' bargaining power (table 2). On the one hand, the unemployment rate in Austria was quite low in the years before the crisis while the bargaining coverage rate was very high throughout the whole period. On the other hand, union density decreased in the pre-crisis period while the household debt to GDP ratio increased by almost ten percentage points. Furthermore, trade openness increased sharply.

**Table 2:** Selected indicators for bargaining power, Austria, 1995–2019

	1995–99	2000–04	2005–09	2010–14	2015–19
Unemployment rate (%)	4.6	4.5	5.4	5.4	5.7
Union density rate (%)	39.3	35.7	30.9	28.1	26.7
Bargaining coverage rate (%)	98.0	98.0	98.0	98.0	98.0
Household debt (% of GDP)	42.9	46.1	52.3	52.4	50.3
Trade openness (% of GDP)	73.7	87.4	96.4	103.4	104.8

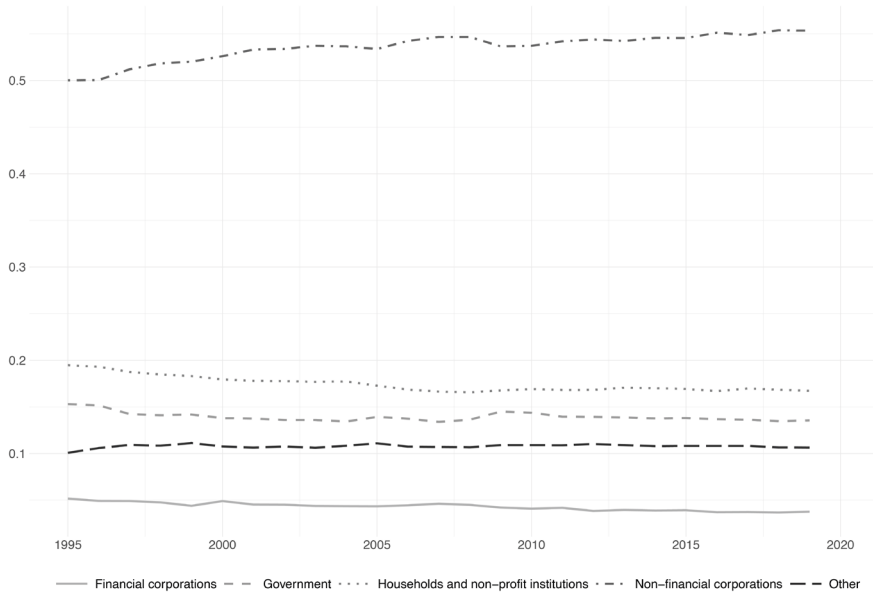
Notes: Unemployment as a percentage of active population; bargaining (or union) coverage rate: proportion of employees who are covered by (collective) wage agreements (adjusted for sectors without bargaining rights); union density rate: proportion of employees who are members of a trade union among all employees; trade openness: imports and exports as a share of GDP

Source: OECD (2023), OECD and AIAS (2021), and European Commission (2023b), authors' calculations

### **Austria in the course of and after the crisis**

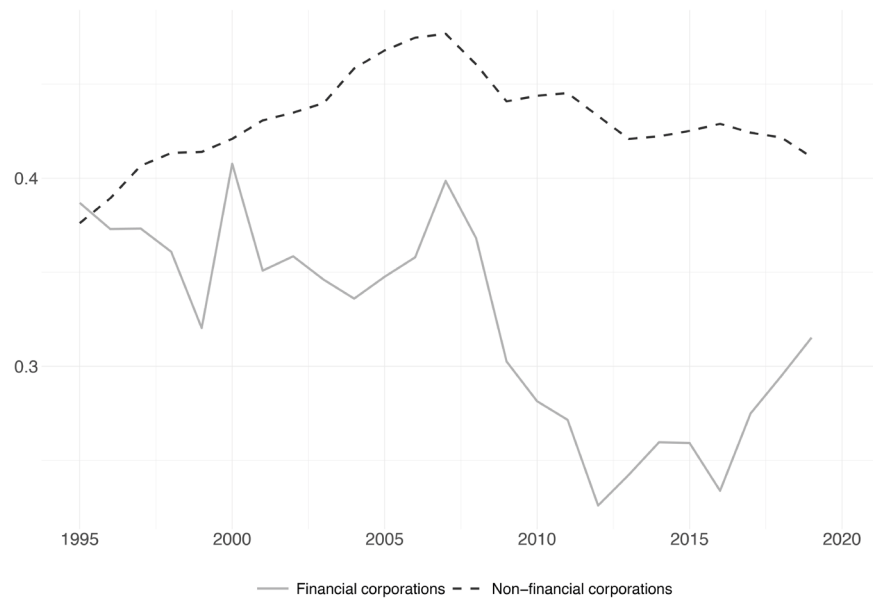
In the course of the crisis, the Austrian adjusted wage share experienced an upward trend but remained roughly constant afterward. With regard to sectoral composition, the share of the government increased slightly in the course of the crisis but remained roughly constant afterwards. The share of NFCs decreased during the crisis but recovered quickly and the financial sector experienced a minimal decrease during the crisis but has remained rather constant ever since (figure 3). Additionally, the profit share in the financial sector remained below that of the non-financial sector (figure 4). However, while the profit share of the non-financial sector declined steadily from 2007 onwards, the financial sector's profit share followed a U-shaped

**Figure 3: Sectoral shares in nominal gross value added, Austria, 1995–2019**



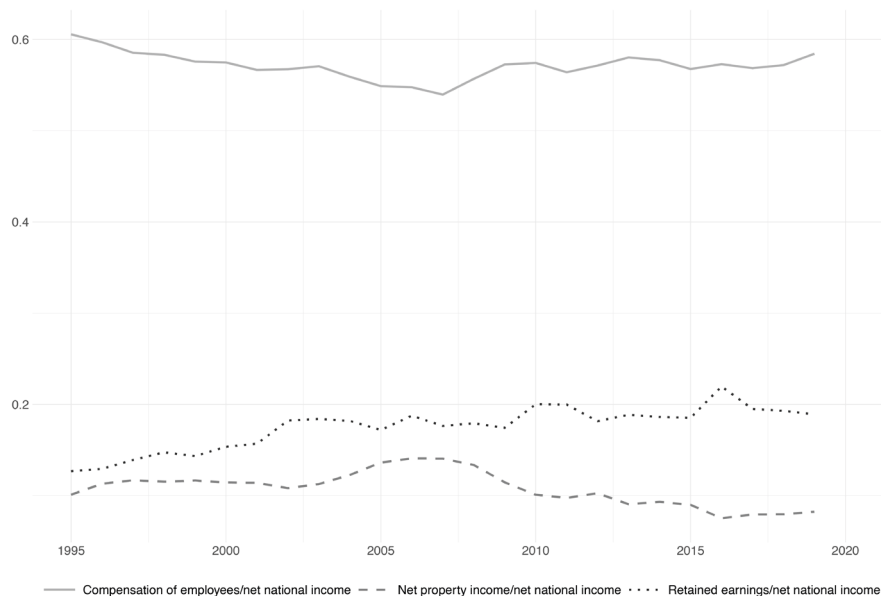
Source: OECD (2023), authors' calculations

**Figure 4: Sector gross operating surplus as a share of sector gross value added, Austria, 1995–2019**



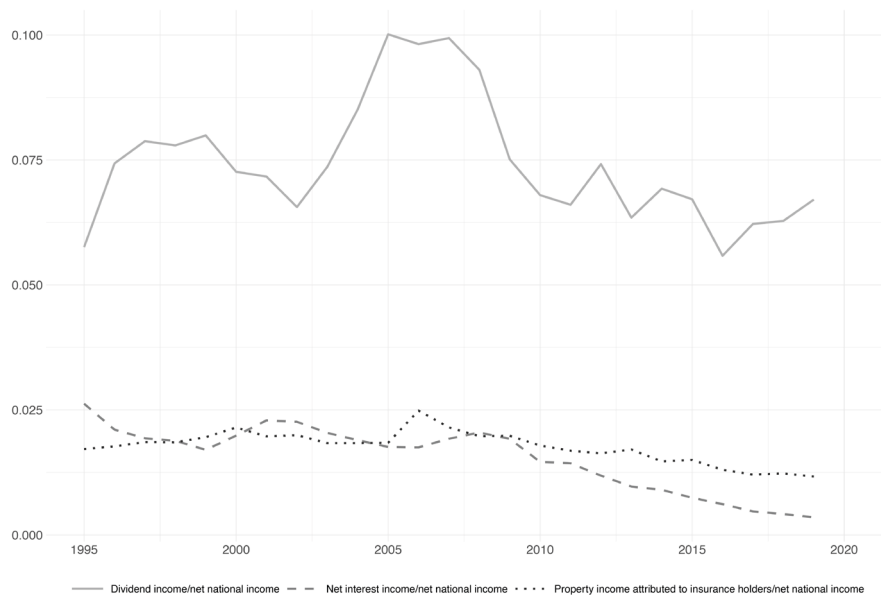
Source: OECD (2023), authors' calculations

**Figure 5: Income shares in net national income, Austria, 1995–2019**



Source: OECD (2023), authors' calculations

**Figure 6: Components of rentiers' income as a share in net national income, Austria, 1995–2019**



Source: OECD (2023), authors' calculations

pattern, beginning to rise after the recovery from the GFC. In the years immediately following the crisis, therefore, the gap between the two shares widened significantly, but it subsequently narrowed once more. As a result, this channel contributed to the slight increase in the wage share during the crisis but lost relevance thereafter.

The pressure from the overhead costs channel seems to have decreased during the crisis, as compensation of employees rose while net property income decreased (figure 5). Moreover, dividend income and net interest income both decreased strongly during and after the crisis (figure 6). These dynamics may have contributed to the slight increase in the Austrian wage share.

Workers' bargaining power shows a declining tendency in the post-crisis period (table 2): unemployment, the bargaining coverage rate, and the household debt to GDP ratio remained largely constant while union density decreased slightly and trade openness increased further.

## 4.4 Finland

As noted above, the Finnish economy experienced a fall in the adjusted wage share before the crisis. It then increased during the GFC but decreased from 2012 onwards.

### **Finland before the crisis**

The distributional effects of the sectoral composition channel are reflected in figure 7 and figure 8. The non-financial corporate share in value added increased until the early 2000s and remained roughly constant until the GFC. In parallel, financial corporations' share decreased slightly in the late 1990s and remained roughly constant until the crisis. The government sector behaved contrary to the non-financial corporate sector, as its share in gross value added decreased between 1995 and 2009. The household and non-profit sector remained largely constant throughout this period. Except for one significant decrease in the early 2000s, the profit share of the financial sector exceeded that of the non-financial sector in the pre-crisis period. Therefore, we find partial evidence for the sectoral composition channel starting in the mid-1990s: *ceteris paribus*, the sectoral recomposition led to a decrease in the wage share because the NFC sector increased at the expense of the government sector while the former's profit share increased steadily. However, the depression of the wage share was not driven by the change in the relative size of the financial sector.

Considering the financial overhead costs/rentiers' profit claims channel for Finland, we find only a very slight increase in net property income as a share of national income until the early 2000s, remaining roughly constant thereafter (figure 9). The compensation of employees decreased in the early 1990s and did not recover until the crisis, while the opposite is the case with regard to retained earnings as a share

of national income, which increased until the early 2000s. The decomposed shares of rentiers' income are very volatile: the shares of dividends and property income experienced a positive trend overall, while that of net interest income declined before the crisis (figure 10). In conjunction, these findings indicate that the depression of the wage share was not strongly driven by increasing rentiers' profit claims.

Our findings regarding trade unions' and workers' bargaining power are ambiguous (table 3). The unemployment rate was relatively high during and after the Finnish financial crisis (1995–1999) but decreased in the subsequent periods. Simultaneously, the proportion of employees who were members of a trade union decreased in the given period while bargaining coverage increased. Both the household debt to GDP ratio and trade openness increased significantly in the periods before the crisis.

**Table 3:** Selected indicators for bargaining power, Finland, 1995–2019

	1995–99	2000–04	2005–09	2010–14	2015–2019
Unemployment rate (%)	13	9.3	7.6	8.3	8.3
Union density rate (%)	78.2	74.9	71.6	69.1	63.0
Bargaining coverage rate (%)	83.0	89.1	87.6	91.9	88.8
Household debt (% of GDP)	32.1	35.0	50.2	60.6	64.6
Trade openness (% of GDP)	66.2	70.7	79.5	76.9	75.0

Notes: Unemployment as a percentage of active population; bargaining (or union) coverage rate: proportion of employees who are covered by (collective) wage agreements (adjusted for sectors without bargaining rights); union density rate: proportion of employees who are members of a trade union among all employees; trade openness: imports and exports as a share of GDP

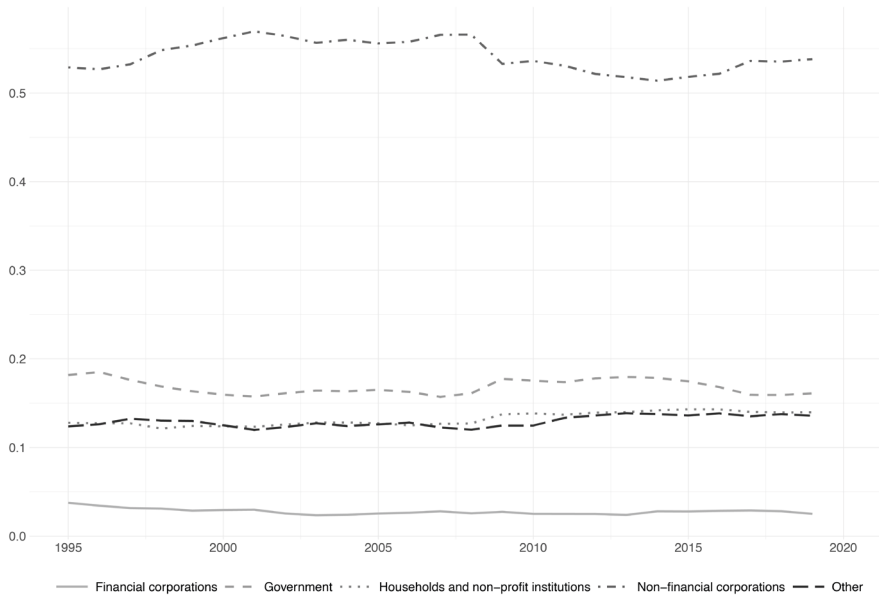
Source: OECD (2023), OECD and AIAS (2021), and European Commission (2023b), authors' calculations

### **Finland in the course of and after the crisis**

While the sectoral shares of financial corporations and households remained rather constant during and after the crisis, the share of non-financial corporations decreased during the crisis and remained at a lower level afterwards (figure 7). The share of the government sector increased slightly but stayed roughly constant in the following years. Simultaneously, financial corporations' profit share decreased sharply in the course of the crisis but started rising in 2013, resuming pre-crisis levels right before the Covid-19 pandemic (figure 8). Furthermore, for most years, the profit share in the financial sector was higher than in the non-financial sector. Hence, the increase in the government sector and the fall of the profit share in the financial sector have presumably increased the economy-wide wage share.

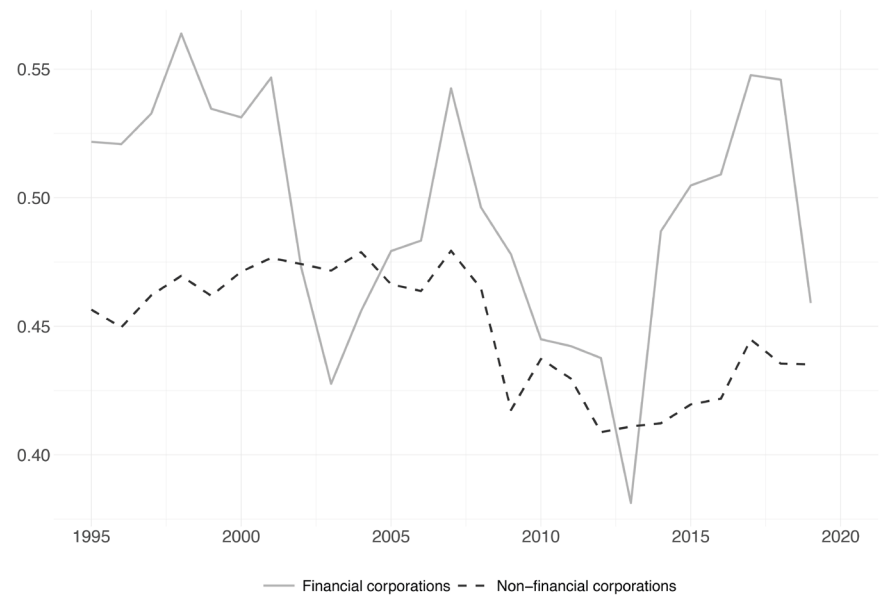
We find no evidence for the financial overhead costs channel. While the compensation of employees increased during the crisis, mirrored by a decrease in retained earnings, the share of net property income remained roughly constant (figure 9). Dividend income started increasing in the mid-2010s and while net interest income rose

**Figure 7: Sectoral shares in nominal gross value added, Finland, 1995–2019**



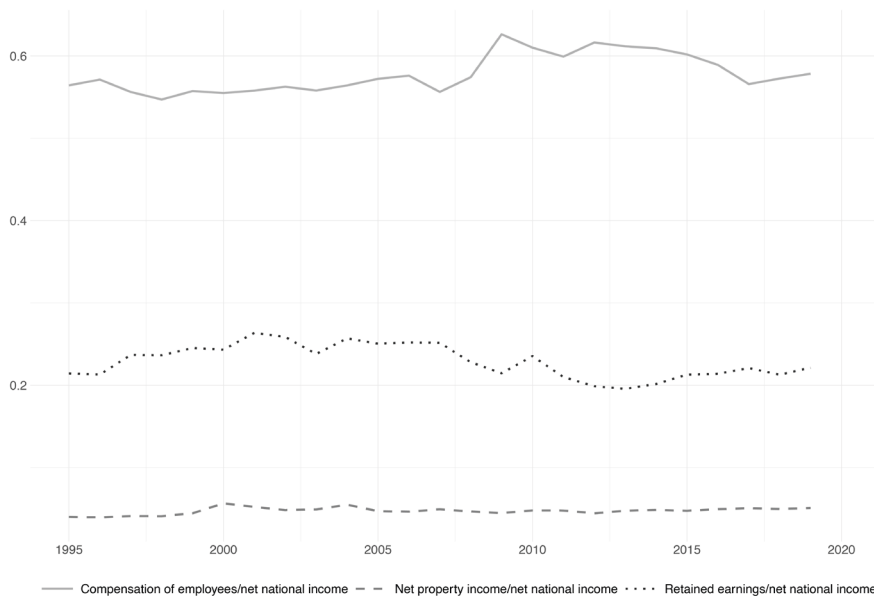
Source: OECD (2023), authors' calculations

**Figure 8: Sector gross operating surplus as a share of sector gross value added, Finland, 1995–2019**



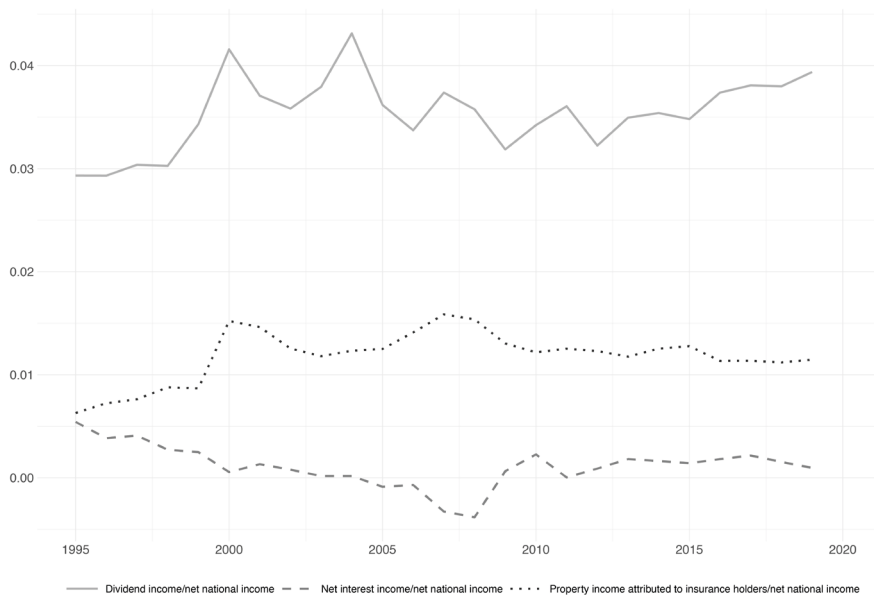
Source: OECD (2023), authors' calculations

**Figure 9: Income shares in net national income, Finland, 1995–2019**



Source: OECD (2023), authors' calculations

**Figure 10: Components of rentiers' income as a share in net national income, Finland, 1995–2019**



Source: OECD (2023), authors' calculations



during the crisis, property income fell (figure 10). However, those dynamics should be interpreted with caution because of the high volatility of the shares.

Overall, the indicators of workers' bargaining power are ambiguous in the course of and after the crisis (table 3): the household debt to GDP ratio increased while union density decreased. However, the largely constant unemployment and bargaining coverage rates show no sign of weakening bargaining power, and trade openness was moderated in the years after the crisis.

## 5. Discussion of results:

### Re-examining the three Kaleckian channels

Table 4 summarizes the results of our empirical analysis, showing the redistributive trends and the role of each Kaleckian channel in Austria and Finland. Regarding changes in sectoral composition, we use a + to denote a larger financial sector as well as a smaller government sector, since both increase the aggregate profit share.

**Table 4:** Distributional trends and effects of financialization on these trends before and after the GFC

			Austria	Finland
Distributional trends	Adjusted wage share	Before	–	–
		After	0	0/–
Channels for the effects of financialization	Sectoral composition	Before	0	+
		After	0	–
	Financial overheads	Before	+	0
		After	–	0
	Bargaining power	Before	–	~
		After	–	~

Notes: + tendency to increase, – tendency to decrease, 0 no tendency, ~ ambiguous tendencies of different indicators, –/+ or 0/– or 0/+ changing tendencies over the given period, before: 1995 until the crisis of 2007–09, after: after the crisis of 2007–09

Source: Adapted from Hein et al. (2018)

In the Austrian case, we find evidence for two of the three Kaleckian channels in the pre-crisis period, namely increasing overhead costs and workers' decreasing bargaining power. The initially high levels of bargaining coverage are in line with a strong tradition of social partnership in Austria (Famira-Mühlberger/Leoni 2013; Österle/Heizmann 2019; Zuckerstätter 2025). These results are comparable to those in another Continental European/corporative welfare state: Germany, where the

pre-crisis decline in the wage share can also be attributed to increasing financial overhead costs, primarily due to rising dividend payments by the non-financial sector (Dünhaupt 2012; Kohler et al. 2019), and weakened trade unions (Hein/De-tzer 2015; Hein et al. 2018). The adjusted wage share in Austria increased during the crisis, but remained largely constant in the post-crisis period, which is another parallel to the German case (Hein et al. 2018). This can be explained by the decreasing pressure through the financial overhead costs channel, whereas workers' bargaining power continued to decline slightly. Overall, the post-crisis reversal of financial overhead costs was thus not large significant enough to lead to an increase in the wage share.

In pre-crisis Finland, the decline in the adjusted wage share was mainly driven by sectoral recomposition; it is the result of a retreating government sector in combination with an increasing profit share in the non-financial corporate sector. Essentially, the policy response to the Finnish financial crisis and the ensuing economic depression of the 1990s entailed the introduction of neoliberal policies, such as cuts to social spending, despite Finland's Scandinavian welfare regime (Ahlqvist/Moisio 2014; Kuhnle/Alestalo 2018; Marjanen et al. 2018; Wuokko 2021). For the other two channels, the evidence remains inconclusive. Especially regarding workers' bargaining power, it is noteworthy that the deregulation of the Finnish labour market was counterbalanced by its strong institutional legacy of wage coordination and corporatism. Regarding the years after the GFC, we similarly only find evidence of a sectoral recomposition. The government sector increased at the expense of the non-financial sector, but this positive effect on the wage share was offset by increasing profit shares in both corporate sectors, explaining the slight decrease in the wage share in the late 2010s. This exceptional relevance of the sectoral recomposition channel is mirrored by the developments in another Baltic state: Estonia (Dünhaupt/Hein 2019). However, the decline in the Estonian adjusted wage share was further promoted by the two other channels, while in the Finnish case it can solely be explained through the first channel. Interestingly, our findings do not resemble those for Sweden, which corresponds to the Scandinavian welfare model and exhibited an export-led mercantilist growth regime before the GFC, just like Finland (Hein et al. 2017): the pre-crisis fall in the Swedish adjusted wage share is fully explained by the bargaining power channel, which was not particularly influential in Finland.

Overall, we find evidence for all three channels through which financialization and neoliberalism influence functional income distribution. Despite a strikingly similar trajectory of Austria's and Finland's adjusted wage shares – except the recovery period after the GFC – the degree to which the Kaleckian channels help explain the observed patterns in income redistribution differs strongly between the two countries, which supports the conclusion of previous case studies (Hein et al. 2017, 2018; Dünhaupt/Hein 2019). The sectoral composition channel shows no tendency in Austria, which may be explained by the fact that a substantial part of sectoral recomposition

occurred in the initial phase of financialization in the 1980s. In Finland, the change in sectoral composition contributed decisively to the falling wage share before the crisis, whereas the effect was offset by other channels in the post-crisis period. The recomposition of the Finnish economy was primarily driven by a retreating government sector, decreasing its relative size while increasing the NFC sector's relative size, while that of the financial corporate sector stayed relatively constant. This suggests that neoliberal austerity measures were the primary drivers of change in Finland. Financial overhead costs and rentiers' profit claims, on the other hand, played an important role in Austria throughout the entire time frame. The bargaining power and activities of trade unions, whenever the indicators show a clear tendency, have the expected relationship with the trajectory of the wage share in Austria. In this case, Austria's institutional inertia (Österle/Heizmann 2019) has acted as a stabilizing force by mitigating the decline in bargaining power and, consequently, cushioning the impact of financialization on the wage share.

Concerning the temporal dimension, in most of the instances when we find clear evidence for one of the channels, the tendency changed after the crisis of 2007–09. This indicates a disruption in the financialization-distribution nexus, presumably because of policy responses reversing some of the previous trends in the recovery period. Nevertheless, the changes did not exhibit a uniform pattern between the two countries – similar to the conclusions regarding the predominance of the channels, the dynamics after the crisis were country-specific. In Austria, policymakers addressed the crisis by reinvigorating the country's tradition of social partnership, seeking to secure employment and cushion the effects of unemployment (Famira-Mühlberger/Leoni 2013). Not exhibiting a stabilizing trend such as that in Austria, the Finnish wage share returned to its pre-crisis low ten years later; this may be due to the crisis response foreshadowing the liberal structural reforms and austerity measures implemented by the right-wing coalition government which was elected in 2015 (Harjunemi/Ampuja 2018). Finland's economic recovery was exceptionally slow compared to other Nordic states, amongst other factors because of a productivity crisis unfolding in its information and communications technology cluster as well as for demographic reasons, and the decline in competitiveness resulted in the country becoming a net borrower in 2011 (Vaitinen/Vanne 2020).

Welfare regimes in the tradition of comparative political economy capture countries' diverse responses to the ramifications of financialization and globalization (Pariboni/Tridico 2019; Hein et al. 2021). According to Hein et al. (2021), most Continental European/corporative as well as Scandinavian welfare states followed export-led mercantilist or weakly export-led growth regimes before the GFC. Countries of this type, and Austria and Finland in particular, are characterized by a relatively high degree of welfare provision throughout the whole period to compensate the losers of globalization and financialization (Pariboni/Tridico 2019). The shift of income from wages to profits weakened domestic demand but boosted external competitiveness, which

resulted in current account surpluses. In these countries, financialization was relatively less pronounced. Crucially, the authors posit that while the GFC constituted a break for financialization and globalization dynamics, most Continental European/corporative and Scandinavian welfare states preserved their demand-led growth regimes throughout the GFC and in its aftermath. However, this is only partially reflected by our findings. Finland's exceptional switch to a domestic demand-led growth regime was accompanied by the increasing importance of the government sector (Hein et al 2021). In this case, the shift can be traced back to the government running deficits to support the economic recovery (Official Statistics of Finland 2023). Like other countries of the Continental European/corporative welfare regime, Austria only slightly shifted to a weakly export-led regime. The strategy of external competitiveness in Austria continued even after the GFC, although with less force than before the crisis. This dynamic is in line with our findings regarding a further deterioration in workers' bargaining power after the crisis.

Summarizing our findings, we have shown that the relationship between financialization, operationalized through the three Kaleckian channels, and functional income distribution differs greatly across the two countries; nonetheless, the overall tendency has been negative. In neither of the countries, irrespective of their welfare regime, were workers able to protect their wage share before the crisis. Despite successfully averting a further deterioration of the wage share below pre-crisis levels in the years after the GFC, Finnish workers could not reverse the previous decline. Only in Austria were the crisis-induced gains in the wage share stabilized; however, this was insufficient to compensate for the prior decline. This divergence suggests that welfare state regimes alone do not fully explain differences in how financialization impacts wage shares. While Finland's more progressive welfare model might have been expected to offer greater protection, rising corporate profit shares ultimately outweighed its cushioning effects. Austria's comparatively stable wage share, despite financialization pressures, points to the role of institutional inertia in slowing down structural changes that could have otherwise intensified wage repression.

The fact that we find evidence for the Kaleckian explanation of the ubiquitous shifts in functional income distribution in favour of profits cannot be interpreted as counterevidence for alternative explanatory approaches. However, our study reinforces the literature that challenges skill-biased technological change and market concentration as primary drivers of declining wage shares (e.g. Stockhammer 2009, 2017; Kristal 2010; Guschanski/Onaran 2024). By situating our findings within this broader debate, we contribute to a growing consensus that finance-dominated capitalism and neoliberal economic policies play a decisive role in shaping contemporary income distribution trends.

## 6. Conclusions

In light of persistent functional income inequality since the 1980s, we examined the relationship between functional income distribution and financialization through a post-Keynesian lens. After deriving three channels of influence from Kaleckian markup pricing theory, we conducted an empirical investigation into Austria and Finland between 1995 and 2019 to analyse the long-term trends in their financialization-distribution nexuses. Before the GFC, the overall trajectory of the adjusted wage share was negative; however, this pre-crisis redistribution was driven by different channels in the two countries. These dynamics were disrupted by the GFC and changed in the aftermath but did not develop uniformly, as different channels continued to be relevant in each country. Therefore, we conclude that there is partial evidence for each of the Kaleckian channels, but that none of them has distinctive explanatory power; their importance and direction depend on the specific country and the time period.

Despite both being candidate countries for the compensation thesis, Austria and Finland responded to financialization and the GFC in different ways. Paradoxically, the recent decline in the wage share was more pronounced in Finland, the Scandinavian welfare state, than in Austria, the Continental European/corporative welfare state. This divergence can likely be attributed to the greater economic instability Finland experienced, compounded by a looming transition to a more liberal welfare model.

Our conclusions must be viewed in light of at least two limitations. First, the descriptive method does not allow us to make causal claims about the effects of financialization on functional income distribution because the analysis merely reveals temporal concordance. Second, we most likely underestimated the profit share because the national accounts include (top) management salaries as a part of employee compensation. Therefore, they are incorporated in the calculation of the wage share as opposed to the profit share, which would be suggested by our theoretical approach (Hein/Detzer 2015). While we chose to include the differences between theory and national accounts classifications in our interpretations, a possible way forward is to correct the empirical national accounts wage share for top management salaries (Atkinson 2009; Dünhaupt 2011; Glyn 2011).

Preliminarily, we find that Austria's and Finland's distinct welfare regimes in combination with the relative importance and magnitude of the three Kaleckian channels of redistribution help to explain their changes in demand and growth regimes after the GFC. While these results are still initial, we believe the connection between these strands of theory could be enlightening. We therefore propose that future research should systematically draw a theoretical connection between the welfare state regime approach and the research paradigm centred on the distribution-financialization nexus. Furthermore, these findings should be incorporated into a demand and

growth regime framework as per Hein et al. (2021). Such an undertaking could contribute to a more granular understanding of the relevance of the three channels derived from Kaleckian theory in different policy regimes. Moreover, it could explain why financialization and neoliberalism are such coercive forces, at times dominating the moderating effects of welfare states.

Given recent developments such as political fragmentation, geopolitical tensions, climate change, and broader economic uncertainty, it is essential to examine structural changes that have fundamentally reshaped national economies, institutions, and economic relations, making them either more or less vulnerable to these adverse circumstances. Significant heterogeneity among countries underscores that there is no universal approach to addressing different crises – however, several key lessons emerge from the present analysis. First, welfare state regimes play a crucial role in mediating the financialization process, highlighting the need for a holistic policy approach that incorporates political economy considerations. Effective policy analysis should adopt a long-term perspective to ensure sustainable and just outcomes. Second, the persistent decline in the wage share is well-documented and widely acknowledged. From a heterodox and aggregate demand management perspective, this trend is concerning, as falling labour shares can have detrimental effects on a country's growth prospects (Hein 2023, chapter 6). A balanced compromise between labour and capital would therefore be beneficial for overall economic stability. Finally, these considerations may also offer insights into counteracting the rise of far-right voting behaviour (van Kessel 2025; Weber 2025). By refocusing on the distribution of national income between social classes, the growing bifurcation of society may be mitigated.

#### ACKNOWLEDGEMENTS

We thank Eckhard Hein for his continuous guidance throughout the project and Petra Dünhaupt for valuable comments on an earlier version of this paper. Furthermore, we are grateful to two anonymous reviewers for helpful comments and valuable suggestions.

#### REFERENCES

- Ahlqvist, Tomi/Moisio, Sami (2014).** Neoliberalisation in a Nordic State: From Cartel Polity towards a Corporate Polity in Finland. *New Political Economy* 19 (1), 21–55. Available at: <https://doi.org/10.1080/13563467.2013.768608>.
- Akçay, Ümit/Hein, Eckhard/Jungmann, Benjamin (2022).** Financialisation and Macroeconomic Regimes in Emerging Capitalist Countries Before and After the Great Recession. *International Journal of Political Economy* 51 (2), 77–100. Available at: <https://doi.org/10.1080/08911916.2022.2078009>.
- Alvarez, Ignacio (2015).** Financialisation, Non-Financial Corporations and Income Inequality: The Case of France. *Socio-Economic Review* 13 (3), 449–475. Available at: <https://doi.org/10.1093/ser/mwv007>.

- Atkinson, Anthony B. (2009).** Factor Shares: The Principal Problem of Political Economy? *Oxford Review of Economic Policy* 25 (1), 3–16. Available at: <https://doi.org/10.1093/oxrep/grp007>.
- Barradas, Ricardo (2019).** Financialization and Neoliberalism and the Fall in the Labor Share: A Panel Data Econometric Analysis for the European Union Countries. *Review of Radical Political Economics* 51 (3), 383–417. Available at: <https://doi.org/10.1177/0486613418807286>.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Weissenbacher, Rudy (2010).** Peripheral Financialisation and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective. *Competition & Change* 14 (3–4), 225–247. Available at: <https://doi.org/10.1179/102452910X12837703615337>.
- Binderkrantz, Anne S./Christiansen, Peter M./Pedersen, Helene H. (2015).** Interest Group Access to the Bureaucracy, Parliament and the Media. *Governance* 28 (1), 95–112. Available at: <https://doi.org/10.1111/gove.12089>.
- Cauvel, Michael/Pacitti, Aaron (2022).** Bargaining power, structural change, and the falling U.S. labor share. *Structural Change and Economic Dynamics* 60, 512–30. Available at: <https://doi.org/10.1016/j.strueco.2022.01.007>.
- Christiansen, Peter M. (2018).** Still the corporatist darlings? In: Peter Nedergaard/Anders Wivel (eds.). *The Routledge Handbook of Scandinavian Politics*. Oxon/New York, Routledge, 36–48.
- Dallery, Thomas (2009).** Post-Keynesian Theories of the Firm Under Financialisation. *Review of Radical Political Economics* 41 (4), 492–515. Available at: <https://doi.org/10.1177/048661340.9341371>.
- Dumenil, Gérard/Lévy, Dominique (2005).** Costs and benefits of neoliberalism: A class analysis. In: Gerald A. Epstein (ed.). *Financialization and the World Economy*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar, 17–45.
- Dünhaupt, Petra (2011).** Financialisation, corporate governance and income distribution in the U.S. and Germany: Introducing an adjusted wage share indicator. In: Torsten Niechoj/Özlem Onaran/Engelbert Stockhammer/Achim Truger/Till van Treeck (eds.). *Stabilising an unequal economy? Public debt, financial regulation, and income distribution*. Marburg, Metropolis, 299–320.
- Dünhaupt, Petra (2012).** Financialization and the rentier income share – evidence from the USA and Germany. *International Review of Applied Economics* 26 (4), 465–487. Available at: <https://doi.org/10.1080/02692171.2011.595705>.
- Dünhaupt, Petra (2014).** An empirical assessment of the contribution of financialization and corporate governance to the rise in income inequality. Berlin School of Economics and Law, Institute for International Political Economy. Working Paper No. 41/201.
- Dünhaupt, Petra (2017).** Determinants of labour’s income share in the era of financialisation. *Cambridge Journal of Economics* 41 (1), 283–306. Available at: <https://doi.org/10.1093/cje/bew023>.
- Dünhaupt, Petra/Hein, Eckhard (2019).** Financialization, distribution, and macroeconomic regimes before and after the crisis: A post-Keynesian view on Denmark, Estonia, and Latvia. *Journal of Baltic Studies* 50 (4), 435–465. Available at: <https://doi.org/10.1080/01629778.2019.1680403>.
- Epstein, Gerald A. (2005).** *Financialization and the World Economy*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar.
- Epstein, Gerald A. (2015).** *Financialization: There’s Something Happening Here*. Political Economy Research Institute. Working Paper Series No. 394.
- Epstein, Gerald A./Jayadev, Arjun (2005).** The Rise of Rentier Incomes in OECD Countries: Financialization, Central Bank Policy and Labor Solidarity. In: Gerald A. Epstein (ed.). *Financialization and the World Economy*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar, 46–74.
- Epstein, Gerald A./Power, Dorothy (2003).** Rentier incomes and financial crises: An empirical examination of trends and cycles in some OECD countries. Political Economy Research Institute. Working Paper Series No. 57.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990).** *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ, Princeton University Press.

**European Commission (2007).** Employment in Europe. Brussels, European Commission.

**European Commission (2023a).** Annual macro-economic database of the European Commission (AMECO). Available at: [https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database/download-annual-data-set-macro-economic-database-ameco\\_en](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database/download-annual-data-set-macro-economic-database-ameco_en) (Accessed: 7 June 2023).

**European Commission (2023b).** Eurostat. Available at: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> (Accessed: 7 June 2023).

**Famira-Mühlberger, Ulrike/Leoni, Thomas (2013).** The economic and social situation in Austria. WIFO (Austrian Institute of Economic Research).

**Glyn, Andrew (2011).** Functional Distribution and Inequality. In: Brian Nolan/Wiemer Salverda/Timothy M. Smeeding (eds.). *The Oxford Handbook of Economic Inequality*. Oxford et al., Oxford University Press, 101–126. Available at: <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199606061.013.0005>.

**Gouzoulis, Giorgos (2021).** Finance, Discipline and the Labour Share in the Long-Run: France (1911–2010) and Sweden (1891–2000). *British Journal of Industrial Relations* 59 (2), 568–94. Available at: <https://doi.org/10.1111/bjir.12576>.

**Gouzoulis, Giorgos/Galanis, Giorgos/Iliopoulos, Panagiotis (Takis) (2024).** Financialisation, shareholder value orientation, and the decline of trade union membership in the EU. *Transfer: European Review of Labour and Research* 30 (2), 161–179. Available at: <https://doi.org/10.1177/10242589241245063>.

**Guschanski, Alexander/Onaran, Özlem (2024).** The Labour Share and Corporate Financialization: Evidence from Publicly Listed Firms. *British Journal of Industrial Relations*, 1–19. Available at: <https://doi.org/10.1111/bjir.12864>.

**Harjunemi, Timo/Ampuja, Marko (2018).** Established ideas from established institutions: austerity and structural reforms in the Finnish economic policy debate. *Critical Policy Studies* 13 (4), 451–469. Available at: <https://doi.org/10.1080/19460171.2018.1451758>.

**Hay, Colin/Wincott, Daniel (2012).** *The Political Economy of European Welfare Capitalism*. Basingstoke/New York, Palgrave Macmillan.

**Hein, Eckhard (2012).** *The Macroeconomics of Finance-dominated Capitalism and its Crisis*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar.

**Hein, Eckhard (2014).** *Distribution and Growth after Keynes: A Post-Keynesian Guide*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar.

**Hein, Eckhard (2015).** Finance-dominated capitalism and re-distribution of income: A Kaleckian perspective. *Cambridge Journal of Economics* 39 (3), 907–934. Available at: <https://doi.org/10.1093/cje/bet038>.

**Hein, Eckhard (2023).** *Macroeconomics after Kalecki and Keynes: Post-Keynesian Foundations*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar.

**Hein, Eckhard/Detzer, Daniel (2015).** Finance-Dominated Capitalism and Income Distribution: A Kaleckian Perspective on the Case of Germany. *Italian Economic Journal* 1 (2), 171–191. Available at: <https://doi.org/10.1007/s40797-014-0001-4>.

**Hein, Eckhard/Dünhaupt, Petra/Alfageme, Ayoze/Kulesza, Marta (2018).** A Kaleckian Perspective on Financialisation and Distribution in Three Main Eurozone Countries before and after the Crisis: France, Germany and Spain. *Review of Political Economy* 30 (1), 41–71. Available at: <https://doi.org/10.1080/09538259.2018.1442784>.

**Hein, Eckhard/Dünhaupt, Petra/Kulesza, Marta/Alfageme, Ayoze (2017).** Financialization and Distribution from a Kaleckian Perspective: The United States, the United Kingdom, and Sweden Compared – before and after the Crisis. *International Journal of Political Economy* 46 (4), 233–266. Available at: <https://doi.org/10.1080/08911916.2017.1407735>.

**Hein, Eckhard/Meloni, Walter P./Tridico, Pasquale (2021).** Welfare models and demand-led growth regimes before and after the financial and economic crisis. *Review of International Political Economy* 28 (5), 1196–1223. Available at: <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1744178>.



- Hein, Eckhard/Schoder, Christian (2011).** Interest rates, distribution and capital accumulation: A post-Kaleckian perspective on the US and Germany. *International Review of Applied Economics* 25 (6), 693–723. Available at: <https://doi.org/10.1080/02692171.2011.557054>.
- Honkapohja, Seppo/Koskela, Erkki (1999).** The economic crisis of the 1990s in Finland. *Economic Policy* 14 (29), 399–436. Available at: <https://doi.org/10.1111/1468-0327.00054>.
- Honkapohja, Seppo (2009).** The 1990s Financial Crises in Nordic Countries. Bank of Finland Research, Discussion Papers 5/2009.
- Huber, Evelyn/Petrova, Biliiana/Stephens, John D. (2022).** Financialization, labor market institutions and inequality. *Review of International Political Economy* 29 (2), 425–452. Available at: <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1808046>.
- IMF (2007).** World Economic Outlook (April). Washington, D.C., IMF.
- Jungerstam, Susanne/Wentjärvi, Annika (2019).** Country Portrait Finland: The Finnish Welfare State. *socialnet International* [online] 2019-06-03. Available at: <https://www.socialnet.de/en/international/Finland> (Accessed: 15 March 2025).
- Kalecki, Michał (1954).** *Theory of Economic Dynamics: An Essay on Cyclical and Long-Run Changes in Capitalist Economy.* London, George Allen & Unwin.
- Kalecki, Michał (1971).** *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy, 1933–1970.* Cambridge et al., Cambridge University Press.
- Kohler, Karsten/Guschanski, Alexander/Stockhammer, Engelbert (2019).** The impact of financialisation on the wage share: A theoretical clarification and empirical test. *Cambridge Journal of Economics* 43 (4), 937–974. Available at: <https://doi.org/10.1093/cje/bez201>.
- Krippner, Greta R. (2005).** The financialization of the American economy. *Socio-Economic Review* 3 (2), 173–208. Available at: <https://doi.org/10.1093/SER/mwi008>.
- Kristal, Tali (2010).** Good Times, Bad Times: Postwar Labor’s Share of National Income in Capitalist Democracies. *American Sociological Review* 75 (5), 729–763. Available at: <https://doi.org/10.1177/0003122410382640>.
- Kuhnle, Stein/Alestalo, Matti (2018).** The modern Scandinavian welfare state. In: Peter Nedergaard/Anders Wivel (eds.). *The Routledge Handbook of Scandinavian Politics.* Oxon/New York, Routledge, 13–24.
- Lapavitsas, Costas (2009).** Financialised Capitalism: Crisis and Financial Expropriation. *Historical Materialism* 17 (2), 114–148. Available at: <https://doi.org/10.1163/156920609X436153>.
- Lazonick, William/O’Sullivan, Mary (2002).** Maximizing Shareholder Value: A New Ideology for Corporate Governance. In: William Lazonick/Mary O’Sullivan (eds.). *Corporate Governance and Sustainable Prosperity.* Basingstoke, Palgrave Macmillan, 11–36.
- Lin, Ken-Hou/Tomaskovic-Devey, Donald (2013).** Financialization and U.S. Income Inequality, 1970–2008. *American Journal of Sociology* 118 (5), 1284–1329. Available at: <https://doi.org/10.1086/669499>.
- Marjanen, Päivi/Spolander, Gary/Aulanko, Timo (2018).** Neoliberalism, welfare state and social work practice in Finland. In: Masoud Kamali/Jessica Jönsson (eds.). *Neoliberalism, Nordic Welfare States and Social Work: Current and Future Challenges.* Oxon/New York, Routledge, 79–90.
- OECD (2023).** Annual National Accounts: Table 14A. Available at: [https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=SNA\\_TABLE14A](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=SNA_TABLE14A) (Accessed: 7 July 2023).
- OECD/AIAS (2021).** Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts. Available at: [www.oecd.org/employment/ictwss-database.htm](http://www.oecd.org/employment/ictwss-database.htm) (Accessed: 7 July 2023).
- Official Statistics of Finland (2023).** General government deficit and debt. Statistics Finland. Available at: <https://www.stat.fi/en/statistics/jali/#graphs> (Accessed: 22 December 2023).
- Österle, August/Heizmann, Karin (2019).** Austringification in welfare system change? An analysis of welfare system developments in Austria between 1998 and 2018. In: Sonja Blum/Johanna Kuhlmann/Klaus Schuber (eds.). *Routledge Handbook of European Welfare Systems.* Oxon/New York, Routledge.

Dabrowski/Kuhls (2025): The financialization-distribution nexus in Austria and Finland

**Palley, Thomas I. (2013).** *Financialization: The Economics of Finance Capital Domination*. London, Palgrave Macmillan.

**Pariboni, Riccardo/Tridico, Pasquale (2019).** Labour share decline, financialisation and structural change. *Cambridge Journal of Economics* 43 (4), 1073–1102. Available at: <https://doi.org/10.1093/cje/bez025>.

**Schwan, Michael/Trampusch, Christine/Fastenrath, Florian (2021).** Financialization of, not by the State. Exploring Changes in the Management of Public Debt and Assets across Europe. *Review of International Political Economy* 28 (4), 820–842. Available at: <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1823452>.

**Stockhammer, Engelbert (2004).** *The Rise of Unemployment in Europe: A Keynesian Approach*. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar.

**Stockhammer, Engelbert (2008).** Some Stylized Facts on the Finance-Dominated Accumulation Regime. *Competition & Change* 12 (2), 184–202. Available at: <https://doi.org/10.1179/102452908X289820>.

**Stockhammer, Engelbert (2009).** Determinants of functional income distribution in OECD countries. *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. IMK Studies* 5/2009.

**Stockhammer, Engelbert (2017).** Determinants of the Wage Share: A Panel Analysis of Advanced and Developing Economies. *British Journal of Industrial Relations* 55 (1), 3–33. Available at: <https://doi.org/10.1111/bjir.12165>.

**Traxler, Franz/Brandl, Bernd (2011).** The Economic Impact of Collective Bargaining Coverage. In: Susan Hayter (ed.). *The Role of Collective Bargaining Coverage in the Global Economy*. Cheltenham/Northampton, MA, Edgar Elgar.

**Vaittinen, Risto/Vanne, Reijo (2020).** Finland's slow recovery from the financial crisis: A demographic explanation. *The Journal of the Economics of Ageing* 17. Available at: <https://doi.org/10.1016/j.jeoa.2017.06.003>.

**Van Der Zwan, Natascha (2014).** Making sense of financialization. *Socio-Economic Review* 12 (1), 99–129. Available at: <https://doi.org/10.1093/ser/mwt020>.

**van Kessel, Stijn (2025).** Populism, the far right and EU integration: beyond simple dichotomies. *Journal of European Integration* 47 (1), 127–133. Available at: <https://doi.org/10.1080/07036337.2025.2434341>.

**Weber, Isabella (2025).** To Defeat the Far Right, We Must Adopt an Anti-Fascist Economic Policy. *The Nation* from 28 February 2025. Available at: <https://www.thenation.com/article/economy/germany-anti-fascist-economic-policy/> (Accessed: 16 March 2025).

**Whalen, Charles J. (2021).** Post-Keynesian Institutionalism and the Failure of Neoliberalism: Returning Realism to Economics by Highlighting Economic Insecurity as the Flip Side of Financialization. *Journal of Economic Issues* 55 (2), 469–476. Available at: <https://doi.org/10.1080/00213624.2021.1909346>.

**WID. (2025).** World Inequality Database. Available at: <https://wid.world/data/> (Accessed: 9 March 2025)

**Wood, James D. G. (2017).** The effects of the distribution of mortgage credit on the wage share: Varieties of residential capitalism compared. *Comparative European Politics* 15 (6), 819–47. Available at: <https://doi.org/10.1057/s41295-016-0006-5>.

**Wuokko, Maiju (2021).** The curious compatibility of consensus, corporatism, and neoliberalism: The Finnish business community and the retasking of a corporatist welfare state. *Business History* 63 (4), 668–685. Available at: <https://doi.org/10.1080/00076791.2019.1598379>.

**Zuckerstätter, Sepp (2025).** Who sets wages? The legal and institutional foundations of collective bargaining in Austria. *Wirtschaft und Gesellschaft* 50 (4), 83–116. Available at: <https://doi.org/10.59288/wug504.250>.

# Vermögen und Ungleichheit – eine notwendige Debatte über die Superreichen

REZENSENT:IN

Nicolas Prinz\*

WERK

Friedrichs, Julia (2024).

Crazy Rich. Die geheime Welt der Superreichen.

Berlin/München, Berlin Verlag, 384 Seiten. Gebundenes Buch. 24,00 EUR.

ISBN 978-3-8270-1512-9

ZUSAMMENFASSUNG

Julia Friedrichs' Buch „Crazy Rich. Die geheime Welt der Superreichen“ bietet eine tiefgehende Untersuchung der vermögendsten Elite in Deutschland und weltweit. Die Autorin belegt die extreme Ungleichheit mit eindrucksvollen Fakten, etwa dass in Deutschland nur 3.300 Menschen 23 % des Finanzvermögens besitzen. Friedrichs stellt kritische Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Vermögenskonzentration und untersucht die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Reichtums, von immensen CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Luxusgüter bis hin zu Steuervermeidungstaktiken der Superreichen. Durch Gespräche mit Superreichen, Vermögensverwalter:innen und Expert:innen taucht sie in das Netzwerk der Reichsten ein und macht auf fehlende Transparenz und datentechnische Lücken in der Erfassung von Vermögen aufmerksam. Sie kritisiert das in populären Ratgebern propagierte Millionär-Mindset und plädiert für eine gerechtere Steuerpolitik. Ihr Buch ist ein eindringlicher Appell für eine intensivere wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung sowie dafür, das System zu hinterfragen, das extremen Reichtum ermöglicht.

DOI

10.59288/wug511.287

---

\* **Nicolas Prinz:** Arbeiterkammer Wien.  
Kontakt: nicolas.prinz@akwien.at

Julia Friedrichs beleuchtet in ihrem neuesten Buch die „geheime Welt der Superreichen“ und wirft einen kritischen Blick auf deren Einfluss auf Gesellschaft und Umwelt. In Deutschland werden 28 % des gesamten Vermögens von nur einem Prozent der Bevölkerung besessen (Albers et al. 2022). In Österreich ist das Vermögen sogar noch ungleicher verteilt als in Deutschland. Das reichste Prozent in Österreich besitzt 38,9 % des gesamten Vermögens, während die untere Hälfte gerade einmal 2,8 % besitzt (Heck et al. 2020).

Friedrichs hinterfragt die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Vermögenskonzentration und stellt relevante Fragen wie: Wie viel darf jede und jeder Einzelne besitzen, und wo sollte die Grenze des Reichtums liegen? Sie zeigt auf, dass Reichtum oftmals keine Grenzen kennt und immense Umweltschäden verursacht. So verbraucht eine Superyacht im Durchschnitt 7.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr – ein Vielfaches des jährlichen Durchschnittsverbrauchs einer Person in Deutschland oder Österreich.

### **Wie viel Vermögen ist nötig, um von Reichtum oder sogar Superreichtum zu sprechen?**

Ab wann gilt man überhaupt als reich? Beim doppelten Durchschnittsvermögen? Oder erst beim Vierfachen? Zählen die oberen 10 % bereits zur wohlhabendsten Schicht, oder beginnt Reichtum erst beim obersten Prozent? Diese Fragen zeigen, wie ungenau der Begriff „Reichtum“ definiert ist. Friedrichs verdeutlicht eindrücklich, dass es keine allgemeingültige Definition von „Reichtum“ gibt. Und – noch gravierender: Das tatsächliche Vermögen in Deutschland, wie auch in vielen anderen Ländern, ist kaum bekannt. Friedrichs zeigt, dass ein systematisches Vermögensregister nicht existiert und offizielle Daten fehlen. Forschende sind auf Umfragedaten wie die Erhebung zu Finanzen und Konsum der privaten Haushalte (HFCS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) oder Reichenlisten angewiesen.

Während Friedrichs die unzureichende Datenlage in Deutschland kritisiert, ist die Lage in Österreich noch schwieriger. Dort existiert kein sozioökonomisches Panel wie das SOEP. Zwar wird aktuell das Austrian Socio-Economic Panel (ASEP) aufgebaut (Statistik Austria 2024), doch bislang bleibt die Datenlage lückenhaft. Auch die HFCS-Daten erfassen die vermögendsten Haushalte in Österreich noch schlechter als in Deutschland, da diese nicht gezielt überrepräsentiert werden, was notwendig wäre, um wissenschaftliche Fragestellungen fundiert beantworten zu können (Fessler et al. 2023).

Friedrichs zeigt zudem, dass die Situation beim Einkommen ganz anders aussieht. Spitzensteuersätze sind klar definiert. In Deutschland greift der Höchststeuersatz von 45 % ab einem Jahreseinkommen von 277.826, in Österreich werden ab einem Einkommen über 103.072 Euro 50 % und ab einem Einkommen über 1.000.000 Euro sogar 55 % fällig (2025). Auch die Datenlage ist beim Einkommen deutlich besser. Friedrichs stellt die entscheidende Frage: Warum wird nur das Einkommen konsequent besteuert, nicht aber das Vermögen? In Ländern wie Österreich ist Vermögen, insbesondere durch Erbschaften, der entscheidende Faktor für den Aufbau von Reichtum, weit mehr als Einkommen (Moser et al. 2016).

### **Intensive Gespräche mit Superreichen**

Friedrichs stellt fest, dass wenig über die Soziologie der Superreichen bekannt ist. Dies liegt daran, dass es nur wenige von ihnen gibt, sie meist nicht sehr auskunftsfreudig sind und die Forschung sich bislang kaum damit auseinandergesetzt hat. Doch wie lassen sich die Reichen charakterisieren? Eine einfache Antwort gibt es nicht. Friedrichs betont: „Die Reichen gibt es nicht, genauso wenig wie die Armen“ (85). Für das Buch sprach sie mit den unterschiedlichsten Superreichen, von freundlich bis herrisch, von reflektiert bis weltfremd. Um diese Interviews zu ermöglichen, schrieb Friedrichs Hunderte Briefe an die reichsten Familien Deutschlands – und hatte Erfolg.

Einer ihrer wichtigsten Gesprächspartner ist Sebastian, Erbe eines Milliardenvermögens. Friedrichs führte über 50 Stunden Interviews mit Sebastian, allerdings nur unter strenger Anonymität. Sebastian empfindet seinen Reichtum als reines Glück. Seine Dividenden entsprechen einem Managergehalt, doch er kritisiert den Kapitalismus und sieht wachsende Vermögensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. Andere Gesprächspartner:innen, die mit Friedrichs offen über Geld sprechen, darunter Thomas Bscher und Thomas Strüngmann, argumentieren hingegen, dass Superreiche für Investitionen, Wohlstand und technologischen Fortschritt nötig seien. Vermögenssteuern lehnen sie mit den üblichen Argumenten ab, darunter die Gefahr der Kapitalflucht und der angeblich hohe Verwaltungsaufwand. Dass es nicht die eine Gruppe der Reichen gibt, zeigt Friedrichs mit dem Interview der Millionärin Marlene Engelhorn. Sie übertrug aus Protest gegen die unzureichende Besteuerung großer Vermögen 25 Millionen Euro, den Großteil ihres Erbes, einem Bürgerrat zur Umverteilung.

Friedrichs sprach auch mit „Reichtumgurus“ (122), die behaupten, jede:r könne reich werden, wenn er:sie es nur wirklich wolle. Reichtum ist eine Frage der Einstellung: „Reich wird, wer reich sein will [...] wer sich klar ist, warum er reich sein will“ (118). Friedrichs widerspricht scharf und stellt fest, dass Millionen von Menschen jene Eigenschaften besitzen, die zu Reichtum führen sollen, und dennoch nicht reich werden. Zusätzlich geben Interviews mit Vermögensverwalter:innen einen tiefen Einblick in die Welt der Superreichen: „Sie gehören zu den wenigen, die ins Herz des Vermögens blicken können, die wissen, wie viel da ist, welches Geld wo investiert wurde [...], ja sogar, auf welchem Weg man versucht hat, Vermögen vor der Steuer [...] zu verbergen“ (127).

### **Vorurteile, Macht und Einfluss**

Julia Friedrichs beschäftigt sich mit dem Vorwurf von vielen Vermögenden, Deutschland sei eine Neidgesellschaft. Sie schreibt: „Die Vehemenz, mit der viele Vermögende über den deutschen Neid klagen, ist beeindruckend“ (159). Friedrichs stellt die entscheidende Frage: Ist es wirklich Neid, oder geht es um eine berechtigte Debatte über Gerechtigkeit? Sie selbst sieht ein, dass es sehr schwierig ist, vorurteilsfrei über Reichtum zu denken. Durch ihre Beobachtungen öffnet Friedrichs ein wichtiges Diskussionsfeld über Transparenz von Vermögen als Auslöser von Neid.

Julia Friedrichs legt offen, wie Reichtum politischen Einfluss schaffen kann. Sie beschreibt, wie großzügige Spenden Gemeinden in eine finanzielle Abhängigkeit treiben, die politischen Druck erzeugt. „Natürlich kaufen Vermögende via Spenden keine Stimmen, keine konkreten Entscheidungen“ (228), doch Besitz von Kapital verschafft ihnen Gehör bei Politiker:innen und ermöglicht Kontakte, die anderen verwehrt bleiben. Vermögende können eigene Lobbyverbände finanzieren und so gezielt individuelle politische Interessen durchsetzen. Großspenden von Einzelpersonen zeigen, wie stark politische Entscheidungen von diesem Geld abhängen. Sebastian bringt es in einem Interview auf den Punkt: „Gesellschaftliche Macht ist durch Vermögensungleichheit ungleich verteilt“ (231).

Diese Mechanismen sind keineswegs auf Deutschland beschränkt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie aus Österreich mit dem Titel „Netzwerke der Superreichen“ ergänzt diese Erkenntnisse eindrucksvoll (Pühringer et al. 2024). Die Erkenntnisse zeigen, dass privates Vermögen nicht nur extrem ungleich verteilt ist, sondern dass die Reichsten enge Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern pflegen. Die Welt der außergewöhnlich Vermögenden und insbesondere deren Methoden zur Vermögensvermehrung bleiben für die Öffentlichkeit oft ein blinder Fleck.

### **Steuern, Schlupflöcher und Ängste**

Julia Friedrichs erfährt in einem Gespräch mit einem anonymen Vermögensberater, dass es dank legaler Schlupflöcher möglich ist, mit minimaler Steuerlast davonzukommen. Superreiche schaffen es dadurch, weitaus weniger an Steuern zu zahlen als der Mittelstand. Der Berater erklärt, „bei aggressiver Steuergestaltung, insbesondere unter Zuhilfenahme grenzüberschreitender internationaler Strukturen, kann man bei der Gesamt-Steuerlast von bis zu einem Prozent oder weniger landen“ (249). Diese Zahlen bestätigt auch der kürzlich veröffentlichte „Tax Evasion Report“ des EU Tax Observatory (Alstadsaeter et al. 2024). Daten aus den Niederlanden und Frankreich zeigen, dass die Steuerquote mit dem Einkommen steigt, jedoch am ganz oberen Ende der Verteilung, bei den Milliardär:innen, sinkt die Steuerlast unter das Niveau aller anderen Gruppen.

Friedrichs berichtet von der Angst von Superreichen vor politischen Eingriffen. Ein Gespräch mit dem Vermögensverwalter Christian Freiherr zeigt, dass wohlhabende Menschen sich vor Steuererhöhungen, Enteignungen und politischen Veränderungen fürchten. Diese Ängste sind für mich jedoch nicht nachvollziehbar. Eine aktuelle Studie von Forscher:innen der Weltbank, der Paris School of Economics, der Harvard Kennedy School und der University of Berkeley zeigt, dass die weltweite Besteuerung von Arbeit seit 1965 um zehn Prozentpunkte gestiegen ist, während die Steuersätze auf Vermögen von 32 % auf 26 % gesunken sind (Bachas et al. 2024). Die Realität ist also genau umgekehrt. Anstatt Vermögende verstärkt zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, wurden Kapitalbesitzende steuerlich immer weiter entlastet. Die Vorstellung, dass ihr Reichtum zunehmend bedroht sei, entbehrt daher jeder faktischen Grundlage.

Ergänzen möchte ich Friedrichs Argumentation noch mit einer aktuellen Initiative (Dworak 2025). Es gibt auch Superreiche, die sich öffentlich für höhere Steuern aussprechen. In einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs weltweit fordern 370 vermögende Personen ausdrücklich eine stärkere Besteuerung großer Vermögen. Sie argumentieren, dass extremer Reichtum eine Gefahr für die Demokratie darstelle und wohlhabende Menschen mehr Mitspracherechte hätten als der Durchschnitt.

### **Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Reichen**

Friedrichs widmet sich auch den Umweltauswirkungen des Lebensstils der Superreichen. Sie veranschaulicht, dass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der 20 reichsten Personen auf mindestens 8.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr geschätzt wird. Das entspricht dem 888fachen des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauchs in Deutschland. Besonders alarmierend ist der Anteil, den Luxusgüter an diesen Emissionen haben. Friedrichs veranschaulicht, dass zwei Drittel dieser CO<sub>2</sub>-Emissionen allein auf Superyachten entfallen. Friedrichs kommt zu dem Schluss, dass „die Wette auf Technologie – das ist der goldene Exit, den sich viele Superreiche für ihr Klima-Konsum-Dilemma erhoffen“ (345) nicht ausreicht. Sie argumentiert, dass es dringend höhere Steuern auf Luxusgüter braucht, um diese übermäßige Umweltbelastung einzudämmen.

In Ergänzung zu den Ausführungen von Friedrichs möchte ich einen wichtigen Aspekt der Verantwortung für CO<sub>2</sub>-Emissionen hinzufügen. In der aktuellen Klimapolitik werden Emissionen primär dem Endverbrauch von Individuen zugeordnet, unabhängig davon, wo auf der Welt diese Emissionen tatsächlich entstehen. Dadurch geraten vor allem Konsument:innen in den Fokus, während ein entscheidender Aspekt unberücksichtigt bleibt: Emissionen, die durch Kapitalbesitz und Investitionen verursacht werden, werden weitgehend ignoriert, obwohl Investor:innen von emissionsintensiven Unternehmen profitieren und durch ihre Anlageentscheidungen maßgeblich beeinflussen können, wie klimafreundlich oder klimaschädlich produziert wird. Die Ökonomen Lucas Chancel und Yannic Rehm haben für Deutschland untersucht, welchen Anteil private Vermögen an den CO<sub>2</sub>-Emissionen haben (Chancel/Rehm 2023). Ihre Berechnungen zeigen, dass die oberen 10 % der Bevölkerung für rund 70 % der Emissionen verantwortlich sind, die aus privatem Kapitalbesitz stammen. Besonders hoch ist die Klimabelastung durch Aktienanleihen. Eine Million Euro, die in Aktienanleihen investiert ist, verursacht im Durchschnitt 150 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Zum Vergleich: Der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Fußabdruck einer Person in Deutschland liegt bei nur neun Tonnen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass eine reine Fokussierung auf individuellen Konsum nicht ausreicht, um die tatsächliche Verantwortung für Emissionen gerecht zu verteilen. Wer erhebliches Kapital in emissionsintensive Industrien investiert, trägt auch ökologische Verantwortung.

### **Überreichtum und gesellschaftliche Debatte**

Im letzten Kapitel stößt Friedrichs eine Diskussion über die Einführung einer Obergrenze für Reichtum an. Sie betont, dass die Marktwirtschaft für sie ein „cleveres

System“ (350) ist, das Wohlstand schaffen und Ideen fördern kann, die auch angemessene Entlohnung brauchen. Doch gleichzeitig fragt sie sich auch, ob es nicht auch eine Obergrenze für Reichtum geben sollte. Wenn es bereits klare Definitionen für Mindesteinkommen wie Arbeitslosengeld oder Sozialleistungen gibt, warum sollte es dann nicht auch ein Maximum für den Wohlstand einer Einzelperson geben? Friedrichs stützt sich dabei auf die Argumente der Wirtschaftsethikerin Ingrid Robeyns, die in aktuellen Studien vorschlägt, Vermögensobergrenzen festzulegen. In einem Interview mit dem „Standard“ im vergangenen Jahr sagte Robeyns dazu: „Statt Einkommen sollten wir Vermögen mehr besteuern, Steueroasen bekämpfen. Doch auch eine progressive Steuer ändert nichts an der Tatsache, dass jemand Multimillionär werden kann – was niemand verdient“ (Pramer 2024).

### **Abschluss und Fazit**

Julia Friedrichs hinterfragt Vermögensungleichheit, macht bestehende Machtverhältnisse sichtbar und regt zu einer differenzierten gesellschaftlichen Diskussion an. Friedrichs betont, dass die meisten Menschen Reichtum akzeptieren, doch ab einem bestimmten Punkt Ungleichheit als ungerecht und problematisch empfinden. Sie argumentiert, dass ein pauschaler Klassenkampf gegen die Reichen nicht zielführend sei. Vielmehr müsse man individuelle Unterschiede anerkennen (nicht alle Wohlhabenden versuchen, ihre Steuerlast auf das absolute Minimum zu reduzieren), um ins Gespräch zu kommen.

„Crazy Rich. Die geheime Welt der Superreichen“ gewährt spannende und oft erschreckende Einblicke in das Leben der Wohlhabendsten. Besonders beeindruckend ist die Hartnäckigkeit von Friedrichs. Über Monate hinweg führte sie zahlreiche Gespräche mit Superreichen und ihren Berater:innen. Diese intensive Recherche ermöglicht seltene Einblicke in eine weitgehend verborgene Welt. Friedrichs verbindet persönliche Begegnungen mit höchst aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und liefert einen fundierten Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu Vermögen und Reichtum in Deutschland und weltweit. Dabei ist das Buch so gut aufbereitet, dass es keine tiefgreifende Expertise braucht, um es zu verstehen. Die komplexen Themen rund um Vermögensverteilung und soziale Ungleichheit werden klar und verständlich dargestellt, was es einem breiten Publikum ermöglicht, sich ohne Vorkenntnisse damit auseinanderzusetzen. Sie zeigt, wo die Debatten bereits intensiv geführt werden, etwa zur Besteuerung großer Vermögen, und wo sie noch in den Anfängen stecken, wie bei der Frage nach einer Obergrenze für Reichtum. Insgesamt ist „Crazy Rich“ ein wertvolles Buch für alle, die einen detaillierten Überblick über Vermögenskonzentrationen und die damit einhergehende Ungleichheit erhalten wollen und die gesellschaftliche Debatte über extremen Reichtum voranbringen möchten.



## LITERATUR

**Albers, Thilo/Bartels, Charlotte/Schularick, Moritz (2022).** Wealth and its Distribution in Germany, 1895–2018. CEPR Discussion Paper No. DP17269. Online verfügbar unter <https://ssrn.com/abstract=4121453> (abgerufen am 27.02.2025).

**Alstadsaeter, Annette/Godar, Sarah/Nicolaides, Panayiotis/Zucman, Gabriel (2024).** Global Tax Evasion Report 2024. EU Tax Observatory. Online verfügbar unter <https://shs.hal.science/halshs-04563948v1> (abgerufen am 27.02.2025).

**Bachas, Pierre/Fisher-Post, Matthew/Jensen, Anders/Zucman, Gabriel (2024).** Capital Taxation, Development, and Globalization: Evidence from a Macro-Historical Database. NBER Working Paper. 29819. Online verfügbar unter <https://www.nber.org/papers/w29819> (abgerufen am 27.02.2025).

**Chancel, Lucas/Rehm, Yannic (2023).** The Carbon Footprint of Capital: Evidence from France, Germany and the US based on Distributional Environmental Accounts. World Inequality Lab Working Paper N°2023/26. Online verfügbar unter <https://wid.world/document/the-carbon-footprint-of-capital-evidence-from-france-germany-and-the-us-based-on-distributional-environmental-accounts-wid-world-working-paper-2023-26/> (abgerufen am 27.02.2025).

**Dworak, Nicolas (2025).** 370 Superreiche fordern höhere Besteuerung ihres Vermögens. Der Standard vom 23.01.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000254187/370-superreiche-fordern-hoehere-besteuerung-ihres-vermoegens> (abgerufen am 27.02.2025).

**Fessler, Pirmin/Lindner, Peter/Schürz, Martin (2023).** Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2021: First results for Austria. OeNB Reports 2023/2. Online verfügbar unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:8713bfbf-6e4e-4d96-83d6-aad15e52fb7c/HFCS\\_2021\\_First-Results.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:8713bfbf-6e4e-4d96-83d6-aad15e52fb7c/HFCS_2021_First-Results.pdf) (abgerufen am 27.02.2025).

**Heck, Ines/Kapeller, Jakob/Wildauer, Rafael (2020).** Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017. Arbeiterkammer Wien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 206. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16086820/> (abgerufen am 27.02.2025).

**Moser, Mathias/Humer, Stefan/Schnetzler, Matthias (2016).** Bequests and the Accumulation of Wealth in the Eurozone. Arbeiterkammer Wien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 149. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC13075502/> (abgerufen am 28.02.2025).

**Pramer, Philip (2024).** Obergrenze für Vermögen: „Niemand hat eine Milliarde Euro verdient“. Der Standard vom 27.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000225850/obergrenze-fuer-vermoegen-niemand-hat-eine-milliarde-euro-verdient> (abgerufen am 27.02.2025).

**Pühringer, Stephan/Aistleitner, Matthias/Cserjan, Lukas/Hieselmayr, Sophie/Weber, Jakob (2024).** Idiosyncrasies of the superrich: On the political economy of wealth concentration in Austria. Arbeiterkammer Wien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 254. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17367868/> (abgerufen am 27.02.2025).

**Statistik Austria (2024).** Austrian Socio-Economic Panel (ASEP). Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/services/tools/services/center-wissenschaft/austrian-socio-economic-panel-asep> (abgerufen am 27.02.2025).



## BUCHBESPRECHUNG

# Die unsichtbaren und vergessenen Pionierinnen der Wirtschaftstheorie

REZENSENT:IN

Judith Derndorfer\*

WERK

Kuiper, Edith (2022).

A Herstory of Economics.

Cambridge, Polity Press. 214 Seiten. Taschenbuch. 26,99 EUR.

ISBN 978-1509538430

ZUSAMMENFASSUNG

In „A Herstory of Economics“ bietet Edith Kuiper eine fundierte Analyse der Beiträge von Frauen zur Geschichte der ökonomischen Theorien. Wer ein Lehrbuch zur Entwicklung des ökonomischen Denkens aufschlägt, stößt meist auf die sogenannten „Gründerväter“ der Disziplin: Adam Smith, Thomas Malthus, Jean-Baptiste Say, David Ricardo, John Stuart Mill, Karl Marx, William Stanley Jevons, Alfred Marshall, Friedrich Hayek und John Maynard Keynes. Aber wer waren die weiblichen Vordenkerinnen – und warum gerieten ihre Theorien und Ansätze in Vergessenheit? Kuiper begibt sich auf die Spuren dieser unsichtbaren und oft vergessenen Pionierinnen und erweitert damit den vorherrschenden männlich geprägten Blick auf die Ökonomie.

DOI

10.59288/wug511.290

Edith Kuiper ist Assistenzprofessorin für Ökonomie an der State University of New York at New Paltz. Schon im Vorwort macht die Autorin klar, dass die Suche nach weiblichen Pionierinnen in der ökonomischen Ideengeschichte nicht von jedermann begrüßt wurde. Wie sie schreibt, hat dieses Forschungsvorhaben sie sogar ihren Job

---

\* **Judith Derndorfer:** Arbeiterkammer Wien.  
Kontakt: [judith.derndorfer@akwien.at](mailto:judith.derndorfer@akwien.at)

gekostet, da es nicht als „Kern des Fachgebiets“ (der Geschichte des ökonomischen Denkens) betrachtet wurde. Schlussendlich fand sie eine Stelle, die es ihr erlaubte, die Spurensuche voranzutreiben und sich eingehend mit der Rolle von Frauen in der Ideengeschichte zu befassen.

Ziel ihres Buches ist es, den Leser:innen eine Auswahl von Frauen vorzustellen, die sich eingehend mit ökonomischen Fragestellungen befassten, aber aufgrund ihres Geschlechts und ihrer behandelten Themengebiete in der Geschichtsschreibung „übersehen“ wurden. Kuiper begrenzt ihre Auswahl bewusst nicht auf Ökonominen, sondern bezieht auch Wirtschaftsschriftstellerinnen („economic writers“) in ihren historischen Überblick mit ein. Lange Zeit war Frauen der Zugang zu Universitäten verwehrt, weshalb sie keine akademischen Aufsätze publizieren konnten, sondern sich in (Tage-)Büchern, Pamphleten, Briefen, Haushaltsbüchern und Gedichten mit wirtschaftlichen Themen befassten und so ihren Überlegungen einem breiten Publikum zugänglich machten. Einige von ihnen übersetzten die Werke von bedeutenden Ökonomen und ließen es sich nicht nehmen, ihre Übersetzungen kritisch zu kommentieren. So übertrug die französische Salonnière Sophie de Grouchy de Condorcet (1764–1822) im Jahr 1798 Adam Smiths „Theory of Moral Sentiments“ (1759) ins Französische. Ihrer Übersetzung fügte sie acht Briefe („Lettres sur la Sympathie“) bei, in denen sie Smiths Konzept der Sympathie kritisch hinterfragte und eigene Überlegungen entwickelte.

### **Vom Haushalt zum autonomen Mann**

Edith Kuiper beginnt ihre „Herstory“ mit einer Erklärung, warum ihr Ausgangspunkt nicht bei Adam Smith, der als Begründer der politischen Ökonomie gilt, liegt. Stattdessen setzt sie dort an, wo der Haushalt als zentraler Bestandteil der Ökonomie betrachtet wurde: bei den griechischen Philosophen. Sokrates (469–399 v. Chr.), Xenophon (431–354 v. Chr.) und Aristoteles (384–322 v. Chr.) schrieben ausführlich über die Rolle von Frauen im Haushalt. So soll Sokrates gesagt haben, dass eine gute Hausfrau entscheidend für den Wohlstand eines Haushalts sei (18). Aristoteles unterschied zwischen zwei Arten von Wirtschaft: der Haushaltung („oikonomiké“) und dem unnatürlichen Wirtschaften außerhalb des Haushalts mit dem Ziel, Geld zu akkumulieren („chrematistiké“).

Bis weit ins Mittelalter hinein galt der Haushalt als grundlegender Bestandteil ökonomischer Analysen. In England und Schottland entstand während des 17. und 18. Jahrhunderts eine Vielzahl von Büchern über Haushaltsführung, die von Frauen verfasst wurden. Kuiper nennt exemplarisch Lady Grisell Baillie (1665–1746), die „die Kunst, einen Haushalt zu führen, praktisch in eine Wissenschaft verwandelte“ (20), sowie „Mrs. Beeton’s Book of Household Management“ (1861), das bis heute verkauft wird.

Mit der Industrialisierung verstärkte sich die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, wodurch Frauen zunehmend auf den Haushalt und die Familienarbeit beschränkt wurden. Gleichzeitig fand die strikte Geschlechtertrennung auch Eingang in die politische Philosophie, insbesondere durch Jean-Jacques Rousseau

(1712–1778). Diese Denkweise beeinflusste wiederum Adam Smith, der eine entscheidende Verschiebung vollzog: Er verlagerte den Fokus von der Haushaltsökonomie auf den autonomen Mann, während Frauen und der Haushalt in seinen Überlegungen weitgehend unbeachtet blieben. Zudem verwendete Smith den Begriff „Oeconomy“ ausschließlich für die Hauswirtschaft („home economics“, „household management“), während er „Wirtschaft“ („economy“) im engeren Sinne auf Produktivität und öffentlichen Wohlstand reduzierte.

### **(Handlungs-)Macht und Eigentumsrechte von Frauen**

Das zweite Kapitel beginnt mit der Feststellung, dass die politische Ökonomie von gut ausgebildeten Männern der Mittel- und Oberschicht entwickelt wurde, die vor allem die Perspektiven und Interessen weißer Männer berücksichtigten. Die meisten politischen Ökonomen betrachteten die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre als gegeben und konzentrierten sich nahezu ausschließlich auf den männlich dominierten Bereich: die Produktion und Verteilung von Gütern, die sie als „Ökonomie“ definierten. Kaum Beachtung fanden dagegen Prozesse der primitiven Akkumulation sowie die Enteignung von Frauen, Arbeiter:innen und versklavten Menschen, über die sie wenig bis gar nichts schrieben.

Beim Thema Ehe wird die geschlechtsspezifische Betrachtung augenscheinlich: Während Männer die Ehe meist als eine präkapitalistische und soziale Institution betrachteten, stellte sie für Frauen eine ökonomische Institution dar, die zum Verlust rechtlicher und wirtschaftlicher Eigenständigkeit führte. Besonders drastisch zeigte sich dies in den englischen Ehegesetzen: Nach der Hochzeit verloren Frauen jegliche rechtliche Handlungsfähigkeit vor dem Gesetz sowie die Verfügungsmacht über ihr in die Ehe eingebrachtes Vermögen. Darüber hinaus war eine Scheidung nur in Ausnahmefällen für Frauen aus der Oberschicht eine Option. Die frühe Feministin Mary Astell (1666–1731) thematisierte diese Problematik in ihrem Pamphlet „Some Reflections upon Marriage“ (1700). Darin beleuchtete sie die sozioökonomische Bedeutung der Ehe für Frauen aus der Mittel- und Oberschicht und gab ihnen Ratschläge, wie sie eine lebenslange Verbindung – insbesondere mit gewalttätigen Männern – überstehen konnten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbesserten sich die rechtlichen Bedingungen für verheiratete Frauen in England. Dies war vor allem den Bemühungen von Barbara Leigh Smith Bodichon (1827–1891) und der Langham Place Group zu verdanken, die sich für Reformen des Ehe- und Eigentumsrechts einsetzten.

Auf den letzten Seiten des Kapitels behandelt Kuiper die fehlenden Eigentumsrechte von indigenen Bevölkerungsgruppen und versklavten Menschen in den USA und beschreibt Texte von Frauen wie Sojourner Truth (1797–1883) die aus der Perspektive einer versklavten Person sprechen, die zur Ware gemacht wurden, um Profit zu generieren (55). Kuiper verdeutlicht außerdem, dass privilegierte weiße Frauen zwar im patriarchalen System ebenfalls unterdrückt wurden, jedoch gleichzeitig an der Seite ihrer Ehemänner standen und von der Unterdrückung der Sklav:innen profitierten.

## **Mädchen- und Frauenbildung**

Die Mehrheit der Frauen, kolonisierte und versklavte Personen, war lange Zeit von Bildung – und damit von Macht und politischer Mitsprache – ausgeschlossen. Frauenrechtlerinnen und Wirtschaftsschriftstellerinnen betrachteten den Zugang zu Bildung als ihre höchste Priorität und als ersten Schritt zur Emanzipation der Frauen (60).

Mary Astell widmete sich in ihren Schriften nicht nur der Institution der Ehe, sondern veröffentlichte auch ein zweiteiliges Pamphlet, „A Serious Proposal to the Ladies“ (1695 und 1697), in dem sie junge Frauen dazu aufrief, sich zu bilden. Einige Frauen, darunter Hannah More (1745–1833) und Mary Wollstonecraft (1759–1797), Mutter von Mary Wollstonecraft Shelley, der Autorin des Romans „Frankenstein“, gründeten selbst Bildungseinrichtungen für Mädchen und Frauen. Schriftstellerinnen wie Jane Marcet (1769–1858), Harriet Martineau (1802–1876) und Millicent Garrett Fawcett (1847–1929) verfassten populärwissenschaftliche Bücher, um grundlegende wirtschaftliche Konzepte in Form von Kurzgeschichten oder Dialogen zu vermitteln – sehr zum Missfallen von Ökonomen wie Alfred Marshall, der diese Popularisierung ablehnte.

Während sich viele ökonomische Schriftstellerinnen und Frauenrechtlerinnen dem Thema Frauenbildung widmeten, setzten sich hingegen nur wenige Männer dafür ein. Zu den Ausnahmen zählten Daniel Defoe (1660–1731) und John Stuart Mill (1806–1873). Defoe, der heute vor allem für seinen Roman „Robinson Crusoe“ bekannt ist, forderte in seinem Essay „On the Education of Women“ (1719) das Recht von Frauen auf Bildung. Mill untersuchte gemeinsam mit Harriet Taylor (1807–1858) die wirtschaftlichen Folgen mangelnder Frauenbildung. Im Allgemeinen wurde Bildung in der ökonomischen Theorie wenig Beachtung geschenkt. Kuiper vermutet, dass dies daran lag, dass das Thema hauptsächlich von Frauen behandelt wurde.

## **Produktion**

Im Kapitel zur Produktion beleuchtet Kuiper die Rolle von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und untersucht Texte von weiblichen Wirtschaftsschriftstellerinnen, die sich mit den Lebensrealitäten von Frauen auseinandersetzten. Kuiper stellt fest: „[O]bwohl Frauen und der Haushalt in der Theorienbildung der politischen Ökonomie konsequent ignoriert wurden, war die Rolle der Frauen in der Produktion, Verteilung und dem Konsum von Waren und Dienstleistungen in der Realität sowohl erheblich als auch Veränderungen unterworfen“ (92).

In diesem Kapitel stellt Kuiper einen ihrer Lieblingstexte vor: „The Woman’s Labour“ (1739) von Mary Collier (1688–1762). Collier war eine einfache Wäscherin, die in ihrem Gedicht den Text „The Thresher’s Labour“ (1736) von Stephen Duck (1705–1756) kritisierte. Sie zeigte auf, dass die Arbeit von Frauen genauso hart, wenn nicht sogar härter als die von Männern sei und dass für Frauen am Ende des Erwerbsarbeitstags die zweite Schicht der unbezahlten Arbeit zu Hause begann. Der Text ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil von der Zeit hauptsächlich Texte von wohlhabenden Frauen erhalten blieben. Ebenso eindringlich ist der Text „The Little Pin-Headers“ (1843) von Charlotte Elizabeth Tonna (1790–1846). Sie greift darin

das Beispiel von Adam Smiths Stecknadelfabrik auf und beschreibt, wie im ersten Raum der Fabrik Männer ihre Arbeit verrichten. Wenn man weitergeht, trifft man jedoch auf junge Frauen und Kinder, die unter entsetzlichen Bedingungen im Dunklen arbeiten müssen.

Im restlichen Kapitel beschreibt Kuiper die Debatten über die Arbeitsbedingungen, Löhne und den Zugang von Frauen zu gut bezahlten Jobs. Sie widmet sich aber auch den unterschiedlichen Klasseninteressen von Frauen, der Verdrängung von Frauen und marginalisierten Gruppen vom Arbeitsmarkt im Zuge der großen Depression sowie den schwindenden Karriereaussichten von Frauen in gut bezahlten Jobs und in der ökonomischen Disziplin im Laufe des 20. Jahrhunderts.

### **Verteilung**

Im Kapitel zur Verteilung beschäftigt sich Kuiper mit der moralischen Untermauerung des männlichen Ernährermodells. Alfred Marshall etwa vertrat die Idee einer auf ökonomischer „Ritterlichkeit“ basierenden Beziehung zwischen Männern und Frauen, also die Vorstellung, dass Ehemänner ritterlich für das Haushaltseinkommen sorgen und dieses altruistisch und großzügig mit ihren Ehefrauen und Kindern teilen.

Frauenrechtlerinnen und Wirtschaftsschriftstellerinnen wie Charlotte Perkins Gilman (1860–1935) prangerten diese ökonomische „Ritterlichkeit“ an und argumentierten, dass sie eine patriarchale Institution darstelle, die unnatürlich und schädlich sei. Dennoch hielt diese Kritik den Ökonomen Gary Becker (1930–2014) nicht davon ab, das Konzept des altruistischen Ehemanns/Versorgers in seiner These „A Treatise of the Family“ (1981) zu formalisieren. Beckers Thesen wurden von Ökonomen heftig kritisiert, unter anderem von Notburga Ott, die aufzeigte, dass sein theoretisches Modell nur unter der Annahme Bestand hat, dass eine Scheidung keine realistische Option ist.

In der neoklassischen Theorie, der auch Gary Becker angehört, werden Lohnunterschiede in erster Linie durch unterschiedliche Produktivitätsraten erklärt. Historische Unterdrückung und die systematische Ausgrenzung von Frauen und marginalisierten Gruppen bleiben dabei jedoch unbeachtet. Feministische Ökonomen hingegen argumentieren, dass genau diese Mechanismen – in Verbindung mit der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit, Diskriminierung sowie mangelnden Bildungs- und Karrieremöglichkeiten – die bis heute bestehenden Lohnunterschiede maßgeblich erklären.

### **Konsum**

Die marginalistische Revolution Anfang der 1870er-Jahre rückte Konsum und Konsumverhalten in den Mittelpunkt der Wertbestimmung von Gütern und Dienstleistungen. Kuiper beleuchtet in dem Kapitel zu Konsum den Beitrag von Ökonomen zur Entwicklung der Konsumtheorie.

In England befassten sich Mitglieder der Fabian Society Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts eingehend mit Fragen der Ausgabenstrukturen

von Haushalten nach verschiedenen Einkommensklassen, den Grundbedürfnissen sowie den Kosten eines gesunden Lebensstils. Zur selben Zeit fanden vereinzelt Frauen eine Anstellung als Ökonominen an Universitäten. Sie waren vor allem in den als „weiblich“ angesehenen Bereichen der Ökonomie, wie Haushaltsmanagement, Home Economics und Marketing, zu finden. Da Frauen sich schon über Jahrhunderte mit Fragen der Haushaltsführung beschäftigten, kann dies als eine Fortführung betrachtet werden.

Besonders hebt Kuiper die bahnbrechende Studie „A Theory of Consumption“ (1923) von Hazel Kyrk (1886–1957) hervor, einer amerikanischen Ökonomin an der University of Chicago. Sie versteht Konsum nicht nur als ein Ranking verschiedener Präferenzen, sondern untersucht auch den Kontext, in dem Konsumententscheidungen getroffen werden – etwa die Rolle von Normen, Werten, Budgetbeschränkungen, aber auch Marketing. Zudem trug sie zur Erstellung einer umfassenden Konsumerhebung bei, die die Grundlage für die Berechnung des Basisjahrespreises des offiziellen Verbraucherpreisindex lieferte. Ihre Studentin Margaret G. Reid (1896–1991) dürfte den meisten feministischen Ökonominen aufgrund des von ihr entwickelten „Dritte-Person-Kriteriums“ zur Bewertung von unbezahlter Arbeit ein Begriff sein.

Am Ende des Kapitels zum Konsum widmet sich Kuiper schließlich den Anliegen der Umwelt- und Klimabewegung, indem sie Arbeiten von (Öko-)Feministinnen wie Maria Mies, Vandana Shiva, Mary Mellor und Elli Perkins sowie von Ökonominen wie Elinor Ostrom und Kate Raworth aufgreift.

### **Was wir aus der „Herstory“ lernen können**

Im letzten Kapitel fasst die Autorin ihre wichtigsten Erkenntnisse des Buches zusammen: Die Ausgrenzung von Frauen bei der Entstehung der politischen Ökonomie hat wesentlich dazu beigetragen, wie wir heute „die Wirtschaft“ und produktive Tätigkeiten verstehen. Wirtschaftsschriftstellerinnen und Ökonominen kritisierten und kritisieren weiterhin diese eingeschränkte, androzentristische Denkweise. Ein maßgeblicher Beitrag des Buches ist die bewusste Einbeziehung weiblicher Stimmen abseits akademischer Institutionen, die Frauen lange Zeit den Zugang verweigerten und auch heute noch Strukturen aufweisen, die sie ausgrenzen.

Kuiper schließt mit den Herausforderungen unserer Zeit – der Klimakrise, der Pandemie (das Buch wurde 2020 fertiggestellt), dem Erstarken autoritärer Kräfte –, die auch die Wirtschaftswissenschaften vor immer neue Aufgaben stellen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Inklusion vielfältiger Perspektiven unerlässlich. Das Buch kann als Aufforderung an die ökonomische Disziplin verstanden werden, sich einerseits mit den (bewusst) vernachlässigten Erkenntnissen in der Geschichte des ökonomischen Denkens auseinanderzusetzen und andererseits zukünftig eine bessere Inklusion von cis-Frauen, nichtbinären und Transgenderpersonen, People of Color (POCs) sowie Menschen aus dem Globalen Süden in der ökonomischen Theorie zu gewährleisten.



## Fazit

Insgesamt ist Kuipers „A Herstory of Economics“ eine wertvolle Ergänzung zur dominanten Erzählung zur Entstehung der ökonomischen Denkschulen. Die Autorin zeigt, wie viel Pionierinnenarbeit von Frauen geleistet wurde, die von der ökonomischen Disziplin (willentlich) vernachlässigt wurde – sehr zum Nachteil der Wirtschaftswissenschaften. Obwohl der Großteil der vorgestellten Denkerinnen ebenso wie die sogenannten „Gründungsväter“ der Disziplin aus der Aristokratie oder Oberschicht in Europa und den USA stammten und zusätzlich weiß waren, bezieht Kuiper auch die Erkenntnisse von afroamerikanischen Frauen in den USA sowie die Perspektiven von Arbeiterinnen mit ein. Der geografische Fokus bleibt nichtsdestotrotz größtenteils auf Europa und die USA beschränkt.

Es ist zu hoffen, dass das Buch auch andere Autor:innen dazu inspiriert, die Aufarbeitung der „Herstory of Economics“ in ihren eigenen Ländern und Kontinenten weiterzuführen. In der Arbeiterkammer Wien haben wir im Jahr 2024 damit begonnen, Texte von Pionierinnen der feministischen Ökonomie in Österreich zu sammeln, und einen Ausschnitt davon in einem Reader publiziert (Bernegger et al. 2024).

## LITERATUR

**Astell, Mary (1695).** A Serious Proposal to the Ladies for the Advancement of their True and Greatest Interest. By a Lover of her Sex. Part I. London.

**Astell, Mary (1697).** A Serious Proposal to the Ladies. Wherein a Method is Offer'd for the Improvement of their Minds. By a Lover of her Sex. Part II. London.

**Astell, Mary (1700).** Some Reflections upon Marriage, Occasion'd by the Duke and Duchess of Mazarine's Case; which is also considered. London.

**Becker, Gary S. (1981).** A Treatise on the Family. Cambridge, MA, Harvard University Press.

**Beeton, Isabella Mary (1861).** Mrs. Beeton's Book of Household Management. London, Jonathan Cape.

**Bernegger, Julia/Derndorfer, Judith/Schultheiß, Jana/Witzani-Haim, Daniel (2024).** Pionierinnen der Feministischen Ökonomie in Österreich. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

**Collier, Mary (1739).** The Woman's Labour. Online verfügbar unter <https://www.eighteenthcenturypoetry.org/works/pc062-w0010.shtml> (abgerufen am 12.03.2025).

**Defoe, Daniel (1719).** On the Education of Women. English Essays from Sir Philip Sidney to Macaulay. Modern History Sourcebook. Online verfügbar unter <https://origin-rh.web.fordham.edu/Halsall/mod/1719defoe-women.asp> (abgerufen am 12.03.2025).

**Duck, Stephen (1736).** The Thresher's Labour. Online verfügbar unter <https://www.eighteenthcenturypoetry.org/works/o4741-w0030.shtml> (abgerufen am 12.03.2025).

**Grouchy de Condorcet, Sophie de (1798).** Lettres à C[abanis], sur la théorie des sentiments moraux. Translated into French from the 7th edition of Adam Smith's "Theory of Moral Sentiments". Paris, F. Buisson.

**Kyrk, Hazel (1923).** A Theory of Consumption. Boston, MA, Houghton Mifflin.

**Tonna, Charlotte Elizabeth (1843).** The Little Pin-Headers. In: C. E. Tonna. The Wrong of Women. Part III. London, Dalton. Repr. In: D. K. Barker/E. Kuiper (Hg.) (2014). Feminist Economics. Critical Concepts. London, Routledge, 60–67.



# Dromedar- oder Kamel- bzw. Trampeltiergesellschaft?

REZENSENT:IN  
Julia Hofmann\*

## WERK

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023).

Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft.

Frankfurt/Main, Suhrkamp Verlag. 540 Seiten. Gebundenes Buch. 25,00 EUR.

ISBN: 978-3-518-02984-8

## ZUSAMMENFASSUNG

Das Buch nimmt die weit verbreitete These einer tief gespaltenen Gesellschaft zum Anlass, die Frage zu stellen, ob Deutschland wirklich in zwei gegensätzliche politische Lager gespalten ist oder ob die Positionen der in Deutschland lebenden Menschen nicht doch breiter gestreut sind. Auf Basis empirischer Forschung zeigen die Autoren, dass die Polarisierungsthese nicht der Realität entspricht. Es gäbe zwar durchaus gesellschaftliche Konflikte, aber eben keine unüberbrückbaren Gegensätze oder einander spinnefeind gegenüberstehende politische Lager. Doch übersieht das Buch die zunehmende Verschiebung der gesellschaftlichen Normalität nach rechts und trägt damit zu seiner Legitimierung bei?

DOI  
10.59288/wug511.286

## Einleitung

Soziologische Bücher schaffen es nicht oft auf Bestsellerlisten oder werden in Tagesmedien wie der „Zeit im Bild“ rezipiert. Das 2023 erschienene Buch „Triggerpunkte“ hat es, ganz zur Verwunderung der Autoren, dennoch geschafft. Und das, obwohl „Triggerpunkte“ – ähnlich wie „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty – mit mehr als 500 Seiten ein relativ dickes Buch ist, voll gespickt mit Grafiken und

---

\* **Julia Hofmann:** Arbeiterkammer Wien.  
Kontakt: julia.hofmann@akwien.at

Statistiken. Nicht nur die Öffentlichkeit diskutiert derzeit intensiv über das von den Berliner Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser geschriebene Werk, auch die soziologische Fachwelt kommt daran nicht vorbei. Dies zeigt sich nicht nur bei den unzähligen Buchrezensionen auf einschlägigen Seiten, sondern auch anhand einer Debatte in der renommierten „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ im Jahr 2024, die sich rund um das Buch entsponnen hat (siehe Liebig 2024; Lessenich 2024, Mau et al. 2024, Nassehi/Saake 2024). Die Autoren erklären sich den Erfolg ihres Buches damit, dass es wohl nicht nur den Nerv der Zeit getroffen hat, sondern mit seiner zentralen Botschaft – jener, dass in unserer modernen Gesellschaft zwar soziale Konflikte gang und gäbe wären, wir aber nicht in einer gespaltenen Gesellschaft leben würden – auch die tiefsten Wünsche und Hoffnungen seiner Leser:innen zu erfüllen scheint: „Endlich auch mal gute Nachrichten“, sagten uns viele seufzend, „noch ist nicht alles verloren“ (Mau et al. 2024, 207). Die Autoren weisen im selben Atemzug zwar darauf hin, dass ihr Buch „keineswegs als ‚Beruhigungspille‘ verstanden werden sollte“ (ebenda), aber ein erleichtertes Aufseufzen sei wohl erlaubt.

Der alleinige Fokus auf die Botschaft als Erfolgsgarant des Buches ist wohl auch etwas zu kurz gegriffen. Es ist schon auch die Arbeit der Autoren selbst, die hier Anerkennung erfährt. Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt Universität in Berlin, ist wohl einer der berühmtesten zeitgenössischen Soziologen in Deutschland. Mit Büchern zu Themen wie sozialer Ungleichheit (z. B. „Lebenschancen: Wohin driftet die Mittelschicht?“, 2012 erschienen), Digitalisierung („Das metrische Wir: Über die Quantifizierung des Sozialen“, 2017 erschienen) oder der ostdeutschen Transformation („Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft“, 2019 erschienen) schaffte er es schon mehrfach, öffentlich breit rezipiert zu werden. Seine beiden Kollegen Thomas Lux und Linus Westheuser sind dem interessierten Fachpublikum nicht zuletzt durch ihre Bemühungen bekannt, dem Klassenbegriff in aktuellen politischen Auseinandersetzungen wieder mehr Beachtung zu geben.

### **„Ja, aber ...“: Einstellungen und Konflikte in der deutschen Gegenwartsgesellschaft**

Worum geht es nun in „Triggerpunkte“ genau? Das Buch nimmt die weit verbreitete These einer tief gespaltenen Gesellschaft zum Anlass, die Frage aufzuwerfen, ob Deutschland wirklich in zwei gegensätzliche Lager gespalten ist oder ob die Positionen der Bürger:innen nicht doch breiter gestreut sind. Mau, Lux und Westheuser bedienen sich dabei zweier Tierbilder: des Dromedars, das mit seinem einen Höcker als Symbol für eine „Normalverteilung“ der Einstellungen herhält, und des Kamels, das mit seinen zwei Höckern für eine Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager steht (7 f.). Auf Basis empirischer Forschung zeigen sie, dass Deutschland – zumindest auf der Ebene der Einstellungen und Positionen – keine Kamel-, sondern eine Dromedargesellschaft ist. Die Polarisierungsthese sei daher zu pauschal und entspreche nicht der Realität. Es gäbe zwar durchaus Konflikte, aber eben keine unüberbrückbaren Gegensätze oder einander spinnefeind gegenüberstehende politische Lager.

Zur Messung der Einstellungen und Positionierungen der in Deutschland lebenden Menschen ziehen die Autoren zum einen die für Deutschland verfügbaren Standarddatensätze (ALLBUS, Chapel Hill Expert Survey, ESS, EVS sowie SOEP) heran. Dies ermöglicht es ihnen, die Entwicklung der Einstellungen im Zeitverlauf darzustellen. Zum anderen haben sie eine eigene repräsentative Umfrage zu Fragen von Ungleichheit und sozialen Konflikten durchgeführt und diese um Fokusgruppenspezialdiskussionen ergänzt. Analysiert werden Einstellungen zu verschiedenen Aspekten sozialer Ungleichheiten. Mau, Lux und Westheuser fassen diese in vier von ihnen als „Arenen der Ungleichheitskonflikte“ (49) bezeichneten Bereichen zusammen. Anhand einer selbst entworfenen Heuristik unterscheiden sie „Oben-Unten-Ungleichheiten“ (also verteilungspolitische Konflikte um Ansprüche auf und den Zugang zu Ressourcen), „Innen-Außen-Ungleichheiten“ (also migrations- und integrationspolitische Konflikte rund um den Zugang zu Mitgliedschaft), „Wir-Sie-Ungleichheiten“ (also identitätspolitische Konflikte rund um den Zugang zu Anerkennung) und „Heute-Morgen-Ungleichheiten“ (also Konflikte um ökologische Entwicklungen). Diese Heuristik hilft ihnen dabei, die Konfliktwahrnehmungen zu Fragen sozialer Ungleichheit differenzierter zu betrachten und den vielfach künstlich konstruierten Gegensatz rund um Verteilungs- oder Anerkennungskonflikte zu umgehen.

Die drei Soziologen sehen sich die einzelnen Konfliktarenen im Buch dann auch minutiös hintereinander an – jeder Ungleichheitsarena werden ca. 40 bis 50 Seiten gewidmet. Sie werten die Einstellungen anhand zentraler sozialstruktureller Merkmale wie Klassenzugehörigkeit, Bildung, Alter und sozialräumlicher Lage (Stadt/Land, Ost/West) aus. Es wird gezeigt, dass bei allen untersuchten Einstellungen keine gesellschaftliche Polarisierung festzustellen sei. Es gäbe eher eine breite Mitte mit relativ unideologischen, volatilen und teilweise auch widersprüchlichen Einstellungsprofilen. Die Autoren fassen dies mit dem Begriffspaar „Ja, aber“ treffend zusammen: „Sie wollen Klimaschutz und niedrige Spritpreise; öffentliche Investitionen, Umverteilung und niedrige Steuern“ (208). Vergleicht man die vier Ungleichheitsarenen miteinander, zeigt sich im Zeitverlauf durchaus etwas Veränderung: So dominiert in der „Oben-Unten-Arena“ seit Langem zwar ein weit verbreitetes Unbehagen mit dem Ausmaß sozialer Ungleichheit. In einer „demobilisierten Klassengesellschaft“ (Dörre 2020) führt dieses Unbehagen allerdings nicht zu Widerstand, sondern wird akzeptiert bzw. durch die Dominanz von meritokratischen Verteilungsnormen und eine relative Zufriedenheit mit der eigenen Lage legitimiert. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit entsprechenden empirischen Befunden zu Österreich (Baumgarten/Hofmann 2023). Während im Zeitverlauf in der „Wir-Sie-Arena“ eine stärkere Liberalisierung und größere Anerkennung gegenüber diversen Identitäten und Lebensformen sichtbar wird, nehmen die sozialen Spannungen in der „Innen-Außen-Arena“ zu. Die „Heute-Morgen-Arena“ bezeichnen die Autoren schließlich als Konfliktfeld im Entstehen, weswegen sich die Richtung der Entwicklung noch nicht ausmachen lässt.

Ein spannender Befund der feinteiligen soziologischen Analysen ist die beständige Bedeutung von Klassenzugehörigkeiten und formalen Bildungsniveaus. Im

Gegensatz zu anderen Merkmalen wie Geschlecht, Alter oder Urbanitätsgrad zeigen sich hier doch deutliche Muster. Diese äußern sich nicht so stark als Klassenpolarisierung – also dass z. B. untere soziale Klassen systematisch ein anderes Einstellungsmuster vertreten als obere –, sondern als Klassenspezifik – also dass sich z. B. bei Personen in oberen sozialen Klassenlagen ideologisch konsistentere Einstellungsprofile ausmachen lassen als bei Personen in unteren sozialen Klassenlagen. Auch hier konnten wir vor einigen Jahren in Hinblick auf Verteilungsfragen einen ähnlichen Befund für Österreich ausmachen (Weiss/Hofmann 2016).

### **Zur Bedeutung von Triggerpunkten und Polarisierungsunternehmer:innen**

Spannend ist nun die Frage, warum trotz aller Einigkeit und Widersprüchlichkeit in den öffentlichen Debatten dennoch das Bild einer gespaltenen Gesellschaft dominiert. Dies erklären sich die Autoren vor allem über sogenannte „Triggerpunkte“. Diese lösen Empörungen aus und sind mit Befürchtungen zur Zukunft des gesellschaftlichen Miteinanders verbunden („Wo kommen wir denn da hin?“). Hierbei spielen Gerechtigkeitsvorstellungen und (scheinbare) Verletzungen legitimer Ansprüche eine zentrale Rolle. Das Versprechen formaler Gleichheit scheint bei diesen „Triggerpunkten“ nicht mehr zu gelten. Man befürchtet Ungleichbehandlungen (Bevorzugungen), Normalitätsverstöße, Entgrenzungen oder Verhaltenszumutungen. Als klassische „Triggerpunkte“ nennen Mau, Lux und Westheuser scheinbare „Sonderrechte“ für Minderheiten, Transfrauen in Frauenumkleiden, Quoten aller Art, Sprachreformen wie das Gender-Sternchen, Veggie-Tage oder die Diskussion rund um ein Tempolimit auf Autobahnen.

Doch diese „Triggerpunkte“ sind nicht per se gesellschaftlich umstritten. Damit sie die Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen „triggern“, braucht es den Autoren zufolge sogenannte „Polarisierungsunternehmer:innen“ (375). Diese sind begabt darin, auf der Klaviatur der Skandalisierung zu spielen, und inszenieren bzw. befeuern gesellschaftliche Konflikte. Folgt man den Autoren, wäre ohne diese „Polarisierungsunternehmer:innen“ der gesellschaftliche Spaltungsdiskurs deutlich weniger akzentuiert.

### **Dromedar- oder Trampeltiergesellschaft?**

„Triggerpunkte“ ist trotz seines Umfangs nicht zuletzt durch seine leichte Lesbarkeit und Stringenz ein absolut empfehlenswertes Buch. Die empirische Analyse ist gut gemacht und wird verständlich aufbereitet. Das Buch ist ein großer zeitdiagnostischer Wurf, der praktisch von allen bisherigen Rezensent:innen gelobt und mittlerweile auch in verschiedensten Kreisen sowohl in Deutschland als auch in Österreich breit diskutiert wird. Zwei Kritikpunkte tauchen in seiner Rezeption immer wieder auf: Der erste – dass tatsächliche materielle Spaltungen (wie z. B. Armut auf der einen und Reichtum auf der anderen Seite) von Mau, Lux und Westheuser nicht beachtet werden – lässt sich leicht entkräften: Dies war einfach nicht Thema ihrer Studie. Den Autoren geht es um Einstellungen und diskursive gesellschaftliche Konflikte. Diese können sich natürlich aus materiellen Konflikten speisen bzw. auf diese einwirken, aber dies ist eben nicht Thema des Buches.

Der zweite Kritikpunkt wirkt demnach schwerwiegender, kommt er doch u. a. von Stephan Lessenich, dem ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und aktuellen Direktor des renommierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Lessenich (2024, 187) wirft den Autoren vor, mit dem Buch „gesellschaftstragende Soziologie“ zu betreiben. Damit meint er nichts anderes, als dass sie der deutschen Mitte „nach dem Maul reden“ und ihre Einstellungen dadurch legitimieren würden. Da sich der gesellschaftliche Diskurs immer weiter nach rechts verschiebe, trage „Triggerpunkte“ zur Normalisierung von früher als undenkbar geltenden politischen Positionen bei. Deutschland sei mittlerweile eben keine Dromedar-, sondern zunehmend eine „Trampeltiergesellschaft“ geworden: „eine Gesellschaft, die in ihrer Suche nach Konsens [...] auf den Rechten von Nichtstaatsangehörigen und der Natur herum trampelt“ (ebenda, 191). Die Idee von scheinbar normalverteilten Einstellungen würden die Rhetorik von „Mitte“ und „Maß“ (ebenda, 189), die selbst eine tragende ideologische Stütze der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Deutschland sei, stützen.

Mau, Lux und Westheuser halten diesem Vorwurf entgegen, dass eine Darstellung des Status quo essenziell für eine zeitdiagnostische Einordnung gesellschaftlicher Verhältnisse sei. Durch ihre nuancierte Betrachtung wären sie auch in der Lage, Widersprüche in den Einstellungsmustern herauszuarbeiten, die bei der Vorstellung eines reinen „Extremismus der Mitte“ übersehen werden. Aus diesen Widersprüchlichkeiten und Paradoxien könnten sich auch Chancen für progressive Akteur:innen ergeben, um den gesamtgesellschaftlichen Diskurs wieder etwas nach links zu verschieben. So geht „[d]ie vehemente Zurückweisung von gendergerechter Sprache [...] bei vielen Befragten durchaus mit einer emphatischen Bejahung von Gleichstellung und einer straffen Kritik am Gender-Pay-Gap einher“ (Mau et al. 2024, 213). Die meiner Ansicht nach durchaus spannende Debatte zwischen einer kritisch-theoretischen Brille auf gesellschaftliche Verhältnisse und einer empirisch gesättigten zeitdiagnostischen Analyse endete bislang leider genau an dieser Stelle. Es ist zu hoffen, dass sie weitergeführt wird, denn genau ein Zusammenbringen dieser beiden sich derzeit noch scheinbar unversöhnlich gegenüberstehenden Ansätze wäre sicherlich fruchtbringend – nicht nur für die Sozialwissenschaft, sondern auch für die politische Linke.

#### LITERATUR

**Baumgarten, Florian/Hofmann, Julia (2023).** Diffuse Gefühle: Wie Einkommensunterschiede in Österreich bewertet werden. *Wirtschaft und Gesellschaft* 49 (1), 61–90. Online verfügbar unter <https://journals.akwien.at/wug/article/view/172> (abgerufen am 05.03.2025).

**Dörre, Klaus (2020).** Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft? In: Enno Stahl/Klaus Kock/Hanneliese Palm/Ingar Solty (Hg.). *Literatur in der neuen Klassengesellschaft*. München, Wilhelm Fink, 97–107.

**Lessenich, Stephan (2024).** Gesellschaftstragende Soziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 76, 187–192. <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00962-2>.

**Liebig, Stefan (2024).** Soziologische Aufklärung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 76, 199–205. <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00963-1>.

**Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2024).** „Ja, aber“: Gesellschaftliche Konflikte verstehen. Eine Replik. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 76, 207–220. <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00964-0>.

**Mau, Steffen (2012).** Lebenschancen: Wohin driftet die Mittelschicht? Frankfurt/Main, Suhrkamp.

**Mau, Steffen (2017).** Das metrische Wir: Über die Quantifizierung des Sozialen. Frankfurt/Main, Suhrkamp.

**Mau, Steffen (2019).** Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Frankfurt/Main, Suhrkamp.

**Nassehi, Armin/Saake, Irmhild (2024).** Über und unter der Oberfläche. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 76, 193–198. <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00965-z>.

**Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2016).** Reichtum: Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich. Working-Paper-Reihe der Arbeiterkammer Wien Nr. 153. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fulltext/AC13306787/1/> (abgerufen am 05.03.2025).



# Wie Beratungsunternehmen unsere Wirtschaft dominieren

REZENSENT:IN

Sebastian Reiss\*

WERK

Mazzucato, Mariana/Collington, Rosie H. (2023).

Die große Consulting-Show. Wie die Beratungsbranche unsere Unternehmen schwächt, den Staat unterwandert und die Wirtschaft vereinnahmt.

Frankfurt/New York, Campus Verlag. 328 Seiten. Gebundenes Buch. 26,00 EUR.

ISBN 978-3593516868

ZUSAMMENFASSUNG

Die Consultingbranche hat in den letzten Jahrzehnten stark an Einfluss gewonnen, viele Unternehmen und der staatliche Sektor greifen aufgrund von knappen Ressourcen auf Beratungsleistungen zurück. Mariana Mazzucato und Rosie Collington kritisieren in ihrem Buch „Die große Consulting-Show“ die wachsende Abhängigkeit staatlicher und privater Organisationen von Beratungsfirmen. Sie beschreiben, wie das Engagement von Consultingunternehmen zu langfristigen Abhängigkeiten und höheren Kosten führen, weil sie den Aufbau interner Kompetenz in Organisationen verhindern. Die Autorinnen zeichnen die Entstehungsgeschichte der Beratungsbranche nach und beschreiben, wie diese erfolgreich auf den Wellen der neoliberalen Wirtschaftsordnung reitet, Risiko vermeidet und Renten abschöpft, ohne ebenbürtige Mehrwerte zu schaffen. Mazzucato und Collington fordern stärkere Investitionen in die Kapazitäten des staatlichen Sektors und mehr Transparenz, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Sie betonen die Notwendigkeit eines „unternehmerischen Staates“, der aktiv in Innovation investiert und die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen durch kluge Investitionen und Kompetenzaufbau bewältigt.

DOI

10.59288/wug511.283

---

\* **Sebastian Reiss:** Arbeiterkammer Wien, Abteilung Betriebswirtschaft.  
Kontakt: sebastian.reiss@akwien.at

Die italienisch-US-amerikanisch-britische Ökonomin Mariana Mazzucato ist seit Jahren auch außerhalb von ökonomischen Fachkreisen einem breiteren Publikum durch mehrere Bestseller und ihre Umtriebigkeit in Politik, Medien und Forschung bekannt. Neben einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Publikationen verschaffen ihr vor allem ihre Bücher „Das Kapital des Staates“ (Mazzucato 2023), „Wie kommt der Wert in die Welt?“ (Mazzucato 2019) und „Mission“ (Mazzucato 2021) zu großer Bekanntheit. In ihren Büchern schafft sie es, die Schwachstellen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems und deren Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft für eine breite Leser:innenschaft verständlich aufzuzeigen, ohne dabei das wissenschaftliche Fundament ihrer Erklärungen zu vernachlässigen. Es geht Mazzucato in ihren Werken vor allem darum, grundsätzlich zu hinterfragen, wie Mehrwert in unserer Gesellschaft geschaffen wird, welche zentrale Rolle der öffentliche Sektor bei Innovationen spielt und wie unser Wirtschaftssystem durch ein gänzlich anderes Verständnis des staatlichen Sektors und ein aktives Handeln desselben profitieren würde.

Im Buch „Die große Consulting-Show“ beschäftigen sich Mariana Mazzucato, Professorin für Innovationsökonomie und Public Value am University College London, wo sie das Institute for Innovation and Public Purpose leitet, und ihre Doktorandin Rosie Collington mit der Rolle von Beratungsunternehmen in unserer Wirtschaft. Dabei beschreiben sie, wie deren Bedeutung in den vergangenen Jahrzehnten stark anwuchs und die Auslagerungen Unternehmen und den staatlichen Sektor daran hindern, Wissen in ihren Organisationen aufzubauen und Mehrwert für die Gesellschaft zu schaffen. Die Autorinnen erkennen zwar an, dass die heutige Größe der Consultingbranche nicht die Ursache der zahlreichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme ist. Jedoch betonen sie, dass es die Consultingfirmen durch ihr Handeln geschafft haben, auf den Wellen des neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems der vergangenen Jahrzehnte zu surfen und Renten zu extrahieren, ohne dabei einen diesen Renten ebenbürtigen gesellschaftlichen Mehrwert zu schaffen. Mit ihrem Werk liefern Mazzucato und Collington neben der scharfen Analyse auch einen Appell für ein neues Verständnis des öffentlichen Sektors und plädieren für eine Änderung des Narrativs, wie wir als Gesellschaft über den Staat denken, und treten für einen Staat ein, der aktiv ins Wirtschaftsgeschehen eingreift und durch klugen Kompetenzaufbau in der Verwaltung und das Eingehen von Risiken einen Mehrwert für die Gesellschaft schafft.

Mazzucato und Collington beginnen das Buch mit dem Stellen von Fragen, die sich viele erwerbstätige Personen schon des Öfteren gestellt haben: Warum werden so viele Aufgaben an Beratungsunternehmen ausgelagert? Welche Rolle spielt die Consultingbranche in der Wirtschaft insgesamt? Warum wollen so viele kluge Hochschulabsolvent:innen voller guter Absichten für Beratungsunternehmen arbeiten? Außerdem fragen sie, was diese Entwicklung über die heutige Form des kapitalistischen Wirtschaftssystems verrät. Bei der Analyse beschränken sich die Autorinnen auf große Beratungsunternehmen, wie die „Big Three“ der Beratungsbranche (McKinsey, Boston Consulting Group, Bain & Company) und die „Big Four“

der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (PwC, Deloitte, KPMG, Ernst & Young). Als große Consulting-Show bezeichnen sie dabei die Handlungen der Consultingbranche, die zwar nicht per se kriminell sind, aber von den Autorinnen als „Bauernfängerei“ bezeichnet werden, da sie einen Vertrauenstrick einsetzen, um Aufträge von ausgehöhlten und risikoaversen staatlichen Institutionen und Unternehmen zu bekommen.

### **Abhängig machen als Geschäftsmodell:**

#### **Organisationen von Lernenden zu Analphabeten machen**

Die Consultingbranche hat den Ruf, „objektiver“ Vermittler von Fachwissen zu sein, jedoch verhalten sich Consultingfirmen oft wie eine „Psychotherapeutin, die kein Interesse daran hat, dass ihre Klienten unabhängig und mental stark werden, sondern nutzt deren Probleme vielmehr, um sie in Abhängigkeit gefangen zu halten und sich so einen stetigen Honorarfluss zu sichern“ (17). Staatliche Behörden und Unternehmen, die Aufgaben nach außen vergeben, sparen dadurch zwar kurzfristig Kosten ein, langfristig gesehen steigen die Kosten und die Abhängigkeit von Beratungsfirmen jedoch an, weil die Kompetenzen, diese Aufgaben selbst zu erledigen verloren gehen. Dadurch bekommen Beratungsfirmen wiederum die Möglichkeit, an neue (Folge-)Aufträge zu kommen, und werden von externen und „unabhängigen“ Berater:innen zu einem dauerhaften Teil von Organisationen.

Die Autorinnen nennen im ganzen Buch verschiedene Fallbeispiele, die aufzeigen, wie die Tätigkeiten von Beratungsfirmen nicht nur scheinbar „unabhängige“ Expertise liefern, sondern immer häufiger auch die strategische Planung in Ministerien und Unternehmen übernehmen. In Frankreich und dem Vereinigten Königreich haben Beratungsfirmen beispielsweise während der COVID-19-Pandemie zahlreiche hoch dotierte Aufträge erhalten und waren an der Umsetzung von Test- und Impfprogrammen beteiligt – meist mit mäßigem Erfolg für hohe Kosten. Das Risiko dafür tragen letztlich jedoch immer der staatliche Sektor und damit die Allgemeinheit, da es bei einer bereits im Vorhinein vereinbarten Risikobeteiligung durch die Beratungsunternehmen für diese nicht lukrativ wäre, diese Tätigkeiten zu übernehmen.

Häufig wird davon ausgegangen, dass Organisationen Fähigkeiten und Wissen in Form von einer Transaktion wie Produkte im Supermarkt kaufen können. Im Fall von Unternehmen oder dem staatlichen Sektor, die ein Beratungsunternehmen engagieren, ist dies eine solche Transaktion. Dies täuscht jedoch darüber hinweg, dass Lernen ein schrittweiser und kollektiver Prozess in Institutionen ist. Die Leistungsfähigkeit einer Organisation besteht dabei aus der Summe des expliziten und impliziten Wissens, das im institutionellen Gedächtnis gespeichert ist. Dieses Wissen umfasst Kenntnisse aus vergangenen bewältigten Herausforderungen und Tätigkeiten, mit welchen die Organisation konfrontiert war. Von den Autorinnen werden im Buch Beispiele von Entwicklungsländern angeführt, die ohne externe Expertise gut mit der COVID-19-Pandemie umgehen konnten, da sie auf die kollektive Erfahrung des staatlichen Sektors mit den HIV- und Ebola-Epidemien zurückgreifen konnten.

Schwenken Institutionen von einem prozesshaften Lernen zu einem transaktionsbasierten Wissenseinkauf von Beratungsfirmen um, führt dies zu einem Verlust

an Know-how und Wissen in der jeweiligen Organisation. Dies hat zur Folge, dass Institutionen, die Tätigkeiten an Consultingfirmen auslagern, vergessen, wie man wesentliche Prozesse und Dienstleistungen selbst erbringt. Daraus resultiert wiederum eine stärkere Abhängigkeit, und die Consultants werden zu einem dauerhaften Teil der Organisationen. So beschreiben die Autorinnen Dänemark als Beispiel, wo immer mehr IT-Dienstleistungen vom staatlichen Sektor an Beratungsunternehmen ausgelagert wurden. Nach einiger Zeit ging so viel Wissen aus dem institutionellen Gedächtnis verloren, dass der staatliche Sektor verlernte, mit Veränderungen in diesem Bereich umzugehen. Im Buch wird der ehemalige Beschaffungsleiter der Apollo-Raumfahrtmissionen zitiert, dem zufolge es von enormer Bedeutung für den öffentlichen Sektor sei, die Fähigkeit zu haben, erfolgreich Verträge zu günstigen Konditionen auszuhandeln: „Sollte die Behörde in diese Kompetenz nicht mehr investieren, werde sie das Verständnis für das eigene Umfeld verlieren“ (179).

Die Autorinnen plädieren für Investitionen in eine starke staatliche Verwaltung, da diese langfristig nicht nur viel Geld durch Skalen- und Lerneffekte einsparen würde, sondern auch ein wichtiges Rückgrat gegen Korruption und Vetternwirtschaft bietet. Nur eine gut ausgestattete Verwaltung könne politischer Inkompetenz vorbeugen und die Interessen der Öffentlichkeit gegen Partikularinteressen des privaten Sektors verteidigen.

### **Die Consultingbranche als Profiteur der neoliberalen Wende**

Die Autorinnen zeichnen auch die Geschichte der Consultingbranche nach und konzentrieren sich dabei vor allem auf das Vereinigte Königreich und die USA, da in den angelsächsischen Ländern Beratungsunternehmen am weitesten verbreitet sind. Die ersten Beratungsunternehmen wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA gegründet. Während diese anfangs noch als externe Quelle von Informationen und Expertise dienten, wurden später immer mehr Management- und Verwaltungstätigkeiten an Consultingfirmen ausgelagert. Sie trugen dazu bei, dass bestimmte Denkschulen – allen voran der Neoliberalismus – von Universitäten und Thinktanks in die Unternehmen und den staatlichen Sektor getragen wurden. Die Entstehung der Beratungsfirma McKinsey ist ein gutes Beispiel dafür, war deren Gründer James O. McKinsey doch Professor an der University of Chicago und profitierte von der Weltwirtschaftskrise, weil er Unternehmen, die sich in einer finanziellen Schieflage befanden, Rat bot. Er empfahl den Unternehmen, in großem Stil Beschäftigte zu entlassen, und wurde so als externer, scheinbar unabhängiger Experte herangezogen, um unbequeme Entscheidungen zu legitimieren. Dieses Muster gilt auch heute noch als ein wichtiger Grund, warum Beratungsunternehmen engagiert werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg halfen Beratungsunternehmen bei der Gestaltung des Nachkriegskapitalismus mit und trugen dazu bei, dass immer öfter unternehmerische Denkweisen und Strukturen im öffentlichen Sektor etabliert wurden. Ein Katalysator dafür war der Marshallplan, der die Expansion amerikanischer Beratungsfirmen nach Europa förderte.

Die Wahlsiege von Margaret Thatcher und Ronald Reagan Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre läuteten das Ende des Kapitalismus keynesianischer Prägung ein, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorherrschend war. Nunmehr standen neoliberale Reformen, Privatisierungen und Outsourcing auf der politischen Agenda, getrieben von der Maxime, dass Märkte der einzige Schöpfer von gesellschaftlichen Werten seien. Von diesem Trend konnte die Beratungsbranche stark profitieren. Beratungsunternehmen warben aktiv für die Privatisierung von Staatsunternehmen und das Outsourcing von staatlichen Dienstleistungen. Die Berater:innen fungierten dabei auch als Verbreiter:innen der Theorie des New Public Management, die besagt, dass Verfahren im öffentlichen Dienst an jene im privaten Sektor anzugleichen sind, um die Effizienz zu steigern.

Während der Schuldenkrisen in südamerikanischen und afrikanischen Ländern waren Consultingfirmen als „Privatisierungsspezialisten“ im Einsatz und wurden von internationalen Kreditgebern wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds für die Umsetzung der Sparvorschriften empfohlen. „Neoliberale Strategien wurden von Wissenschaftler:innen, Staaten und Finanzinstituten im Globalen Norden erdacht, aber Beratungsfirmen halfen dabei, die Veränderungen vor Ort im Globalen Süden umzusetzen und sicherzustellen, dass die neoliberale Transformation des Kapitalismus global vonstattengeht“ (67).

Der dritte Weg (Giddens 2000), der unter dem US-Präsidenten Bill Clinton und dem britischen Premierminister Tony Blair in den 1990er-Jahren beschritten wurde, bedeutete für die Consultingbranche weitere lukrative Auslagerungen von Dienstleistungen in Form von langfristigen Verträgen und öffentlich-privaten Partnerschaften, die dazu führen, dass der private Sektor Infrastruktur aufbaut, betreibt und dem Staat zur Verfügung stellt. Zwar scheinen die Schulden so nicht unmittelbar in der Staatsbilanz auf, jedoch sind die Finanzierungskosten oft höher, als wenn der Staat selbst Kredite aufnimmt.

### **Risiko vermeiden und Renten abschöpfen**

In der Theorie werden Consultants als Expert:innen, Verstärkung und Moderator:innen engagiert, die Know-how und technisches Wissen einbringen und dadurch Mehrwert generieren. Da dieser reale Wert des Consultings oft schwer zu ermitteln ist, geht es häufig nur darum, einen Eindruck von Mehrwert zu erzeugen. Dabei helfen nicht nur diskursive Tricks und gutes Auftreten, sondern auch ein weit verzweigtes Netzwerk von Ressourcen und Kontakten, welche den Beratungsunternehmen helfen, Vertrauen in den Wert von Beratung und den Berater:innenberuf zu schaffen. Staat und Unternehmen haben oft mit knappen (Personal-)Ressourcen zu kämpfen und sehen sich dadurch gezwungen, auf Verstärkung von außen zurückzugreifen.

Die Consultingbranche schafft es auch, Absolvent:innen von Eliteuniversitäten zu rekrutieren, was zusätzlich Vertrauen bei den Kund:innen schafft. Die Gründe, warum junge Menschen eine Karriere bei einem Beratungsunternehmen anstreben, sind vielfältig und umfassen unter anderem die gute Bezahlung, die Vielfalt an Tätigkeiten, die Möglichkeit, etwas bewirken zu können, womit die Consultingunternehmen

aktiv werben, sowie das Versprechen, Fachwissen aufbauen zu können. Viele Beschäftigte in der Consultingbranche beklagen jedoch, dass die Vermittlung von Fachwissen deutlich zu kurz kommt und nur allgemeines Managementwissen transportiert wird. Jedoch zeigen Umfragen, dass Consultants glauben, dass sie über Fachwissen verfügen (129). Wie der Soziologe Charles W. Mills in seinem Werk „Die Machtelite“ (Mills 2019) beschreibt, treten auch Netzwerkeffekte auf, die erklären können, warum die Consultingbranche so viel Einfluss hat: Personen in mächtigen Positionen haben meist Freund:innen und Bekannte, die ebenfalls in mächtigen Positionen sind. Netzwerke von Absolvent:innen der Top-Unis reichen meist in die Organisationen, die für Beratungsleistungen bezahlen. Die großen Beratungsunternehmen haben den Aufbau dieser Netzwerke in den vergangenen Jahren massiv forciert und Alumni-Center in ihren Firmen ins Leben gerufen. Auch pseudowissenschaftliche Zeitschriften ohne jegliche wissenschaftliche Begutachtung und Standards, wie etwa das „McKinsey Quarterly“, wurden gegründet, um den Klient:innen den Anschein von Wissenschaftlichkeit und Expertise zu vermitteln.

Beratungsunternehmen werben oft mit branchenspezifischer Expertise, obwohl nur der:die Teamleiter:in tatsächlich über Arbeitserfahrung im einschlägigen Bereich verfügt. Auch der große Pool an bereits durchgeführten Beratungen wird als Asset für Kund:innen vermittelt. Jedoch stellt dies oft ein Hindernis für maßgeschneidertes Vorgehen für die speziellen Herausforderungen der jeweiligen Kund:innen dar. So gibt ein Consultant, den die Autorinnen interviewt haben, an, dass „50 Prozent der Folien, die wir einsetzen, schon bei anderen Kunden verwendet wurden und sehr oberflächlich waren“ (136).

Mazzucato und Collington betonen, dass die Consultingbranche von einem Risikogefälle zwischen den Auftraggeber:innen (Staaten und Unternehmen) und den Auftragnehmer:innen (Beratungsunternehmen) profitiert. Manager:innen bei Beratungsfirmen bekommen Boni, wenn Gewinne steigen oder wenn sie ein bestimmtes Ziel erreichen. Diese Manager:innen haften jedoch nicht für die Risiken, die sie selbst eingehen. Diese werden, wie im Buch am Beispiel der COVID-19-Pandemie im Vereinigten Königreich angeführt, von den Arbeiter:innen, die von den Beratungsunternehmen im Auftrag der Regierung engagiert werden, getragen. Diese Beschäftigten in den Test- und Impfzentren trugen das unmittelbare Gesundheitsrisiko, waren mit Jobverlust bedroht und befanden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit niedrigem Gehalt, während die Consultingfirmen Renten abschöpfen konnten.

Ähnliches gilt für die weltweite Finanzkrise: Beratungsunternehmen waren zwar nicht die Verursacher, jedoch segneten die „Big Four“ der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Bilanzen in Milliardenhöhe von Banken ab, die kurz darauf in die Insolvenz schlitterten. In der Folge profitierten Beratungsfirmen wiederum von Aufträgen zur Umsetzung groß angelegter Sparpakete in vielen Ländern, etwa in Griechenland und Spanien.

### **Interessenkonflikte: Ölmultis und Regierungen als Auftraggeber**

Die Autorinnen Mazzucato und Collington beschreiben in mehreren Kapiteln deutliche Interessenkonflikte, in denen sich viele Beratungsunternehmen befinden, und dass dies eine bedeutende Gefahr für die Demokratie und das Klima darstellt. Alle Maßnahmen, die eine Regierung mit ihrer politischen Agenda umsetzt, erzeugen bestimmte Gewinner:innen und Verlierer:innen. Als Beispiel nennen die Autorinnen die Finanzkrise, in der vor allem Lohnarbeiter:innen und ärmere Schichten zu den Verlierer:innen zählten, da die Politik dem Schutz der Anleger:innen insolventer Banken eine hohe Priorität einräumte. Wäre der primäre Fokus auf dem Erhalt von Arbeitsplätzen gelegen, wären die Verteilungseffekte andere gewesen.

Spannend ist dies, weil Beratungsfirmen oft Regierungen und Unternehmen beraten, die diametral gegensätzliche Interessen verfolgen. Dies führt zu Interessenkonflikten bei den Consultingunternehmen. So beraten diese unter anderem globale Konzerne, die im Geschäft mit fossilen Energieträgern ein Vermögen verdienen, dahin gehend, sich ein möglichst grünes und nachhaltiges Image zu verpassen. Dabei geht es oft nicht darum, tatsächlich die Produktion nachhaltiger zu gestalten, sondern für Investor:innen einen nachhaltigen Eindruck zu vermitteln. Gleichzeitig beraten dieselben Beratungsunternehmen personell ausgedünnte Ministerien, die im Interesse der Bevölkerung Vorschriften und Nachhaltigkeitsziele verschärfen wollen. Dabei gewinnen sie durch ihre Arbeit im öffentlichen Sektor nicht nur wichtiges Insiderwissen, das sie bei ihren Beratungen für Konzerne einsetzen können, sondern sind oft auch bei der Ausgestaltung der Regeln, mit denen unter anderem Interessenkonflikte verhindert werden sollen, mit dabei. Des Weiteren standen auch bei finanziellen Geschäften und Beratungsaufträgen schon Interessenkonflikte im Raum, wie Mazzucato und Collington anhand des Engagements von McKinsey bei der Restrukturierung der Staatsschulden von Puerto Rico beschreiben. Eine Tochtergesellschaft der Beratungsfirma war an einem Hedgefonds beteiligt, der große Summen an Schuldscheinen Puerto Ricos verwaltete, und McKinsey stand im Verdacht, dadurch indirekt auch monetär zu profitieren (197 f.; siehe dazu auch Williams Walsh 2018).

Ein demokratiepolitisches Problem ist außerdem die weitgehende Intransparenz der verschiedenen Auftraggeber der Beratungsunternehmen. Die Regeln und Anforderungen für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind in den meisten Ländern streng gesetzlich geregelt. Für Consultingunternehmen gibt es jedoch meist keine oder nur sehr lasche Transparenzregeln. So sind die meisten Verträge zwischen Beratungsunternehmen und Regierungen nicht öffentlich einsehbar, und den Wähler:innen ist nicht bewusst, dass hier Consultants an verschiedensten Stellen im öffentlichen Sektor tätig sind. Die Autorinnen beschreiben, dass sich speziell im Vereinigten Königreich zahlreiche Abgeordnete in einer Doppelrolle befinden, da sie neben ihrer Abgeordnetentätigkeit auch als Consultants bei Beratungsunternehmen arbeiten oder aufgrund ihres Werdeganges oder persönlicher Verbindungen gute Kontakte zu diesen unterhalten.

### **Vier Visionen für ein neues Verständnis des öffentlichen Sektors**

Die Consulting-Show verhindert, dass Regierungen und Unternehmen in ihren Organisationen das Wissen entwickeln, um die Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls positiv zu gestalten. Dies stellt ein entscheidendes Problem für die Innovationsfähigkeit und die Demokratie dar. Als Gegenentwurf präsentieren Mazzucato und Collington am Ende des Buches vier Visionen für ein neues Verständnis des staatlichen Sektors in der Wirtschaft:

Erstens plädieren die Autorinnen dafür, das Narrativ und den Auftrag für den öffentlichen Dienst zu erneuern, indem man anerkennt, dass der Staat in der Wirtschaft eine wertschöpfende Wirkung entfaltet. Die Voraussetzung eines „unternehmerischen Staates“, der aus einem Netzwerk von dynamischen öffentlichen Institutionen besteht, die in Innovation investieren und sich die Risiken aufteilen, ist, dass wir als Gesellschaft den Staat als eine wertschöpfende Kraft wahrnehmen.

Zweitens betonen Mazzucato und Collington die enorme Bedeutung für den öffentlichen Sektor, in den Aufbau interner Kapazitäten und Fähigkeiten zu investieren. Laufbahnen im öffentlichen Sektor sollten für wissbegierige und zielorientierte Personen attraktiv sein. So sollten diese beispielsweise die Möglichkeit zur Fortbildung und Entfaltung auch im staatlichen Sektor haben. Wenn der Staat von den jungen Berufsanwärter:innen als eine positive Kraft wahrgenommen wird, die Märkte erfolgreich gestaltet, anstatt allein auf Umverteilung zu setzen, wäre dies zuträglich für dessen Attraktivität als Arbeitgeber.

Drittens sollte es das erklärte Ziel von Beratungsleistungen sein, dass die beauftragende Institution aus der Beratung Schlüsse zieht und das Wissen ins institutionelle Gedächtnis aufnimmt. Dafür ist eine Kosten-Nutzen-Analyse nicht immer geeignet, da Erfolg sich am besten auf der Grundlage dessen bewerten lässt, wie Organisationen und das sie umgebende Ökosystem mittel- und langfristig in vielen Teilbereichen von einer Maßnahme profitieren. Die Übertragungseffekte der Apollo-Missionen dienen dafür als ein gutes Beispiel.

Viertens betonen die Autorinnen die enorme Wichtigkeit von Transparenz in der Consultingbranche, um Interessenkonflikten vorzubeugen. Demokratische Gesellschaften sollten darüber Bescheid wissen, welche Beratungsunternehmen den öffentlichen Sektor beraten und welche Geschäftsbeziehungen eventuell die Interessen der Allgemeinheit unterlaufen.

Im Zentrum dieser vier Visionen steht das Staats- und Regierungsverständnis der beiden Autorinnen, wonach „demokratisch gewählte Regierungen die Schlüsselakteure sind, die den notwendigen Umfang an Ressourcen wie auch die Legitimität besitzen, um Volkswirtschaften so zu gestalten, dass sie die großen ökonomischen und sozialen Probleme lösen können“ (250). Sie betonen, dass Gestalten dabei nicht heißt, dass der staatliche Sektor alles lenken soll, sondern kluges Investieren in die Fähigkeiten und Kapazitäten des Staates, um „Systeme und Infrastrukturen zu erneuern und zu Programmen zu gelangen, die einem demokratischen Mandat folgen“ (250).



## Fazit

Mit ihrem Buch „Die große Consulting-Show“ legen die Autorinnen eine umfassende Bestandsaufnahme über Macht und Auswirkungen der Consultingbranche vor. Neben der Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung der Beratungsunternehmen und ihrer Rolle in unserem Wirtschaftssystem und der Analyse des Status quo werden auch Visionen für die Zukunft formuliert. Dabei beeindruckt die Autorinnen mit einem holistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis, das Mariana Mazzucato schon in ihren bisherigen Werken unter Beweis gestellt hat. Sie verknüpfen die gesellschaftlichen Problemstellungen auch treffsicher mit politischen Entwicklungszyklen und Phänomenen der letzten Jahrzehnte und belegen dies mit Interviews mit Beschäftigten aus der Consultingbranche, Unternehmen und dem staatlichen Sektor sowie einer großen Anzahl an Quellenverweisen. Hervorzuheben ist auch, dass die Autorinnen den Leser:innen positive Visionen für ein neues und besseres Staatsverständnis mit auf den Weg geben. Das Buch ist eine absolute Pflichtlektüre für jene, denen ein aktiver, starker und resilienter Sozial- und Wohlfahrtsstaat im Interesse der Vielen ein wichtiges Anliegen ist.

## LITERATUR

**Giddens, Anthony (2000).** Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt a. Main, Suhrkamp. ISBN: 978-3518410448.

**Mazzucato, Mariana (2019).** Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern. Frankfurt a. Main, Campus. ISBN: 978-3-593-50998-3.

**Mazzucato, Mariana (2021).** Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft. Frankfurt a. Main, Campus. ISBN: 978-3-593-51274-7.

**Mazzucato, Mariana (2023).** Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. Frankfurt a. Main, Campus. ISBN: 978-3-593-51687-5.

**Mills, C. Wright (2019).** Die Machtelite. Frankfurt a. Main, Westend. ISBN: 978-3-86489-270-7.

**Williams Walsh, Mary (2018).** McKinsey Advises Puerto Rico on Debt. It May Profit on the Outcome. The New York Times (26.09.2018). Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2018/09/26/business/mckinsey-puerto-rico.html> (abgerufen am 20.01.2025).



# Politische Tabubrüche im Kontext globaler Umwälzungen

REZENSENT:IN

Bastian Henriquez Blauth\*

WERK

Schneider, Etienne (2023).

Neue deutsche Europapolitik. Währungsunion und Industriepolitik  
zwischen Eurokrise und geopolitischer Wende.

Frankfurt am Main, Campus Verlag. 546 Seiten. Gebundenes Buch. 48,00 EUR.

ISBN 978-3-593-51786-5

ZUSAMMENFASSUNG

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Umbrüche und Krisentendenzen des exportlastigen Wirtschaftsmodells der BRD analysiert Etienne Schneider, welche Interessen und Konflikte dem Wandel der deutschen Europapolitik zugrunde liegen. Anhand der Auseinandersetzungen um eine gemeinsameuropäische Verschuldung im Zuge der Coronakrise und um Deutschlands industriepolitischen Kurswechsel seit 2019 zeigt er, warum Deutschlands ordoliberalen Selbstbild zusehends bröckelt und was das für die europäische Wirtschaftsintegration bedeutet. Angesichts der neuen Dynamik geopolitischer Konkurrenz bzw. der Gefahr des Abstiegs des deutschen Produktionssystems in der internationalen Arbeitsteilung war die deutsche Bundesregierung dazu bereit, von ordoliberalen Prinzipien abzurücken und sich französischen Positionen anzunähern. Da progressive und solidarische Alternativen zur dominanten Krisenpolitik in der EU in der Vergangenheit insbesondere am Widerstand Deutschlands scheiterten, liefert die Analyse der deutschen Positionsverschiebungen – also der Bruch mit marktliberalen Prinzipien in der Industriepolitik bzw. mit dem fiskalpolitischen Tabu einer „Schulden- und Transferunion“ – wichtige Anhaltspunkte für die Debatte um die neoliberale Ausrichtung der europäischen Wirtschaftsintegration sowie die progressive Reformierbarkeit der EU.

DOI

10.59288/wug511.293

---

\* **Bastian Henriquez Blauth:** Arbeiterkammer Wien.  
Kontakt: bastian.henriquez@akwien.at

Etienne Schneiders Buch, das auf seiner Dissertation basiert, nötigt seinen Leser:innen Respekt ab. Sein Werk fußt auf einem regulationstheoretischen Ansatz, demzufolge der kapitalistische Akkumulationsprozess grundsätzlich krisenhaft ist und durch unterschiedliche Formen der Regulation stabilisiert werden muss. Wenn Regulationsweise und Akkumulationsregime ineinandergreifen und sich eine stabile Formation herausbildet, kann von einer konkreten Entwicklungsweise gesprochen werden. Aufbauend auf diesem Ansatz (und mit methodologischer Akribie) verfolgt seine Arbeit das Ziel, die deutsche Positionierung zur europäischen Wirtschaftsintegration durch eine Analyse der Positionen, Interessen, Strategien und Konfliktlinien innerhalb des deutschen Machtblocks zu entschlüsseln. Interessierte Leser:innen sollten sich jedoch nicht vom Umfang und anspruchsvollen theoretischen Zugang abschrecken lassen. Das Buch ist dicht an Informationen und bietet einen detailscharfen Überblick über die Entwicklungsweise und die wachsenden Krisentendenzen des deutschen Kapitalismus im Kontext des europäischen Integrationsprozesses. Darüber hinaus liefert die Analyse wertvolle Anhaltspunkte für die Diskussion über die progressive Reformierbarkeit der EU.

### **Die Rekonfiguration des „Modells Deutschland“**

Eine der zentralen Thesen des Autors ist, dass der Erfolg des „Exportweltmeisters“ zum einen durch die Schwächung der Arbeiter:innenklasse und zum anderen durch die neoliberale Integrationsweise in der EU ab den 1980er-Jahren begünstigt wurde. Die neoliberale Wende in Deutschland läutete nicht einfach die Erosion bzw. Desorganisation dessen ein, was Helmut Schmidt in den 1970er-Jahren das „Modell Deutschland“ nannte (und sich in regulationstheoretischen Begriffen als fordistische Entwicklungsweise fassen lässt). Vielmehr mündete die Rekonfiguration des deutschen Fordismus, der der BRD „dreißig goldene Jahre“ beschert hatte, in eine neue postfordistische (vulgo neoliberale) Entwicklungsweise. Maßgeblich für die Stabilisierung dieser Entwicklungsweise war zunächst die Regulation des Lohnverhältnisses. So kam es zu einer massiven Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Die Kapitaleite verfügte aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit ab den 1990er-Jahren über ein mächtiges Druckmittel, dessen Schlagkraft durch die Hartz-Reformen und die (angedrohte) Standortverlagerung durch Offshoring oder Outsourcing noch einmal erhöht wurde. Vor diesem Hintergrund kam es zur Aushöhlung des Tarifvertragssystems – die Tarifvertragsabdeckung Industriebeschäftigter sank zwischen 1995 und 2013 um 30 %.

### **Es kann nur einen Exportweltmeister geben**

Auf diese Weise konnte das deutsche Industriekapital seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigern. Der Exportweltmeister profitierte aber auch massiv von der neoliberalen Integrationsweise in der EU ab den 1980er-Jahren. Zunächst schränkte die europäische Wettbewerbs- und Beihilfenpolitik die industriepolitischen Spielräume der Mitgliedsstaaten empfindlich ein (Europäisierung der Regulation des Konkurrenzverhältnisses). Diese strikt wettbewerbsorientierte Regulation begünstigte

folglich eine weitere Erschließung der europäischen Märkte durch das konkurrenzfähige deutsche Industriekapital.

Überdies legt der Autor dar, dass die Etablierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) dauerhaft das „Aufwertungsproblem“ der deutschen Exportindustrie löste (Europäisierung der Regulation des Geldverhältnisses). Betrug der Exportüberschuss der BRD im Jahr 2000 noch 59 Milliarden Euro, belief er sich 2007 bereits auf 195 Milliarden Euro. Eine solche Explosion der Exportüberschüsse wäre ohne die Einführung des Euros nicht möglich gewesen. Ohne die Währungsunion wäre die deutsche Währung im Verhältnis zur französischen oder italienischen aufgewertet worden – der Preisvorteil wäre auf dem Weltmarkt gar nicht erst entstanden, und Deutschland hätte seine Nachbarn nicht durch Niedriglöhne „nieder konkurrieren“ können. Im Rahmen der neoliberalen Entwicklungsweise „radikalisierte“ sich so die Exportorientierung Deutschlands weiter. Zwischen 1999 und 2007 trug der Export zu ca. 80 % zum realen Wachstum des BIP bei.

Das exportorientierte Industriekapital konnte bis 2007 noch Exportüberschüsse in der WWU erzielen und bis 2016 die austeritätsbedingt eingebrochene Nachfrage auf den europäischen Märkten durch eine Reorientierung in Richtung der Emerging Markets ausgleichen. Seit 2017 stößt die deutsche Exportfixiertheit jedoch zusehends an ihre Grenzen, da die Nachfrage in den Emerging Markets erlahmt und China das deutsche Industriekapital in seinen Kerndomänen unter Druck setzt.

### **Schlüsselkonflikte und ordoliberaler Sündenfälle**

Schon die erste Hälfte des Buches, in der der Autor die Entwicklungsdynamik des deutschen Kapitalismus im Kontext der europäischen Wirtschaftsintegration beschreibt, macht es zu einem lesenswerten Nachschlagewerk. In der zweiten Hälfte liegt der Fokus auf zwei Konflikten bzw. zwei zentralen Fragen: Warum pochte die deutsche Bundesregierung während der Coronakrise, anders als im Zuge der Eurokrise, nicht auf Austeritätspolitik, sondern stimmte einer gemeinsamen europäischen Verschuldung und Umverteilung im Rahmen des EU-Wiederaufbaufonds (NextGenerationEU) zu? Und wie kam es zu den grundlegenden Verschiebungen in der deutschen Position zur EU- Wettbewerbs- und -Industriepolitik, die in deutlichem Widerspruch zur ordoliberalen wirtschaftspolitischen Tradition der BRD stehen? Während die BRD sich seit den 1980er-Jahren für eine rein wettbewerbsorientierte, neoliberale Ausgestaltung der EU-Wettbewerbspolitik einsetzte, die die industriepolitischen Spielräume der Mitgliedsstaaten möglichst beschneiden sollte, wurden ab 2019 zahlreiche ambitionierte industriepolitische Initiativen lanciert.

### **Fiskalpolitischer Quantensprung oder Minimalkompromiss?**

Ausgehend von der Annahme, dass die Positionierung der Bundesregierung sich als ein Kompromiss zwischen verschiedenen Fraktionen (Parteien, Gewerkschaften, Industrieverbänden etc.) des deutschen Machtblocks verstehen lässt, und basierend auf der Analyse verschiedener Akteurskonstellationen (national-regressive, sozial-integrationistische, ordoliberal-defensive Akteursgruppe etc.) ergründet

der Autor diese bemerkenswerten Positionsverschiebungen. Den Kurswechsel der Bundesregierung in der Coronakrise – also den Bruch mit dem europapolitischen Tabu einer „Schulden- und Transferunion“ – bewertet Etienne Schneider als eine Verschiebung in Richtung der Positionierung des exportorientierten Kapitals. Diese Verschiebung erklärt er vor allem mit der Angst vor einem Auseinanderbrechen der EU (insbesondere vor einem „Italexit“) und der neuen Dynamik geopolitischer Konkurrenz. Die Sicherung der WWU wird im deutschen Machtblock zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung der Einheit und geopolitischen Handlungsfähigkeit der EU gesehen.

Diese Handlungsfähigkeit wird aufgrund der Erosion der US-Hegemonie zunehmend als belangvoll erachtet, um die globale Freihandelsarchitektur zu erhalten bzw. abzusichern. Ebenso soll einer inneren Spaltung der EU zwischen den USA und China vorgebeugt werden. NextGenerationEU kann so auch als Versuch verstanden werden, eine Veräußerung kritischer Infrastrukturen an chinesische Investoren in Südeuropa zu vermeiden, wie sie im Zuge der austeritätspolitischen Bearbeitung der Eurokrise erfolgte. Die Konzessionsbereitschaft des deutschen Machtblocks gegenüber Frankreich und Südeuropa im Hinblick auf eine Risikoteilung und Transfermechanismen zur Stabilisierung der WWU dürfte so auch in Zukunft wachsen. Doch wie bereits in der Eurokrise war die Bundesregierung auch in der Coronakrise lediglich bereit, das absolut Notwendige zu tun, um die WWU auf kurze Sicht vor einer Desintegration zu bewahren. NextGenerationEU bildet somit keine Ausgangsbasis für einen Übergang von einer „Stabilitäts-“ zu einer „Fiskalunion“: Die Geldmittel wirken zwar leicht konjunktursynchronisierend, die „One size fits none“-Problematik, also dass die Geldpolitik im Euroraum nicht gezielt auf die Entwicklungstendenzen einzelner Länder reagieren kann, bleibt jedoch bestehen.

### **Deutsche Abstiegsängste und geopolitische Umbrüche**

Im Gegensatz zur gemeinsamen europäischen Verschuldung im Rahmen von NextGenerationEU stellt die industriepolitische Positionsverschiebung des deutschen Machtblocks durchaus einen Paradigmenwechsel dar. Im Angesicht der Krisentendenzen des deutschen Exportmodells, insbesondere im Kontext des Aufstiegs Chinas und der drohenden Gefahr eines Abstiegs des deutschen Produktionssystems in der internationalen Arbeitsteilung, drängt das exportorientierte Industriekapital mit Unterstützung der Gewerkschaften verstärkt auf eine stärker interventionistische Industriepolitik. Dafür wird auch die Aushöhlung der EU-Wettbewerbsregeln, vor allem im Bereich der EU-Fusions- und -Beihilfenkontrolle, in Kauf genommen. Ausschlaggebend für diese Umorientierung ist eine grundlegend neue Problemstellung: der Erhalt einer eigenständigen technologischen Position Deutschlands bzw. der EU gegenüber China und den USA angesichts der zunehmenden geopolitischen Rivalität und der sich abzeichnenden Entkopplung von Technologiesphären.

### **Geoökonomische Entwicklungslinien und progressive Einfallstore**

Etienne Schneider beschließt sein Werk mit der Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus seiner Untersuchung für die Diskussion über eine progressive Reformierbarkeit der EU ergeben. Er bewertet die Positionsverschiebungen des deutschen Machtblocks als Versuch, „die durch die Austeritätspolitik im Zuge der Eurokrisenbearbeitung freigesetzten Zentrifugalkräfte und Desintegrationstendenzen wieder einzufangen“ (433). So zeigt sich einerseits, dass die Orientierung des deutschen Machtblocks an der Durchsetzung von innerer Abwertung und Austerität nicht so verfestigt ist, wie es bis Mitte der 2010er-Jahre schien. Auch die sich intensivierende industriepolitische Konkurrenz zwischen den USA, China und der EU könnte dazu führen, dass der deutsche Machtblock seine ablehnende Haltung gegenüber einer gemeinsamen Verschuldung lockert, um die fiskalpolitische Schlagkraft der EU-Industriepolitik zu stärken. Ob diese Entwicklungen den Übergang zu einer postneoliberalen Integrations- und Regulationsweise in der EU zeitigen oder ob wir uns in einer „Phase der Uneindeutigkeit“ befinden, wird nicht abschließend beantwortet.

Ob diese neuen „geoökonomischen Entwicklungslinien“ und die erhöhte Akzeptanz von Staatsinterventionismus bzw. der Bruch mit marktliberalen Prinzipien in eine progressive Richtung weisen, ist ebenso zweifelhaft. NextGenerationEU liegt weit entfernt von Reformoptionen wie etwa dauerhaften Eurobonds zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation oder einer demokratisch legitimierten WWU-Fiskalkapazität. Ebenso droht die Rekonfiguration der EU-Industriepolitik, die Nord-Süd-Spaltung in der EU weiter zu verschärfen. Wäre zur Verminderung der Asymmetrien in der europäischen Arbeitsteilung eine entwicklungsorientierte Industriepolitik zum Aufbau produktiver Kapazitäten in der süd- und osteuropäischen Peripherie erforderlich, dürfte insbesondere das IPCEI-Instrument (Important Projects of Common European Interest) bestehende Asymmetrien noch verstärken. Da die Beihilfen für die als relevant eingeschätzten Projekte vornehmlich von den Mitgliedsländern gestemmt werden, könnten gerade finanzstarke Länder diese Aushöhung der EU-Beihilfenkontrolle industriepolitisch nutzen. Andere industriepolitische Instrumente wie Local Content Requirements zur Stärkung regionaler Wertschöpfung peripherer Mitgliedsländer sind indessen weiter ausgeschlossen.

Zugleich erweitert aber die Lockerung der Beihilfenkontrolle, zumindest theoretisch, den Handlungsspielraum für progressive industriepolitische Instrumente – etwa einen sozial-ökologischen Transformations- und Konversionsfonds –, die bis dato unter engen beihilferechtlichen Einschränkungen operieren mussten. Ziel eines solchen Fonds müsste es sein, „die massive Investitionslücke für eine umfassende Dekarbonisierung zu schließen, die öffentliche Beteiligung in Schlüsselbereichen der industriellen Produktion auszuweiten, zu bündeln und im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation von Industrie und Wirtschaft zu koordinieren“ (441). Überdies argumentiert Schneider, dass große Teile des exportorientierten Industriekapitals in Deutschland die Notwendigkeit einer umfassenden Dekarbonisierung grundlegend und auf lange Sicht akzeptiert haben. Aufgrund des damit verbundenen

immensen Investitionsbedarfes wird auch auf Kapitaleseite die restriktive Fiskalpolitik zunehmend kritisch bewertet. Für progressive Kräfte ergibt sich dadurch eine neue Problemstellung: Industrie- und wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume werden nicht mehr in erster Linie durch die EU-Wettbewerbsregeln und eine restriktive Fiskalpolitik beschränkt. Vielmehr besteht die Gefahr darin, dass diese neuen Spielräume im Sinne eines Corporate Capture von Großkonzernen vereinnahmt werden und Forderungen nach einer umfassenden Transformation zwar selektiv aufgegriffen werden, die bestehende Formation des Machtblocks aber erhalten bleibt und so eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation verhindert wird.

### **Fazit**

Etienne Schneider gelingt mit seiner politökonomischen Analyse ein präziser Zugriff auf die zwei Schlüsselkonflikte. Durch seine Untersuchungen schließt er eine Leerstelle in der europäischen Integrationsforschung, die der deutschen Positionierung zu einer Schuldenunion bzw. einer aktiven Industriepolitik zwar einen zentralen Stellenwert beimisst, sie aber nicht hinreichend zu erklären vermag. So zeigt er, dass der deutsche Machtblock kein monolithisches Gebilde ist, sondern von Bruchlinien und Interessenwidersprüchen durchzogen ist. Ebenso arbeitet er heraus, dass der deutsche Machtblock kein unbewegliches Objekt ist und sich in beiden Konflikten an französische Positionen annäherte bzw. von ordoliberalen Positionen abrückte. Etienne Schneiders Buch ist über weite Strecken nicht gerade zugänglich und aufgrund des theoretischen Zugangs recht abstrakt – im Zentrum stehen aber zwei sehr konkrete Fragen, die für die Zukunft der EU von hoher Relevanz sind. Mit seinem Werk gibt er vor allem Studierenden und Forschenden das nötige politökonomische Rüstzeug an die Hand, um die neoliberale Verfasstheit der EU besser zu verstehen und Deutschlands Rolle im europäischen Integrationsprozess einzuordnen.



## BUCHBESPRECHUNG

# Die Erste von vielen: von der Ausnahme zur Selbstverständlichkeit

REZENSENT:IN

Tamara Premrov\*

WERK

Specht, Heike (2024).

Die Ersten ihrer Art. Frauen verändern die Welt.

München, Piper Taschenbuch. 384 Seiten. Gebundenes Buch. 12,00 EUR.

ISBN 978-3-492-32054-2

ZUSAMMENFASSUNG

Heike Specht stellt in ihrem Buch eine Vielzahl an Frauen vor, die in Männerdomänen vorgedrungen sind und unter den ersten Frauen waren, die eine wichtige Rolle in Politik, Justiz oder Medien gespielt haben. Ohne Vorbilder und Netzwerke, dafür mit viel Rechtfertigungsdruck, Versagensängsten, der Doppelbelastung durch Haus- und Sorgearbeit sowie viel öffentlicher Kritik haben sie sich durchgesetzt. Sie haben damit die Norm und das, was als selbstverständlich angesehen wurde, verschoben, und ihre Position genutzt, um Geschlechterungleichheiten zu adressieren und die soziale und ökonomische Position von Frauen zu verbessern.

DOI

10.59288/wug511.284

Ausgerechnet die Weltkriege bedeuteten Emanzipationsschübe, denn Frauen mussten plötzlich sogenannte Männertätigkeiten übernehmen, um ihre Familien und das gesellschaftliche Zusammenleben zu erhalten. Doch kaum waren die Kriege vorbei, kamen die alten Rollenverteilungen zurück, und Frauen mussten erneut um ihre Rechte kämpfen.

---

\* **Tamara Premrov:** Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft.  
Kontakt: tamara.premrov@akwien.at

„Die Ersten ihrer Art“ stellt das Leben und das Wirken einer Vielzahl an Frauen im vergangenen Jahrhundert vor, die genau diesen Kampf geführt haben. Vieles davon, was diese Frauen erreicht haben, betrachten wir heute als Selbstverständlichkeit, etwa die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern, sozialstaatliche Errungenschaften wie den Mutterschutz oder Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch, dass Hauptnachrichtensendungen auch von Frauen moderiert werden. Andere Ziele, um die seit Jahrzehnten gekämpft wird, sind noch immer nicht erreicht, wie die gleiche Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit oder gleiche Bezahlung. Manche Errungenschaften wiederum stehen vielerorts stark unter Beschuss, etwa die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs. Auch wenn die Besetzung wichtiger Positionen nach wie vor nicht überall 50:50 ist, so ist die Präsenz von Frauen in Politik, Medien und Kultur deutlich gestiegen.

### **Das Leben und Wirken der Ersten**

Entgegen dem Untertitel „Frauen verändern die Welt“ liegt der große Fokus des Buches auf deutschen Frauen und vor allem deutschen Politikerinnen. Davon gibt es nur wenige Ausnahmen, wie Simone Veil in Frankreich, Margaret Thatcher in Großbritannien oder Hilary Clinton und Kamala Harris in den USA. Porträtiert werden neben vielen anderen Louise Schroeder, die das Mutterschutzgesetz durchsetzte, Elisabeth Selbert, die die Geschlechtergleichstellung im Grundsatzkatalog mitverankerte, und Käte Strobel, die sich für einen besseren Zugang zu Verhütung und Abtreibung einsetzte. Im österreichischen Kontext wären Politikerinnen wie Adelheid Popp, Anna Boschek oder Johanna Dohnal, die die Rechte von Frauen vorantrieben, die erste Nationalratspräsidentin Barbara Prammer oder die erste Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein zu nennen.

Specht bettet in ihrem Werk die Errungenschaften der vorgestellten Frauen in ihre Biografien, die persönlichen Lebensumstände und die damaligen gesellschaftlichen Gegebenheiten ein. In den chronologisch geordneten Kapiteln werden auch die Parallelen und Unterschiede zwischen den Frauen herausgearbeitet. Diese umfangreiche und informative Erzählung gelingt über weite Teile des Buches, an manchen Stellen wird es aufgrund der großen Anzahl an porträtierten Frauen jedoch etwas unübersichtlich, und es bleibt wenig Raum für eine detailliertere Auseinandersetzung mit deren Schaffen und deren Persönlichkeiten.

### **Viele Hindernisse und wenig Unterstützung**

Das Leben der „Ersten“ war in den seltensten Fällen ein leichtes. Specht arbeitet in ihren Erzählungen die beeindruckende Durchsetzungskraft der ersten Frauen unter widrigsten Umständen heraus. Viele von ihnen wurden bereits in ihrem Elternhaus politisiert und erlebten die gesellschaftliche Benachteiligung am eigenen Leib. Nicht selten machten sie eben diese negativen Erfahrungen zum Schwerpunkt ihrer Arbeit mit dem Ziel, anderen Frauen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Auffallend ist zunächst der schwierige Umgang mit der eigenen Familie. Gerade in der frühen Phase der Frauenbewegung in den 1950er-Jahren blieben viele Frauen

ledig oder verwitwet. Denn einen Ehemann zu finden, der sich an Haushalt und Kindererziehung beteiligte und seine Frau in ihrer Karriere unterstützte, war eine große Ausnahme. Einige Politikerinnen waren mit politischen Mitstreitern liiert. Doch auch dies senkte die eigenen Karrierechancen, denn damals durften beispielsweise Frauen in der SPD nicht kandidieren, wenn der Ehemann bereits für ein politisches Amt zur Wahl stand. Als Konsequenz konnten viele Frauen, wie Annemarie Renger oder Marta Schanzenbach, ihre Ziele außerhalb der Ehe besser verfolgen. Die Vereinbarkeit von wichtigen politischen Ämtern und Familie ist jedoch bis heute ein Thema. Specht nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel von Jacinda Ardern, der ehemaligen Premierministerin Neuseelands. Sie wurde bereits im Wahlkampf in Talkshows zum Thema Kinderwunsch befragt und darauf angesprochen, wie sie Beruf und Familie vereinbaren möchte. Als sie während ihrer Amtszeit dann tatsächlich ein Kind bekam, war die Aufregung entsprechend groß.

Eine weitere Gemeinsamkeit, die die ersten Politikerinnen neben der fehlenden Rückendeckung in der Familie hatten, war der fehlende Rückhalt in der eigenen Partei. Anders als die Männer in der Partei konnten sie nicht auf Seilschaften und Bündnispartner:innen zurückgreifen. Das war lange Zeit darauf zurückzuführen, dass Frauen selbst in progressiv ausgerichteten Parteien nicht ausreichend ernst genommen wurden und kaum vertreten waren. Oftmals schafften Frauen es erst an die Spitze, wenn die Partei in einer tiefen Krise war und alle infrage kommenden Männer wegfielen, so etwa bei Margaret Thatcher oder Angela Merkel. Um den fehlenden Rückhalt in der eigenen Partei wettzumachen, schlossen sich Parlamentarierinnen fraktionsübergreifend zusammen, um für zentrale frauenpolitische Anliegen wie die Verankerung der Gleichstellung im Grundgesetz zu kämpfen. Später war die Institutionalisierung der Koordination innerhalb der eigenen Partei ein wichtiger Hebel, wie beispielsweise das sogenannte „Hexenfrühstück“, das zur wöchentlichen Absprache der SPD-Ministerinnen diente. Nicht zuletzt war es vielen der von Specht genannten Frauen ein Anliegen, anderen Frauen Möglichkeiten zu eröffnen und sie zu fördern. Beispielsweise unterstützte Angela Merkel Ursula von der Leyen, die später die erste Präsidentin der EU-Kommission wurde.

Bemerkenswert ist auch der enorme mediale Gegenwind, der den ersten Frauen entgegenblies und immer noch entgegenbläst. Diffamierungen haben sich mit dem Aufkommen von sozialen Netzwerken weiter aufgeschaukelt. Sexistische und rassistische Beleidigungen gegen die deutsche Politikerin Sawsan Chebli oder Gerüchte über Nacktfotos von Annalena Baerbock sind nur einige Beispiele im Buch. Anders als Männer müssen sich Frauen häufiger unangenehme Fragen gefallen lassen und stehen unter Rechtfertigungsdruck. Specht nennt hier etwa das wiederholte Nachfragen von Medienvertreter:innen nach den „wahren Motiven“ von Kamala Harris für ihrer Bewerbung um das höchste Amt im Staat. Ihr männlicher Kontrahent wurde kein einziges Mal nach seinem Motiv befragt, da es für die Journalist:innen wohl selbstverständlich war, dass ein Mann eine so zentrale Position bekleiden möchte.

### **Nicht jede Frau ist eine Feministin**

Specht geht in ihrem Werk nicht nur auf die erfolgreichen Kämpfe ein, sondern thematisiert auch Fehler und verpasste Chancen. So wird beispielsweise die erste deutsche Terroristin Ulrike Meinhof porträtiert, die letztlich das Mittel der Gewalt einsetzte, um Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu gesellschaftlichem Fortschritt zu gewinnen. Im Generationenkonflikt unter den SPD-Frauen wird aufgezeigt, dass die unterschiedlichen Sichtweisen und Strategien auch zu weniger respektvollen Auseinandersetzungen, allen voran vonseiten der Vorsitzenden Annemarie Renger, geführt haben.

Zum Teil waren es aber auch handwerkliche Fehler und fehlende Solidarität untereinander, die dazu geführt haben, dass nicht jede Frau an der Spitze ihre Möglichkeiten gänzlich ausnutzte. Margaret Thatcher etwa inszenierte sich als Premierministerin als One-Woman-Show und holte nur eine einzige Frau in ihr Kabinett. Zudem riet sie Frauen in einer ihrer Ansprachen, lieber zu Hause bei den Kindern zu bleiben und höchstens halbtags zu arbeiten.

### **Die Frau als bester Mann**

Frauen wurden, wie Specht zeigt, lange an Männern gemessen. Auch in Bezug auf Verhalten und Charakterzüge, die als angemessen gesehen wurden, war und ist der Grat ein schmaler. Beispielsweise galt es lange Zeit als unmöglich, dass eine Nachrichtensendung von einer Frau moderiert wird, da unterstellt wurde, dass sie aufgrund ihrer hohen Emotionalität während der Sendung in Tränen ausbrechen würde. Margaret Thatcher erhielt aufgrund ihrer harten wirtschaftspolitischen Reformen, die kaum mit dem damals vorherrschenden Bild von Weiblichkeit zu vereinbaren waren, den Namen „Iron Lady“. Angela Merkel hingegen wurde oftmals als „Mutti“ bezeichnet. Solche Beinamen werden in den seltensten Fällen an Männer vergeben.

Aufgrund dieser Vorurteile versuchten Frauen zunächst, durch möglichst neutrale Kleidung wenig Aufmerksamkeit auf ihr Geschlecht zu lenken. Annemarie Renger musste 1969 sogar mit dem Slogan „Wir haben die besseren Männer“ ihren Wahlkampf führen. Margaret Thatcher war die erste Politikerin, die mit ihrer betont weiblichen Kleidung ein Zeichen setzte und die Debatte dazu zu ihrem Vorteil nutzte. Specht zeigt auf, dass ein solch selbstbewusstes Auftreten für Politikerinnen heutzutage selbstverständlich ist. Sie thematisieren ihr Geschlecht, anstatt es zu verstecken, und scheuen sich nicht, Emotionen zu zeigen.

### **Von einer zu vielen**

Das Buch zeichnet den langen Weg zur Geschlechtergleichstellung und kann durchaus als Appell gelesen werden, weiterzukämpfen. Durch den chronologischen Aufbau des Buches wird an vielen Stellen deutlich, wie viel schon erreicht wurde und worauf Frauen der nächsten Generationen aufbauen konnten. Gleichzeitig zeigt es auch, in welchen Bereichen sich zu wenig getan hat oder man in der Vergangenheit sogar schon einen Schritt weiter war. Die noch zu beseitigenden Geschlechterungleichheiten sind klar: Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, eine gerechtere

Verteilung der unbezahlten Arbeit, eine Aufwertung der Frauenberufe, bessere Frauengesundheit und der Ausbau von Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen sind Ziele, die es in den kommenden Jahren zu erreichen gilt. Vorbilder dafür, wie so etwas gelingen kann, haben wir – wie Heike Specht darlegt – mittlerweile genug.



## „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“

### Die Working Paper-Reihe der AK Wien

„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sind vorrangig Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Gemeinschaft.

Alle Beiträge online abrufbar unter <http://w.ak.at/mwug>

- |     |                            |   |
|-----|----------------------------|---|
| 263 | Karoline Mitterer u. a.    | Ausrichtung kommunaler Investitionen auf Klimaschutz, April 2025  |
| 262 | Markus Marterbauer u. a.   | The Austrian wage negotiation system in the cost-of-living crisis, Februar 2025   |
| 261 | Kefa Simiyu                | Unpaid work, time use, and time poverty in Kenya, Februar 2025  |
| 260 | Doris Vogl                 | Chinas Normungsstrategie und digitalisierte Zukunftstechnologien, November 2024   |
| 259 | Lia Musitz                 | Chinas grüne Technologieführerschaft, November 2024   |
| 258 | Catalina Enrica Renč u. a. | Wem gehört die kritische digitale physische Infrastruktur? Eine Analyse von transnationalen Eigentumsverhältnissen, Konflikten um öffentliche Interessen und staatlicher Regulierung, November 2024 |
| 257 | Vanessa Lechinger u. a.    | AK-Wohlstandsbericht, Oktober 2024  |
| 256 | Julia Bernegger u. a.      | Pionierinnen der Feministischen Ökonomie in Österreich, September 2024  |
| 255 | Ines Heck u. a.            | Vermögensverteilung in Österreich: eine Analyse auf Basis des HFCS 2021/22, September 2024  |
| 253 | Berthold Molden            | Arbeiterkammer, Handelskammer und die Gründung des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, August 2024  |
| 252 | David Mayer                | Nah-ferne Kontrahenten, Juli 2024   |
| 251 | Gerlinde Titelbach u. a.   | Allgemeine Lohnuntergrenzen für Österreich, Betroffene, Verteilungswirkungen und makroökonomische Konsequenzen, Jänner 2024   |
| 250 | Gerlinde Titelbach         | Vergleich der Löhne und Lohnverteilungen anhand verschiedener Datenquellen für Österreich, Jänner 2024  |
| 249 | Johanna Neuhauser u. a.    | Es ist eine Pyramide – der Druck kommt von oben nach unten, Dezember 2023   |
| 248 | Georg Feigl u. a.          | Budgetanalyse 2024: Deutliches Defizit, trotzdem zu wenig Geld für öffentliche Investitionen & Beschäftigung, November 2023   |
| 247 | Christian Berger u. a.     | Study on access to essential services: The Case of Austria, November 2023   |
| 246 | Stefan Angel u. a.         | Entwicklung von Arbeitszeit und Beschäftigung in Österreich, Oktober 2023   |
| 245 | Tamara Premrov u. a.       | AK-Wohlstandsbericht 2023. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2019–2024, Oktober 2023  |

